Amtliche Abkürzung:	AMG	**Quelle:**	juris
Neugefasst durch Bek. vom:	12.12.2005		
Textnachweis ab:	06.06.1986	**Fundstelle:**	BGBl I 2005, 3394
Dokumenttyp:	Gesetz	**FNA:**	FNA 2121-51-1-2

Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln
Arzneimittelgesetz

Gesamtausgabe in der Gültigkeit vom 01.01.2024 bis 31.03.2024

Stand:	Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394;
	zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 19.7.2023 I Nr. 197
Hinweis:	Änderung durch Art. 7 G v. 27.3.2024 I Nr. 109 textlich nachgewiesen, dokumentarisch noch nicht abschließend bearbeitet

Fußnoten

```
(+++ Textnachweis Geltung ab: 6.6.1986 +++)
(+++ Zur Anwendung vgl. §§ 63j, 109, 141 +++)
(+++ Amtlicher Hinweis des Normgebers auf EG-Recht:
     Umsetzung der
       EURL 84/2010 (CELEX Nr.: 32010L0084)
       EURL 62/2011 (CELEX Nr.: 32011L0062)
       EURL 24/2011 (CELEX Nr.: 32011L0024) vgl. G v. 19.10.2012 I 2192 +++)
```

Das G wurde als Artikel 1 G v. 24.8.1976 I 2445 vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates beschlossen. Es ist mit Ausnahme d. § 78 gem. Art. 10 dieses G am 1.1.1978 in Kraft getreten.
Überschrift: Legalabkürzung eingef. durch Art. 1 Nr. 1 G v. 30.7.2004 I 2031 mWv 6.8.2004

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt

Zweck des Gesetzes und Begriffsbestimmungen, Anwendungsbereich

§ 1	Zweck des Gesetzes
§ 2	Arzneimittelbegriff
§ 3	Stoffbegriff
§ 4	Sonstige Begriffsbestimmungen
§ 4a	Ausnahme vom Anwendungsbereich
§ 4b	Sondervorschriften für Arzneimittel für neuartige Therapien

Zweiter Abschnitt

Anforderungen an die Arzneimittel

§ 5	Verbot bedenklicher Arzneimittel
§ 6	Verbote zum Schutz der Gesundheit, Verordnungsermächtigungen
§ 6a	(weggefallen)
§ 7	Radioaktive und mit ionisierenden Strahlen behandelte Arzneimittel
§ 8	Verbote zum Schutz vor Täuschung

§ 9 Der Verantwortliche für das Inverkehrbringen
§ 10 Kennzeichnung
§ 10a Kennzeichnung von Prüf- und Hilfspräparaten für klinische Prüfungen
§ 11 Packungsbeilage
§ 11a Fachinformation
§ 12 Ermächtigung für die Kennzeichnung, die Packungsbeilage und die Packungsgrößen

Dritter Abschnitt
Herstellung von Arzneimitteln
§ 13 Herstellungserlaubnis
§ 14 Entscheidung über die Herstellungserlaubnis
§ 15 Sachkenntnis
§ 16 Begrenzung der Herstellungserlaubnis
§ 17 Fristen für die Erteilung
§ 18 Rücknahme, Widerruf, Ruhen
§ 19 Verantwortungsbereiche
§ 20 Anzeigepflichten
§ 20a Geltung für Wirkstoffe und andere Stoffe
§ 20b Erlaubnis für die Gewinnung von Gewebe und die Laboruntersuchungen
§ 20c Erlaubnis für die Be- oder Verarbeitung, Konservierung, Prüfung, Lagerung oder das Inverkehrbringen von Gewebe oder Gewebezubereitungen
§ 20d Ausnahme von der Erlaubnispflicht für Gewebe und Gewebezubereitungen

Vierter Abschnitt
Zulassung der Arzneimittel
§ 21 Zulassungspflicht
§ 21a Genehmigung von Gewebezubereitungen
§ 22 Zulassungsunterlagen
§ 23 (weggefallen)
§ 24 Sachverständigengutachten
§ 24a Verwendung von Unterlagen eines Vorantragstellers
§ 24b Zulassung eines Generikums, Unterlagenschutz
§ 24c Nachforderungen
§ 24d Allgemeine Verwertungsbefugnis
§ 25 Entscheidung über die Zulassung
§ 25a Vorprüfung
§ 25b Verfahren der gegenseitigen Anerkennung und dezentralisiertes Verfahren
§ 25c Maßnahmen der zuständigen Bundesoberbehörde zu Entscheidungen oder Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union
§ 26 Arzneimittelprüfrichtlinien
§ 27 Fristen für die Erteilung
§ 28 Auflagenbefugnis
§ 29 Anzeigepflicht, Neuzulassung

§ 30 Rücknahme, Widerruf, Ruhen
§ 31 Erlöschen, Verlängerung
§ 32 Staatliche Chargenprüfung
§ 33 Aufwendungsersatz und Entgelte
§ 34 Information der Öffentlichkeit
§ 35 Ermächtigungen zur Zulassung und Freistellung
§ 36 Ermächtigung für Standardzulassungen
§ 37 Genehmigung der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union für das Inverkehrbringen, Zulassungen von Arzneimitteln aus anderen Staaten

Fünfter Abschnitt
Registrierung von Arzneimitteln
§ 38 Registrierung homöopathischer Arzneimittel
§ 39 Entscheidung über die Registrierung homöopathischer Arzneimittel, Verfahrensvorschriften
§ 39a Registrierung traditioneller pflanzlicher Arzneimittel
§ 39b Registrierungsunterlagen für traditionelle pflanzliche Arzneimittel
§ 39c Entscheidung über die Registrierung traditioneller pflanzlicher Arzneimittel
§ 39d Sonstige Verfahrensvorschriften für traditionelle pflanzliche Arzneimittel

Sechster Abschnitt
Schutz des Menschen bei der klinischen Prüfung
§ 40 Verfahren zur Genehmigung einer klinischen Prüfung
§ 40a Allgemeine Voraussetzungen für die klinische Prüfung
§ 40b Besondere Voraussetzungen für die klinische Prüfung
§ 40c Verfahren bei Hinzufügung eines Mitgliedstaates, bei Änderungen sowie bei Bewertungsverfahren
§ 40d Besondere Pflichten des Prüfers, des Sponsors und der zuständigen Bundesoberbehörde
§ 41 Stellungnahme der Ethik-Kommission
§ 41a Registrierungsverfahren für Ethik-Kommissionen
§ 41b Verfahrensordnung und Geschäftsverteilungsplan
§ 41c Verordnungsermächtigung
§ 42 Korrekturmaßnahmen
§ 42a Datenschutz
§ 42b Veröffentlichung der Ergebnisse klinischer Prüfungen
§ 42c Inspektionen

Siebter Abschnitt
Abgabe von Arzneimitteln
§ 43 Apothekenpflicht
§ 44 Ausnahme von der Apothekenpflicht
§ 45 Ermächtigung zu weiteren Ausnahmen von der Apothekenpflicht

§ 46 Ermächtigung zur Ausweitung der Apothekenpflicht
§ 47 Vertriebsweg
§ 47a Sondervertriebsweg, Nachweispflichten
§ 47b Sondervertriebsweg Diamorphin
§ 48 Verschreibungspflicht
§ 49 (weggefallen)
§ 50 Einzelhandel mit freiverkäuflichen Arzneimitteln
§ 51 Abgabe im Reisegewerbe
§ 52 Verbot der Selbstbedienung
§ 52a Großhandel mit Arzneimitteln
§ 52b Bereitstellung von Arzneimitteln
§ 52c Arzneimittelvermittlung
§ 53 Anhörung von Sachverständigen

Achter Abschnitt
Sicherung und Kontrolle der Qualität
§ 54 Betriebsverordnungen
§ 55 Arzneibuch
§ 55a Amtliche Sammlung von Untersuchungsverfahren

Neunter Abschnitt
(weggefallen)

Zehnter Abschnitt
Beobachtung, Sammlung und Auswertung von Arzneimittelrisiken
§ 62 Organisation
§ 63 Stufenplan
§ 63a Stufenplanbeauftragter
§ 63b Allgemeine Pharmakovigilanz-Pflichten des Inhabers der Zulassung
§ 63c Dokumentations- und Meldepflichten des Inhabers der Zulassung bei Verdachtsfällen von Nebenwirkungen
§ 63d Regelmäßige aktualisierte Unbedenklichkeitsberichte
§ 63e Europäisches Verfahren
§ 63f Allgemeine Voraussetzungen für nichtinterventionelle Unbedenklichkeitsstudien
§ 63g Besondere Voraussetzungen für angeordnete nichtinterventionelle Unbedenklichkeitsstudien
§ 63h (weggefallen)
§ 63i Dokumentations- und Meldepflichten bei Blut- und Gewebezubereitungen und Gewebe
§ 63j Dokumentations- und Meldepflichten der behandelnden Person für nicht zulassungs- oder genehmigungspflichtige Arzneimittel für neuartige Therapien
§ 63k Ausnahmen

Elfter Abschnitt

Überwachung

§ 64 Durchführung der Überwachung

§ 65 Probenahme

§ 66 Duldungs- und Mitwirkungspflicht

§ 67 Allgemeine Anzeigepflicht

§ 67a Datenbankgestütztes Informationssystem

§ 67b EU-Kompendium der Gewebeeinrichtungen, EU-Kompendium der Gewebe- und Zellprodukte, Unterrichtungspflichten

§ 68 Mitteilungs- und Unterrichtungspflichten

§ 69 Maßnahmen der zuständigen Behörden

§ 69a (weggefallen)

§ 69b (weggefallen)

Zwölfter Abschnitt

Sondervorschriften für Bundeswehr, Bundespolizei, Bereitschaftspolizei, Zivilschutz

§ 70 Anwendung und Vollzug des Gesetzes

§ 71 Ausnahmen

Dreizehnter Abschnitt

Einfuhr und Ausfuhr

§ 72 Einfuhrerlaubnis

§ 72a Zertifikate

§ 72b Einfuhrerlaubnis und Zertifikate für Gewebe und bestimmte Gewebezubereitungen

§ 72c Einmalige Einfuhr von Gewebe oder Gewebezubereitungen

§ 73 Verbringungsverbot

§ 73a Ausfuhr

§ 74 Mitwirkung von Zolldienststellen

Vierzehnter Abschnitt

Informationsbeauftragter, Pharmaberater

§ 74a Informationsbeauftragter

§ 75 Sachkenntnis

§ 76 Pflichten

Fünfzehnter Abschnitt

Bestimmung der zuständigen Bundesoberbehörden und sonstige Bestimmungen

§ 77 Zuständige Bundesoberbehörde

§ 77a Unabhängigkeit und Transparenz

§ 78 Preise

§ 79 Ausnahmeermächtigungen für Krisenzeiten

§ 80 Ermächtigung für Verfahrens- und Härtefallregelungen

§ 81 Verhältnis zu anderen Gesetzen

§ 82 Allgemeine Verwaltungsvorschriften
§ 83 Angleichung an das Recht der Europäischen Union
§ 83a Rechtsverordnungen in bestimmten Fällen

Sechzehnter Abschnitt
Haftung für Arzneimittelschäden
§ 84 Gefährdungshaftung
§ 84a Auskunftsanspruch
§ 85 Mitverschulden
§ 86 Umfang der Ersatzpflicht bei Tötung
§ 87 Umfang der Ersatzpflicht bei Körperverletzung
§ 88 Höchstbeträge
§ 89 Schadensersatz durch Geldrenten
§ 90 (weggefallen)
§ 91 Weitergehende Haftung
§ 92 Unabdingbarkeit
§ 93 Mehrere Ersatzpflichtige
§ 94 Deckungsvorsorge
§ 94a Örtliche Zuständigkeit

Siebzehnter Abschnitt
Straf- und Bußgeldvorschriften
§ 95 Strafvorschriften
§ 96 Strafvorschriften
§ 97 Bußgeldvorschriften
§ 98 Einziehung

Achtzehnter Abschnitt
Überleitungs- und Übergangsvorschriften

Erster Unterabschnitt
§§ 99 bis 124 Überleitungsvorschriften aus Anlass des Gesetzes zur Neuordnung des Arzneimittelrechts

Zweiter Unterabschnitt
§§ 125 und 126 (weggefallen)

Dritter Unterabschnitt
§§ 127 bis 131 Übergangsvorschriften aus Anlass des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes

Vierter Unterabschnitt

§ 132 Übergangsvorschriften aus Anlass des Fünften Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes

Fünfter Unterabschnitt

§ 133 (weggefallen)

Sechster Unterabschnitt

§ 134 Übergangsvorschriften aus Anlass des Transfusionsgesetzes

Siebter Unterabschnitt

§ 135 Übergangsvorschriften aus Anlass des Achten Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes

Achter Unterabschnitt

§ 136 Übergangsvorschriften aus Anlass des Zehnten Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes

Neunter Unterabschnitt

§ 137 (weggefallen)

Zehnter Unterabschnitt

§ 138 Übergangsvorschriften aus Anlass des Zwölften Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes

Elfter Unterabschnitt

§ 139 Übergangsvorschriften aus Anlass des Ersten Gesetzes zur Änderung des Transfusionsgesetzes und arzneimittelrechtlicher Vorschriften

Zwölfter Unterabschnitt

§ 140 (weggefallen)

Dreizehnter Unterabschnitt

§ 141 Übergangsvorschriften aus Anlass des Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes

Vierzehnter Unterabschnitt

§ 142 Übergangsvorschriften aus Anlass des Gewebegesetzes

§ 142a Übergangs- und Bestandsschutzvorschrift aus Anlass des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinien (EU) 2015/566 und (EU) 2015/565 zur Einfuhr und zur Kodierung menschlicher Gewebe und Gewebezubereitungen

§ 142b Übergangsvorschrift aus Anlass des Gesetzes zur Fortschreibung der Vorschriften für Blut- und Gewebezubereitungen und zur Änderung anderer Vorschriften

Fünfzehnter Unterabschnitt

§ 143 (weggefallen)

Sechzehnter Unterabschnitt

§ 144 Übergangsvorschriften aus Anlass des Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften

Siebzehnter Unterabschnitt

§ 145 Übergangsvorschriften aus Anlass des Gesetzes zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes

Achtzehnter Unterabschnitt

Übergangsvorschrift

§ 146 Übergangsvorschriften aus Anlass des Zweiten Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften

Neunzehnter Unterabschnitt

Übergangsvorschrift

§ 147 Übergangsvorschrift aus Anlass des Dritten Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften

Zwanzigster Unterabschnitt

Übergangsvorschrift

§ 148 Übergangsvorschrift aus Anlass des Vierten Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften sowie des Gesetzes zum Erlass eines Tierarzneimittelgesetzes und zur Anpassung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften

Einundzwanzigster Unterabschnitt

(weggefallen)

§ 149 (weggefallen)

Anlage (zu § 6)

Anhang (weggefallen)

Fußnoten

Inhaltsübersicht: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394; idF d. Inhaltsübersicht: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394; idF d. Art. 30 Nr. 1 G v. 26.3.2007 I 378 mWv 1.4.2007, d. Art. 2 Nr. 1 Buchst. a bis e G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007, d. Art. 2 Nr. 1 Buchst. a u. b nach Maßgabe d. Art. 3 G v. 24.10.2007 I 2510 mWv 1.11.2007, d. Art. 2 Nr. 1 G v. 15.7.2009 I 1801 mWv 21.7.2009, d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. a bis i G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009, d. Art. 7 Nr. 1 Buchst. a u. b G v. 22.12.2010 I 2262 mWv 1.1.2011, d. Art. 1 Nr. 1 G v. 25.5.2011 I 946 mWv 31.5.2011, d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. a bis c u. e bis k G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012, d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. d G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 2.1.2013, d. Art. 2 Abs. 24 Nr. 1 G v. 7.8.2013 I 3154 mWv 15.8.2013, d. Art. 4 Abs. 11 Nr. 1 G v. 7.8.2013 I 3154 mWv 14.8.2018; Art. 4 aufgeh. durch Art. 2 G v. 18.7.2016 I 1666,d. Art. 2 Nr. 1 G v. 10.12.2015 I 2210 mWv 18.12.2015, d. Art. 3 G v. 10.12.2015 I 2210 mWv 17.12.2016, d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. a bis c G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016, d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. a bis d G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016, d. Art. 2 Nr. 1 Buchst. a bis f iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022, d. Art. 2 Nr. 1 Buchst. g G v. 20.12.2016

I 3048 mit zukünftiger Wirkung, Art. 2 Nr. 1 Buchst. g G v. 20.12.2016 I 3048 aufgeh. durch Art. 4 Nr. 1 G v. 27.9.2021 I 4530; d. Art. 6 Abs. 9 Nr. 1 G v. 13.4.2017 I 872 mWv 1.7.2017, d. Art. 1 Nr. 1 G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017, d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. a bis f G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019, d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. a bis e G v. 10.8.2021 I 3519 mWv 1.11.2021, d. Art. 2 Nr. 1 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022, d. Art. 3 Nr. 1 Buchst. a bis q G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022 u. d. Art. 2 Abs. 2 Nr. 1 G v. 20.12.2022 I 2752 mWv 1.1.2023 ; im Übrigen entsprechend den bei den einzelnen Fußnoten ausgewiesenen Änderungen fortgeschrieben

Erster Abschnitt Zweck des Gesetzes und Begriffsbestimmungen, Anwendungsbereich

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394; idF d. Art. 1 Nr. 2 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 1 Zweck des Gesetzes

Es ist der Zweck dieses Gesetzes, im Interesse einer ordnungsgemäßen Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln für die Sicherheit im Verkehr mit Arzneimitteln, insbesondere für die Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der Arzneimittel, nach Maßgabe der folgenden Vorschriften zu sorgen.

Fußnoten

§ 1: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 1: IdF d. Art. 3 Nr. 2 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 2 Arzneimittelbegriff

(1) [1]Arzneimittel im Sinne dieses Gesetzes sind Arzneimittel, die zur Anwendung bei Menschen bestimmt sind. [2]Dies sind Stoffe oder Zubereitungen aus Stoffen,

1. die zur Anwendung im oder am menschlichen Körper bestimmt sind und als Mittel mit Eigenschaften zur Heilung oder Linderung oder zur Verhütung menschlicher Krankheiten oder krankhafter Beschwerden bestimmt sind oder
2. die im oder am menschlichen Körper angewendet oder einem Menschen verabreicht werden können, um entweder
   a) die physiologischen Funktionen durch eine pharmakologische, immunologische oder metabolische Wirkung wiederherzustellen, zu korrigieren oder zu beeinflussen oder
   b) eine medizinische Diagnose zu erstellen.

(2) Als Arzneimittel gelten Gegenstände, die ein Arzneimittel nach Absatz 1 enthalten oder auf die ein Arzneimittel nach Absatz 1 aufgebracht ist und die dazu bestimmt sind, dauernd oder vorübergehend mit dem menschlichen Körper in Berührung gebracht zu werden.

(3) Arzneimittel im Sinne dieses Gesetzes sind nicht

1. Tierarzneimittel im Sinne des Artikels 4 Nummer 1 der Verordnung (EU) 2019/6 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über Tierarzneimittel und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/82/EG (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 43; L 163 vom 20.6.2019, S. 112; L 326 vom 8.10.2020, S. 15; L 241 vom 8.7.2021, S. 17) und veterinärmedizintechnische Produkte nach § 3 Absatz 3 des Tierarzneimittelgesetzes,
2. Lebensmittel im Sinne des Artikels 2 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. L 31 vom 1.2.2002,

S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2019/1381 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1) geändert worden ist,

3. kosmetische Mittel im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe a auch in Verbindung mit Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über kosmetische Mittel (ABl. L 342 vom 22.12.2009, S. 59; L 318 vom 15.11.2012, S. 74; L 72 vom 15.3.2013, S. 16; L 142 vom 29.5.2013, S. 10; L 254 vom 28.8.2014, S. 39; L 17 vom 21.1.2017, S. 52; L 326 vom 9.12.2017, S. 55; L 183 vom 19.7.2018, S. 27; L 324 vom 13.12.2019, S. 80; L 76 vom 12.3.2020, S. 36), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2019/1966 (ABl. L 307 vom 28.11.2019, S. 15) geändert worden ist,

4. Erzeugnisse im Sinne des § 2 Nummer 1 des Tabakerzeugnisgesetzes,

5. Biozid-Produkte nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten (ABl. L 167 vom 27.6.2012, S. 1; L 303 vom 20.11.2015, S. 109; L 305 vom 21.11.2015, S. 55; L 280 vom 28.10.2017, S. 57), die zuletzt durch die Delegierte Verordnung (EU) 2021/407 (ABl. L 81 vom 9.3.2021, S. 15) geändert worden ist,

6. Futtermittel im Sinne des Artikels 3 Nummer 4 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002,

7. Medizinprodukte und Zubehör für Medizinprodukte im Sinne von Artikel 2 Nummer 1 und 2 der Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über Medizinprodukte, zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr. 1223/2009 und zur Aufhebung der Richtlinien 90/385/EWG und 93/42/EWG des Rates (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 1; L 117 vom 3.5.2019, S. 9; L 334 vom 27.12.2019, S. 165), die durch die Verordnung (EU) 2020/561 (ABl. L 130 vom 24.4.2020, S. 18) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung und im Sinne von Artikel 2 Nummer 2 und 4 der Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über In-vitro-Diagnostika und zur Aufhebung der Richtlinie 98/79/EG und des Beschlusses 2010/227/EU der Kommission (ABl. L 117 vom 5.5.2017, S. 176; L 117 vom 3.5.2019, S. 11; L 334 vom 27.12.2019, S. 167) in der jeweils geltenden Fassung, es sei denn, es handelt sich um Arzneimittel im Sinne des Absatzes 1 Nummer 2 Buchstabe b,

8. Organe im Sinne des § 1a Nr. 1 des Transplantationsgesetzes, wenn sie zur Übertragung auf menschliche Empfänger bestimmt sind.

(3a) Arzneimittel sind auch Erzeugnisse, die Stoffe oder Zubereitungen aus Stoffen sind oder enthalten, die unter Berücksichtigung aller Eigenschaften des Erzeugnisses unter eine Begriffsbestimmung des Absatzes 1 fallen und zugleich unter die Begriffsbestimmung eines Erzeugnisses nach Absatz 3 fallen können.

(4) [1]Solange ein Mittel nach diesem Gesetz als Arzneimittel zugelassen oder registriert oder durch Rechtsverordnung von der Zulassung oder Registrierung freigestellt ist, gilt es als Arzneimittel. [2]Hat die zuständige Bundesoberbehörde die Zulassung oder Registrierung eines Mittels mit der Begründung abgelehnt, dass es sich um kein Arzneimittel handelt, so gilt es nicht als Arzneimittel.

Fußnoten

§ 2: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 2 Abs. 1 u. 2: IdF d. Art. 3 Nr. 3 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 2 Abs. 3 Eingangssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 3 Buchst. b DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 2 Abs. 3 Nr. 1: Eingef. durch Art. 3 Nr. 3 Buchst. b DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 2 Abs. 3 Nr. 2 (früher Nr. 1): IdF d. Art. 10 Abs. 4 Nr. 1 G v. 27.7.2021 I 3274 mWv 10.8.2021; jetzt Nr. 2 gem. Art. 3 Nr. 3 Buchst. b DBuchst. cc G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 2 Abs. 3 Nr. 3 (früher Nr. 2): IdF d. Art. 10 Abs. 4 Nr. 2 G v. 27.7.2021 I 3274 mWv 10.8.2021; jetzt Nr. 3 gem. Art. 3 Nr. 3 Buchst. b DBuchst. cc G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 2 Abs. 3 Nr. 4 (früher Nr. 3): IdF d. Art. 3 G v. 4.4.2016 I 569 mWv 20.5.2016; frühere Nr. 4 aufgeh., frühere Nr. 3 jetzt Nr. 4 gem. Art. 3 Nr. 3 Buchst. b DBuchst. cc u. dd G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 2 Abs. 3 Nr. 5: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. c G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009, d. Art. 2 G v. 23.7.2013 I 2565 mWv 1.9.2013 u. d. Art. 3 Nr. 3 Buchst. b DBuchst. ee G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 2 Abs. 3 Nr. 6: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 3 Buchst. b DBuchst. ff G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 2 Abs. 3 Nr. 7: IdF d. Art. 1 Nr. 2 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012, d. Art. 7 Nr. 1 u. 2 G v. 28.4.2020 I 960 iVm Art. 17 Abs. 1 Satz 2 G v. 28.4.2020 I 960, dieser idF d. Art. 15 Abs. 2 Nr. 1 G v. 19.5.2020 I 1018 mWv 26.5.2021, d. Art. 7 G v. 26.5.2021 I 1087 mWv 26.5.2021 u. d. Art. 8 G v. 26.5.2021 I 1087 mWv 26.5.2022
§ 2 Abs. 3 Nr. 8: IdF d. Art. 2 Nr. 2 G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007
§ 2 Abs. 3a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 Buchst. d G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 3 Stoffbegriff

Stoffe im Sinne dieses Gesetzes sind

1. chemische Elemente und chemische Verbindungen sowie deren natürlich vorkommende Gemische und Lösungen,
2. Pflanzen, Pflanzenteile, Pflanzenbestandteile, Algen, Pilze und Flechten in bearbeitetem oder unbearbeitetem Zustand,
3. Tierkörper, auch lebender Tiere, sowie Körperteile, -bestandteile und Stoffwechselprodukte von Mensch oder Tier in bearbeitetem oder unbearbeitetem Zustand,
4. Mikroorganismen einschließlich Viren sowie deren Bestandteile oder Stoffwechselprodukte.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 4 Sonstige Begriffsbestimmungen

(1) [1]Fertigarzneimittel sind Arzneimittel, die im Voraus hergestellt und in einer zur Abgabe an den Verbraucher bestimmten Packung in den Verkehr gebracht werden oder andere zur Abgabe an Verbraucher bestimmte Arzneimittel, bei deren Zubereitung in sonstiger Weise ein industrielles Verfahren zur Anwendung kommt oder die, ausgenommen in Apotheken, gewerblich hergestellt werden. [2]Fertigarzneimittel sind nicht Zwischenprodukte, die für eine weitere Verarbeitung durch einen Hersteller bestimmt sind.

(2) Blutzubereitungen sind Arzneimittel, die aus Blut gewonnene Blut-, Plasma- oder Serumkonserven, Blutbestandteile oder Zubereitungen aus Blutbestandteilen sind oder als Wirkstoffe enthalten.

(3) [1]Sera sind Arzneimittel im Sinne des § 2 Absatz 1, die Antikörper, Antikörperfragmente oder Fusionsproteine mit einem funktionellen Antikörperbestandteil als Wirkstoff enthalten und wegen dieses Wirkstoffs angewendet werden. [2]Sera gelten nicht als Blutzubereitungen im Sinne des Absatzes 2 oder als Gewebezubereitungen im Sinne des Absatzes 30.

(4) Impfstoffe sind Arzneimittel im Sinne des § 2 Abs. 1, die Antigene oder rekombinante Nukleinsäuren enthalten und die dazu bestimmt sind, beim Menschen zur Erzeugung von spezifischen Abwehr- und Schutzstoffen angewendet zu werden und, soweit sie rekombinante Nukleinsäuren enthalten, ausschließlich zur Vorbeugung oder Behandlung von Infektionskrankheiten bestimmt sind.

(5) Allergene sind Arzneimittel im Sinne des § 2 Abs. 1, die Antigene oder Haptene enthalten und dazu bestimmt sind, beim Menschen zur Erkennung von spezifischen Abwehr- oder Schutzstoffen angewendet zu werden (Testallergene), oder Stoffe enthalten, die zur antigenspezifischen Verminderung einer spezifischen immunologischen Überempfindlichkeit angewendet werden (Therapieallergene).

(6) (weggefallen)

(7) (weggefallen)

(8) Radioaktive Arzneimittel sind Arzneimittel, die radioaktive Stoffe sind oder enthalten und ionisierende Strahlen spontan aussenden und die dazu bestimmt sind, wegen dieser Eigenschaften angewendet

zu werden; als radioaktive Arzneimittel gelten auch für die Radiomarkierung anderer Stoffe vor der Verabreichung hergestellte Radionuklide (Vorstufen) sowie die zur Herstellung von radioaktiven Arzneimitteln bestimmten Systeme mit einem fixierten Mutterradionuklid, das ein Tochterradionuklid bildet, (Generatoren).

(9) Arzneimittel für neuartige Therapien sind Gentherapeutika, somatische Zelltherapeutika oder biotechnologisch bearbeitete Gewebeprodukte nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über Arzneimittel für neuartige Therapien und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG und der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 (ABl. L 324 vom 10.12.2007, S. 121; L 87 vom 31.3.2009, S. 174), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2019/1243 (ABl. L 198 vom 25.07.2019, S. 241) geändert worden ist.

(10) (weggefallen)

(11) (weggefallen)

(12) (weggefallen)

(13) [1]Nebenwirkungen sind schädliche und unbeabsichtigte Reaktionen auf das Arzneimittel. [2]Schwerwiegende Nebenwirkungen sind Nebenwirkungen, die tödlich oder lebensbedrohend sind, eine stationäre Behandlung oder Verlängerung einer stationären Behandlung erforderlich machen, zu bleibender oder schwerwiegender Behinderung, Invalidität, kongenitalen Anomalien oder Geburtsfehlern führen. [3]Unerwartete Nebenwirkungen sind Nebenwirkungen, deren Art, Ausmaß oder Ergebnis von der Fachinformation des Arzneimittels abweichen.

(14) Herstellen ist das Gewinnen, das Anfertigen, das Zubereiten, das Be- oder Verarbeiten, das Umfüllen einschließlich Abfüllen, das Abpacken, das Kennzeichnen und die Freigabe.

(15) Qualität ist die Beschaffenheit eines Arzneimittels, die nach Identität, Gehalt, Reinheit, sonstigen chemischen, physikalischen, biologischen Eigenschaften oder durch das Herstellungsverfahren bestimmt wird.

(16) Eine Charge ist die jeweils aus derselben Ausgangsmenge in einem einheitlichen Herstellungsvorgang oder bei einem kontinuierlichen Herstellungsverfahren in einem bestimmten Zeitraum erzeugte Menge eines Arzneimittels.

(17) Inverkehrbringen ist das Vorrätighalten zum Verkauf oder zu sonstiger Abgabe, das Feilhalten, das Feilbieten und die Abgabe an andere.

(18) [1]Der pharmazeutische Unternehmer ist bei zulassungs- oder registrierungspflichtigen Arzneimitteln der Inhaber der Zulassung oder Registrierung. [2]Pharmazeutischer Unternehmer ist auch, wer Arzneimittel im Parallelvertrieb oder sonst unter seinem Namen in den Verkehr bringt, außer in den Fällen des § 9 Abs. 1 Satz 2.

(19) Wirkstoffe sind Stoffe, die dazu bestimmt sind, bei der Herstellung von Arzneimitteln als arzneilich wirksame Bestandteile verwendet zu werden oder bei ihrer Verwendung in der Arzneimittelherstellung zu arzneilich wirksamen Bestandteilen der Arzneimittel zu werden.

(20) Ein Hilfsstoff ist jeder Bestandteil eines Arzneimittels, mit Ausnahme des Wirkstoffs und des Verpackungsmaterials.

(21) Xenogene Arzneimittel sind zur Anwendung im oder am Menschen bestimmte Arzneimittel, die lebende tierische Gewebe oder Zellen sind oder enthalten.

(22) Großhandel mit Arzneimitteln ist jede berufs- oder gewerbsmäßige zum Zwecke des Handeltreibens ausgeübte Tätigkeit, die in der Beschaffung, der Lagerung, der Abgabe oder Ausfuhr von Arzneimitteln besteht, mit Ausnahme der Abgabe von Arzneimitteln an andere Verbraucher als Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte oder Krankenhäuser.

(22a) Arzneimittelvermittlung ist jede berufs- oder gewerbsmäßig ausgeübte Tätigkeit von Personen, die, ohne Großhandel zu betreiben, selbstständig und im fremden Namen mit Arzneimitteln handeln, ohne tatsächliche Verfügungsgewalt über die Arzneimittel zu erlangen.

(23) [1]Klinische Prüfung ist eine solche im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 Nummer 2 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/20/EG (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 1; L 311 vom 17.11.2016, S. 25). [2]Keine klinische Prüfung ist eine nichtinterventionelle Studie im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 Nummer 4 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014.

(24) Sponsor ist eine Person, ein Unternehmen, eine Einrichtung oder eine Organisation im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 Nummer 14 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014.

(25) [1]Prüfer ist eine Person im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 Nummer 15 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014. [2]Hauptprüfer ist eine Person im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 Nummer 16 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014.

(26) [1]Homöopathisches Arzneimittel ist ein Arzneimittel, das nach einem im Europäischen Arzneibuch oder, in Ermangelung dessen, nach einem in den offiziell gebräuchlichen Pharmakopöen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beschriebenen homöopathischen Zubereitungsverfahren hergestellt worden ist. [2]Ein homöopathisches Arzneimittel kann auch mehrere Wirkstoffe enthalten.

(27) Ein mit der Anwendung des Arzneimittels verbundenes Risiko ist

a) jedes Risiko im Zusammenhang mit der Qualität, Sicherheit oder Wirksamkeit des Arzneimittels für die Gesundheit der Patienten oder die öffentliche Gesundheit,

b) jedes Risiko unerwünschter Auswirkungen auf die Umwelt.

(28) Das Nutzen-Risiko-Verhältnis umfasst eine Bewertung der positiven therapeutischen Wirkungen des Arzneimittels im Verhältnis zu dem Risiko nach Absatz 27 Buchstabe a.

(29) Pflanzliche Arzneimittel sind Arzneimittel, die als Wirkstoff ausschließlich einen oder mehrere pflanzliche Stoffe oder eine oder mehrere pflanzliche Zubereitungen oder eine oder mehrere solcher pflanzlichen Stoffe in Kombination mit einer oder mehreren solcher pflanzlichen Zubereitungen enthalten.

(30) [1]Gewebezubereitungen sind Arzneimittel, die Gewebe im Sinne von § 1a Nr. 4 des Transplantationsgesetzes sind oder aus solchen Geweben hergestellt worden sind. [2]Menschliche Samen- und Eizellen (Keimzellen) sowie imprägnierte Eizellen und Embryonen sind weder Arzneimittel noch Gewebezubereitungen.

(30a) Einheitlicher Europäischer Code oder „SEC“ ist die eindeutige Kennnummer für in der Europäischen Union verteilte Gewebe oder Gewebezubereitungen gemäß Anhang VII der Richtlinie 2006/86/EG der Kommission vom 24. Oktober 2006 zur Umsetzung der Richtlinie 2004/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit, der Meldung schwerwiegender Zwischenfälle und unerwünschter Reaktionen sowie bestimmter technischer Anforderungen an die Kodierung, Verarbeitung, Konservierung, Lagerung und Verteilung von menschlichen Geweben und Zellen (ABl. L 294 vom 25.10.2006, S. 32), die zuletzt durch die Richtlinie (EU) 2015/565 (ABl. L 93 vom 9.4.2015, S. 43) geändert worden ist.

(30b) [1]EU-Gewebeeinrichtungs-Code ist die eindeutige Kennnummer für Gewebeeinrichtungen in der Europäischen Union. [2]Für den Geltungsbereich dieses Gesetzes gilt er für alle Einrichtungen, die erlaubnispflichtige Tätigkeiten mit Geweben, Gewebezubereitungen oder mit hämatopoetischen Stammzellen oder Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut durchführen. [3]Der EU-Gewebeeinrichtungs-Code besteht gemäß Anhang VII der Richtlinie 2006/86/EG aus einem ISO-Ländercode und der Gewebeeinrichtungsnummer des EU-Kompendiums der Gewebeeinrichtungen.

(30c) [1]EU-Kompendium der Gewebeeinrichtungen ist das Register, in dem alle von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union genehmigten, lizenzierten, benannten oder zugelassenen Gewebeeinrichtungen enthalten sind und das die Informationen über diese Einrichtungen gemäß Anhang VIII der Richtlinie 2006/86/EG in der jeweils geltenden Fassung enthält. [2]Für den Geltungsbereich dieses Gesetzes enthält das Register alle Einrichtungen, die erlaubnispflichtige Tätigkeiten mit

Geweben, Gewebezubereitungen oder mit hämatopoetischen Stammzellen oder Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut durchführen.

(30d) EU-Kompendium der Gewebe- und Zellprodukte ist das Register aller in der Europäischen Union in Verkehr befindlichen Arten von Geweben, Gewebezubereitungen oder von hämatopoetischen Stammzellen oder Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut mit den jeweiligen Produktcodes.

(31) Rekonstitution eines Fertigarzneimittels ist die Überführung in seine anwendungsfähige Form unmittelbar vor seiner Anwendung gemäß den Angaben der Packungsbeilage oder im Rahmen der klinischen Prüfung nach Maßgabe des Prüfplans.

(32) [1]Verbringen ist jede Beförderung in den, durch den oder aus dem Geltungsbereich des Gesetzes. [2]Einfuhr ist die Überführung von unter das Arzneimittelgesetz fallenden Produkten aus Drittstaaten, die nicht Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind, in den zollrechtlich freien Verkehr. [3]Produkte gemäß Satz 2 gelten als eingeführt, wenn sie entgegen den Zollvorschriften in den Wirtschaftskreislauf überführt wurden. [4]Ausfuhr ist jedes Verbringen in Drittstaaten, die nicht Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind.

(33) Anthroposophisches Arzneimittel ist ein Arzneimittel, das nach der anthroposophischen Menschen- und Naturerkenntnis entwickelt wurde, nach einem im Europäischen Arzneibuch oder, in Ermangelung dessen, nach einem in den offiziell gebräuchlichen Pharmakopöen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beschriebenen homöopathischen Zubereitungsverfahren oder nach einem besonderen anthroposophischen Zubereitungsverfahren hergestellt worden ist und das bestimmt ist, entsprechend den Grundsätzen der anthroposophischen Menschen- und Naturerkenntnis angewendet zu werden.

(34) Eine Unbedenklichkeitsstudie ist jede Studie zu einem zugelassenen Arzneimittel, die durchgeführt wird, um ein Sicherheitsrisiko zu ermitteln, zu beschreiben oder zu quantifizieren, das Sicherheitsprofil eines Arzneimittels zu bestätigen oder die Effizienz von Risikomanagement-Maßnahmen zu messen.

(35) (weggefallen)

(36) Das Risikomanagement-System umfasst Tätigkeiten im Bereich der Pharmakovigilanz und Maßnahmen, durch die Risiken im Zusammenhang mit einem Arzneimittel ermittelt, beschrieben, vermieden oder minimiert werden sollen; dazu gehört auch die Bewertung der Wirksamkeit derartiger Tätigkeiten und Maßnahmen.

(37) Der Risikomanagement-Plan ist eine detaillierte Beschreibung des Risikomanagement-Systems.

(38) Das Pharmakovigilanz-System ist ein System, das der Inhaber der Zulassung und die zuständige Bundesoberbehörde anwenden, um insbesondere den im Zehnten Abschnitt aufgeführten Aufgaben und Pflichten nachzukommen, und das der Überwachung der Sicherheit zugelassener Arzneimittel und der Entdeckung sämtlicher Änderungen des Nutzen-Risiko-Verhältnisses dient.

(39) Die Pharmakovigilanz-Stammdokumentation ist eine detaillierte Beschreibung des Pharmakovigilanz-Systems, das der Inhaber der Zulassung auf eines oder mehrere zugelassene Arzneimittel anwendet.

(40) Ein gefälschtes Arzneimittel ist ein Arzneimittel mit falschen Angaben über

1. die Identität, einschließlich seiner Verpackung, seiner Kennzeichnung, seiner Bezeichnung oder seiner Zusammensetzung in Bezug auf einen oder mehrere seiner Bestandteile, einschließlich der Hilfsstoffe und des Gehalts dieser Bestandteile,
2. die Herkunft, einschließlich des Herstellers, das Herstellungsland, das Herkunftsland und den Inhaber der Genehmigung für das Inverkehrbringen oder den Inhaber der Zulassung oder
3. den in Aufzeichnungen und Dokumenten beschriebenen Vertriebsweg.

(41) Ein gefälschter Wirkstoff ist ein Wirkstoff, dessen Kennzeichnung auf dem Behältnis nicht den tatsächlichen Inhalt angibt oder dessen Begleitdokumentation nicht alle beteiligten Hersteller oder nicht den tatsächlichen Vertriebsweg widerspiegelt.

(42) EU-Portal ist das gemäß Artikel 80 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 auf EU-Ebene eingerichtete und unterhaltene Portal für die Übermittlung von Daten und Informationen im Zusammenhang mit klinischen Prüfungen.

Fußnoten

§ 4: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 4 Abs. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 4 Abs. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 3 Nr. 4 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 4 Abs. 5: IdF d. Art. 3 Nr. 4 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 4 Abs. 6 u. 7: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 4 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 4 Abs. 9: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. c G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 3 Nr. 4 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 4 Abs. 10 bis 12: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 4 Buchst. e G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 4 Abs. 13: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 4 Abs. 13 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 4 Buchst. f DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 4 Abs. 13 Satz 2: Frühere Sätze 2 u. 4 aufgeh., früherer Satz 3 jetzt Satz 2 gem. Art. 3 Nr. 4 Buchst. f DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 4 Abs. 13 Satz 3: Jetzt Satz 3 gem. Art. 3 Nr. 4 Buchst. f DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 4 Abs. 14: IdF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. b G v. 25.5.2011 I 946 mWv 31.5.2011 u. d. Art. 3 Nr. 4 Buchst. g G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 4 Abs. 18 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 1a G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 4 Abs. 20: IdF d. Art. 3 Nr. 4 Buchst. h G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 4 Abs. 21: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. e G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 4 Abs. 22a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012; idF d. Art. 3 Nr. 4 Buchst. i G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 4 Abs. 23: IdF d. Art. 2 Nr. 2 Buchst. a G v. 20.12.2016 I 3048, dieser idF d. Art. 3 Nr. 1 Buchst. a G v. 9.8.2019 I 1202 iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 4 Abs. 23 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 4 Buchst. j G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 4 Abs. 24 u. 25: IdF d. Art. 2 Nr. 2 Buchst. a G v. 20.12.2016 I 3048, dieser idF d. Art. 3 Nr. 1 Buchst. a G v. 9.8.2019 I 1202 iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 4 Abs. 27 Buchst. a: IdF d. Art. 3 Nr. 4 Buchst. k G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 4 Abs. 28: IdF d. Art. 3 Nr. 4 Buchst. l G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 4 Abs. 30: Eingef. durch Art. 2 Nr. 3 Buchst. b G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007
§ 4 Abs. 30 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. d G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 4 Abs. 30a bis 30d: Eingef. durch Art. 1 Nr. 2 G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 4 Abs. 31: IdF d. Art. 3 Nr. 4 Buchst. m G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 4 Abs. 32: Eingef. durch Art. 1 Nr. 4 Buchst. g G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 4 Abs. 32 Satz 3: Eingef. durch Art. 7 Nr. 1a G v. 22.12.2010 I 2262 mWv 1.1.2011
§ 4 Abs. 32 Satz 4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 Buchst. e G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 4 Abs. 33: Eingef. durch Art. 1 Nr. 4 Buchst. g G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 4 Abs. 34: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 Buchst. f G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012; idF d. Art. 2 Nr. 2 Buchst. b iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022 u. d. Art. 3 Nr. 4 Buchst. n G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 4 Abs. 35: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 4 Buchst. o G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 4 Abs. 36 bis 41: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 Buchst. f G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012; idF d. Art. 2 Nr. 2 Buchst. b iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 4 Abs. 42: Eingef. durch Art. 2 Nr. 2 Buchst. c iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022

§ 4a Ausnahme vom Anwendungsbereich

Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf Gewebe, die innerhalb eines Behandlungsvorgangs einer Person entnommen werden, um auf diese ohne Änderung ihrer stofflichen Beschaffenheit rückübertragen zu werden.

Fußnoten

§ 4a: IdF d. Art. 3 Nr. 5 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 4b Sondervorschriften für Arzneimittel für neuartige Therapien

(1) [1]Für Arzneimittel für neuartige Therapien, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes

1. als individuelle Zubereitung für einen einzelnen Patienten ärztlich verschrieben,
2. nach spezifischen Qualitätsnormen nicht routinemäßig hergestellt und
3. in einer spezialisierten Einrichtung der Krankenversorgung unter der fachlichen Verantwortung eines Arztes angewendet

werden, finden der Vierte Abschnitt, mit Ausnahme des § 33, und der Siebte Abschnitt dieses Gesetzes keine Anwendung. [2]Die übrigen Vorschriften des Gesetzes sowie Artikel 14 Absatz 1 und Artikel 15 Absatz 1 bis 6 der Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 gelten entsprechend mit der Maßgabe, dass die dort genannten Amtsaufgaben und Befugnisse entsprechend den ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben von der zuständigen Behörde oder der zuständigen Bundesoberbehörde wahrgenommen werden und an die Stelle des Inhabers der Zulassung im Sinne dieses Gesetzes oder des Inhabers der Genehmigung für das Inverkehrbringen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 der Inhaber der Genehmigung nach Absatz 3 Satz 1 tritt.

(2) Nicht routinemäßig hergestellt im Sinne von Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 werden insbesondere Arzneimittel,

1. die in so geringem Umfang hergestellt und angewendet werden, dass nicht zu erwarten ist, dass hinreichend klinische Erfahrung gesammelt werden kann, um das Arzneimittel umfassend bewerten zu können, oder
2. die noch nicht in ausreichender Anzahl hergestellt und angewendet worden sind, so dass die notwendigen Erkenntnisse für ihre umfassende Bewertung noch nicht erlangt werden konnten.

(3) [1]Arzneimittel nach Absatz 1 Satz 1 dürfen nur an andere abgegeben werden, wenn sie durch die zuständige Bundesoberbehörde genehmigt worden sind. [2]§ 21a Absatz 2 Satz 1, Absatz 3 bis 6 und 8 gilt entsprechend. [3]Zusätzlich zu den Angaben und Unterlagen nach § 21a Absatz 2 Satz 1 sind dem Antrag auf Genehmigung folgende Angaben und Unterlagen beizufügen:

1. Angaben zu den spezialisierten Einrichtungen der Krankenversorgung, in denen das Arzneimittel angewendet werden soll,
2. die Anzahl der geplanten Anwendungen oder der Patienten im Jahr,
3. Angaben zur Dosierung,
4. Angaben zum Risikomanagement-Plan mit einer Beschreibung des Risikomanagement-Systems, das der Antragsteller für das betreffende Arzneimittel einführen wird, verbunden mit einer Zusammenfassung des Risikomanagement-Plans und Risikomanagement-Systems, und
5. bei Arzneimitteln für neuartige Therapien, die aus einem gentechnisch veränderten Organismus oder einer Kombination von gentechnisch veränderten Organismen bestehen oder solche enthalten, zusätzlich die technischen Unterlagen gemäß den Anhängen III A, III B und IV der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. März 2001 über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt und zur Aufhebung der Richtlinie 90/220/EWG des Rates (ABl. L 106 vom 17.4.2001, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2019/1381 (ABl. L 231 vom 6.9.2019, S. 1) geändert worden ist, sowie die auf der Grundlage einer nach Anhang II der Richtlinie 2001/18/EG durchgeführten Umweltverträglichkeitsprüfung gewonnenen Informationen nach Anhang II Buchstabe D der Richtlinie 2001/18/EG.

[4]§ 22 Absatz 2 Satz 1 Nummer 5, Absatz 4 und 7 Satz 1 gilt entsprechend.

(4) [1]Bei Arzneimitteln für neuartige Therapien, die aus einem gentechnisch veränderten Organismus oder einer Kombination von gentechnisch veränderten Organismen bestehen oder solche enthalten, entscheidet die zuständige Bundesoberbehörde im Benehmen mit dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit über den Antrag auf Genehmigung. [2]Die Genehmigung der zuständigen Bundesoberbehörde für die Abgabe des Arzneimittels nach Satz 1 an andere umfasst auch die Genehmigung für das Inverkehrbringen der gentechnisch veränderten Organismen, aus denen das Arzneimittel nach Satz 1 besteht oder die es enthält. [3]Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn

1. eine Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß den Grundprinzipien des Anhangs II der Richtlinie 2001/18/EG und auf der Grundlage der Angaben nach den Anhängen III und IV der Richtlinie 2001/18/EG durchgeführt wurde und
2. nach dem Stand der Wissenschaft unvertretbare schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit Dritter und auf die Umwelt nicht zu erwarten sind.

(5) Können die erforderlichen Angaben und Unterlagen nach § 21a Absatz 2 Satz 1 Nummer 8 nicht erbracht werden, kann der Antragsteller die Angaben und Unterlagen über die Wirkungsweise, die voraussichtliche Wirkung und mögliche Risiken beifügen.

(6) Die Genehmigung kann befristet werden.

(7) [1]Der Inhaber der Genehmigung hat der zuständigen Bundesoberbehörde in bestimmten Zeitabständen, die diese festlegt, über den Umfang der Herstellung und über die Erkenntnisse für die umfassende Beurteilung des Arzneimittels zu berichten. [2]Die Genehmigung ist zurückzunehmen, wenn nachträglich bekannt wird, dass eine der Voraussetzungen nach Absatz 1 Satz 1 nicht vorgelegen hat. [3]Die Genehmigung ist zu widerrufen, wenn eine der Voraussetzungen nach Absatz 1 Satz 1 nicht mehr vorliegt.

(8) [1]Der Antragsteller hat der zuständigen Bundesoberbehörde unter Beifügung entsprechender Unterlagen unverzüglich Anzeige zu erstatten, wenn sich Änderungen in den Angaben und Unterlagen ergeben, die dem Antrag auf Genehmigung beigefügt waren. [2]Satz 1 gilt nach der Genehmigung entsprechend für den Inhaber der Genehmigung. [3]Dieser ist ferner verpflichtet, die zuständige Bundesoberbehörde zu informieren, wenn neue oder veränderte Risiken bestehen oder sich das Nutzen-Risiko-Verhältnis des Arzneimittels geändert hat. [4]Bei Arzneimitteln für neuartige Therapien, die aus einem gentechnisch veränderten Organismus oder einer Kombination von gentechnisch veränderten Organismen bestehen oder solche enthalten, hat der Antragsteller unter Beifügung entsprechender Unterlagen der zuständigen Bundesoberbehörde außerdem unverzüglich anzuzeigen, wenn ihm neue Informationen über Gefahren für die Gesundheit nicht betroffener Personen oder die Umwelt bekannt werden. [5]Satz 4 gilt nach der Genehmigung entsprechend für den Inhaber der Genehmigung. [6]§ 29 Absatz 1a, 1d und 2 ist entsprechend anzuwenden.

(9) [1]Folgende Änderungen dürfen erst vollzogen werden, wenn die zuständige Bundesoberbehörde zugestimmt hat:

1. eine Änderung der Angaben über die Dosierung, die Art oder die Dauer der Anwendung oder über die Anwendungsgebiete, soweit es sich nicht um die Zufügung einer oder Veränderung in eine Indikation handelt, die einem anderen Therapiegebiet zuzuordnen ist,
2. eine Einschränkung der Gegenanzeigen, Nebenwirkungen oder Wechselwirkungen mit anderen Arzneimitteln oder sonstigen Stoffen,
3. eine Änderung der Hilfsstoffe nach Art oder Menge oder der Wirkstoffe nach ihrer Menge,
4. eine Änderung der Darreichungsform in eine Darreichungsform, die mit der genehmigten vergleichbar ist,
5. eine Änderung des Herstellungs- oder Prüfverfahrens, einschließlich der Angaben nach § 21a Absatz 2 Satz 1 Nummer 5,
6. eine Änderung der Art der Aufbewahrung und der Dauer der Haltbarkeit oder

7. bei Arzneimitteln für neuartige Therapien, die aus einem gentechnisch veränderten Organismus oder einer Kombination von gentechnisch veränderten Organismen bestehen oder solche enthalten, eine Änderung, die geeignet ist, die Risikobewertung für die Gesundheit nicht betroffener Personen oder die Umwelt zu verändern.

[2]Die Entscheidung über den Antrag auf Zustimmung muss innerhalb von drei Monaten ergehen. [3]Absatz 4 und § 27 Absatz 2 gelten entsprechend.

(10) [1]Abweichend von Absatz 9 ist eine neue Genehmigung nach Absatz 3 in folgenden Fällen zu beantragen:

1. bei einer Erweiterung der Anwendungsgebiete, soweit es sich nicht um eine Änderung nach Absatz 9 Satz 1 Nummer 1 handelt,
2. bei einer Änderung der Zusammensetzung der Wirkstoffe nach ihrer Art,
3. bei einer Änderung der Darreichungsform, soweit es sich nicht um eine Änderung nach Absatz 9 Satz 1 Nummer 4 handelt.

[2]Über die Genehmigungspflicht nach Satz 1 entscheidet die zuständige Bundesoberbehörde.

(11) [1]Über Anfragen zur Genehmigungspflicht eines Arzneimittels für neuartige Therapien entscheidet die zuständige Behörde im Benehmen mit der zuständigen Bundesoberbehörde. [2]§ 21 Absatz 4 gilt entsprechend.

Fußnoten

§ 4b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 6 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 4b Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 7 Nr. 1b G v. 22.12.2010 I 2262 mWv 1.1.2011
§ 4b Abs. 2 bis 10: Früher Abs. 2 u. 3 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. a G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 4b Abs. Satz 3 Nr. 5: IdF d. Art. 3 Nr. 6 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 4b Abs. 11: Früher Abs. 4 gem. Art. 1 Nr. 2 Buchst. b G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017

Zweiter Abschnitt Anforderungen an die Arzneimittel

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 5 Verbot bedenklicher Arzneimittel

(1) Es ist verboten, bedenkliche Arzneimittel in den Verkehr zu bringen oder bei einem anderen Menschen anzuwenden.

(2) Bedenklich sind Arzneimittel, bei denen nach dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse der begründete Verdacht besteht, dass sie bei bestimmungsgemäßem Gebrauch schädliche Wirkungen haben, die über ein nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft vertretbares Maß hinausgehen.

Fußnoten

§ 5: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 5 Abs. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 7 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 6 Verbote zum Schutz der Gesundheit, Verordnungsermächtigungen

(1) Es ist verboten, ein Arzneimittel herzustellen, in Verkehr zu bringen oder anzuwenden, wenn bei der Herstellung des Arzneimittels einer durch Rechtsverordnung nach Absatz 2 angeordneten Bestimmung

über die Verwendung von Stoffen, Zubereitungen aus Stoffen oder Gegenständen, die in der Anlage genannt sind, zuwidergehandelt wird.

(2) Das Bundesministerium für Gesundheit (Bundesministerium) wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Verwendung der in der Anlage genannten Stoffe, Zubereitungen aus Stoffen oder Gegenstände bei der Herstellung von Arzneimitteln vorzuschreiben, zu beschränken oder zu verbieten, soweit es zur Verhütung einer Gefährdung der menschlichen Gesundheit (Risikovorsorge) oder zur Abwehr einer unmittelbaren oder mittelbaren Gefährdung der menschlichen Gesundheit durch Arzneimittel geboten ist.

(3) [1]Das Bundesministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates weitere Stoffe, Zubereitungen aus Stoffen oder Gegenstände in die Anlage aufzunehmen, soweit es zur Risikovorsorge oder zur Abwehr einer unmittelbaren oder mittelbaren Gefährdung der menschlichen Gesundheit durch Arzneimittel geboten ist. [2]Durch Rechtsverordnung nach Satz 1 sind Stoffe, Zubereitungen aus Stoffen oder Gegenstände aus der Anlage zu streichen, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 nicht mehr erfüllt sind.

(4) Die Rechtsverordnungen nach den Absätzen 2 und 3 ergehen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, sofern es sich um radioaktive Arzneimittel oder um Arzneimittel handelt, bei deren Herstellung ionisierende Strahlen verwendet werden.

Fußnoten

§ 6: IdF d. Art. 1 Nr. 2 G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 6 Abs. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 2 G v. 10.8.2021 I 3519 mWv 1.11.2021 u. d. Art. 3 Nr. 7 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 6 Abs. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 2 G v. 10.8.2021 I 3519 mWv 1.11.2021 u. d. Art. 3 Nr. 7 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 6 Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 2 G v. 10.8.2021 I 3519 mWv 1.11.2021 u. d. Art. 3 Nr. 7 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 6 Abs. 3 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 2 G v. 10.8.2021 I 3519 mWv 1.11.2021 u. d. Art. 3 Nr. 7 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 6 Abs. 4: Früherer Abs. 4 aufgeh., füherer Abs. 5 jetzt Abs. 4 gem. Art. 3 Nr. 7 Buchst. d u. e G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 6a (weggefallen)

Fußnoten

§ 6a: Aufgeh. gem. Art. 2 Nr. 2 G v. 10.12.2015 I 2210 mWv 18.12.2015

§ 7 Radioaktive und mit ionisierenden Strahlen behandelte Arzneimittel

(1) Es ist verboten, radioaktive Arzneimittel oder Arzneimittel, bei deren Herstellung ionisierende Strahlen verwendet worden sind, in den Verkehr zu bringen, es sei denn, dass dies durch Rechtsverordnung nach Absatz 2 zugelassen ist.

(2) [1]Das Bundesministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates das Inverkehrbringen radioaktiver Arzneimittel oder bei der Herstellung von Arzneimitteln die Verwendung ionisierender Strahlen zuzulassen, soweit dies nach dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu medizinischen Zwecken geboten und für die menschliche Gesundheit unbedenklich ist. [2]In der Rechtsverordnung können für die Arzneimittel der Vertriebsweg bestimmt sowie Angaben über die Radioaktivität auf dem Behältnis, der äußeren Umhüllung und der Packungsbeilage vorgeschrieben werden.

Fußnoten

§ 7: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 7 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 52 Nr. 2 Buchst. a V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015, d. Art. 94 Nr. 1 V v. 19.6.2020 I 1328 mWv 27.6.2020 u. d. Art. 3 Nr. 8 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 7 Abs. 2: Früherer Satz 3 aufgeh. durch Art. 3 Nr. 8 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 8 Verbote zum Schutz vor Täuschung

(1) Es ist verboten, Arzneimittel oder Wirkstoffe herzustellen oder in den Verkehr zu bringen, die

1. durch Abweichung von den anerkannten pharmazeutischen Regeln in ihrer Qualität nicht unerheblich gemindert sind oder

1a. (weggefallen)

2. mit irreführender Bezeichnung, Angabe oder Aufmachung versehen sind. [2]Eine Irreführung liegt insbesondere dann vor, wenn

   a) Arzneimitteln eine therapeutische Wirksamkeit oder Wirkungen oder Wirkstoffen eine Aktivität beigelegt werden, die sie nicht haben,

   b) fälschlich der Eindruck erweckt wird, dass ein Erfolg mit Sicherheit erwartet werden kann oder dass nach bestimmungsgemäßem oder längerem Gebrauch keine schädlichen Wirkungen eintreten,

   c) zur Täuschung über die Qualität geeignete Bezeichnungen, Angaben oder Aufmachungen verwendet werden, die für die Bewertung des Arzneimittels oder Wirkstoffs mitbestimmend sind.

(2) Es ist verboten, gefälschte Arzneimittel oder gefälschte Wirkstoffe herzustellen, in den Verkehr zu bringen oder sonst mit ihnen Handel zu treiben.

(3) Es ist verboten, Arzneimittel, deren Verfalldatum abgelaufen ist, in den Verkehr zu bringen.

Fußnoten

§ 8: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 8 Abs. 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 8 Abs. 1 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 8 Abs. 1 Nr. 1a: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 8 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. cc G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 8 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 Buchst. a (bezeichnet als Nr. 2 Buchst.a): IdF d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. c G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 8 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 Buchst. c (bezeichnet als Nr. 2 Buchst.c): IdF d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. d G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 8 Abs. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 8 Abs. 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 6 Buchst. c G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012

§ 9 Der Verantwortliche für das Inverkehrbringen

(1) [1]Arzneimittel, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes in den Verkehr gebracht werden, müssen den Namen oder die Firma und die Anschrift des pharmazeutischen Unternehmers tragen. [2]Dies gilt nicht für Arzneimittel, die zur klinischen Prüfung bestimmt sind.

(2) [1]Arzneimittel dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur durch einen pharmazeutischen Unternehmer in den Verkehr gebracht werden, der seinen Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes, in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum hat. [2]Bestellt der pharmazeutische Unternehmer einen örtlichen Vertreter, entbindet ihn dies nicht von seiner rechtlichen Verantwortung.

Fußnoten

§ 9: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 9 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 3 Nr. 9 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 10 Kennzeichnung

(1) [1]Fertigarzneimittel, die nicht zur klinischen Prüfung bestimmt sind und die nicht nach § 21 Absatz 2 Nummer 1a, 1b oder 3 von der Zulassungspflicht freigestellt sind, dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur in den Verkehr gebracht werden, wenn auf den Behältnissen und, soweit verwendet, auf den äußeren Umhüllungen in gut lesbarer Schrift, allgemeinverständlich in deutscher Sprache und auf dauerhafte Weise und in Übereinstimmung mit den Angaben nach § 11a angegeben sind

1. der Name oder die Firma und die Anschrift des pharmazeutischen Unternehmers und, soweit vorhanden, der Name des von ihm benannten örtlichen Vertreters,
2. die Bezeichnung des Arzneimittels, gefolgt von der Angabe der Stärke und der Darreichungsform, und soweit zutreffend, dem Hinweis, dass es zur Anwendung für Säuglinge, Kinder oder Erwachsene bestimmt ist, es sei denn, dass diese Angaben bereits in der Bezeichnung enthalten sind; enthält das Arzneimittel bis zu drei Wirkstoffe, muss der internationale Freiname (INN) aufgeführt werden oder, falls dieser nicht existiert, die gebräuchliche Bezeichnung; dies gilt nicht, wenn in der Bezeichnung die Wirkstoffbezeichnung nach Nummer 8 enthalten ist,
3. die Zulassungsnummer mit der Abkürzung "Zul.-Nr.",
4. die Chargenbezeichnung, soweit das Arzneimittel in Chargen in den Verkehr gebracht wird, mit der Abkürzung "Ch.-B.", soweit es nicht in Chargen in den Verkehr gebracht werden kann, das Herstellungsdatum,
5. die Darreichungsform,
6. der Inhalt nach Gewicht, Nennvolumen oder Stückzahl,
7. die Art der Anwendung,
8. die Wirkstoffe nach Art und Menge und sonstige Bestandteile nach der Art, soweit dies durch Auflage der zuständigen Bundesoberbehörde nach § 28 Abs. 2 Nr. 1 angeordnet oder durch Rechtsverordnung nach § 12 Abs. 1 Nr. 4, auch in Verbindung mit Abs. 2, oder nach § 36 Abs. 1 vorgeschrieben ist; bei Arzneimitteln zur parenteralen oder zur topischen Anwendung, einschließlich der Anwendung am Auge, alle Bestandteile nach der Art,

8a. bei gentechnologisch gewonnenen Arzneimitteln der Wirkstoff und die Bezeichnung des bei der Herstellung verwendeten gentechnisch veränderten Organismus oder die Zellinie,

9. das Verfalldatum mit dem Hinweis "verwendbar bis" oder mit der Abkürzung „verw. bis”,
10. bei Arzneimitteln, die der Verschreibungspflicht nach § 48 unterliegen, der Hinweis "Verschreibungspflichtig", bei sonstigen Arzneimitteln, die nur in Apotheken an Verbraucher abgegeben werden dürfen, der Hinweis "Apothekenpflichtig",
11. bei Mustern der Hinweis "Unverkäufliches Muster",
12. der Hinweis, dass Arzneimittel unzugänglich für Kinder aufbewahrt werden sollen, es sei denn, es handelt sich um Heilwässer,
13. soweit erforderlich besondere Vorsichtsmaßnahmen für die Beseitigung von nicht verwendeten Arzneimitteln oder sonstige besondere Vorsichtsmaßnahmen, um Gefahren für die Umwelt zu vermeiden, und
14. bei nicht verschreibungspflichtigen Arzneimitteln der Verwendungszweck.

[2]Sofern die Angaben nach Satz 1 zusätzlich in einer anderen Sprache wiedergegeben werden, müssen in dieser Sprache die gleichen Angaben gemacht werden. [3]Ferner ist Raum für die Angabe der verschriebenen Dosierung vorzusehen; dies gilt nicht für die in Absatz 8 Satz 3 genannten Behältnisse und Ampullen und für Arzneimittel, die dazu bestimmt sind, ausschließlich durch Angehörige der Heilberufe angewendet zu werden. [4]Arzneimittel, die nach einer homöopathischen Verfahrenstechnik hergestellt werden und nach § 25 zugelassen sind, sind zusätzlich mit einem Hinweis auf die homöopathische Be-

schaffenheit zu kennzeichnen. [5]Weitere Angaben, die nicht durch eine Verordnung der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union vorgeschrieben oder bereits nach einer solchen Verordnung zulässig sind, sind zulässig, soweit sie mit der Anwendung des Arzneimittels im Zusammenhang stehen, für die gesundheitliche Aufklärung der Patienten wichtig sind und den Angaben nach § 11a nicht widersprechen.

(1a) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde kann im Fall eines drohenden oder bestehenden versorgungsrelevanten Lieferengpasses auf Antrag des Zulassungsinhabers im Einzelfall gestatten, dass ein Arzneimittel abweichend von Absatz 1 Satz 1 befristet mit einer Kennzeichnung in einer anderen als der deutschen Sprache in den Verkehr gebracht wird. [2]In diesem Fall stellt die zuständige Bundesoberbehörde sicher, dass der Verbraucher in geeigneter Weise Zugang zu den erforderlichen Produktinformationen erhält.

(1b) [1]Die Bezeichnung des Arzneimittels ist auf den äußeren Umhüllungen auch in Blindenschrift anzugeben. [2]Die in Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 genannten sonstigen Angaben zur Darreichungsform und zu der Personengruppe, für die das Arzneimittel bestimmt ist, müssen nicht in Blindenschrift aufgeführt werden; dies gilt auch dann, wenn diese Angaben in der Bezeichnung enthalten sind. [3]Satz 1 gilt nicht für Arzneimittel,

1. die dazu bestimmt sind, ausschließlich durch Angehörige der Heilberufe angewendet zu werden oder
2. die in Behältnissen von nicht mehr als 20 Milliliter Nennvolumen oder einer Inhaltsmenge von nicht mehr als 20 Gramm in Verkehr gebracht werden.

(1c) Auf den äußeren Umhüllungen von Arzneimitteln sind Sicherheitsmerkmale sowie eine Vorrichtung zum Erkennen einer möglichen Manipulation der äußeren Umhüllung anzubringen, sofern dies durch Artikel 54a der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. November 2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel (ABl. L 311 vom 28.11.2001, S. 67; L 239 vom 12.8.2014, S. 81), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2019/1243 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241) geändert worden ist, vorgeschrieben ist oder auf Grund von Artikel 54a der Richtlinie 2001/83/EG festgelegt wird.

(2) Es sind ferner Warnhinweise, für die Verbraucher bestimmte Aufbewahrungshinweise und für die Fachkreise bestimmte Lagerhinweise anzugeben, soweit dies nach dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse erforderlich oder durch Auflagen der zuständigen Bundesoberbehörde nach § 28 Abs. 2 Nr. 1 angeordnet oder durch Rechtsverordnung vorgeschrieben ist.

(3) Bei Sera ist auch die Art des Lebewesens, aus dem sie gewonnen sind, bei Virusimpfstoffen das Wirtssystem, das zur Virusvermehrung gedient hat, anzugeben.

(4) [1]Bei Arzneimitteln, die in das Register für homöopathische Arzneimittel eingetragen sind, sind an Stelle der Angaben nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 bis 14 und außer dem deutlich erkennbaren Hinweis "Homöopathisches Arzneimittel" die folgenden Angaben zu machen:

1. Ursubstanzen nach Art und Menge und der Verdünnungsgrad; dabei sind die Symbole aus den offiziell gebräuchlichen Pharmakopöen zu verwenden; die wissenschaftliche Bezeichnung der Ursubstanz kann durch einen Phantasienamen ergänzt werden,
2. Name und Anschrift des pharmazeutischen Unternehmers und, soweit vorhanden, seines örtlichen Vertreters,
3. Art der Anwendung,
4. Verfalldatum; Absatz 1 Satz 1 Nr. 9 und Absatz 7 finden Anwendung,
5. Darreichungsform,
6. der Inhalt nach Gewicht, Nennvolumen oder Stückzahl,
7. Hinweis, dass Arzneimittel unzugänglich für Kinder aufbewahrt werden sollen, weitere besondere Vorsichtsmaßnahmen für die Aufbewahrung und Warnhinweise, einschließlich weiterer Anga-

ben, soweit diese für eine sichere Anwendung erforderlich oder nach Absatz 2 vorgeschrieben sind,

8. Chargenbezeichnung,

9. Registrierungsnummer mit der Abkürzung "Reg.-Nr." und der Angabe "Registriertes homöopathisches Arzneimittel, daher ohne Angabe einer therapeutischen Indikation",

10. der Hinweis an den Anwender, bei während der Anwendung des Arzneimittels fortdauernden Krankheitssymptomen medizinischen Rat einzuholen,

11. bei Arzneimitteln, die nur in Apotheken an Verbraucher abgegeben werden dürfen, der Hinweis "Apothekenpflichtig",

12. bei Mustern der Hinweis "Unverkäufliches Muster".

[2]Satz 1 gilt entsprechend für Arzneimittel, die nach § 38 Abs. 1 Satz 3 von der Registrierung freigestellt sind; Absatz 1b findet keine Anwendung.

(4a) [1]Bei traditionellen pflanzlichen Arzneimitteln nach § 39a müssen zusätzlich zu den Angaben in Absatz 1 folgende Hinweise aufgenommen werden:

1. Das Arzneimittel ist ein traditionelles Arzneimittel, das ausschließlich auf Grund langjähriger Anwendung für das Anwendungsgebiet registriert ist, und

2. der Anwender sollte bei fortdauernden Krankheitssymptomen oder beim Auftreten anderer als der in der Packungsbeilage erwähnten Nebenwirkungen einen Arzt oder eine andere in einem Heilberuf tätige qualifizierte Person konsultieren.

[2]An die Stelle der Angabe nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 tritt die Registrierungsnummer mit der Abkürzung "Reg.-Nr.".

(5) (weggefallen)

(6) Für die Bezeichnung der Bestandteile gilt Folgendes:

1. Zur Bezeichnung der Art sind die internationalen Kurzbezeichnungen der Weltgesundheitsorganisation oder, soweit solche nicht vorhanden sind, gebräuchliche wissenschaftliche Bezeichnungen zu verwenden; das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte bestimmt im Einvernehmen mit dem Paul-Ehrlich-Institut die zu verwendenden Bezeichnungen und veröffentlicht diese in einer Datenbank nach § 67a;

2. Zur Bezeichnung der Menge sind Maßeinheiten zu verwenden; sind biologische Einheiten oder andere Angaben zur Wertigkeit wissenschaftlich gebräuchlich, so sind diese zu verwenden.

(7) Das Verfalldatum ist mit Monat und Jahr anzugeben.

(8) [1]Durchdrückpackungen sind mit dem Namen oder der Firma des pharmazeutischen Unternehmers, der Bezeichnung des Arzneimittels, der Chargenbezeichnung und dem Verfalldatum zu versehen. [2]Auf die Angabe von Namen und Firma eines Parallelimporteurs kann verzichtet werden. [3]Bei Behältnissen von nicht mehr als 10 Milliliter Nennvolumen und bei Ampullen, die nur eine einzige Gebrauchseinheit enthalten, brauchen die Angaben nach den Absätzen 1, 2 bis 5 nur auf den äußeren Umhüllungen gemacht zu werden; jedoch müssen sich auf den Behältnissen und Ampullen mindestens die Angaben nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 erster Halbsatz, 4, 6, 7, 9 sowie nach den Absätzen 3 und 5 Satz 1 Nummer 1, 3, 7, 9, 12, 14 befinden; es können geeignete Abkürzungen verwendet werden. [4]Satz 3 findet auch auf andere kleine Behältnisse als die dort genannten Anwendung, sofern in Verfahren nach § 25b abweichende Anforderungen an kleine Behältnisse zugrunde gelegt werden.

(8a) [1]Bei Frischplasmazubereitungen und Zubereitungen aus Blutzellen müssen mindestens die Angaben nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, 2, ohne die Angabe der Stärke, Darreichungsform und der Personengruppe, Nummer 3 oder die Genehmigungsnummer mit der Abkürzung „Gen.-Nr.“, Nummer 4, 6, 7 und 9 gemacht sowie die Bezeichnung und das Volumen der Antikoagulans- und, soweit vorhanden, der Additivlösung, die Lagertemperatur, die Blutgruppe und bei allogenen Zubereitungen aus roten Blutkör-

perchen zusätzlich die Rhesusformel, bei Thrombozytenkonzentraten und autologen Zubereitungen aus roten Blutkörperchen zusätzlich der Rhesusfaktor angegeben werden. [2]Bei autologen Blutzubereitungen muss zusätzlich die Angabe „Nur zur Eigenbluttransfusion“ gemacht und bei autologen und gerichteten Blutzubereitungen zusätzlich ein Hinweis auf den Empfänger gegeben werden. [3]Bei hämatopoetischen Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut muss der Einheitliche Europäische Code mit der Abkürzung „SEC“ angegeben werden sowie im Fall festgestellter Infektiosität die Angabe „Biologische Gefahr“ gemacht werden.

(8b) [1]Bei Gewebezubereitungen müssen mindestens die Angaben nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 ohne die Angabe der Stärke, der Darreichungsform und der Personengruppe, Nummer 3 oder die Genehmigungsnummer mit der Abkürzung „Gen.-Nr.“, Nummer 4, 6 und 9, der Einheitliche Europäische Code mit der Abkürzung „SEC“ sowie die Angabe „Biologische Gefahr“ im Falle festgestellter Infektiosität gemacht werden. [2]Bei autologen Gewebezubereitungen müssen zusätzlich die Angabe „Nur zur autologen Anwendung“ gemacht und bei autologen und gerichteten Gewebezubereitungen zusätzlich ein Hinweis auf den Empfänger gegeben werden.

(9) [1]Bei den Angaben nach den Absätzen 1 bis 5 dürfen im Verkehr mit Arzneimitteln übliche Abkürzungen verwendet werden. [2]Die Firma nach Absatz 1 Nr. 1 darf abgekürzt werden, sofern das Unternehmen aus der Abkürzung allgemein erkennbar ist.

(10) (weggefallen)

(11) [1]Aus Fertigarzneimitteln entnommene Teilmengen dürfen nur mit einer Kennzeichnung abgegeben werden, die mindestens den Anforderungen nach Absatz 8 Satz 1 entspricht. [2]Absatz 1b findet keine Anwendung.

Fußnoten

(+++ § 10 Abs. 1: Zur Anwendung vgl. § 109 Abs. 1 +++)
§ 10: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 10 Überschrift: IdF d. Art. 30 Nr. 2 Buchst. a G v. 26.3.2007 I 378 mWv 1.4.2007
§ 10 Abs. 1 Satz 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 7 Nr. 3 G v. 22.12.2010 I 2262 mWv 1.1.2011 u. d. Art. 3 Nr. 10 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. a DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6: IdF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. aa G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8: IdF d. Art. 1 Nr. 9 Buchst. a DBuchst. aa G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8a: IdF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. aa G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9: IdF d. Art. 1 Nr. 3 G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 10: IdF d. Art. 3 Nr. 10 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 13: IdF d. Art. 3 Nr. 10 Buchst. a DBuchst. cc G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 14: Eingef. durch Art. 3 Nr. 10 Buchst. a DBuchst. dd G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 10 Abs. 1 Satz 4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 9 Buchst. a DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 10 Abs. 1 Satz 5: Früher Satz 4 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 9 Buchst. a DBuchst. cc G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. a DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 10 Abs. 1a: IdF d. Art. 1 Nr. 1 G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023
§ 10 Abs. 1b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 7 Buchst. a1 G v. 30.7.2004 I 2031 mWv 1.9.2006
§ 10 Abs. 1b Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 10 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 10 Abs. 1b Satz 2 u. 3: Früher Satz 2 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 01 Buchst. a G v. 15.4.2005 I 1068 mWv 1.9.2006
§ 10 Abs. 1b Satz 3 Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. b G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 10 Abs. 1c: Eingef. durch Art. 1. Nr. 7 Buchst. c iVm Art. 15 Abs. 2 G v. 19.10.2012 I 2192, dieser idF d. Art. 12a Nr. 1 G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 9.2.2019; idF d. Art. 3 Nr. 10 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 10 Abs. 4 Satz 1 Nr. 6: IdF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. b G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 10 Abs. 4 Satz 3 u. 4: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 9 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 10 Abs. 5: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 10 Buchst. e G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 10 Abs. 6 Eingangssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 10 Buchst. f DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 10 Abs. 6 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 9 Buchst. d G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 3 Nr. 10 Buchst. f DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 10 Abs. 8: Frühere Satz 4 bis 6 aufgeh. durch Art. 1 Nr. 9 Buchst. e DBuchst. cc G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 10 Abs. 8 Satz 3: IdF d. Art. 1 Nr. 9 Buchst. e DBuchst. aa G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009, d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. d G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. c G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 10 Abs. 8 Satz 4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 9 Buchst. e DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 10 Abs. 8a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 9 Buchst. f G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 10 Abs. 8a Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. a DBuchst. aa G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 10 Abs. 8a Satz 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 Buchst. a DBuchst. bb G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016; idF d. Art. 1 Nr. 3 G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 10 Abs. 8b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 9 Buchst. f G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 10 Abs. 8b Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. b G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 10 Abs. 10: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 10 Buchst. g G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 10 Abs. 11: Eingef. durch Art. 30 Nr. 2 Buchst. b G v. 26.3.2007 I 378 mWv 1.4.2007
§ 10 Abs. 11 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 10 Buchst. h G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 10a Kennzeichnung von Prüf- und Hilfspräparaten für klinische Prüfungen

(1) Prüf- und Hilfspräparate für klinische Prüfungen müssen in deutscher Sprache gekennzeichnet sein.

(2) Angaben, die zusätzlich in einer anderen Sprache wiedergegeben werden, müssen in beiden Sprachversionen inhaltsgleich sein.

Fußnoten

§ 10a: Eingef. durch Art. 2 Nr. 3 iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 10a Überschrift: IdF d. Art. 3 Nr. 11 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 10a Abs. 1: IdF d. Art. 3 Nr. 11 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 11 Packungsbeilage

(1) [1]Fertigarzneimittel, die nicht zur klinischen Prüfung bestimmt sind und die nicht nach § 21 Absatz 2 Nummer 1a, 1b oder 3 von der Zulassungspflicht freigestellt sind, dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur mit einer Packungsbeilage in den Verkehr gebracht werden, die die Überschrift "Gebrauchsinformation" trägt sowie folgende Angaben in der nachstehenden Reihenfolge allgemein verständlich in deutscher Sprache, in gut lesbarer Schrift und in Übereinstimmung mit den Angaben nach § 11a enthalten muss:

1. zur Identifizierung des Arzneimittels:
   a) die Bezeichnung des Arzneimittels, § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 finden entsprechende Anwendung,
   b) die Stoff- oder Indikationsgruppe oder die Wirkungsweise;
2. die Anwendungsgebiete;
3. eine Aufzählung von Informationen, die vor der Einnahme des Arzneimittels bekannt sein müssen:
   a) Gegenanzeigen,
   b) entsprechende Vorsichtsmaßnahmen für die Anwendung,

c) Wechselwirkungen mit anderen Arzneimitteln oder anderen Mitteln, soweit sie die Wirkung des Arzneimittels beeinflussen können,

d) Warnhinweise, insbesondere soweit dies durch Auflage der zuständigen Bundesoberbehörde nach § 28 Abs. 2 Nr. 2 angeordnet oder auf Grund von § 7 des Anti-Doping-Gesetzes oder durch Rechtsverordnung nach § 12 Abs. 1 Nr. 3 vorgeschrieben ist;

4. die für eine ordnungsgemäße Anwendung erforderlichen Anleitungen über

a) Dosierung,

b) Art der Anwendung,

c) Häufigkeit der Verabreichung, erforderlichenfalls mit Angabe des genauen Zeitpunkts, zu dem das Arzneimittel verabreicht werden kann oder muss,
sowie, soweit erforderlich und je nach Art des Arzneimittels,

d) Dauer der Behandlung, falls diese festgelegt werden soll,

e) Hinweise für den Fall der Überdosierung, der unterlassenen Einnahme oder Hinweise auf die Gefahr von unerwünschten Folgen des Absetzens,

f) die ausdrückliche Empfehlung, bei Fragen zur Klärung der Anwendung den Arzt oder Apotheker zu befragen;

5. zu Nebenwirkungen:

a) eine Beschreibung der Nebenwirkungen, die bei bestimmungsgemäßem Gebrauch des Arzneimittels eintreten können,

b) bei Nebenwirkungen zu ergreifende Gegenmaßnahmen, soweit dies nach dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis erforderlich ist, und

c) einen Standardtext, durch den die Patienten ausdrücklich aufgefordert werden, jeden Verdachtsfall einer Nebenwirkung ihren Ärzten, Apothekern, Angehörigen von Gesundheitsberufen oder unmittelbar der zuständigen Bundesoberbehörde zu melden, wobei die Meldung in jeder Form, insbesondere auch elektronisch, erfolgen kann;

6. einen Hinweis auf das auf der Verpackung angegebene Verfalldatum sowie

a) Warnung davor, das Arzneimittel nach Ablauf dieses Datums anzuwenden,

b) soweit erforderlich besondere Vorsichtsmaßnahmen für die Aufbewahrung und die Angabe der Haltbarkeit nach Öffnung des Behältnisses oder nach Herstellung der gebrauchsfertigen Zubereitung durch den Anwender,

c) soweit erforderlich Warnung vor bestimmten sichtbaren Anzeichen dafür, dass das Arzneimittel nicht mehr zu verwenden ist,

d) vollständige qualitative Zusammensetzung nach Wirkstoffen und sonstigen Bestandteilen sowie quantitative Zusammensetzung nach Wirkstoffen unter Verwendung gebräuchlicher Bezeichnungen für jede Darreichungsform des Arzneimittels, § 10 Abs. 6 findet Anwendung,

e) Darreichungsform und Inhalt nach Gewicht, Nennvolumen oder Stückzahl für jede Darreichungsform des Arzneimittels,

f) Name und Anschrift des pharmazeutischen Unternehmers und, soweit vorhanden, seines örtlichen Vertreters,

g) Name und Anschrift des Herstellers oder des Einführers, der das Fertigarzneimittel für das Inverkehrbringen freigegeben hat;

7. bei einem Arzneimittel, das unter anderen Bezeichnungen in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach den Artikeln 28 bis 39 der Richtlinie 2001/83/EG für das Inverkehrbringen

genehmigt ist, ein Verzeichnis der in den einzelnen Mitgliedstaaten genehmigten Bezeichnungen;

8. das Datum der letzten Überarbeitung der Packungsbeilage.

[2]Für Arzneimittel, die sich auf der Liste nach Artikel 23 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Festlegung der Verfahren der Union für die Genehmigung und Überwachung von Humanarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur (ABl. L 136 vom 30.4.2004, S. 1; L 201 vom 27.7.2012, S. 138), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2019/5 (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 24) geändert worden ist, befinden, muss ferner folgende Erklärung aufgenommen werden: „Dieses Arzneimittel unterliegt einer zusätzlichen Überwachung.[3]“ Dieser Erklärung muss ein schwarzes Symbol vorangehen und ein geeigneter standardisierter erläuternder Text nach Artikel 23 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 folgen. [4]Erläuternde Angaben zu den in Satz 1 genannten Begriffen sind zulässig. [5]Sofern die Angaben nach Satz 1 in der Packungsbeilage zusätzlich in einer anderen Sprache wiedergegeben werden, müssen in dieser Sprache die gleichen Angaben gemacht werden. [6]Satz 1 gilt nicht für Arzneimittel, die nach § 21 Abs. 2 Nr. 1 einer Zulassung nicht bedürfen. [7]Weitere Angaben, die nicht durch eine Verordnung der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union vorgeschrieben oder bereits nach einer solchen Verordnung zulässig sind, sind zulässig, soweit sie mit der Anwendung des Arzneimittels im Zusammenhang stehen, für die gesundheitliche Aufklärung der Patienten wichtig sind und den Angaben nach § 11a nicht widersprechen. [8]Bei den Angaben nach Satz 1 Nr. 3 Buchstabe a bis d ist, soweit dies nach dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse erforderlich ist, auf die besondere Situation bestimmter Personengruppen, wie Kinder, Schwangere oder stillende Frauen, ältere Menschen oder Personen mit spezifischen Erkrankungen einzugehen; ferner sind, soweit erforderlich, mögliche Auswirkungen der Anwendung auf die Fahrtüchtigkeit oder die Fähigkeit zur Bedienung bestimmter Maschinen anzugeben. [9]Der Inhaber der Zulassung ist verpflichtet, die Packungsbeilage auf aktuellem wissenschaftlichen Kenntnisstand zu halten, zu dem auch die Schlussfolgerungen aus Bewertungen und die Empfehlungen gehören, die auf dem nach Artikel 26 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 eingerichteten europäischen Internetportal für Arzneimittel veröffentlicht werden.

(1a) Ein Muster der Packungsbeilage und geänderter Fassungen ist der zuständigen Bundesoberbehörde unverzüglich zu übersenden, soweit nicht das Arzneimittel von der Zulassung oder Registrierung freigestellt ist.

(1b) Die nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 und Satz 3 erforderlichen Standardtexte werden von der zuständigen Bundesoberbehörde im Bundesanzeiger bekannt gemacht.

(1c) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde kann im Fall eines drohenden oder bestehenden versorgungsrelevanten Lieferengpasses auf Antrag des Zulassungsinhabers im Einzelfall gestatten, dass ein Arzneimittel abweichend von Absatz 1 Satz 1 befristet mit einer Packungsbeilage in einer anderen als der deutschen Sprache in den Verkehr gebracht wird. [2]In diesem Fall stellt die zuständige Bundesoberbehörde sicher, dass der Verbraucher in geeigneter Weise Zugang zu den erforderlichen Produktinformationen erhält.

(2) Es sind ferner in der Packungsbeilage Hinweise auf Bestandteile, deren Kenntnis für eine wirksame und unbedenkliche Anwendung des Arzneimittels erforderlich ist, und für die Verbraucher bestimmte Aufbewahrungshinweise anzugeben, soweit dies nach dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse erforderlich oder durch Auflage der zuständigen Bundesoberbehörde nach § 28 Abs. 2 Nr. 2 angeordnet oder durch Rechtsverordnung vorgeschrieben ist.

(2a) Bei radioaktiven Arzneimitteln gilt Absatz 1 entsprechend mit der Maßgabe, dass die Vorsichtsmaßnahmen aufzuführen sind, die der Verwender und der Patient während der Zubereitung und Verabreichung des Arzneimittels zu ergreifen haben, sowie besondere Vorsichtsmaßnahmen für die Entsorgung des Transportbehälters und nicht verwendeter Arzneimittel.

(3) [1]Bei Arzneimitteln, die in das Register für homöopathische Arzneimittel eingetragen sind, gilt Absatz 1 entsprechend mit der Maßgabe, dass die in § 10 Abs. 4 vorgeschriebenen Angaben, ausgenommen die Angabe der Chargenbezeichnung, des Verfalldatums und des bei Mustern vorgeschriebenen Hinweises, zu machen sind sowie der Name und die Anschrift des Herstellers anzugeben sind, der das Fertigarzneimittel für das Inverkehrbringen freigegeben hat, soweit es sich dabei nicht um den pharmazeutischen

Unternehmer handelt. [2]Satz 1 gilt entsprechend für Arzneimittel, die nach § 38 Abs. 1 Satz 3 von der Registrierung freigestellt sind.

(3a) Bei Sera gilt Absatz 1 entsprechend mit der Maßgabe, dass auch die Art des Lebewesens, aus dem sie gewonnen sind, bei Virusimpfstoffen das Wirtssystem, das zur Virusvermehrung gedient hat, und bei Arzneimitteln aus humanem Blutplasma zur Fraktionierung das Herkunftsland des Blutplasmas anzugeben ist.

(3b) [1]Bei traditionellen pflanzlichen Arzneimitteln nach § 39a gilt Absatz 1 entsprechend mit der Maßgabe, dass bei den Angaben nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 anzugeben ist, dass das Arzneimittel ein traditionelles Arzneimittel ist, das ausschließlich auf Grund langjähriger Anwendung für das Anwendungsgebiet registriert ist. [2]Zusätzlich ist in die Packungsbeilage der Hinweis nach § 10 Abs. 4a Satz 1 Nr. 2 aufzunehmen.

(3c) Der Inhaber der Zulassung hat dafür zu sorgen, dass die Packungsbeilage auf Ersuchen von Patientenorganisationen in Formaten verfügbar ist, die für blinde und sehbehinderte Personen geeignet sind.

(3d) [1]Bei Heilwässern können unbeschadet der Verpflichtungen nach Absatz 2 die Angaben nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 Buchstabe b, Nr. 4 Buchstabe e und f, Nr. 5, soweit der dort angegebene Hinweis vorgeschrieben ist, und Nr. 6 Buchstabe c entfallen. [2]Ferner kann bei Heilwässern von der in Absatz 1 vorgeschriebenen Reihenfolge abgewichen werden.

(4) (weggefallen)

(5) [1]Können die nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 Buchstabe a und c sowie Nr. 5 vorgeschriebenen Angaben nicht gemacht werden, so ist der Hinweis "keine bekannt" zu verwenden. [2]Werden auf der Packungsbeilage weitere Angaben gemacht, so müssen sie von den Angaben nach den Absätzen 1 bis 3 deutlich abgesetzt und abgegrenzt sein.

(6) [1]Die Packungsbeilage kann entfallen, wenn die nach den Absätzen 1 bis 3 vorgeschriebenen Angaben auf dem Behältnis oder auf der äußeren Umhüllung stehen. [2]Absatz 5 findet entsprechende Anwendung.

(7) [1]Aus Fertigarzneimitteln entnommene Teilmengen dürfen nur zusammen mit einer Ausfertigung der für das Fertigarzneimittel vorgeschriebenen Packungsbeilage abgegeben werden. [2]Absatz 6 Satz 1 gilt entsprechend. [3]Abweichend von Satz 1 müssen bei der im Rahmen einer Dauermedikation erfolgenden regelmäßigen Abgabe von aus Fertigarzneimitteln entnommenen Teilmengen in neuen, patientenindividuell zusammengestellten Blistern Ausfertigungen der für die jeweiligen Fertigarzneimittel vorgeschriebenen Packungsbeilagen erst dann erneut beigefügt werden, wenn sich diese gegenüber den zuletzt beigefügten geändert haben.

Fußnoten

§ 11: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 11 Abs. 1 Satz 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 7 Nr. 4 G v. 22.12.2010 I 2262 mWv 1.1.2011 u. d. Art. 3 Nr. 12 Buchst. a DBuchst. aa aaa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a: IdF d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. a DBuchst. aa aaa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Buchst. d: IdF d. Art. 2 Nr. 3 G v. 10.12.2015 I 2210 mWv 18.12.2015
§ 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5: IdF d. Art. 3 Nr. 12 Buchst. a DBuchst. aa bbb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 Buchst. e: IdF d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. a G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7: IdF d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. a DBuchst. aa ccc G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012, d. Art. 1 Nr. 3 Buchst. b G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016 u. d. Art. 3 Nr. 12 Buchst. a DBuchst. aa ccc G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 11 Abs. 1 Satz 2 : IdF d. Art. 3 Nr. 12 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 11 Abs. 1 Satz 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 8 Buchst. a DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012; idF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. b G v. 7.8.2013 I 3108 mWv 13.8.2013
§ 11 Abs. 1 Satz 4 bis 6: Früher Satz 2 bis 4 gem. Art. 1 Nr. 8 Buchst. a DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012

§ 11 Abs. 1 Satz 7 (früher Satz 5): IdF d. Art. 1 Nr. 10 Buchst. a DBuchst. aa G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009; jetzt Satz 7 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. a DBuchst. bb u. cc G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 11 Abs. 1 Satz 8 (früher Satz 6): IdF d. Art. 1 Nr. 10 Buchst. a DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 ; jetzt Satz 8 gem. Art. 1 Nr. 8 Buchst. a DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 11 Abs. 1 Satz 9: Eingef. durch Art. 1 Nr. 8 Buchst. a DBuchst. dd G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 11 Abs. 1b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 8 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 11 Abs. 1c: IdF d. Art. 1 Nr. 2 G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023
§ 11 Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 10 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 11 Abs. 3c: IdF d. Art. 3 Nr. 12 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 11 Abs. 4: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 12 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 11 Abs. 5 Satz 2 u. Abs. 6 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 12 Buchst. e G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 11 Abs. 7: Eingef. durch Art. 30 Nr. 3 G v. 26.3.2007 I 378 mWv 1.4.2007
§ 11 Abs. 7 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 12 Buchst. f G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 11a Fachinformation

(1) [1]Der pharmazeutische Unternehmer ist verpflichtet, den folgenden Personen auf Anforderung für Fertigarzneimittel, die der Pflicht zur Zulassung unterliegen oder davon freigestellt sind und die für den Verkehr außerhalb der Apotheken nicht freigegeben sind, eine Gebrauchsinformation für Fachkreise (Fachinformation) zur Verfügung zu stellen:

1. Ärzten, Zahnärzten, Tierärzten und Apothekern sowie
2. anderen Personen, die die Heilkunde oder Zahnheilkunde berufsmäßig ausüben, wenn es sich um nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel handelt.

[2]Die Fachinformation muss die Überschrift "Fachinformation" tragen und folgende Angaben in gut lesbarer Schrift in Übereinstimmung mit der im Rahmen der Zulassung genehmigten Zusammenfassung der Merkmale des Arzneimittels und in der nachstehenden Reihenfolge enthalten:

1. die Bezeichnung des Arzneimittels, gefolgt von der Stärke und der Darreichungsform;
2. qualitative und quantitative Zusammensetzung nach Wirkstoffen und den sonstigen Bestandteilen, deren Kenntnis für eine zweckgemäße Verabreichung des Mittels erforderlich ist, unter Angabe der gebräuchlichen oder chemischen Bezeichnung; § 10 Abs. 6 findet Anwendung;
3. Darreichungsform;
4. klinische Angaben:
   a) Anwendungsgebiete,
   b) Dosierung und Art der Anwendung bei Erwachsenen und, soweit das Arzneimittel zur Anwendung bei Kindern bestimmt ist, bei Kindern,
   c) Gegenanzeigen,
   d) besondere Warn- und Vorsichtshinweise für die Anwendung und bei immunologischen Arzneimitteln alle besonderen Vorsichtsmaßnahmen, die von Personen, die mit immunologischen Arzneimitteln in Berührung kommen und von Personen, die diese Arzneimittel Patienten verabreichen, zu treffen sind, sowie von dem Patienten zu treffenden Vorsichtsmaßnahmen, soweit dies durch Auflagen der zuständigen Bundesoberbehörde nach § 28 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe a angeordnet oder auf Grund von § 7 des Anti-Doping-Gesetzes oder durch Rechtsverordnung vorgeschrieben ist,
   e) Wechselwirkungen mit anderen Arzneimitteln oder anderen Mitteln, soweit sie die Wirkung des Arzneimittels beeinflussen können,
   f) Verwendung bei Schwangerschaft und Stillzeit,
   g) Auswirkungen auf die Fähigkeit zur Bedienung von Maschinen und zum Führen von Kraftfahrzeugen,
   h) Nebenwirkungen bei bestimmungsgemäßem Gebrauch,

i) Überdosierung: Symptome, Notfallmaßnahmen, Gegenmittel;

5. pharmakologische Eigenschaften:

a) pharmakodynamische Eigenschaften,

b) pharmakokinetische Eigenschaften,

c) vorklinische Sicherheitsdaten;

6. pharmazeutische Angaben:

a) Liste der sonstigen Bestandteile,

b) Hauptinkompatibilitäten,

c) Dauer der Haltbarkeit und, soweit erforderlich, die Haltbarkeit bei Herstellung einer gebrauchsfertigen Zubereitung des Arzneimittels oder bei erstmaliger Öffnung des Behältnisses,

d) besondere Vorsichtsmaßnahmen für die Aufbewahrung,

e) Art und Inhalt des Behältnisses,

f) besondere Vorsichtsmaßnahmen für die Beseitigung von angebrochenen Arzneimitteln oder der davon stammenden Abfallmaterialien, um Gefahren für die Umwelt zu vermeiden;

7. Inhaber der Zulassung;

8. Zulassungsnummer;

9. Datum der Erteilung der Zulassung oder der Verlängerung der Zulassung;

10. Datum der Überarbeitung der Fachinformation.

[3]In die Fachinformation ist ein Standardtext aufzunehmen, durch den die Angehörigen von Gesundheitsberufen ausdrücklich aufgefordert werden, jeden Verdachtsfall einer Nebenwirkung an die zuständige Bundesoberbehörde zu melden, wobei die Meldung in jeder Form, insbesondere auch elektronisch, erfolgen kann. [4]Für Arzneimittel, die sich auf der Liste gemäß Artikel 23 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 befinden, muss ferner folgende Erklärung aufgenommen werden: „Dieses Arzneimittel unterliegt einer zusätzlichen Überwachung.[5]“ Dieser Erklärung muss ein schwarzes Symbol vorangehen und ein geeigneter standardisierter erläuternder Text nach Artikel 23 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 folgen. [6]Weitere Angaben, die nicht durch eine Verordnung der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union vorgeschrieben oder bereits nach dieser Verordnung zulässig sind, sind zulässig, wenn sie mit der Anwendung des Arzneimittels im Zusammenhang stehen und den Angaben nach Satz 2 nicht widersprechen; sie müssen von den Angaben nach Satz 2 deutlich abgesetzt und abgegrenzt sein. [7]Satz 1 gilt nicht für Arzneimittel, die nach § 21 Abs. 2 einer Zulassung nicht bedürfen oder nach einer homöopathischen Verfahrenstechnik hergestellt sind. [8]Der Inhaber der Zulassung ist verpflichtet, die Fachinformation auf dem aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstand zu halten, zu dem auch die Schlussfolgerungen aus Bewertungen und die Empfehlungen gehören, die auf dem nach Artikel 26 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 eingerichteten europäischen Internetportal für Arzneimittel veröffentlicht werden. [9]Die nach den Sätzen 3 und 5 erforderlichen Standardtexte werden von der zuständigen Bundesoberbehörde im Bundesanzeiger bekannt gemacht.

(1a) Bei Sera ist auch die Art des Lebewesens, aus dem sie gewonnen sind, bei Virusimpfstoffen das Wirtssystem, das zur Virusvermehrung gedient hat, und bei Arzneimitteln aus humanem Blutplasma zur Fraktionierung das Herkunftsland des Blutplasmas anzugeben.

(1b) Bei radioaktiven Arzneimitteln sind ferner die Einzelheiten der internen Strahlungsdosimetrie, zusätzliche detaillierte Anweisungen für die extemporane Zubereitung und die Qualitätskontrolle für diese Zubereitung sowie, soweit erforderlich, die Höchstlagerzeit anzugeben, während der eine Zwischenzubereitung wie ein Eluat oder das gebrauchsfertige Arzneimittel seinen Spezifikationen entspricht.

(1c) Bei Arzneimitteln, die der Verschreibungspflicht nach § 48 unterliegen, ist auch der Hinweis "Verschreibungspflichtig", bei Betäubungsmitteln der Hinweis "Betäubungsmittel", bei sonstigen Arzneimitteln, die nur in Apotheken an Verbraucher abgegeben werden dürfen, der Hinweis "Apothekenpflichtig" anzugeben; bei Arzneimitteln, die einen Stoff oder eine Zubereitung nach § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 enthalten, ist eine entsprechende Angabe zu machen.

(1d) Für Zulassungen von Arzneimitteln nach § 24b können Angaben nach Absatz 1 entfallen, die sich auf Anwendungsgebiete, Dosierungen oder andere Gegenstände eines Patents beziehen, die zum Zeitpunkt des Inverkehrbringens noch unter das Patentrecht fallen.

(2) [1]Der pharmazeutische Unternehmer ist verpflichtet, die Änderungen der Fachinformation, die für die Therapie relevant sind, den Fachkreisen in geeigneter Form zugänglich zu machen. [2]Die zuständige Bundesoberbehörde kann, soweit erforderlich, durch Auflage bestimmen, in welcher Form die Änderungen allen oder bestimmten Fachkreisen zugänglich zu machen sind.

(3) Ein Muster der Fachinformation und geänderter Fassungen ist der zuständigen Bundesoberbehörde unverzüglich zu übersenden, soweit nicht das Arzneimittel von der Zulassung freigestellt ist.

(4) [1]Die Verpflichtung nach Absatz 1 Satz 1 kann bei Arzneimitteln, die ausschließlich von Angehörigen der Heilberufe verabreicht werden, auch durch Aufnahme der Angaben nach Absatz 1 Satz 2 in der Packungsbeilage erfüllt werden. [2]Die Packungsbeilage muss mit der Überschrift "Gebrauchsinformation und Fachinformation" versehen werden.

Fußnoten

§ 11a: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 11a Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 13 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022 %
§ 11a Abs. 1 Satz 2 Eingangssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 13 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 11a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 11 Buchst. a DBuchst. aa G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 Buchst. d: IdF d. Art. 2 Nr. 4 G v. 10.12.2015 I 2210 mWv 18.12.2015
§ 11a Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 Buchst. h: IdF d. Art. 1 Nr. 9 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 11a Abs. 1 Satz 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 9 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012; idF d. Art. 3 Nr. 13 Buchst. a DBuchst. cc G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 11a Abs. 1 Satz 4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 9 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012; idF d. Art. 3 Nr. 13 Buchst. a DBuchst. dd G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022; idF d. Art. 1 Nr. 3 G v. 7.8.2013 I 3108 mWv 13.8.2013
§ 11a Abs. 1 Satz 6: Früher Satz 3 gem. Art. 1 Nr. 9 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 11a Abs. 1 Satz 6 Halbsatz 1 (früher Satz 3 Halbsatz 1): IdF d. Art. 1 Nr. 11 Buchst. a DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 1 Nr. 9 Buchst. c G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 11a Abs. 1 Satz 7: Früher Satz 4 gem. Art. 1 Nr. 9 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 11a Abs. 1 Satz 8 u. 9: Eingef. durch Art. 1 Nr. 9 Buchst. d G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 11a Abs. 1c (früher Abs. 1d): IdF d. Art. 1 Nr. 11 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009; früherer Abs. 1c aufgeh., früherer Abs. 1d jetzt Abs. 1c gem. u. idF d. Art. 3 Nr. 13 Buchst. b u. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 11a Abs. 1d: Früher Abs. 1e gem. Art. 3 Nr. 13 Buchst. c u. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 12 Ermächtigung für die Kennzeichnung, die Packungsbeilage und die Packungsgrößen

(1) Das Bundesministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

1. die Vorschriften der §§ 10 bis 11a auf andere Arzneimittel und den Umfang der Fachinformation auf weitere Angaben auszudehnen,

2. vorzuschreiben, dass die in den §§ 10 und 11 genannten Angaben dem Verbraucher auf andere Weise übermittelt werden,

3. für bestimmte Arzneimittel oder Arzneimittelgruppen vorzuschreiben, dass Warnhinweise, Warnzeichen oder Erkennungszeichen auf

   a) den Behältnissen, den äußeren Umhüllungen, der Packungsbeilage oder

   b) der Fachinformation

   anzubringen sind,

4. vorzuschreiben, dass bestimmte Bestandteile nach der Art auf den Behältnissen und den äußeren Umhüllungen anzugeben sind oder auf sie in der Packungsbeilage hinzuweisen ist,

soweit es geboten ist, um einen ordnungsgemäßen Umgang mit Arzneimitteln und deren sachgerechte Anwendung im Geltungsbereich dieses Gesetzes sicherzustellen und um eine unmittelbare oder mittelbare Gefährdung der menschlichen Gesundheit zu verhüten, die infolge mangelnder Unterrichtung eintreten könnte.

(1a) Das Bundesministerium wird ferner ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates für Stoffe oder Zubereitungen aus Stoffen bei der Angabe auf Behältnissen und äußeren Umhüllungen oder in der Packungsbeilage oder in der Fachinformation zusammenfassende Bezeichnungen zuzulassen, soweit es sich nicht um wirksame Bestandteile handelt und eine unmittelbare oder mittelbare Gefährdung der menschlichen Gesundheit infolge mangelnder Unterrichtung nicht zu befürchten ist.

(1b) Das Bundesministerium wird ferner ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

1. die Kennzeichnung von Ausgangsstoffen, die für die Herstellung von Arzneimitteln bestimmt sind, und

2. die Kennzeichnung von Arzneimitteln, die zur klinischen Prüfung bestimmt sind und nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 fallen,

zu regeln, soweit es geboten ist, um eine unmittelbare oder mittelbare Gefährdung der menschlichen Gesundheit zu verhüten, die infolge mangelnder Kennzeichnung eintreten könnte.

(2) Die Rechtsverordnung nach Absatz 1, 1a oder 1b ergeht im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, soweit es sich um radioaktive Arzneimittel und um Arzneimittel handelt, bei deren Herstellung ionisierende Strahlen verwendet werden, oder in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 3 Warnhinweise, Warnzeichen oder Erkennungszeichen im Hinblick auf Angaben nach § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 13 oder Absatz 5 Satz 1 Nummer 10, § 11 Abs. 4 Satz 1 Nr. 9 oder § 11a Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 Buchstabe f vorgeschrieben werden.

(3) [1]Das Bundesministerium wird ferner ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates zu bestimmen, dass Arzneimittel nur in bestimmten Packungsgrößen in den Verkehr gebracht werden dürfen und von den pharmazeutischen Unternehmern auf den Behältnissen oder, soweit verwendet, auf den äußeren Umhüllungen entsprechend zu kennzeichnen sind. [2]Die Bestimmung dieser Packungsgrößen erfolgt für bestimmte Wirkstoffe und berücksichtigt die Anwendungsgebiete, die Anwendungsdauer und die Darreichungsform. [3]Bei der Bestimmung der Packungsgrößen ist grundsätzlich von einer Dreiteilung auszugehen:

1. Packungen für kurze Anwendungsdauer oder Verträglichkeitstests,

2. Packungen für mittlere Anwendungsdauer,

3. Packungen für längere Anwendungsdauer.

Fußnoten

§ 12: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 12 Abs. 1: IdF d. Art. 52 Nr. 3 Buchst. a V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015
§ 12 Abs. 1 Schlusssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 14 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 12 Abs. 1a: IdF d. Art. 3 Nr. 14 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 12 Abs. 1b: IdF d. Art. 52 Nr. 3 Buchst. a V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015

§ 12 Abs. 1b Nr. 2: IdF d. Art. 2 Nr. 4 iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 12 Abs. 1b Schlusssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 14 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 12 Abs. 2 Satz 1 (früher Satz 2): IdF d. Art. 1 Nr. 12 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009, d. Art. 52 Nr. 3 Buchst. b DBuchst. bb V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015 u. d. Art. 94 Nr. 1 V v. 19.6.2020 I 1328 mWv 27.6.2020; früherer Satz 1 aufgeh., füherer Satz 2 jetzt Satz 1 gem. Art. 3 Nr. 14 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 12 Abs. 2 Satz 2 u. 3: Früher Satz 3 u. 4 gem. Art. 3 Nr. 14 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

Dritter Abschnitt Herstellung von Arzneimitteln

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 13 Herstellungserlaubnis

(1) [1]Wer

1. Arzneimittel,
2. (weggefallen)
3. Wirkstoffe, die menschlicher, tierischer oder mikrobieller Herkunft sind oder die auf gentechnischem Wege hergestellt werden, oder
4. andere zur Arzneimittelherstellung bestimmte Stoffe menschlicher Herkunft

gewerbs- oder berufsmäßig herstellt, bedarf einer Erlaubnis der zuständigen Behörde. [2]Das Gleiche gilt für juristische Personen, für Vereine, die nicht durch Eintragung in das Vereinsregister Rechtspersönlichkeit erlangt haben, und für Personengesellschaften, die Arzneimittel zum Zwecke der Abgabe an ihre Mitglieder herstellen. [3]Satz 1 findet auf eine Prüfung, auf deren Grundlage die Freigabe des Arzneimittels für das Inverkehrbringen erklärt wird, entsprechende Anwendung. [4]§ 14 Absatz 4 bleibt unberührt.

(1a) Absatz 1 findet keine Anwendung auf

1. Gewebe im Sinne von § 1a Nummer 4 des Transplantationsgesetzes, für die es einer Erlaubnis nach § 20b oder § 20c bedarf,
2. die Gewinnung und die Laboruntersuchung von autologem Blut zur Herstellung von biotechnologisch bearbeiteten Gewebeprodukten, für die es einer Erlaubnis nach § 20b bedarf,
3. Gewebezubereitungen, für die es einer Erlaubnis nach § 20c bedarf,
4. die Rekonstitution, soweit es sich nicht um Arzneimittel handelt, die zur klinischen Prüfung außerhalb des Anwendungsbereichs der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 bestimmt sind.

(2) Einer Erlaubnis nach Absatz 1 bedarf nicht

1. der Inhaber einer Apotheke für die Herstellung von Arzneimitteln im Rahmen des üblichen Apothekenbetriebs, oder für die Rekonstitution oder das Abpacken einschließlich der Kennzeichnung von Arzneimitteln, die zur klinischen Prüfung außerhalb des Anwendungsbereichs der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 bestimmt sind, sofern dies dem Prüfplan entspricht,
2. der Träger eines Krankenhauses, soweit er nach dem Gesetz über das Apothekenwesen Arzneimittel abgeben darf, oder für die Rekonstitution oder das Abpacken einschließlich der Kennzeichnung von Arzneimitteln, die zur klinischen Prüfung außerhalb des Anwendungsbereichs der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 bestimmt sind, sofern dies dem Prüfplan entspricht,

2a. die Apotheke für die in Artikel 61 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 genannten Tätigkeiten,

3. (weggefallen)

4. der Großhändler für

   a) das Umfüllen von flüssigem Sauerstoff in mobile Kleinbehältnisse für einzelne Patienten in Krankenhäusern oder bei Ärzten einschließlich der erforderlichen Kennzeichnung,

   b) das Umfüllen, Abpacken oder Kennzeichnen von sonstigen Arzneimitteln in unveränderter Form, soweit es sich nicht um Packungen handelt, die zur Abgabe an den Verbraucher bestimmt sind,

5. der Einzelhändler, der die Sachkenntnis nach § 50 besitzt, für das Umfüllen, Abpacken oder Kennzeichnen von Arzneimitteln zur Abgabe in unveränderter Form unmittelbar an den Verbraucher,

6. der Hersteller von Wirkstoffen, die für die Herstellung von Arzneimitteln bestimmt sind, die nach einer im Homöopathischen Teil des Arzneibuches beschriebenen Verfahrenstechnik hergestellt werden.

(2a) [1]Die Ausnahmen nach Absatz 2 Nummer 1, 2 und 4 bis 6 gelten nicht für die Herstellung von Blutzubereitungen, Gewebezubereitungen, Sera, Impfstoffen, Allergenen, Arzneimitteln für neuartige Therapien, xenogenen und radioaktiven Arzneimitteln. [2]Satz 1 findet keine Anwendung auf die in Absatz 2 Nummer 1 oder Nummer 2 genannten Einrichtungen, soweit es sich um

1. das patientenindividuelle Umfüllen in unveränderter Form, das Abpacken oder Kennzeichnen von im Geltungsbereich dieses Gesetzes zugelassenen Sera nicht menschlichen oder tierischen Ursprungs oder

2. die Rekonstitution oder das Umfüllen, das Abpacken oder Kennzeichnen von Arzneimitteln, die zur klinischen Prüfung außerhalb des Anwendungsbereichs der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 bestimmt sind, sofern dies dem Prüfplan entspricht, oder

3. die Herstellung von Testallergenen

handelt. [3]Tätigkeiten nach Satz 2 Nummer 1 und 3 sind der zuständigen Behörde anzuzeigen.

(2b) [1]Einer Erlaubnis nach Absatz 1 bedarf ferner nicht eine Person, die Arzt oder Zahnarzt ist oder sonst zur Ausübung der Heilkunde bei Menschen befugt ist, soweit die Arzneimittel unter ihrer unmittelbaren fachlichen Verantwortung zum Zwecke der persönlichen Anwendung bei einem bestimmten Patienten hergestellt werden. [2]Satz 1 findet keine Anwendung auf

1. Arzneimittel für neuartige Therapien und xenogene Arzneimittel,

2. Arzneimittel, die zur klinischen Prüfung bestimmt sind, soweit es sich nicht nur um eine Rekonstitution handelt, sowie

3. Arzneimittel, die der Verschreibungspflicht nach § 48 unterliegen, sofern die Herstellung nach Satz 1 durch eine Person erfolgt, die nicht Arzt oder Zahnarzt ist.

(2c) (weggefallen)

(3) Eine nach Absatz 1 für das Umfüllen von verflüssigten medizinischen Gasen in das Lieferbehältnis eines Tankfahrzeuges erteilte Erlaubnis umfasst auch das Umfüllen der verflüssigten medizinischen Gase in unveränderter Form aus dem Lieferbehältnis eines Tankfahrzeuges in Behältnisse, die bei einem Krankenhaus oder anderen Verbrauchern aufgestellt sind.

(4) [1]Die Entscheidung über die Erteilung der Erlaubnis trifft die zuständige Behörde des Landes, in dem die Betriebsstätte liegt oder liegen soll. [2]Bei Blutzubereitungen, Gewebezubereitungen, Sera, Impfstoffen, Allergenen, Arzneimitteln für neuartige Therapien, xenogenen Arzneimitteln, gentechnisch hergestellten Arzneimitteln sowie Wirkstoffen und anderen zur Arzneimittelherstellung bestimmten Stoffen, die menschlicher, tierischer oder mikrobieller Herkunft sind oder die auf gentechnischem Wege herge-

stellt werden, ergeht die Entscheidung über die Erlaubnis im Benehmen mit der zuständigen Bundesoberbehörde.

(5) [1]Die Erlaubnis zur Herstellung von Prüf- oder Hilfspräparaten im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 Nummer 5 und 8 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 wird von der zuständigen Behörde nach Maßgabe des Artikels 61 Absatz 1 bis 3 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 erteilt. [2]Für die Erteilung der Erlaubnis finden die §§ 16, 17 und 64 Absatz 3a Satz 2 entsprechende Anwendung.

(6) Der Inhaber der Erlaubnis nach Absatz 5 ist verpflichtet, der sachkundigen Person nach § 14 Absatz 1 Nummer 1 und § 15 die Erfüllung ihrer Aufgabe zu ermöglichen und ihr insbesondere alle erforderlichen Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen.

Fußnoten

§ 13: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394;
§ 13 Abs. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 13 Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 13 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1: IdF d. Art. 3 Nr. 15 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 13 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 15 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 13 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 10 Nr. 1 G v. 10.8.2021 I 3436 mWv 1.1.2024
§ 13 Abs. 1a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 13 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 13 Abs. 1a Nr. 4: IdF d. Art. 2 Nr. 5 Buchst. a iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 13 Abs. 2: Früherer Satz 1 jetzt einziger Text gem. Art. 1 Nr. 10 Buchst. a DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 13 Abs. 2 Nr. 1 (früher Satz 1 Nr. 1): IdF d. Art. 1 Nr. 13 Buchst. c DBuchst. aa aaa G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 2 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. aa iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 13 Abs. 2 Nr. 2 (früher Satz 1 Nr. 2): IdF d. Art. 1 Nr. 13 Buchst. c DBuchst. aa bbb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 2 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. aa iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 13 Abs. 2 Nr. 2a: Eingef. durch Art. 2 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. bb iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 13 Abs. 2 Nr. 3: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 15 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 13 Abs. 2 Nr. 4 (früher Satz 1 Nr. 4): IdF d. Art. 1 Nr. 4 G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 13 Abs. 2a Satz 1: IdF d.Art. 3 Nr. 15 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 13 Abs. 2a Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 10 Buchst. a DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 13 Abs. 2a Satz 2 Nr. 2: IdF d. Art. 2 Nr. 5 Buchst. c DBuchst. bb iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 13 Abs. 2a Satz 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 10 Buchst. a DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 13 Abs. 2b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 13 Buchst. e G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 13 Abs. 2b Satz 1: IdF d. Art. 11 Nr. 1 G v. 6.5.2019 I 646 mWv 11.5.2019
§ 13 Abs. 2b Satz 2 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 10 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. a G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 13 Abs. 2b Satz 2 Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. b G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 13 Abs. 2b Satz 2 Nr. 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 4 Buchst. c G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 13 Abs. 2c: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 15 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 13 Abs. 4 Satz 2: IdF d. Art. 2 Nr. 6 Buchst. b G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007 u. d. Art. 1 Nr. 13 Buchst. f G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 13 Abs. 5 u. 6: Eingef. durch Art. 2 Nr. 5 Buchst. d iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022

§ 14 Entscheidung über die Herstellungserlaubnis

(1) Die Erlaubnis darf nur versagt werden, wenn

1. nicht mindestens eine Person mit der nach § 15 erforderlichen Sachkenntnis (sachkundige Person nach § 14) vorhanden ist, die für die in § 19 genannte Tätigkeit verantwortlich ist,

2. (weggefallen)

3. die sachkundige Person nach Nummer 1 oder der Antragsteller die zur Ausübung ihrer Tätigkeit erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt,

4. die sachkundige Person nach Nummer 1 die ihr obliegenden Verpflichtungen nicht ständig erfüllen kann,

5. der Arzt, in dessen Verantwortung eine Vorbehandlung der spendenden Person zur Separation von hämatopoetischen Stammzellen aus dem peripheren Blut oder von anderen Blutbestandteilen durchgeführt wird, nicht die erforderliche Sachkenntnis besitzt,

5a. entgegen § 4 Satz 1 Nr. 2 des Transfusionsgesetzes keine leitende ärztliche Person bestellt worden ist oder diese Person nicht die erforderliche Sachkunde nach dem Stand der medizinischen Wissenschaft besitzt oder entgegen § 4 Satz 1 Nr. 3 des Transfusionsgesetzes bei der Durchführung der Spendeentnahme von einem Menschen keine ärztliche Person vorhanden ist,

6. geeignete Räume und Einrichtungen für die beabsichtigte Herstellung, Prüfung und Lagerung der Arzneimittel nicht vorhanden sind oder

6a. der Hersteller nicht in der Lage ist zu gewährleisten, dass die Herstellung oder Prüfung der Arzneimittel nach dem Stand von Wissenschaft und Technik und bei der Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen zusätzlich nach den Vorschriften des Zweiten Abschnitts des Transfusionsgesetzes vorgenommen wird.

(2) (weggefallen)

(2a) Die leitende ärztliche Person nach § 4 Satz 1 Nr. 2 des Transfusionsgesetzes kann zugleich die sachkundige Person nach Absatz 1 Nr. 1 sein.

(2b) (weggefallen)

(3) (weggefallen)

(4) Abweichend von Absatz 1 Nr. 6 kann teilweise außerhalb der Betriebsstätte des Arzneimittelherstellers

1. die Herstellung von Arzneimitteln zur klinischen Prüfung in einer beauftragten Apotheke,

2. die Änderung des Verfalldatums von Arzneimitteln zur klinischen Prüfung in einer Prüfstelle durch eine beauftragte Person des Herstellers, sofern diese Arzneimittel ausschließlich zur Anwendung in dieser Prüfstelle bestimmt sind,

3. die Prüfung der Arzneimittel in beauftragten Betrieben,

4. die Gewinnung oder Prüfung, einschließlich der Laboruntersuchungen der Spenderproben, von zur Arzneimittelherstellung bestimmten Stoffen menschlicher Herkunft, mit Ausnahme von Gewebe, in anderen Betrieben oder Einrichtungen,

die keiner eigenen Erlaubnis bedürfen, durchgeführt werden, wenn bei diesen hierfür geeignete Räume und Einrichtungen vorhanden sind und gewährleistet ist, dass die Herstellung und Prüfung nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erfolgt und die sachkundige Person nach Absatz 1 Nummer 1 ihre Verantwortung wahrnehmen kann.

(5) [1]Bei Beanstandungen der vorgelegten Unterlagen ist dem Antragsteller Gelegenheit zu geben, Mängeln innerhalb einer angemessenen Frist abzuhelfen. [2]Wird den Mängeln nicht abgeholfen, so ist die Erteilung der Erlaubnis zu versagen.

Fußnoten

§ 14: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 14 Abs. 1 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. a DBuchst. aa G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 14 Abs. 1 Nr. 2: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 14 Buchst. a DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 14 Abs. 1 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. a DBuchst. cc G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 14 Abs. 1 Nr. 5 (früher Nr. 5b): IdF d. Art. 1 Nr. 4 G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016; frühere Nr. 5a aufgeh., frühere Nr. 5b jetzt Nr. 5 gem. Art. 3 Nr. 16 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 14 Abs. 1 Nr. 5b (früher Nr. 5c): IdF d. Art. 2 Nr. 7 Buchst. a DBuchst. aa G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007; jetzt Nr. 5 gem. Art. 3 Nr. 16 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 14 Abs. 1 Nr. 6a: IdF d. Art. 2 Nr. 7 Buchst. a DBuchst. bb G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007
§ 14 Abs. 2 u. 2b: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 14 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 14 Abs. 4 Nr. 1 u. 2: IdF d. Art. 3 Nr. 16 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 14 Abs. 4 Nr. 4: IdF d. Art. 2 Nr. 7 Buchst. c DBuchst. aa G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007
§ 14 Abs. 4 Schlusssatz: IdF d. Art. 2 Nr. c DBuchst. bb G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007, d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. c G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 1 Nr. 11 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012

§ 15 Sachkenntnis

(1) [1]Der Nachweis der erforderlichen Sachkenntnis als sachkundige Person nach § 14 wird erbracht durch

1. die Approbation als Apotheker oder
2. das Zeugnis über eine nach abgeschlossenem, mindestens vierjährigem Hochschulstudium der Pharmazie, der Chemie, der pharmazeutischen Chemie und Technologie, der Biologie, der Human- oder der Veterinärmedizin abgelegte Prüfung

sowie eine mindestens zweijährige praktische Tätigkeit auf dem Gebiet der qualitativen und quantitativen Analyse sowie sonstiger Qualitätsprüfungen von Arzneimitteln oder Tierarzneimitteln. [2]Die Mindestdauer des Hochschulstudiums kann dreieinhalb Jahre betragen, wenn auf das Hochschulstudium eine theoretische und praktische Ausbildung von mindestens einem Jahr folgt, die ein Praktikum von mindestens sechs Monaten in einer öffentlichen Apotheke umfasst und durch eine Prüfung auf Hochschulniveau abgeschlossen wird. [3]Die Dauer der praktischen Tätigkeit nach Satz 1 kann um ein Jahr herabgesetzt werden, wenn das Hochschulstudium mindestens fünf Jahre umfasst, und um eineinhalb Jahre, wenn das Hochschulstudium mindestens sechs Jahre umfasst. [4]Bestehen zwei akademische oder als gleichwertig anerkannte Hochschulstudiengänge, von denen sich der eine über vier, der andere über drei Jahre erstreckt, so ist davon auszugehen, dass das Zeugnis über den akademischen oder den als gleichwertig anerkannten Hochschulstudiengang von drei Jahren Dauer die Anforderung an die Dauer nach Satz 2 erfüllt, sofern die Zeugnisse über die beiden Hochschulstudiengänge als gleichwertig anerkannt werden.

(2) [1]In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 muss der zuständigen Behörde nachgewiesen werden, dass das Hochschulstudium theoretischen und praktischen Unterricht in mindestens folgenden Grundfächern umfasst hat und hierin ausreichende Kenntnisse vorhanden sind:
Experimentelle Physik
Allgemeine und anorganische Chemie
Organische Chemie
Analytische Chemie
Pharmazeutische Chemie
Biochemie
Physiologie
Mikrobiologie
Pharmakologie
Pharmazeutische Technologie
Toxikologie
Pharmazeutische Biologie.
[2]Der theoretische und praktische Unterricht und die ausreichenden Kenntnisse können an einer Hochschule auch nach abgeschlossenem Hochschulstudium im Sinne des Absatzes 1 Nr. 2 erworben und durch Prüfung nachgewiesen werden.

(3) [1]Für die Herstellung und Prüfung von Blutzubereitungen, Sera menschlichen oder tierischen Ursprungs, Impfstoffen und Allergenen findet Absatz 2 keine Anwendung. [2]An Stelle der praktischen Tätigkeit nach Absatz 1 muss eine mindestens dreijährige Tätigkeit auf dem Gebiet der medizinischen Sero-

logie oder medizinischen Mikrobiologie nachgewiesen werden. [3]Abweichend von Satz 2 müssen an Stelle der praktischen Tätigkeit nach Absatz 1

1. für Blutzubereitungen aus Blutplasma zur Fraktionierung eine mindestens dreijährige Tätigkeit in der Herstellung oder Prüfung in plasmaverarbeitenden Betrieben mit Herstellungserlaubnis und zusätzlich eine mindestens sechsmonatige Erfahrung in der Transfusionsmedizin oder der medizinischen Mikrobiologie, Virologie, Hygiene oder Analytik,

2. für Blutzubereitungen aus Blutzellen, Zubereitungen aus Frischplasma sowie für Wirkstoffe und Blutbestandteile zur Herstellung von Blutzubereitungen eine mindestens zweijährige transfusionsmedizinische Erfahrung, die sich auf alle Bereiche der Herstellung und Prüfung erstreckt,

3. für autologe Blutzubereitungen eine mindestens sechsmonatige transfusionsmedizinische Erfahrung oder eine einjährige Tätigkeit in der Herstellung autologer Blutzubereitungen,

4. für hämatopoetische Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut zusätzlich zu ausreichenden Kenntnissen mindestens zwei Jahre Erfahrungen in dieser Tätigkeit, insbesondere in der zugrunde liegenden Technik,

nachgewiesen werden. [4]Zur Vorbehandlung von Personen zur Separation von hämatopoetischen Stammzellen aus dem peripheren Blut oder von anderen Blutbestandteilen muss die verantwortliche ärztliche Person ausreichende Kenntnisse und eine mindestens zweijährige Erfahrung in dieser oder einer anderen, vergleichbar qualifizierenden Tätigkeit nachweisen. [5]Für das Abpacken und Kennzeichnen verbleibt es bei den Voraussetzungen des Absatzes 1.

(3a) [1]Für die Herstellung und Prüfung von Arzneimitteln für neuartige Therapien, xenogenen Arzneimitteln, Gewebezubereitungen, Arzneimitteln zur In-vivo-Diagnostik mittels Markergenen, radioaktiven Arzneimitteln und Wirkstoffen findet Absatz 2 keine Anwendung. [2]Anstelle der praktischen Tätigkeit nach Absatz 1 muss

1. für Gentherapeutika und Arzneimittel zur In-vivo-Diagnostik mittels Markergenen eine mindestens zweijährige Tätigkeit auf einem medizinisch relevanten Gebiet, insbesondere der Gentechnik, der Mikrobiologie, der Zellbiologie, der Virologie oder der Molekularbiologie,

2. für somatische Zelltherapeutika und biotechnologisch bearbeitete Gewebeprodukte eine mindestens zweijährige Tätigkeit auf einem medizinisch relevanten Gebiet, insbesondere der Gentechnik, der Mikrobiologie, der Zellbiologie, der Virologie oder der Molekularbiologie,

3. für xenogene Arzneimittel eine mindestens dreijährige Tätigkeit auf einem medizinisch relevanten Gebiet, die eine mindestens zweijährige Tätigkeit auf insbesondere einem Gebiet der in Nummer 1 genannten Gebiete umfasst,

4. für Gewebezubereitungen eine mindestens zweijährige Tätigkeit auf dem Gebiet der Herstellung und Prüfung solcher Arzneimittel in Betrieben und Einrichtungen, die einer Herstellungserlaubnis nach diesem Gesetz bedürfen oder eine Genehmigung nach dem Recht der Europäischen Union besitzen,

5. für radioaktive Arzneimittel eine mindestens dreijährige Tätigkeit auf dem Gebiet der Nuklearmedizin oder der radiopharmazeutischen Chemie und

6. für andere als die unter Absatz 3 Satz 3 Nummer 2 aufgeführten Wirkstoffe eine mindestens zweijährige Tätigkeit in der Herstellung oder Prüfung von Wirkstoffen

nachgewiesen werden.

(4) Die praktische Tätigkeit nach Absatz 1 muss in einem Betrieb abgeleistet werden, für den eine Erlaubnis zur Herstellung von Arzneimitteln durch einen Mitgliedstaat der Europäischen Union, einen anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder durch einen Staat erteilt worden ist, mit dem eine gegenseitige Anerkennung von Zertifikaten nach § 72a Satz 1 Nr. 1 vereinbart ist.

(5) (weggefallen)

(6) Eine nach Überprüfung der erforderlichen Sachkenntnis durch die zuständige Behörde rechtmäßig ausgeübte Tätigkeit als sachkundige Person berechtigt auch zur Ausübung dieser Tätigkeit innerhalb

des Zuständigkeitsbereichs einer anderen zuständigen Behörde, es sei denn, es liegen begründete Anhaltspunkte dafür vor, dass die bisherige Sachkenntnis für die neu auszuübende Tätigkeit nicht ausreicht.

Fußnoten

§ 15: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 15 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 12 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012; früherer einziger Satz jetzt Satz 1 gem. Art. 5 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. bb G v. 4.5.2017 I 1050 mWv 13.5.2017
§ 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2: Frühere Nr. 2 jetzt Satz 1 Nr. 2 gem. u. idF d. Art. 5 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. aa u. bb G v. 4.5.2017 I 1050 mWv 13.5.2017
§ 15 Abs. 1 Satz 1 Schlusssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 17 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 15 Abs. 1 Satz 2 bis 4: Eingef. durch Art. 5 Nr. 1 Buchst. a DBuchst. bb G v. 4.5.2017 I 1050 mWv 13.5.2017
§ 15 Abs. 3 Satz 1: IdF Art. 1 Nr. 12 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 17 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 15 Abs. 3 Satz 3 Nr. 2: IdF d. Art. 2 Nr. 8 Buchst. a G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007
§ 15 Abs. 3 Satz 3 Nr. 4: IdF d. Art. 2 Nr. 3 G v. 10.2.2005 I 234 mWv 1.3.2006 u. d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. a G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 15 Abs. 3 Satz 4: IdF d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. b G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016 u. d. Art. 1 Nr. 2a G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023
§ 15 Abs. 3a: IdF d. Art. 1 Nr. 15 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 15 Abs. 3a Satz 2 Nr. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 12 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 15 Abs. 5: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 17 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 15 Abs. 6: Eingef. durch Art. 5 Nr. 1 Buchst. b G v. 4.5.2017 I 1050 mWv 13.5.2017

§ 16 Begrenzung der Herstellungserlaubnis

[1]Die Erlaubnis wird dem Antragsteller für eine bestimmte Betriebsstätte und für bestimmte Arzneimittel und Darreichungsformen erteilt, in den Fällen des § 14 Abs. 4 auch für eine bestimmte Betriebsstätte des beauftragten oder des anderen Betriebes. [2]Soweit die Erlaubnis die Prüfung von Arzneimitteln oder Wirkstoffen umfasst, ist die Art der Prüfung aufzuführen.

Fußnoten

§ 16: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394; idF d. Art. 2 Nr. 9 G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007
§ 16 Satz 1 (früher einziger Text): IdF d. Art. 1 Nr. 16 Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 16 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 16 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 17 Fristen für die Erteilung

(1) Die zuständige Behörde hat eine Entscheidung über den Antrag auf Erteilung der Erlaubnis innerhalb einer Frist von drei Monaten zu treffen.

(2) [1]Beantragt ein Erlaubnisinhaber die Änderung der Erlaubnis in Bezug auf die herzustellenden Arzneimittel oder in Bezug auf die Räume und Einrichtungen im Sinne des § 14 Abs. 1 Nr. 6, so hat die Behörde die Entscheidung innerhalb einer Frist von einem Monat zu treffen. [2]In Ausnahmenfällen verlängert sich die Frist um weitere zwei Monate. [3]Der Antragsteller ist hiervon vor Fristablauf unter Mitteilung der Gründe in Kenntnis zu setzen.

(3) [1]Gibt die Behörde dem Antragsteller nach § 14 Abs. 5 Gelegenheit, Mängeln abzuhelfen, so werden die Fristen bis zur Behebung der Mängel oder bis zum Ablauf der nach § 14 Abs. 5 gesetzten Frist gehemmt. [2]Die Hemmung beginnt mit dem Tage, an dem dem Antragsteller die Aufforderung zur Behebung der Mängel zugestellt wird.

Fußnoten

§ 17: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 17 Abs. 1 Satz 2 u. 3: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 17 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 18 Rücknahme, Widerruf, Ruhen

(1) [1]Die Erlaubnis ist zurückzunehmen, wenn nachträglich bekannt wird, dass einer der Versagungsgründe nach § 14 Abs. 1 bei der Erteilung vorgelegen hat. [2]Ist einer der Versagungsgründe nachträglich eingetreten, so ist sie zu widerrufen; an Stelle des Widerrufs kann auch das Ruhen der Erlaubnis angeordnet werden. [3]§ 13 Abs. 4 findet entsprechende Anwendung.

(2) [1]Die zuständige Behörde kann vorläufig anordnen, dass die Herstellung eines Arzneimittels eingestellt wird, wenn der Hersteller die für die Herstellung und Prüfung zu führenden Nachweise nicht vorlegt. [2]Die vorläufige Anordnung kann auf eine Charge beschränkt werden.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 19 Verantwortungsbereiche

[1]Die sachkundige Person nach § 14 ist dafür verantwortlich, dass jede Charge des Arzneimittels entsprechend den Vorschriften über den Verkehr mit Arzneimitteln hergestellt und geprüft wurde. [2]Sie hat die Einhaltung dieser Vorschriften für jede Arzneimittelcharge in einem fortlaufenden Register oder einem vergleichbaren Dokument vor deren Inverkehrbringen zu bescheinigen.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 20 Anzeigepflichten

[1]Der Inhaber der Erlaubnis hat jede Änderung einer der in § 14 Abs. 1 genannten Angaben unter Vorlage der Nachweise der zuständigen Behörde vorher anzuzeigen. [2]Bei einem unvorhergesehenen Wechsel der sachkundigen Person nach § 14 hat die Anzeige unverzüglich zu erfolgen.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 20a Geltung für Wirkstoffe und andere Stoffe

§ 13 Abs. 2 und 4 und die §§ 14 bis 20 gelten entsprechend für Wirkstoffe und für andere zur Arzneimittelherstellung bestimmte Stoffe menschlicher Herkunft, soweit ihre Herstellung oder Prüfung nach § 13 Abs. 1 einer Erlaubnis bedarf.

Fußnoten

§ 20a: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394; idF d. Art. 1 Nr. 18 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 20b Erlaubnis für die Gewinnung von Gewebe und die Laboruntersuchungen

(1) [1]Eine Einrichtung, die zur Verwendung bei Menschen bestimmte Gewebe im Sinne von § 1a Nr. 4 des Transplantationsgesetzes gewinnen (Entnahmeeinrichtung) oder die für die Gewinnung erforderlichen Laboruntersuchungen durchführen will, bedarf einer Erlaubnis der zuständigen Behörde. [2]Gewinnung im Sinne von Satz 1 ist die direkte oder extrakorporale Entnahme von Gewebe einschließlich aller Maßnahmen, die dazu bestimmt sind, das Gewebe in einem be- oder verarbeitungsfähigen Zustand zu erhalten, eindeutig zu identifizieren und zu transportieren. [3]Die Erlaubnis darf nur versagt werden, wenn

1. eine angemessen ausgebildete Person mit der erforderlichen Berufserfahrung (verantwortliche Person nach § 20b) nicht vorhanden ist, die, soweit es sich um eine Entnahmeeinrichtung han-

delt, zugleich die ärztliche Person im Sinne von § 8d Abs. 1 Satz 1 des Transplantationsgesetzes sein kann,

2. weiteres mitwirkendes Personal nicht ausreichend qualifiziert ist,

3. angemessene Räume für die jeweilige Gewebegewinnung oder für die Laboruntersuchungen nicht vorhanden sind,

4. nicht gewährleistet wird, dass die Gewebegewinnung oder die Laboruntersuchungen nach dem Stand der medizinischen Wissenschaft und Technik und nach den Vorschriften der Abschnitte 2, 3 und 3a des Transplantationsgesetzes vorgenommen werden, oder

5. die verantwortliche Person nach § 20b oder der Antragsteller die zur Ausübung ihrer oder seiner Tätigkeit erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt.

[4]Von einer Besichtigung im Sinne von § 64 Abs. 3 Satz 2 kann die zuständige Behörde vor Erteilung der Erlaubnis nach dieser Vorschrift absehen. [5]Die Erlaubnis wird der Entnahmeeinrichtung von der zuständigen Behörde für eine bestimmte Betriebsstätte und für bestimmtes Gewebe und dem Labor für eine bestimmte Betriebsstätte und für bestimmte Tätigkeiten erteilt und kann die Möglichkeit der Gewebeentnahme außerhalb der Räume nach Satz 3 Nummer 3 durch von der Entnahmeeinrichtung entsandtes Personal vorsehen. [6]Dabei kann die zuständige Behörde die zuständige Bundesoberbehörde beteiligen.

(1a) § 20c Absatz 4 Satz 1 und 2 und Absatz 5 gilt entsprechend.

(2) [1]Einer eigenen Erlaubnis nach Absatz 1 bedarf nicht, wer diese Tätigkeiten unter vertraglicher Bindung mit einem Hersteller oder einem Be- oder Verarbeiter ausübt, der eine Erlaubnis nach § 13 oder § 20c für die Be- oder Verarbeitung von Gewebe oder Gewebezubereitungen besitzt. [2]In diesem Fall hat der Hersteller oder der Be- oder Verarbeiter die Entnahmeeinrichtung oder das Labor der für diese jeweils örtlich zuständigen Behörde anzuzeigen und der Anzeige die Angaben und Unterlagen nach Absatz 1 Satz 3 beizufügen. [3]Nach Ablauf von einem Monat nach der Anzeige nach Satz 2 hat der Hersteller oder der Be- oder Verarbeiter die Entnahmeeinrichtung oder das Labor der für ihn zuständigen Behörde anzuzeigen, es sei denn, dass die für die Entnahmeeinrichtung oder das Labor zuständige Behörde widersprochen hat. [4]In Ausnahmefällen verlängert sich die Frist nach Satz 3 um weitere zwei Monate. [5]Der Hersteller oder der Be- oder Verarbeiter ist hiervon vor Fristablauf unter Mitteilung der Gründe in Kenntnis zu setzen. [6]Hat die zuständige Behörde widersprochen, sind die Fristen in Satz 3 und 4 gehemmt, bis der Grund für den Widerspruch behoben ist. [7]Absatz 1 Satz 3 bis 6 gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass die Erlaubnis nach Absatz 1 Satz 5 dem Hersteller oder dem Be- oder Verarbeiter erteilt wird.

(3) [1]Die Erlaubnis ist zurückzunehmen, wenn nachträglich bekannt wird, dass einer der Versagungsgründe nach Absatz 1 Satz 3 bei der Erteilung vorgelegen hat. [2]Ist einer dieser Versagungsgründe nachträglich eingetreten, so ist die Erlaubnis zu widerrufen; an Stelle des Widerrufs kann auch das Ruhen der Erlaubnis angeordnet werden. [3]Die zuständige Behörde kann die Gewinnung von Gewebe oder die Laboruntersuchungen vorläufig untersagen, wenn die Entnahmeeinrichtung, das Labor oder der Hersteller oder der Be- oder Verarbeiter die für die Gewebegewinnung oder die Laboruntersuchungen zu führenden Nachweise nicht vorlegt.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für die Gewinnung und die Laboruntersuchung von autologem Blut für die Herstellung von biotechnologisch bearbeiteten Gewebeprodukten.

(5) [1]Der Inhaber der Erlaubnis hat der zuständigen Behörde jede Änderung der in Absatz 1 Satz 3 genannten Voraussetzungen für die Erlaubnis unter Vorlage der Nachweise vorher anzuzeigen und er darf die Änderung erst vornehmen, wenn die zuständige Behörde eine schriftliche Erlaubnis erteilt hat. [2]Bei einem unvorhergesehenen Wechsel der angemessen ausgebildeten Person nach § 20b hat die Anzeige unverzüglich zu erfolgen.

Fußnoten

§ 20b: Eingef. durch Art. 2 Nr. 11a G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007

§ 20b Abs. 1 Satz 3 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. a DBuchst. aa G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 20b Abs. 1 Satz 3 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. a DBuchst. bb G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 20b Abs. 1 Satz 3 Nr. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. a DBuchst. cc G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 20b Abs. 1 Satz 3 Nr. 5: Eingef. durch Art. 1 Nr. 4 Buchst. a DBuchst. dd G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 20b Abs. 1 Satz 5: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. b G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 20b Abs. 1a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 13 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 20b Abs. 4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 19 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 20b Abs. 5: Eingef. durch Art. 1 Nr. 13 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012

§ 20c Erlaubnis für die Be- oder Verarbeitung, Konservierung, Prüfung, Lagerung oder das Inverkehrbringen von Gewebe oder Gewebezubereitungen

(1) [1]Eine Einrichtung, die Gewebe oder Gewebezubereitungen, die nicht mit industriellen Verfahren be- oder verarbeitet werden und deren wesentliche Be- oder Verarbeitungsverfahren in der Europäischen Union hinreichend bekannt sind, be- oder verarbeiten, konservieren, prüfen, lagern oder in den Verkehr bringen will, bedarf abweichend von § 13 Abs. 1 einer Erlaubnis der zuständigen Behörde nach den folgenden Vorschriften. [2]Dies gilt auch im Hinblick auf Gewebe oder Gewebezubereitungen, deren Be- oder Verarbeitungsverfahren neu, aber mit einem bekannten Verfahren vergleichbar sind. [3]Die Entscheidung über die Erteilung der Erlaubnis trifft die zuständige Behörde des Landes, in dem die Betriebsstätte liegt oder liegen soll, im Benehmen mit der zuständigen Bundesoberbehörde.

(2) [1]Die Erlaubnis darf nur versagt werden, wenn

1. eine Person mit der erforderlichen Sachkenntnis und Erfahrung nach Absatz 3 (verantwortliche Person nach § 20c) nicht vorhanden ist, die dafür verantwortlich ist, dass die Gewebezubereitungen und Gewebe im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften be- oder verarbeitet, konserviert, geprüft, gelagert oder in den Verkehr gebracht werden,
2. weiteres mitwirkendes Personal nicht ausreichend qualifiziert ist,
3. geeignete Räume und Einrichtungen für die beabsichtigten Tätigkeiten nicht vorhanden sind,
4. nicht gewährleistet ist, dass die Be- oder Verarbeitung einschließlich der Kennzeichnung, Konservierung und Lagerung sowie die Prüfung nach dem Stand von Wissenschaft und Technik vorgenommen werden,
5. ein Qualitätsmanagementsystem nach den Grundsätzen der Guten fachlichen Praxis nicht eingerichtet worden ist oder nicht auf dem neuesten Stand gehalten wird oder
6. die verantwortliche Person nach § 20c oder der Antragsteller die zur Ausübung ihrer oder seiner Tätigkeit erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt.

[2]Abweichend von Satz 1 Nummer 3 kann außerhalb der Betriebsstätte die Prüfung der Gewebe und Gewebezubereitungen in beauftragten Betrieben, die keiner eigenen Erlaubnis bedürfen, durchgeführt werden, wenn bei diesen hierfür geeignete Räume und Einrichtungen vorhanden sind und gewährleistet ist, dass die Prüfung nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erfolgt und die verantwortliche Person nach § 20c ihre Verantwortung wahrnehmen kann.

(3) [1]Der Nachweis der erforderlichen Sachkenntnis der verantwortlichen Person nach § 20c wird erbracht durch das Zeugnis über eine nach abgeschlossenem Hochschulstudium der Humanmedizin, Biologie, Biochemie oder einem als gleichwertig anerkannten Studium abgelegte Prüfung sowie eine mindestens zweijährige praktische Tätigkeit auf dem Gebiet der Be- oder Verarbeitung von Geweben oder Gewebezubereitungen. [2]Für Einrichtungen, die ausschließlich Gewebe oder Gewebezubereitungen prüfen, kann der Nachweis der praktischen Tätigkeit nach Satz 1 auch durch eine mindestens zweijährige praktische Tätigkeit auf dem Gebiet der Prüfung und Be- oder Verarbeitung von Geweben oder Gewebezubereitungen erbracht werden.

(4) [1]Bei Beanstandungen der vorgelegten Unterlagen ist dem Antragsteller Gelegenheit zu geben, Mängeln innerhalb einer angemessenen Frist abzuhelfen. [2]Wird den Mängeln nicht abgeholfen, so ist die Erteilung der Erlaubnis zu versagen. [3]Die Erlaubnis wird für eine bestimmte Betriebsstätte und für bestimmte Gewebe oder Gewebezubereitungen erteilt.

(5) [1]Die zuständige Behörde hat eine Entscheidung über den Antrag auf Erteilung der Erlaubnis innerhalb einer Frist von drei Monaten zu treffen. [2]Beantragt ein Erlaubnisinhaber die Änderung der Erlaubnis, so hat die Behörde die Entscheidung innerhalb einer Frist von einem Monat zu treffen. [3]In Ausnahmefällen verlängert sich die Frist um weitere zwei Monate. [4]Der Antragsteller ist hiervon vor Fristablauf unter Mitteilung der Gründe in Kenntnis zu setzen. [5]Gibt die Behörde dem Antragsteller nach Absatz 4 Satz 1 Gelegenheit, Mängeln abzuhelfen, so werden die Fristen bis zur Behebung der Mängel oder bis zum Ablauf der nach Absatz 4 Satz 1 gesetzten Frist gehemmt. [6]Die Hemmung beginnt mit dem Tag, an dem dem Antragsteller die Aufforderung zur Behebung der Mängel zugestellt wird.

(6) [1]Der Inhaber der Erlaubnis hat jede Änderung einer der in Absatz 2 genannten Angaben unter Vorlage der Nachweise der zuständigen Behörde vorher anzuzeigen und darf die Änderung erst vornehmen, wenn die zuständige Behörde eine schriftliche Erlaubnis erteilt hat. [2]Bei einem unvorhergesehenen Wechsel der verantwortlichen Person nach § 20c hat die Anzeige unverzüglich zu erfolgen.

(7) [1]Die Erlaubnis ist zurückzunehmen, wenn nachträglich bekannt wird, dass einer der Versagungsgründe nach Absatz 2 bei der Erteilung vorgelegen hat. [2]Ist einer dieser Versagungsgründe nachträglich eingetreten, so ist die Erlaubnis zu widerrufen; an Stelle des Widerrufs kann auch das Ruhen der Erlaubnis angeordnet werden. [3]Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend. [4]Die zuständige Behörde kann vorläufig anordnen, dass die Be- oder Verarbeitung von Gewebe oder Gewebezubereitungen eingestellt wird, wenn der Be- oder Verarbeiter die für die Be- oder Verarbeitung zu führenden Nachweise nicht vorlegt. [5]Wird die Be- oder Verarbeitung von Geweben oder Gewebezubereitungen eingestellt, hat der Be- oder Verarbeiter dafür zu sorgen, dass noch gelagerte Gewebezubereitungen und Gewebe weiter qualitätsgesichert gelagert und auf andere Hersteller, Be- oder Verarbeiter oder Vertreiber mit einer Erlaubnis nach Absatz 1 oder § 13 Abs. 1 übertragen werden. [6]Das gilt auch für die Daten und Angaben über die Be- oder Verarbeitung, die für die Rückverfolgung dieser Gewebezubereitungen und Gewebe benötigt werden.

Fußnoten

§ 20c: Eingef. durch Art. 2 Nr. 11b G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007
§ 20c Überschrift: IdF d. Art. 1 Nr. 20 Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 20c Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 20 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 20c Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 (früher einziger Satz): IdF d. Art. 1 Nr. 20 Buchst. c DBuchst. aa G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 20c Abs. 2 Satz 1 Nr. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. aa G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 20c Abs. 2 Satz 1 Nr. 5: IdF d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. bb G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 20c Abs. 2 Satz 1 Nr. 6: Eingef. durch Art. 1 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. cc G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 20c Abs. 2 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 20 Buchst. c DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 20c Abs. 3 Satz 1 (früher Abs. 3 einziger Text): Jetzt Abs. 3 Satz 1 gem. Art. 1 Nr. 5 Buchst. b G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 20c Abs. 3 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 5 Buchst. b G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017

§ 20d Ausnahme von der Erlaubnispflicht für Gewebe und Gewebezubereitungen

[1]Einer Erlaubnis nach § 20b Absatz 1 und § 20c Absatz 1 bedarf nicht eine Person, die Arzt ist und die dort genannten Tätigkeiten mit Ausnahme des Inverkehrbringens ausübt, um das Gewebe oder die Ge-

webezubereitung persönlich bei ihren Patienten anzuwenden. [2]Dies gilt nicht für Arzneimittel, die zur klinischen Prüfung bestimmt sind.

Fußnoten

§ 20d: Eingef. durch Art. 1 Nr. 21 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 20d Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 5 G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019

Vierter Abschnitt Zulassung der Arzneimittel

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 21 Zulassungspflicht

(1) [1]Fertigarzneimittel dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur in den Verkehr gebracht werden, wenn sie durch die zuständige Bundesoberbehörde zugelassen sind oder wenn für sie die Europäische Gemeinschaft oder die Europäische Union eine Genehmigung für das Inverkehrbringen nach Artikel 3 Absatz 1 oder 2 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 erteilt hat. [2]Satz 1 gilt auch in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 1901/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Kinderarzneimittel und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1768/92, der Richtlinie 2001/83/EG und der Verordnung (EU) Nr. 536/2014, der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 1; L 201 vom 27.7.2012, S. 28), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2019/5 (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 24) geändert worden ist, in Verbindung mit der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 oder in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 1394/2007.

(2) Einer Zulassung bedarf es nicht für Arzneimittel, die

1. auf Grund nachweislich häufiger ärztlicher oder zahnärztlicher Verschreibung in den wesentlichen Herstellungsschritten in einer Apotheke in einer Menge bis zu hundert abgabefertigen Packungen an einem Tag im Rahmen des üblichen Apothekenbetriebs hergestellt werden und zur Abgabe im Rahmen der bestehenden Apothekenbetriebserlaubnis bestimmt sind,

1a. Arzneimittel sind, bei deren Herstellung Stoffe menschlicher Herkunft eingesetzt werden und die entweder zur autologen oder gerichteten, für eine bestimmte Person vorgesehene Anwendung bestimmt sind oder auf Grund einer Rezeptur für einzelne Personen hergestellt werden, es sei denn, es handelt sich um Arzneimittel im Sinne von § 4 Absatz 4,

1b. andere als die in Nummer 1a genannten Arzneimittel sind und für Apotheken, denen für einen Patienten eine Verschreibung vorliegt, aus im Geltungsbereich dieses Gesetzes zugelassenen Arzneimitteln

   a) als Zytostatikazubereitung oder für die parenterale Ernährung sowie in anderen medizinisch begründeten besonderen Bedarfsfällen, sofern es für die ausreichende Versorgung des Patienten erforderlich ist und kein zugelassenes Arzneimittel zur Verfügung steht, hergestellt werden oder

   b) als Blister aus unveränderten Arzneimitteln hergestellt werden oder

   c) in unveränderter Form abgefüllt werden,

1c. antivirale oder antibakterielle Wirksamkeit haben und zur Behandlung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit, deren Ausbreitung eine sofortige und das übliche Maß erheblich überschreitende Bereitstellung von spezifischen Arzneimitteln erforderlich macht, aus Wirkstoffen hergestellt werden, die von den Gesundheitsbehörden des Bundes oder der Länder oder von diesen benannten Stellen für diese Zwecke bevorratet wurden, soweit ihre Herstellung in einer Apotheke zur Abgabe im Rahmen der bestehenden Apothekenbetriebserlaubnis oder zur Abgabe an andere Apotheken erfolgt,

1d. Gewebezubereitungen sind, die der Pflicht zur Genehmigung nach den Vorschriften des § 21a Abs. 1 unterliegen,

1e. Heilwässer, Bademoore oder andere Peloide sind, die nicht im Voraus hergestellt und nicht in einer zur Abgabe an den Verbraucher bestimmten Packung in den Verkehr gebracht werden, oder die ausschließlich zur äußeren Anwendung oder zur Inhalation vor Ort bestimmt sind,

1f. medizinische Gase sind und die für einzelne Personen aus im Geltungsbereich dieses Gesetzes zugelassenen Arzneimitteln durch Abfüllen und Kennzeichnen in Unternehmen, die nach § 50 zum Einzelhandel mit Arzneimitteln außerhalb von Apotheken befugt sind, hergestellt werden,

1g. als Therapieallergene für einzelne Patienten auf Grund einer Rezeptur hergestellt werden,

2. zur klinischen Prüfung bestimmt sind oder

3. unter den in Artikel 83 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 genannten Voraussetzungen kostenlos für eine Anwendung bei Patienten zur Verfügung gestellt werden, die an einer zu einer schweren Behinderung führenden Erkrankung leiden oder deren Krankheit lebensbedrohend ist, und die mit einem zugelassenen Arzneimittel nicht zufrieden stellend behandelt werden können; dies gilt auch für die nicht den Kategorien des Artikels 3 Absatz 1 oder 2 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 zugehörigen Arzneimittel; Verfahrensregelungen werden in einer Rechtsverordnung nach § 80 bestimmt.

(2a) (weggefallen)

(3) [1]Die Zulassung ist vom pharmazeutischen Unternehmer zu beantragen. [2]Für ein Fertigarzneimittel, das in Apotheken oder sonstigen Einzelhandelsbetrieben auf Grund einheitlicher Vorschriften hergestellt und unter einer einheitlichen Bezeichnung an Verbraucher abgegeben wird, ist die Zulassung vom Herausgeber der Herstellungsvorschrift zu beantragen. [3]Wird ein Fertigarzneimittel für mehrere Apotheken oder sonstige Einzelhandelsbetriebe hergestellt und soll es unter deren Namen und unter einer einheitlichen Bezeichnung an Verbraucher abgegeben werden, so hat der Hersteller die Zulassung zu beantragen.

(4) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde entscheidet ferner, unabhängig von einem Zulassungsantrag nach Absatz 3 oder von einem Genehmigungsantrag nach § 21a Absatz 1 oder § 42 Absatz 2, auf Antrag einer zuständigen Landesbehörde über die Zulassungspflicht eines Arzneimittels, die Genehmigungspflicht einer Gewebezubereitung oder über die Genehmigungspflicht einer klinischen Prüfung. [2]Dem Antrag hat die zuständige Landesbehörde eine begründete Stellungnahme zur Einstufung des Arzneimittels oder der klinischen Prüfung beizufügen.

Fußnoten

§ 21: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 21 Abs. 1: IdF d. Art. 3 Nr. 18 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 21 Abs. 2 Nr. 1: IdF d. Art. 3 Nr. 18 Buchst. b DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 21 Abs. 2 Nr. 1a: IdF d. Art. 1 Nr. 22 Buchst. b DBuchst. aa G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 21 Abs. 2 Nr. 1b: IdF d. Art. 1 Nr. 22 Buchst. b DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 21 Abs. 2 Nr. 1c: IdF d. Art. 3 Nr. 18 Buchst. b DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 21 Abs. 2 Nr. 1d: Eingef. durch Art. 2 Nr. 12 G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007
§ 21 Abs. 2 Nr. 1e bis 1g: Eingef. durch Art. 1 Nr. 22 Buchst. b DBuchst. cc G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 21 Abs. 2 Nr. 2: IdF d. Art. 3 Nr. 18 Buchst. b DBuchst. cc G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 21 Abs. 2 Nr. 3 (früher Nr. 6): IdF d. Art. 1 Nr. 22 Buchst. b DBuchst. dd G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009; frühere Nr. 3 bis 5 aufgeh., frühere Nr. 6 jetzt Nr. 3 gem. u. idF d. Art. 3 Nr. 18 Buchst. b DBuchst. dd u. ee G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 21 Abs. 2a Satz 5: IdF d. Art. 1 Nr. 5 G v. 25.5.2011 I 946 mWv 31.5.2011
§ 21 Abs. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012

§ 21a Genehmigung von Gewebezubereitungen

(1) [1]Gewebezubereitungen, die nicht mit industriellen Verfahren be- oder verarbeitet werden und deren wesentliche Be- oder Verarbeitungsverfahren in der Europäischen Union hinreichend bekannt und

deren Wirkungen und Nebenwirkungen aus dem wissenschaftlichen Erkenntnismaterial ersichtlich sind, dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur in den Verkehr gebracht werden, wenn sie abweichend von der Zulassungspflicht nach § 21 Abs. 1 von der zuständigen Bundesoberbehörde genehmigt worden sind. [2]Dies gilt auch im Hinblick auf Gewebezubereitungen, deren Be- oder Verarbeitungsverfahren neu, aber mit einem bekannten Verfahren vergleichbar sind. [3]Satz 1 gilt entsprechend für hämatopoetische Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut, die zur autologen oder gerichteten, für eine bestimmte Person vorgesehenen Anwendung bestimmt sind. [4]Die Genehmigung umfasst die Verfahren für die Gewinnung, Verarbeitung und Prüfung, die Spenderauswahl und die Dokumentation für jeden Verfahrensschritt sowie die quantitativen und qualitativen Kriterien für Gewebezubereitungen. [5]Insbesondere sind die kritischen Verfahrensschritte daraufhin zu bewerten, dass die Funktionalität und die Sicherheit der Gewebe gewährleistet sind.

(1a) Einer Genehmigung nach Absatz 1 bedarf es nicht für Gewebezubereitungen, die zur klinischen Prüfung bestimmt sind.

(2) [1]Dem Antrag auf Genehmigung sind vom Antragsteller folgende Angaben und Unterlagen beizufügen:

1. der Name oder die Firma und die Anschrift des Antragstellers und der Be- oder Verarbeiter,
2. die Bezeichnung der Gewebezubereitung,
3. die Bestandteile der Gewebezubereitung nach Art, Darreichungsform und Packungsgröße,
4. die Anwendungsgebiete sowie die Art der Anwendung und bei Gewebezubereitungen, die nur begrenzte Zeit angewendet werden sollen, die Dauer der Anwendung,
5. Angaben über die Gewinnung der Gewebe und die für die Gewinnung erforderlichen Laboruntersuchungen,
6. Angaben zur Herstellungsweise, einschließlich der Be- oder Verarbeitungsverfahren, der Prüfverfahren mit ihren Inprozess- und Endproduktkontrollen sowie der Verwendung von Elektronen-, Gamma- oder Röntgenstrahlen,
7. Angaben über die Art der Haltbarmachung, die Dauer der Haltbarkeit, die Art der Aufbewahrung und Lagerung der Gewebezubereitung,
8. Angaben zur Funktionalität und zu den Risiken der Gewebezubereitung,
9. Unterlagen über die Ergebnisse von mikrobiologischen, chemischen, biologischen oder physikalischen Prüfungen sowie über die zur Ermittlung angewandten Methoden, soweit diese Unterlagen erforderlich sind,
10. Unterlagen über Ergebnisse von pharmakologischen und toxikologischen Versuchen,
11. eine Nutzen-Risiko-Bewertung,
12. alle für die Bewertung des Arzneimittels zweckdienlichen Angaben und Unterlagen sowie
13. bei hämatopoetischen Stammzellzubereitungen zusätzlich Angaben zur Dosierung und zur Menge des Wirkstoffs.

[2]Die Ergebnisse und Angaben nach Satz 1 Nummer 7 bis 10 sowie die Ergebnisse von klinischen Prüfungen oder sonstigen ärztlichen Erprobungen sind so zu belegen, dass aus diesen Art, Umfang und Zeitpunkt der Untersuchungen hervorgehen. [3]§ 22 Absatz 4, 5 und 7 Satz 1 gilt entsprechend.

(3) [1]Für die Angaben nach Absatz 2 Nummer 4, 8 und 10 kann wissenschaftliches Erkenntnismaterial eingereicht werden, das auch in nach wissenschaftlichen Methoden aufbereitetem medizinischen Erfahrungsmaterial bestehen kann. [2]Hierfür kommen Studien des Herstellers der Gewebezubereitung, Daten aus Veröffentlichungen oder nachträgliche Bewertungen der klinischen Ergebnisse der hergestellten Gewebezubereitungen in Betracht.

(4) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde hat eine Entscheidung über den Antrag auf Genehmigung innerhalb einer Frist von fünf Monaten zu treffen. [2]Wird dem Antragsteller Gelegenheit gegeben, Mängeln

abzuhelfen, so werden die Fristen bis zur Behebung der Mängel oder bis zum Ablauf der für die Behebung gesetzten Frist gehemmt. [3]Die Hemmung beginnt mit dem Tag, an dem dem Antragsteller die Aufforderung zur Behebung der Mängel zugestellt wird.

(5) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde erteilt die Genehmigung schriftlich unter Zuteilung einer Genehmigungsnummer. [2]Sie kann die Genehmigung mit Auflagen verbinden. [3]§ 28 und § 34 finden entsprechende Anwendung.

(6) Die zuständige Bundesoberbehörde darf die Genehmigung nur versagen, wenn

1. die vorgelegten Unterlagen unvollständig sind,
2. die Gewebezubereitung nicht dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse entspricht,
3. die Gewebezubereitung nicht die vorgesehene Funktion erfüllt oder das Nutzen-Risiko-Verhältnis ungünstig ist oder
4. das Inverkehrbringen der Gewebezubereitung gegen gesetzliche Vorschriften oder gegen eine Verordnung oder eine Richtlinie oder eine Entscheidung oder einen Beschluss der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union verstoßen würde.

(7) [1]Der Antragsteller oder nach der Genehmigung der Inhaber der Genehmigung hat der zuständigen Bundesoberbehörde unter Beifügung entsprechender Unterlagen unverzüglich Anzeige zu erstatten, wenn sich Änderungen in den Angaben und Unterlagen nach den Absätzen 2 und 3 ergeben. [2]Der Inhaber der Genehmigung ist verpflichtet, die zuständige Bundesoberbehörde zu informieren, wenn neue oder veränderte Risiken bei der Gewebezubereitung bestehen oder sich das Nutzen-Risiko-Verhältnis der Gewebezubereitung geändert hat. [3]§ 29 Absatz 1a, 1d und 2 ist entsprechend anzuwenden. [4]Folgende Änderungen dürfen erst vollzogen werden, wenn die zuständige Bundesoberbehörde zugestimmt hat:

1. eine Änderung der Angaben über die Art oder die Dauer der Anwendung oder die Anwendungsgebiete,
2. eine Einschränkung der Risiken,
3. eine Änderung der Hilfsstoffe nach Art oder Menge,
4. eine Änderung der Darreichungsform,
5. eine Änderung der Angaben über die Gewinnung der Gewebe oder die für die Gewinnung erforderlichen Laboruntersuchungen,
6. eine Änderung des Be- oder Verarbeitungsverfahrens oder des Prüfverfahrens,
7. eine Änderung der Art der Haltbarmachung oder eine Verlängerung der Haltbarkeit,
8. eine Änderung der Art der Aufbewahrung oder Lagerung der Gewebezubereitung und
9. bei hämatopoetischen Stammzellzubereitungen zusätzlich eine Änderung der Angaben über die Dosierung oder die Menge des Wirkstoffs.

[5]Die Entscheidung über den Antrag auf Zustimmung muss innerhalb von drei Monaten ergehen. [6]§ 27 Absatz 2 gilt entsprechend.

(8) [1]Die Genehmigung ist zurückzunehmen, wenn nachträglich bekannt wird, dass einer der Versagungsgründe nach Absatz 6 Nummer 2 bis 4 vorgelegen hat. [2]Sie ist zu widerrufen, wenn einer dieser Versagungsgründe nachträglich eingetreten ist. [3]In beiden Fällen kann auch das Ruhen der Genehmigung befristet angeordnet werden. [4]Vor einer Entscheidung nach den Sätzen 1 bis 3 ist der Inhaber der Genehmigung zu hören, es sei denn, dass Gefahr im Verzuge ist. [5]Ist die Genehmigung zurückgenommen oder widerrufen oder ruht die Genehmigung, so darf die Gewebezubereitung nicht in den Verkehr gebracht und nicht in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht werden.

(9) [1]Abweichend von Absatz 1 bedürfen Gewebezubereitungen und hämatopoetische Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut nach Absatz 1 Satz 3, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum in den Verkehr gebracht werden dürfen, bei ihrem erstmaligen Verbringen zum Zweck ihrer Anwendung in den Geltungsbereich dieses Gesetzes einer Bescheinigung der zuständigen Bundesoberbehörde. [2]Vor der Erteilung der Bescheinigung hat die zuständige Bundesoberbehörde zu prüfen, ob die Be- oder Verarbeitung der Gewebezubereitungen den Anforderungen an die Entnahme- und Verarbeitungsverfahren, einschließlich der Spenderauswahlverfahren und der Laboruntersuchungen, sowie die quantitativen und qualitativen Kriterien für die Gewebezubereitungen den Anforderungen dieses Gesetzes und seiner Verordnungen entsprechen. [3]Die zuständige Bundesoberbehörde hat die Bescheinigung zu erteilen, wenn sich die Gleichwertigkeit der Anforderungen nach Satz 2 aus der Genehmigungsbescheinigung oder einer anderen Bescheinigung der zuständigen Behörde des Herkunftslandes ergibt und der Nachweis über die Genehmigung in dem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder dem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum vorgelegt wird. [4]Eine Änderung in den Anforderungen nach Satz 2 ist der zuständigen Bundesoberbehörde rechtzeitig vor einem weiteren Verbringen in den Geltungsbereich dieses Gesetzes anzuzeigen. [5]Die Bescheinigung ist zurückzunehmen, wenn eine der Voraussetzungen nach Satz 2 nicht vorgelegen hat; sie ist zu widerrufen, wenn eine der Voraussetzungen nach Satz 2 nachträglich weggefallen ist. [6]§ 73 Absatz 3a gilt entsprechend.

Fußnoten

§ 21a: Eingef. durch Art. 2 Nr. 12a G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007
§ 21a Abs. 1 Satz 3: IdF d. Art. 1 Nr. 6 G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 21a Abs. 1 Satz 5: IdF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. a G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 21a Abs. 1a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 23 Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009; idF d. Art. 3 Nr. 19 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 21a Abs. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. b G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 21a Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. c G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 21a Abs. 5 Satz 1 u. 2: Früher Satz 1 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 23 Buchst. c G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 21a Abs. 5 Satz 3: Früher Satz 2 gem. Art. 1 Nr. 23 Buchst. c G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009; idF d. Art. 1 Nr. 15 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 21a Abs. 6 Eingangssatz: IdF d. Art. 1 Nr. 23 Buchst. d G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 21a Abs. 6 Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. d DBuchst. aa G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 21a Abs. 6 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. d DBuchst. bb G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 21a Abs. 6 Nr. 4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 6 Buchst. d DBuchst. cc G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 21a Abs. 7 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. e DBuchst. aa G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 21a Abs. 7 Satz 2 bis 6: Früher Satz 2 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. e DBuchst. bb G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 21a Abs. 7 Satz 4 Nr. 5 u. 7: IdF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. a G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 21a Abs. 7 Satz 4 Nr. 8: IdF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. b G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 21a Abs. 8 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. f G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 21a Abs. 9 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 15 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. g DBuchst. aa G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 21a Abs. 9 Satz 6: Eingef. durch Art. 1 Nr. 6 Buchst. g DBuchst. bb G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017

§ 22 Zulassungsunterlagen

(1) Dem Antrag auf Zulassung müssen vom Antragsteller folgende Angaben beigefügt werden:

1. der Name oder die Firma und die Anschrift des Antragstellers und des Herstellers,
2. die Bezeichnung des Arzneimittels,
3. die Bestandteile des Arzneimittels nach Art und Menge; § 10 Abs. 6 findet Anwendung,
4. die Darreichungsform,

5. die Wirkungen,

6. die Anwendungsgebiete,

7. die Gegenanzeigen,

8. die Nebenwirkungen,

9. die Wechselwirkungen mit anderen Mitteln,

10. die Dosierung,

11. zur Herstellungsweise des Arzneimittels,

12. die Art der Anwendung und bei Arzneimitteln, die nur begrenzte Zeit angewendet werden sollen, die Dauer der Anwendung,

13. die Packungsgrößen,

14. die Art der Haltbarmachung, die Dauer der Haltbarkeit, die Art der Aufbewahrung, die Ergebnisse von Haltbarkeitsversuchen,

15. die Methoden zur Kontrolle der Qualität (Kontrollmethoden).

(1a) Die Angaben nach Absatz 1 Nummer 1 bis 10 müssen in deutscher, die übrigen Angaben in deutscher oder englischer Sprache beigefügt werden; andere Angaben oder Unterlagen können im Zulassungsverfahren statt in deutscher auch in englischer Sprache gemacht oder vorgelegt werden, soweit es sich nicht um Angaben handelt, die für die Kennzeichnung, die Packungsbeilage oder die Fachinformation verwendet werden.

(2) [1]Es sind ferner vorzulegen:

1. die Ergebnisse physikalischer, chemischer, biologischer oder mikrobiologischer Versuche und die zu ihrer Ermittlung angewandten Methoden (analytische Prüfung),

2. die Ergebnisse der pharmakologischen und toxikologischen Versuche,

3. die Ergebnisse der klinischen Prüfungen oder sonstigen ärztlichen oder zahnärztlichen Erprobung,

4. eine Erklärung, dass außerhalb der Europäischen Union durchgeführte klinische Prüfungen unter ethischen Bedingungen durchgeführt wurden, die mit den ethischen Bedingungen der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 gleichwertig sind,

5. eine zusammenfassende Beschreibung des Pharmakovigilanz-Systems des Antragstellers, die Folgendes umfassen muss:

   a) den Nachweis, dass der Antragsteller über eine qualifizierte Person nach § 63a verfügt, und die Angabe der Mitgliedstaaten, in denen diese Person ansässig und tätig ist, sowie die Kontaktangaben zu dieser Person,

   b) die Angabe des Ortes, an dem die Pharmakovigilanz-Stammdokumentation für das betreffende Arzneimittel geführt wird, und

   c) eine vom Antragsteller unterzeichnete Erklärung, dass er über die notwendigen Mittel verfügt, um den im Zehnten Abschnitt aufgeführten Aufgaben und Pflichten nachzukommen,

5a. der Risikomanagement-Plan mit einer Beschreibung des Risikomanagement-Systems, das der Antragsteller für das betreffende Arzneimittel einführen wird, verbunden mit einer Zusammenfassung,

6. (weggefallen)

7. eine Kopie jeder Ausweisung des Arzneimittels als Arzneimittel für seltene Leiden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 141/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember

1999 über Arzneimittel für seltene Leiden (ABl. EG Nr. L 18 S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EG) Nr. 596/2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14) geändert worden ist,

8. eine Bestätigung des Arzneimittelherstellers, dass er oder eine von ihm vertraglich beauftragte Person sich von der Einhaltung der Guten Herstellungspraxis bei der Wirkstoffherstellung durch eine Überprüfung vor Ort überzeugt hat; die Bestätigung muss auch das Datum des Audits beinhalten.

[2]Die Ergebnisse nach Satz 1 Nr. 1 bis 3 sind durch Unterlagen so zu belegen, dass aus diesen Art, Umfang und Zeitpunkt der Prüfungen hervorgehen. [3]Dem Antrag sind alle für die Bewertung des Arzneimittels zweckdienlichen Angaben und Unterlagen, ob günstig oder ungünstig, beizufügen. [4]Dies gilt auch für unvollständige oder abgebrochene toxikologische oder pharmakologische Versuche oder klinische Prüfungen zu dem Arzneimittel.

(3) [1]An Stelle der Ergebnisse nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und 3 kann anderes wissenschaftliches Erkenntnismaterial vorgelegt werden, und zwar

1. bei einem Arzneimittel, dessen Wirkstoffe seit mindestens zehn Jahren in der Europäischen Union allgemein medizinisch verwendet wurden, deren Wirkungen und Nebenwirkungen bekannt und aus dem wissenschaftlichen Erkenntnismaterial ersichtlich sind,

2. bei einem Arzneimittel, das in seiner Zusammensetzung bereits einem Arzneimittel nach Nummer 1 vergleichbar ist,

3. bei einem Arzneimittel, das eine neue Kombination bekannter Bestandteile ist, für diese Bestandteile; es kann jedoch auch für die Kombination als solche anderes wissenschaftliches Erkenntnismaterial vorgelegt werden, wenn die Wirksamkeit und Unbedenklichkeit des Arzneimittels nach Zusammensetzung, Dosierung, Darreichungsform und Anwendungsgebieten auf Grund dieser Unterlagen bestimmbar sind.

[2]Zu berücksichtigen sind ferner die medizinischen Erfahrungen der jeweiligen Therapierichtungen.

(3a) Enthält das Arzneimittel mehr als einen Wirkstoff, so ist zu begründen, dass jeder Wirkstoff einen Beitrag zur positiven Beurteilung des Arzneimittels leistet.

(3b) Bei radioaktiven Arzneimitteln, die Generatoren sind, sind ferner eine allgemeine Beschreibung des Systems mit einer detaillierten Beschreibung der Bestandteile des Systems, die die Zusammensetzung oder Qualität der Tochterradionuklidzubereitung beeinflussen können, und qualitative und quantitative Besonderheiten des Eluats oder Sublimats anzugeben.

(3c) [1]Ferner sind Unterlagen vorzulegen, mit denen eine Bewertung möglicher Umweltrisiken vorgenommen wird, und für den Fall, dass die Aufbewahrung des Arzneimittels oder seine Anwendung oder die Beseitigung seiner Abfälle besondere Vorsichts- oder Sicherheitsmaßnahmen erfordert, um Gefahren für die Umwelt oder die Gesundheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen zu vermeiden, dies ebenfalls angegeben wird. [2]Angaben zur Verminderung dieser Gefahren sind beizufügen und zu begründen.

(4) [1]Wird die Zulassung für ein im Geltungsbereich dieses Gesetzes hergestelltes Arzneimittel beantragt, so muss der Nachweis erbracht werden, dass der Hersteller berechtigt ist, das Arzneimittel herzustellen. [2]Dies gilt nicht für einen Antrag nach § 21 Abs. 3 Satz 2.

(5) Wird die Zulassung für ein außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes hergestelltes Arzneimittel beantragt, so ist der Nachweis zu erbringen, dass der Hersteller nach den gesetzlichen Bestimmungen des Herstellungslandes berechtigt ist, Arzneimittel herzustellen, und im Falle des Verbringens aus einem Land, das nicht Mitgliedstaat der Europäischen Union oder anderer Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, dass der Einführer eine Erlaubnis besitzt, die zum Verbringen des Arzneimittels in den Geltungsbereich dieses Gesetzes berechtigt.

(6) [1]Soweit eine Zulassung im Ausland erteilt worden ist, ist eine Kopie dieser Zulassung und eine Kopie der Zusammenfassung der Unbedenklichkeitsdaten einschließlich der Daten aus den regelmäßigen aktualisierten Unbedenklichkeitsberichten, soweit verfügbar, und der Berichte über Verdachtsfälle von Nebenwirkungen beizufügen. [2]Ist eine Zulassung ganz oder teilweise versagt worden, sind die Einzelhei-

ten dieser Entscheidung unter Darlegung ihrer Gründe mitzuteilen. [3]Wird ein Antrag auf Zulassung in einem Mitgliedstaat oder in mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Union geprüft, ist dies anzugeben. [4]Kopien der von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten genehmigten Zusammenfassungen der Produktmerkmale und der Packungsbeilagen oder, soweit diese Unterlagen noch nicht vorhanden sind, der vom Antragsteller in einem Verfahren nach Satz 3 vorgeschlagenen Fassungen dieser Unterlagen sind ebenfalls beizufügen. [5]Ferner sind, sofern die Anerkennung der Zulassung eines anderen Mitgliedstaates beantragt wird, die in Artikel 28 der Richtlinie 2001/83/EG vorgeschriebenen Erklärungen abzugeben sowie die sonstigen dort vorgeschriebenen Angaben zu machen. [6]Satz 5 findet keine Anwendung auf Arzneimittel, die nach einer homöopathischen Verfahrenstechnik hergestellt worden sind.

(7) [1]Dem Antrag ist der Wortlaut der für das Behältnis, die äußere Umhüllung und die Packungsbeilage vorgesehenen Angaben sowie der Entwurf einer Zusammenfassung der Produktmerkmale beizufügen, bei der es sich zugleich um die Fachinformation nach § 11a Absatz 1 Satz 2 handelt, soweit eine solche vorgeschrieben ist. [2]Der zuständigen Bundesoberbehörde sind außerdem die Ergebnisse von Bewertungen der Packungsbeilage vorzulegen, die in Zusammenarbeit mit Patienten-Zielgruppen durchgeführt wurden. [3]Die zuständige Bundesoberbehörde kann verlangen, dass ihr ein oder mehrere Muster oder Verkaufsmodelle des Arzneimittels einschließlich der Packungsbeilagen sowie Ausgangsstoffe, Zwischenprodukte und Stoffe, die zur Herstellung oder Prüfung des Arzneimittels verwendet werden, in einer für die Untersuchung ausreichenden Menge und in einem für die Untersuchung geeigneten Zustand vorgelegt werden.

Fußnoten

§ 22: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 22 Abs. 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 1 Nr. 24 Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 22 Abs. 1 Nr. 11: IdF d. Art. 1 Nr. 16 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 22 Abs. 1a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 24 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009; idF d. Art. 1 Nr. 16 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 21a Abs. 2 Satz 1 Nr. 3: IdF d. Art. 3 Nr. 20 Buchst. Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 22 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 24 Buchst. c G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 2 Nr. 7 iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 22 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5: IdF d. Art. 1 Nr. 16 Buchst. c DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 20 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 22 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 16 Buchst. c DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012; idF d. Art. 3 Nr. 20 Buchst. a DBuchst. cc G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 22 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 20 Buchst. a DBuchst. dd G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 22 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7: IdF d. Art. 1 Nr. 16 Buchst. c DBuchst. dd G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 20 Buchst. a DBuchst. ee G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 22 Abs. 2 Satz 1 Nr. 8: Eingef. durch Art. 1 Nr. 16 Buchst. c DBuchst. ee G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012; idF d. Art. 3 Nr. 20 Buchst. a DBuchst. ff G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 22 Abs. 3 Eingangssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 20 Buchst. b DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 22 Abs. 3 Nr. 1: IdF d. Art. 3 Nr. 20 Buchst. b DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 22 Abs. 3c: Früherer Satz 3 aufgeh. durch Art. 3 Nr. 20 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 22 Abs. 6 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 16 Buchst. d G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 20 Buchst. d DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 22 Abs. 6 Satz 5: IdF d. Art. 3 Nr. 20 Buchst. d DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 22 Abs. 7 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 24 Buchst. e G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 22 Abs. 7 Satz 2: IdF d. Art. 3 Nr. 20 Buchst. e G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 23 (weggefallen)

Fußnoten

§ 23: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 21 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 24 Sachverständigengutachten

(1) [1]Den nach § 22 Absatz 1 Nummer 15, Absatz 2 und 3 erforderlichen Unterlagen sind Gutachten von Sachverständigen beizufügen, in denen die Kontrollmethoden und die Prüfungsergebnisse zusammengefasst und bewertet werden. [2]Im Einzelnen muss aus den Gutachten insbesondere hervorgehen:

1. aus dem analytischen Gutachten, ob das Arzneimittel die nach den anerkannten pharmazeutischen Regeln angemessene Qualität aufweist, ob die vorgeschlagenen Kontrollmethoden dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse entsprechen und zur Beurteilung der Qualität geeignet sind,
2. aus dem pharmakologisch-toxikologischen Gutachten, welche toxischen Wirkungen und welche pharmakologischen Eigenschaften das Arzneimittel hat,
3. aus dem klinischen Gutachten, ob das Arzneimittel bei den angegebenen Anwendungsgebieten angemessen wirksam ist, ob es verträglich ist, ob die vorgesehene Dosierung zweckmäßig ist und welche Gegenanzeigen und Nebenwirkungen bestehen.

(2) Soweit wissenschaftliches Erkenntnismaterial nach § 22 Absatz 3 vorgelegt wird, muss aus den Gutachten hervorgehen, dass das wissenschaftliche Erkenntnismaterial in sinngemäßer Anwendung der Arzneimittelprüfrichtlinien erarbeitet wurde.

(3) [1]Den Gutachten müssen Angaben über den Namen, die Ausbildung und die Berufstätigkeit der Sachverständigen sowie seine berufliche Beziehung zum Antragsteller beigefügt werden. [2]Die Sachverständigen haben mit Unterschrift unter Angabe des Datums zu bestätigen, dass das Gutachten von ihnen erstellt worden ist.

Fußnoten

§ 24: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 24 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 22 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 24 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3: IdF d. Art. 3 Nr. 22 Buchst. a DBuchst. bb aaa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 24 Abs. 1 Satz 2: Frühere Nr. 4 aufgeh. durch Art. 3 Nr. 22 Buchst. a DBuchst. bb bbb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 24 Abs. 1: Früherer Satz 3 aufgeh. durch Art. 3 Nr. 22 Buchst. a DBuchst. cc G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 24 Abs. 2: IdF d. Art. 3 Nr. 22 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 24 Abs. 3 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 26 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 24a Verwendung von Unterlagen eines Vorantragstellers

[1]Der Antragsteller kann auf Unterlagen nach § 22 Absatz 2, 3 und 3c einschließlich der Sachverständigengutachten nach § 24 Absatz 1 Satz 2 eines früheren Antragstellers (Vorantragsteller) Bezug nehmen, sofern er die schriftliche Zustimmung des Vorantragstellers einschließlich dessen Bestätigung vorlegt, dass die Unterlagen, auf die Bezug genommen wird, die Anforderungen der Arzneimittelprüfrichtlinien nach § 26 erfüllen. [2]Der Vorantragsteller hat sich auf eine Anfrage auf Zustimmung innerhalb einer Frist von drei Monaten zu äußern. [3]Eine teilweise Bezugnahme ist nicht zulässig.

Fußnoten

§ 24a: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 24a Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 23 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 24a Satz 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 27 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 24b Zulassung eines Generikums, Unterlagenschutz

(1) [1]Bei einem Generikum im Sinne des Absatzes 2 kann ohne Zustimmung des Vorantragstellers auf die Unterlagen nach § 22 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und 3 einschließlich der Sachverständigengutachten nach § 24 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 und 3 des Arzneimittels des Vorantragstellers (Referenzarznei-

mittel) Bezug genommen werden, sofern das Referenzarzneimittel seit mindestens acht Jahren zugelassen ist oder vor mindestens acht Jahren zugelassen wurde; dies gilt auch für eine Zulassung in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union. [2]Ein Generikum, das gemäß dieser Bestimmung zugelassen wurde, darf frühestens nach Ablauf von zehn Jahren nach Erteilung der ersten Genehmigung für das Referenzarzneimittel in den Verkehr gebracht werden. [3]Der in Satz 2 genannte Zeitraum wird auf höchstens elf Jahre verlängert, wenn der Inhaber der Zulassung innerhalb von acht Jahren seit der Zulassung die Erweiterung der Zulassung um eines oder mehrere neue Anwendungsgebiete erwirkt, die bei der wissenschaftlichen Bewertung vor ihrer Zulassung durch die zuständige Bundesoberbehörde als von bedeutendem klinischem Nutzen im Vergleich zu bestehenden Therapien beurteilt werden.

(2) [1]Die Zulassung als Generikum nach Absatz 1 erfordert, dass das betreffende Arzneimittel die gleiche Zusammensetzung der Wirkstoffe nach Art und Menge und die gleiche Darreichungsform wie das Referenzarzneimittel aufweist und die Bioäquivalenz durch Bioverfügbarkeitsstudien nachgewiesen wurde. [2]Die verschiedenen Salze, Ester, Ether, Isomere, Mischungen von Isomeren, Komplexe oder Derivate eines Wirkstoffes gelten als ein und derselbe Wirkstoff, es sei denn, ihre Eigenschaften unterscheiden sich erheblich hinsichtlich der Unbedenklichkeit oder der Wirksamkeit. [3]In diesem Fall müssen vom Antragsteller ergänzende Unterlagen vorgelegt werden, die die Unbedenklichkeit oder Wirksamkeit der verschiedenen Salze, Ester, Ether, Isomere, Mischungen von Isomeren, Komplexe oder Derivate des Wirkstoffes belegen. [4]Die verschiedenen oralen Darreichungsformen mit sofortiger Wirkstofffreigabe gelten als ein und dieselbe Darreichungsform. [5]Der Antragsteller ist nicht verpflichtet, Bioverfügbarkeitsstudien vorzulegen, wenn er auf sonstige Weise nachweist, dass das Generikum die nach dem Stand der Wissenschaft für die Bioäquivalenz relevanten Kriterien erfüllt. [6]In den Fällen, in denen das Arzneimittel nicht die Anforderungen eines Generikums erfüllt oder in denen die Bioäquivalenz nicht durch Bioäquivalenzstudien nachgewiesen werden kann oder bei einer Änderung des Wirkstoffes, des Anwendungsgebietes, der Stärke, der Darreichungsform oder des Verabreichungsweges gegenüber dem Referenzarzneimittel sind die Ergebnisse der geeigneten vorklinischen oder klinischen Versuche vorzulegen.

(3) [1]Sofern das Referenzarzneimittel nicht von der zuständigen Bundesoberbehörde, sondern der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaates zugelassen wurde, hat der Antragsteller im Antragsformular den Mitgliedstaat anzugeben, in dem das Referenzarzneimittel genehmigt wurde oder ist. [2]Die zuständige Bundesoberbehörde ersucht in diesem Fall die zuständige Behörde des anderen Mitgliedstaates, binnen eines Monats eine Bestätigung darüber zu übermitteln, dass das Referenzarzneimittel genehmigt ist oder wurde, sowie die vollständige Zusammensetzung des Referenzarzneimittels und andere Unterlagen, sofern diese für die Zulassung des Generikums erforderlich sind. [3]Im Falle der Genehmigung des Referenzarzneimittels durch die Europäische Arzneimittel-Agentur ersucht die zuständige Bundesoberbehörde diese um die in Satz 2 genannten Angaben und Unterlagen.

(4) Sofern die zuständige Behörde eines anderen Mitgliedstaates, in dem ein Antrag eingereicht wird, die zuständige Bundesoberbehörde um Übermittlung der in Absatz 3 Satz 2 genannten Angaben oder Unterlagen ersucht, hat die zuständige Bundesoberbehörde diesem Ersuchen binnen eines Monats zu entsprechen, sofern mindestens acht Jahre nach Erteilung der ersten Genehmigung für das Referenzarzneimittel vergangen sind.

(5) [1]Erfüllt ein biologisches Arzneimittel, das einem biologischen Referenzarzneimittel ähnlich ist, die für Generika geltenden Anforderungen nach Absatz 2 nicht, weil insbesondere die Ausgangsstoffe oder der Herstellungsprozess des biologischen Arzneimittels sich von dem des biologischen Referenzarzneimittels unterscheiden, so sind die Ergebnisse geeigneter vorklinischer oder klinischer Versuche hinsichtlich dieser Abweichungen vorzulegen. [2]Die Art und Anzahl der vorzulegenden zusätzlichen Unterlagen müssen den nach dem Stand der Wissenschaft relevanten Kriterien entsprechen. [3]Die Ergebnisse anderer Versuche aus den Zulassungsunterlagen des Referenzarzneimittels sind nicht vorzulegen.

(6) Zusätzlich zu den Bestimmungen des Absatzes 1 wird, wenn es sich um einen Antrag für ein neues Anwendungsgebiet eines bekannten Wirkstoffes handelt, der seit mindestens zehn Jahren in der Europäischen Union allgemein medizinisch verwendet wird, eine nicht kumulierbare Ausschließlichkeitsfrist von einem Jahr für die Daten gewährt, die auf Grund bedeutender vorklinischer oder klinischer Studien im Zusammenhang mit dem neuen Anwendungsgebiet gewonnen wurden.

(7) (weggefallen)

(8) (weggefallen)

Fußnoten

§ 24b: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 24b Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 28 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 3 Nr. 24 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 24b Abs. 2: Früherer Satz 7 aufgeh. durch Art. 3 Nr. 24 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 24b Abs. 7 u. 8: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 24 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 24c Nachforderungen

[1]Müssen von mehreren Zulassungsinhabern inhaltlich gleiche Unterlagen nachgefordert werden, so teilt die zuständige Bundesoberbehörde jedem Inhaber der Zulassung mit, welche Unterlagen für die weitere Beurteilung erforderlich sind, sowie Namen und Anschrift der übrigen beteiligten Zulassungsinhaber. [2]Die zuständige Bundesoberbehörde gibt den beteiligten Inhabern der Zulassung Gelegenheit, sich innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist zu einigen, wer die Unterlagen vorlegt. [3]Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet die zuständige Bundesoberbehörde und unterrichtet hiervon unverzüglich alle Beteiligten. [4]Diese sind, sofern sie nicht auf die Zulassung ihres Arzneimittels verzichten, verpflichtet, sich jeweils mit einem der Zahl der beteiligten Inhaber der Zulassung entsprechenden Bruchteil an den Aufwendungen für die Erstellung der Unterlagen zu beteiligen; sie haften als Gesamtschuldner. [5]Die Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend für die Nutzer von Standardzulassungen sowie, wenn inhaltlich gleiche Unterlagen von mehreren Antragstellern in laufenden Zulassungsverfahren gefordert werden.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 24d Allgemeine Verwertungsbefugnis

Die zuständige Bundesoberbehörde kann bei Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz ihr vorliegende Unterlagen mit Ausnahme der Unterlagen nach § 22 Abs. 1 Nr. 11, 14 und 15 sowie Abs. 2 Nr. 1 und des Gutachtens nach § 24 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 verwerten, sofern die erstmalige Zulassung des Arzneimittels in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union länger als acht Jahre zurückliegt oder ein Verfahren nach § 24c noch nicht abgeschlossen ist oder soweit nicht die §§ 24a und 24b speziellere Vorschriften für die Bezugnahme auf Unterlagen eines Vorantragstellers enthalten.

Fußnoten

§ 24d: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394; idF d. Art. 1 Nr. 29 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 25 Entscheidung über die Zulassung

(1) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde erteilt die Zulassung schriftlich unter Zuteilung einer Zulassungsnummer. [2]Die Zulassung gilt nur für das im Zulassungsbescheid aufgeführte Arzneimittel und bei Arzneimitteln, die nach einer homöopathischen Verfahrenstechnik hergestellt sind, auch für die in einem nach § 25 Abs. 7 Satz 1 in der vor dem 17. August 1994 geltenden Fassung bekannt gemachten Ergebnis genannten und im Zulassungsbescheid aufgeführten Verdünnungsgrade.

(2) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde darf die Zulassung nur versagen, wenn

1. die vorgelegten Unterlagen, einschließlich solcher Unterlagen, die auf Grund einer Verordnung der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union vorzulegen sind, unvollständig sind,

2. das Arzneimittel nicht nach dem jeweils gesicherten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse ausreichend geprüft worden ist oder das andere wissenschaftliche Erkenntnismaterial nach § 22 Abs. 3 nicht dem jeweils gesicherten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse entspricht,

3. das Arzneimittel nicht nach den anerkannten pharmazeutischen Regeln hergestellt wird oder nicht die angemessene Qualität aufweist,

4. dem Arzneimittel die vom Antragsteller angegebene therapeutische Wirksamkeit fehlt oder diese nach dem jeweils gesicherten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse vom Antragsteller unzureichend begründet ist,

5. das Nutzen-Risiko-Verhältnis ungünstig ist,

5a. bei einem Arzneimittel, das mehr als einen Wirkstoff enthält, eine ausreichende Begründung fehlt, dass jeder Wirkstoff einen Beitrag zur positiven Beurteilung des Arzneimittels leistet, wobei die Besonderheiten der jeweiligen Arzneimittel in einer risikogestuften Bewertung zu berücksichtigen sind,

6. das Inverkehrbringen des Arzneimittels gegen gesetzliche Vorschriften oder gegen eine Verordnung oder eine Richtlinie oder eine Entscheidung oder einen Beschluss der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union verstoßen würde.

[2]Die Zulassung darf nach Satz 1 Nr. 4 nicht deshalb versagt werden, weil therapeutische Ergebnisse nur in einer beschränkten Zahl von Fällen erzielt worden sind. [3]Die therapeutische Wirksamkeit fehlt, wenn der Antragsteller nicht entsprechend dem jeweils gesicherten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse nachweist, dass sich mit dem Arzneimittel therapeutische Ergebnisse erzielen lassen. [4]Die medizinischen Erfahrungen der jeweiligen Therapierichtung sind zu berücksichtigen.

(3) [1]Die Zulassung ist für ein Arzneimittel zu versagen, das sich von einem zugelassenen oder bereits im Verkehr befindlichen Arzneimittel gleicher Bezeichnung in der Art oder der Menge der Wirkstoffe unterscheidet. [2]Abweichend von Satz 1 ist ein Unterschied in der Menge der Wirkstoffe unschädlich, wenn sich die Arzneimittel in der Darreichungsform unterscheiden.

(4) [1]Ist die zuständige Bundesoberbehörde der Auffassung, dass eine Zulassung auf Grund der vorgelegten Unterlagen nicht erteilt werden kann, teilt sie dies dem Antragsteller unter Angabe von Gründen mit. [2]Dem Antragsteller ist dabei Gelegenheit zu geben, Mängeln innerhalb einer angemessenen Frist, jedoch höchstens innerhalb von sechs Monaten abzuhelfen. [3]Wird den Mängeln nicht innerhalb dieser Frist abgeholfen, so ist die Zulassung zu versagen. [4]Nach einer Entscheidung über die Versagung der Zulassung ist das Einreichen von Unterlagen zur Mängelbeseitigung ausgeschlossen.

(5) [1]Die Zulassung ist auf Grund der Prüfung der eingereichten Unterlagen und auf der Grundlage der Sachverständigengutachten zu erteilen. [2]Zur Beurteilung der Unterlagen kann die zuständige Bundesoberbehörde eigene wissenschaftliche Ergebnisse verwerten, Sachverständige beiziehen oder Gutachten anfordern. [3]Die zuständige Bundesoberbehörde kann in Betrieben und Einrichtungen, die Arzneimittel entwickeln, herstellen, prüfen oder klinisch prüfen, zulassungsbezogene Angaben und Unterlagen, auch im Zusammenhang mit einer Genehmigung für das Inverkehrbringen gemäß Artikel 3 Abs. 1 oder 2 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 überprüfen. [4]Zu diesem Zweck können Beauftragte der zuständigen Bundesoberbehörde im Benehmen mit der zuständigen Behörde Betriebs- und Geschäftsräume zu den üblichen Geschäftszeiten betreten, Unterlagen einsehen sowie Auskünfte verlangen. [5]Die zuständige Bundesoberbehörde kann ferner die Beurteilung der Unterlagen durch unabhängige Gegensachverständige durchführen lassen und legt deren Beurteilung der Zulassungsentscheidung und, soweit es sich um Arzneimittel handelt, die der Verschreibungspflicht nach § 48 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 unterliegen, dem der Zulassungskommission nach Absatz 6 Satz 1 vorzulegenden Entwurf der Zulassungsentscheidung zugrunde. [6]Als Gegensachverständiger nach Satz 5 kann von der zuständigen Bundesoberbehörde beauftragt werden, wer die erforderliche Sachkenntnis und die zur Ausübung der Tätigkeit als Gegensachverständiger erforderliche Zuverlässigkeit besitzt. [7]Dem Antragsteller ist auf Antrag Einsicht in die Gutachten zu gewähren. [8]Verlangt der Antragsteller, von ihm gestellte Sachverständige beizuziehen, so sind auch diese zu hören. [9]Für die Berufung als Sachverständiger, Gegensachverständiger und Gutachter gilt Absatz 6 Satz 5 und 6 entsprechend.

(5a) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde erstellt ferner einen Beurteilungsbericht über die eingereichten Unterlagen zur Qualität, Unbedenklichkeit und Wirksamkeit und gibt darin eine Stellungnahme hinsichtlich der Ergebnisse von pharmazeutischen und vorklinischen Versuchen, von klinischen Prüfungen sowie zum Risikomanagement- und zum Pharmakovigilanz-System ab. [2]Der Beurteilungsbericht ist zu aktualisieren, wenn hierzu neue Informationen verfügbar werden.

(5b) Absatz 5a findet keine Anwendung auf Arzneimittel, die nach einer homöopathischen Verfahrenstechnik hergestellt werden, sofern diese Arzneimittel dem Artikel 16 Abs. 2 der Richtlinie 2001/83/EG unterliegen.

(6) [1]Vor der Entscheidung über die Zulassung eines Arzneimittels, das den Therapierichtungen Phytotherapie, Homöopathie oder Anthroposophie zuzurechnen ist und das der Verschreibungspflicht nach § 48 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 unterliegt, ist eine Zulassungskommission zu hören. [2]Die Anhörung erstreckt sich auf den Inhalt der eingereichten Unterlagen, der Sachverständigengutachten, der angeforderten Gutachten, die Stellungnahmen der beigezogenen Sachverständigen, das Prüfungsergebnis und die Gründe, die für die Entscheidung über die Zulassung wesentlich sind, oder die Beurteilung durch die Gegensachverständigen. [3]Weicht die Bundesoberbehörde bei der Entscheidung über den Antrag von dem Ergebnis der Anhörung ab, so hat sie die Gründe für die abweichende Entscheidung darzulegen. [4]Das Bundesministerium beruft die Mitglieder der Zulassungskommission unter Berücksichtigung von Vorschlägen der Kammern der Heilberufe, der Fachgesellschaften der Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Heilpraktiker sowie der für die Wahrnehmung ihrer Interessen gebildeten maßgeblichen Spitzenverbände der pharmazeutischen Unternehmer, Patienten und Verbraucher. [5]Bei der Berufung sind die jeweiligen Besonderheiten der Arzneimittel zu berücksichtigen. [6]In die Zulassungskommissionen werden Sachverständige berufen, die auf den jeweiligen Anwendungsgebieten und in der jeweiligen Therapierichtung (Phytotherapie, Homöopathie, Anthroposophie) über wissenschaftliche Kenntnisse verfügen und praktische Erfahrungen gesammelt haben.

(7) [1]Für Arzneimittel, die nicht der Verschreibungspflicht nach § 48 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 unterliegen, werden bei der zuständigen Bundesoberbehörde Kommissionen für bestimmte Anwendungsgebiete oder Therapierichtungen gebildet. [2]Absatz 6 Satz 4 bis 6 findet entsprechende Anwendung. [3]Die zuständige Bundesoberbehörde kann zur Vorbereitung der Entscheidung über die Verlängerung von Zulassungen nach § 105 Abs. 3 Satz 1 die zuständige Kommission beteiligen. [4]Betrifft die Entscheidung nach Satz 3 Arzneimittel einer bestimmten Therapierichtung (Phytotherapie, Homöopathie, Anthroposophie), ist die zuständige Kommission zu beteiligen, sofern eine vollständige Versagung der Verlängerung nach § 105 Abs. 3 Satz 1 beabsichtigt oder die Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung ist; sie hat innerhalb von zwei Monaten Gelegenheit zur Stellungnahme. [5]Soweit die Bundesoberbehörde bei der Entscheidung nach Satz 4 die Stellungnahme der Kommission nicht berücksichtigt, legt sie die Gründe dar.

(7a) [1]Zur Verbesserung der Arzneimittelsicherheit für Kinder und Jugendliche wird beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte eine Kommission für Arzneimittel für Kinder und Jugendliche gebildet. [2]Absatz 6 Satz 4 bis 6 findet entsprechende Anwendung. [3]Zur Vorbereitung der Entscheidung über den Antrag auf Zulassung eines Arzneimittels, das auch zur Anwendung bei Kindern oder Jugendlichen bestimmt ist, beteiligt die zuständige Bundesoberbehörde die Kommission. [4]Die zuständige Bundesoberbehörde kann ferner zur Vorbereitung der Entscheidung über den Antrag auf Zulassung eines anderen als in Satz 3 genannten Arzneimittels, bei dem eine Anwendung bei Kindern oder Jugendlichen in Betracht kommt, die Kommission beteiligen. [5]Die Kommission hat Gelegenheit zur Stellungnahme. [6]Soweit die Bundesoberbehörde bei der Entscheidung die Stellungnahme der Kommission nicht berücksichtigt, legt sie die Gründe dar. [7]Die Kommission kann ferner zu Arzneimitteln, die nicht für die Anwendung bei Kindern oder Jugendlichen zugelassen sind, den anerkannten Stand der Wissenschaft dafür feststellen, unter welchen Voraussetzungen diese Arzneimittel bei Kindern oder Jugendlichen angewendet werden können. [8]Für die Arzneimittel der Phytotherapie, Homöopathie und anthroposophischen Medizin werden die Aufgaben und Befugnisse nach den Sätzen 3 bis 7 von den Kommissionen nach Absatz 7 Satz 4 wahrgenommen.

(8) [1]Bei Sera, Impfstoffen, Blutzubereitungen, Gewebezubereitungen, Allergenen, xenogenen Arzneimitteln, die keine Arzneimittel nach § 4 Absatz 9 sind, erteilt die zuständige Bundesoberbehörde die Zu-

lassung entweder auf Grund der Prüfung der eingereichten Unterlagen oder auf Grund eigener Untersuchungen oder auf Grund der Beobachtung der Prüfungen des Herstellers. [2]Dabei können Beauftragte der zuständigen Bundesoberbehörde im Benehmen mit der zuständigen Behörde Betriebs- und Geschäftsräume zu den üblichen Geschäftszeiten betreten und in diesen sowie in den dem Betrieb dienenden Beförderungsmitteln Besichtigungen vornehmen. [3]Auf Verlangen der zuständigen Bundesoberbehörde hat der Antragsteller das Herstellungsverfahren mitzuteilen. [4]Bei diesen Arzneimitteln finden die Absätze 6, 7 und 7a keine Anwendung.

(8a) (weggefallen)

(9) [1]Werden verschiedene Stärken, Darreichungsformen, Verabreichungswege oder Ausbietungen eines Arzneimittels beantragt, so können diese auf Antrag des Antragstellers Gegenstand einer einheitlichen umfassenden Zulassung sein; dies gilt auch für nachträgliche Änderungen und Erweiterungen. [2]Dabei ist eine einheitliche Zulassungsnummer zu verwenden, der weitere Kennzeichen zur Unterscheidung der Darreichungsformen oder Konzentrationen hinzugefügt werden müssen. [3]Für Zulassungen nach § 24b Abs. 1 gelten Einzelzulassungen eines Referenzarzneimittels als einheitliche umfassende Zulassung.

(10) Die Zulassung lässt die zivil- und strafrechtliche Verantwortlichkeit des pharmazeutischen Unternehmers unberührt.

Fußnoten

(+++ § 25 Abs. 9: Zur Anwendung vgl. § 141 Abs. 9 +++)
§ 25: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 25 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 30 Buchst. a DBuchst. aa G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 1 Nr. 17 Buchst. a DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 25 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 17 Buchst. a DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 25 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6: Frühere Nr. 6 bis 6b aufgeh., frühere Nr. 7 jetzt Nr. 6 gem. u. idF d. Art. 3 Nr. 25 Buchst. a DBuchst. aa aaa u. bbb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 25 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7: IdF d. Art. 1 Nr. 30 Buchst. a DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 1 Nr. 17 Buchst. a DBuchst. cc G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 25 Abs. 2 Satz 1 Nr. 8: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 30 Buchst. a DBuchst. cc G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 25 Abs. 2: Früherer Satz 5 aufgeh. durch Art. 3 Nr. 25 Buchst. a DBuchst.bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 25 Abs. 5 Satz 5: IdF d. Art. 3 Nr. 25 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 25 Abs. 5a Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 25 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 25 Abs. 5b: IdF d. Art. 3 Nr. 25 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 25 Abs. 6 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 30 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 3 Nr. 25 Buchst. e DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 25 Abs. 6 Satz 4: IdF d. Art. 52 Nr. 4 V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015 u. d. Art. 3 Nr. 25 Buchst. e DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 25 Abs. 7 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 25 Buchst. f G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 25 Abs. 8 Satz 1: IdF d. Art. 2 Nr. 14 G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007 u. d. Art. 1 Nr. 30 Buchst. c G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 25 Abs. 8a: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 25 Buchst. g G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 25a Vorprüfung

(1) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde kann den Zulassungsantrag durch unabhängige Sachverständige auf Vollständigkeit und daraufhin prüfen lassen, ob das Arzneimittel nach dem jeweils gesicherten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse ausreichend geprüft worden ist. [2]§ 25 Abs. 6 Satz 5 findet entsprechende Anwendung.

(2) Bei Beanstandungen im Sinne des Absatzes 1 hat der Sachverständige dem Antragsteller Gelegenheit zu geben, Mängeln innerhalb von drei Monaten abzuhelfen.

(3) [1]Ist der Zulassungsantrag nach Ablauf der Frist unter Zugrundelegung der abschließenden Stellungnahme des Sachverständigen weiterhin unvollständig oder mangelhaft im Sinne des § 25 Absatz 2 Satz

1 Nummer 2, so ist die Zulassung zu versagen. [2]§ 25 Abs. 4 und 6 findet auf die Vorprüfung keine Anwendung.

(4) Stellt die zuständige Bundesoberbehörde fest, dass ein gleich lautender Zulassungsantrag in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union geprüft wird, lehnt sie den Antrag ab und setzt den Antragsteller in Kenntnis, dass ein Verfahren nach § 25b Anwendung findet.

(5) Wird die zuständige Bundesoberbehörde nach § 22 unterrichtet, dass sich ein Antrag auf ein in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union bereits zugelassenes Arzneimittel bezieht, lehnt sie den Antrag ab, es sei denn, er wurde nach § 25b eingereicht.

Fußnoten

§ 25a: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 25a Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 18 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 25a Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 26 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 25b Verfahren der gegenseitigen Anerkennung und dezentralisiertes Verfahren

(1) Für die Erteilung einer Zulassung oder Genehmigung in mehr als einem Mitgliedstaat der Europäischen Union hat der Antragsteller einen auf identischen Unterlagen beruhenden Antrag in diesen Mitgliedstaaten einzureichen; dies kann in englischer Sprache erfolgen.

(2) [1]Ist das Arzneimittel zum Zeitpunkt der Antragstellung bereits in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union genehmigt oder zugelassen worden, ist diese Zulassung auf der Grundlage des von diesem Staat übermittelten Beurteilungsberichtes anzuerkennen, es sei denn, dass Anlass zu der Annahme besteht, dass die Zulassung des Arzneimittels eine schwerwiegende Gefahr für die öffentliche Gesundheit darstellt. [2]In diesem Fall hat die zuständige Bundesoberbehörde nach Maßgabe des Artikels 29 der Richtlinie 2001/83/EG zu verfahren.

(3) [1]Ist das Arzneimittel zum Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht zugelassen, hat die zuständige Bundesoberbehörde, soweit sie Referenzmitgliedstaat im Sinne des Artikels 28 der Richtlinie 2001/83/EG ist, Entwürfe des Beurteilungsberichtes, der Zusammenfassung der Merkmale des Arzneimittels und der Kennzeichnung und der Packungsbeilage zu erstellen und den zuständigen Mitgliedstaaten und dem Antragsteller zu übermitteln. [2]§ 25 Absatz 5 Satz 5 gilt entsprechend.

(4) Für die Anerkennung der Zulassung eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union findet Kapitel 4 der Richtlinie 2001/83/EG Anwendung.

(5) [1]Bei einer abweichenden Entscheidung bezüglich der Zulassung, ihrer Aussetzung oder Rücknahme finden die Artikel 30, 32, 33 und 34 der Richtlinie 2001/83/EG Anwendung. [2]Im Falle einer Entscheidung nach Artikel 34 der Richtlinie 2001/83/EG ist über die Zulassung nach Maßgabe der nach diesem Artikel getroffenen Entscheidung oder des nach diesem Artikel getroffenen Beschlusses der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union zu entscheiden. [3]Ein Vorverfahren nach § 68 der Verwaltungsgerichtsordnung findet bei Rechtsmitteln gegen Entscheidungen der zuständigen Bundesoberbehörden nach Satz 2 nicht statt. [4]Ferner findet § 25 Abs. 6 keine Anwendung.

(6) Die Absätze 1 bis 5 finden keine Anwendung auf Arzneimittel, die nach einer homöopathischen Verfahrenstechnik hergestellt worden sind, sofern diese Arzneimittel dem Artikel 16 Abs. 2 der Richtlinie 2001/83/EG unterliegen.

Fußnoten

§ 25b: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 25b Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 27 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 25b Abs. 2 Satz 2: IdF d. Art. 3 Nr. 27 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 25b Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 27 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 25b Abs. 3 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 31 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 25b Abs. 4: IdF d. Art. 3 Nr. 27 Buchst. a DBuchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 25b Abs. 5 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 27 Buchst. d DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 25b Abs. 5 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 19 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 27 Buchst. d DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 25b Abs. 6: IdF d. Art. 3 Nr. 27 Buchst. e G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 25c Maßnahmen der zuständigen Bundesoberbehörde zu Entscheidungen oder Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union

Die zuständige Bundesoberbehörde trifft die zur Durchführung von Entscheidungen oder Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union nach Artikel 127a der Richtlinie 2001/83/EG erforderlichen Maßnahmen.

Fußnoten

§ 25c: Eingef. durch Art. 1 Nr. 32 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009; idF d. Art. 1 Nr. 20 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 28 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 25c Überschrift: IdF d. Art. 1 Nr. 20 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012

§ 26 Arzneimittelprüfrichtlinien

(1) [1]Das Bundesministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Anforderungen an die in den §§ 22 bis 24, auch in Verbindung mit § 38 Absatz 2 und § 39b Absatz 1 bezeichneten Angaben, Unterlagen und Gutachten sowie deren Prüfung durch die zuständige Bundesoberbehörde zu regeln. [2]Die Vorschriften müssen dem jeweils gesicherten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse entsprechen und sind laufend an diesen anzupassen, insbesondere sind Tierversuche durch andere Prüfverfahren zu ersetzen, wenn dies nach dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse im Hinblick auf den Prüfungszweck vertretbar ist. [3]Die Rechtsverordnung ergeht im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, soweit es sich um Arzneimittel handelt, die radioaktiv sind oder bei deren Herstellung ionisierende Strahlen verwendet werden, oder soweit es sich um Prüfungen zur Ökotoxizität handelt.

(2) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde und die Kommissionen nach § 25 Abs. 7 haben die Arzneimittelprüfrichtlinien sinngemäß auf das wissenschaftliche Erkenntnismaterial nach § 22 Absatz 3 anzuwenden, wobei die Besonderheiten der jeweiligen Arzneimittel zu berücksichtigen sind. [2]Als wissenschaftliches Erkenntnismaterial gilt auch das nach wissenschaftlichen Methoden aufbereitete medizinische Erfahrungsmaterial.

Fußnoten

§ 26: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 26 Abs. 1: Früherer Satz 4 aufgeh. gem. Art. 1 Nr. 5 G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 26 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 21 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 26 Abs. 1 Satz 3: IdF d. Art. 3 Nr. 29 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 26 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 29 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 27 Fristen für die Erteilung

(1) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde hat eine Entscheidung über den Antrag auf Zulassung innerhalb einer Frist von sieben Monaten zu treffen. [2]Die Entscheidung über die Anerkennung einer Zulassung ist innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erhalt des Beurteilungsberichtes zu treffen. [3]Ein Beurteilungsbericht ist innerhalb einer Frist von drei Monaten zu erstellen.

(2) [1]Gibt die zuständige Bundesoberbehörde dem Antragsteller nach § 25 Abs. 4 Gelegenheit, Mängeln abzuhelfen, so werden die Fristen bis zur Behebung der Mängel oder bis zum Ablauf der nach § 25 Abs. 4 gesetzten Frist gehemmt. [2]Die Hemmung beginnt mit dem Tage, an dem dem Antragsteller die Aufforderung zur Behebung der Mängel zugestellt wird. [3]Das Gleiche gilt für die Frist, die dem Antragsteller auf sein Verlangen hin eingeräumt wird, auch unter Beiziehung von Sachverständigen, Stellung zu nehmen.

(3) Bei Verfahren nach § 25b Abs. 3 verlängert sich die Frist zum Abschluss des Verfahrens entsprechend den Vorschriften in Artikel 28 der Richtlinie 2001/83/EG um drei Monate.

Fußnoten

§ 27: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 27 Abs. 3: IdF d. Art. 3 Nr. 30 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 28 Auflagenbefugnis

(1) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde kann die Zulassung mit Auflagen verbinden. [2]Bei Auflagen nach den Absätzen 2 bis 3d zum Schutz der Umwelt, entscheidet die zuständige Bundesoberbehörde im Einvernehmen mit dem Umweltbundesamt, soweit Auswirkungen auf die Umwelt zu bewerten sind. [3]Hierzu übermittelt die zuständige Bundesoberbehörde dem Umweltbundesamt die zur Beurteilung der Auswirkungen auf die Umwelt erforderlichen Angaben und Unterlagen. [4]Auflagen können auch nachträglich angeordnet werden.

(2) Auflagen nach Absatz 1 können angeordnet werden, um sicherzustellen, dass

1. die Kennzeichnung der Behältnisse und äußeren Umhüllungen den Vorschriften des § 10 entspricht; dabei kann angeordnet werden, dass angegeben werden müssen

   a) Hinweise oder Warnhinweise, soweit sie erforderlich sind, um bei der Anwendung des Arzneimittels eine unmittelbare oder mittelbare Gefährdung der menschlichen Gesundheit zu verhüten,

   b) Aufbewahrungshinweise für den Verbraucher und Lagerhinweise für die Fachkreise, soweit sie geboten sind, um die erforderliche Qualität des Arzneimittels zu erhalten,

2. die Packungsbeilage den Vorschriften des § 11 entspricht; dabei kann angeordnet werden, dass angegeben werden müssen

   a) die in der Nummer 1 Buchstabe a genannten Hinweise oder Warnhinweise,

   b) die Aufbewahrungshinweise für den Verbraucher, soweit sie geboten sind, um die erforderliche Qualität des Arzneimittels zu erhalten,

2a. die Fachinformation den Vorschriften des § 11a entspricht; dabei kann angeordnet werden, dass angegeben werden müssen

   a) die in Nummer 1 Buchstabe a genannten Hinweise oder Warnhinweise,

   b) besondere Lager- und Aufbewahrungshinweise, soweit sie geboten sind, um die erforderliche Qualität des Arzneimittels zu erhalten,

   c) Hinweise auf Auflagen nach Absatz 3,

3. die Angaben nach den §§ 10, 11 und 11a den für die Zulassung eingereichten Unterlagen entsprechen und dabei einheitliche und allgemein verständliche Begriffe und ein einheitlicher Wortlaut, auch entsprechend den Empfehlungen und Stellungnahmen der Ausschüsse der Europäischen Arzneimittel-Agentur, verwendet werden, wobei die Angabe weiterer Gegenanzeigen, Nebenwirkungen und Wechselwirkungen zulässig bleibt; von dieser Befugnis kann die zuständige Bundesoberbehörde allgemein aus Gründen der Arzneimittelsicherheit, der Transparenz oder der rationellen Arbeitsweise Gebrauch machen; dabei kann angeordnet werden, dass bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln bestimmte Anwendungsgebiete entfallen, wenn zu befürchten ist, dass durch deren Angabe der therapeutische Zweck gefährdet wird,

4. das Arzneimittel in Packungsgrößen in den Verkehr gebracht wird, die den Anwendungsgebieten und der vorgesehenen Dauer der Anwendung angemessen sind,

5. das Arzneimittel in einem Behältnis mit bestimmter Form, bestimmtem Verschluss oder sonstiger Sicherheitsvorkehrung in den Verkehr gebracht wird, soweit es geboten ist, um die Einhal-

tung der Dosierungsanleitung zu gewährleisten oder um die Gefahr des Missbrauchs durch Kinder zu verhüten.

(2a) Warnhinweise nach Absatz 2 können auch angeordnet werden, um sicherzustellen, dass das Arzneimittel nur von Ärzten bestimmter Fachgebiete verschrieben und unter deren Kontrolle oder nur in Kliniken oder Spezialkliniken oder in Zusammenarbeit mit solchen Einrichtungen angewendet werden darf, wenn dies erforderlich ist, um bei der Anwendung eine unmittelbare oder mittelbare Gefährdung der Gesundheit von Menschen zu verhüten, insbesondere, wenn die Anwendung des Arzneimittels nur bei Vorhandensein besonderer Fachkunde oder besonderer therapeutischer Einrichtungen unbedenklich erscheint.

(3) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde kann durch Auflagen ferner anordnen, dass weitere analytische, pharmakologisch-toxikologische oder klinische Prüfungen durchgeführt werden und über die Ergebnisse berichtet wird, wenn hinreichende Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass das Arzneimittel einen großen therapeutischen Wert haben kann und deshalb ein öffentliches Interesse an seinem unverzüglichen Inverkehrbringen besteht, jedoch für die umfassende Beurteilung des Arzneimittels weitere wichtige Angaben erforderlich sind. [2]Die zuständige Bundesoberbehörde überprüft jährlich die Ergebnisse dieser Prüfungen.

(3a) Die zuständige Bundesoberbehörde kann bei Erteilung der Zulassung durch Auflagen ferner anordnen,

1. bestimmte im Risikomanagement-System enthaltene Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Anwendung des Arzneimittels zu ergreifen, wenn dies im Interesse der Arzneimittelsicherheit erforderlich ist,
2. Unbedenklichkeitsstudien durchzuführen, wenn dies im Interesse der Arzneimittelsicherheit erforderlich ist,
3. Verpflichtungen im Hinblick auf die Erfassung oder Meldung von Verdachtsfällen von Nebenwirkungen, die über jene des Zehnten Abschnitts hinausgehen, einzuhalten, wenn dies im Interesse der Arzneimittelsicherheit erforderlich ist,
4. sonstige erforderliche Maßnahmen hinsichtlich der sicheren und wirksamen Anwendung des Arzneimittels zu ergreifen, wenn dies im Interesse der Arzneimittelsicherheit erforderlich ist,
5. ein angemessenes Pharmakovigilanz-System einzuführen, wenn dies im Interesse der Arzneimittelsicherheit erforderlich ist,
6. soweit Bedenken bezüglich einzelner Aspekte der Wirksamkeit des Arzneimittels bestehen, die erst nach seinem Inverkehrbringen beseitigt werden können, Wirksamkeitsstudien nach der Zulassung durchzuführen, die den Vorgaben in Artikel 21a Satz 1 Buchstabe f der Richtlinie 2001/83/EG entsprechen.

(3b) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde kann nach Erteilung der Zulassung ferner durch Auflagen anordnen,

1. ein Risikomanagement-System und einen Risikomanagement-Plan einzuführen, wenn dies im Interesse der Arzneimittelsicherheit erforderlich ist,
2. Unbedenklichkeitsstudien durchzuführen, wenn dies im Interesse der Arzneimittelsicherheit erforderlich ist,
3. eine Wirksamkeitsstudie durchzuführen, wenn Erkenntnisse über die Krankheit oder die klinische Methodik darauf hindeuten, dass frühere Bewertungen der Wirksamkeit erheblich korrigiert werden müssen; die Verpflichtung, diese Wirksamkeitsstudie nach der Zulassung durchzuführen, muss den Vorgaben nach Artikel 22a Absatz 1 Buchstabe b Satz 2 der Richtlinie 2001/83/EG entsprechen.

[2]Liegen die Voraussetzungen für eine Auflage nach Satz 1 Nummer 2 für mehr als ein Arzneimittel vor und sind dies Arzneimittel, die in mehreren Mitgliedstaaten zugelassen sind, empfiehlt die zuständige Bundesoberbehörde nach Befassung des Ausschusses für Risikobewertung im Bereich der Pharmakovi-

gilanz nach Artikel 56 Absatz 1 Doppelbuchstabe aa der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 den betroffenen Inhabern der Zulassung, eine gemeinsame Unbedenklichkeitsstudie nach der Zulassung durchzuführen.

(3c) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde kann durch Auflage ferner anordnen, dass bei der Herstellung und Kontrolle solcher Arzneimittel und ihrer Ausgangsstoffe, die biologischer Herkunft sind oder auf biotechnischem Wege hergestellt werden,

1. bestimmte Anforderungen eingehalten und bestimmte Maßnahmen und Verfahren angewendet werden,
2. Unterlagen vorgelegt werden, die die Eignung bestimmter Maßnahmen und Verfahren begründen, einschließlich von Unterlagen über die Validierung,
3. die Einführung oder Änderung bestimmter Anforderungen, Maßnahmen und Verfahren der vorherigen Zustimmung der zuständigen Bundesoberbehörde bedarf,

soweit es zur Gewährleistung angemessener Qualität oder zur Risikovorsorge geboten ist. [2]Die angeordneten Auflagen sind sofort vollziehbar. [3]Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung.

(3d) (weggefallen)

(3e) (weggefallen)

(3f) [1]Bei Auflagen nach den Absätzen 3, 3a und 3b kann die zuständige Bundesoberbehörde Art, Umfang und Zeitrahmen der Studien oder Prüfungen sowie Tätigkeiten, Maßnahmen und Bewertungen im Rahmen des Risikomanagement-Systems bestimmen. [2]Die Ergebnisse sind durch Unterlagen so zu belegen, dass aus diesen Art, Umfang und Zeitpunkt der Studien oder Prüfungen hervorgehen.

(3g) [1]Der Inhaber der Zulassung eines Arzneimittels hat alle Auflagen nach den Absätzen 3, 3a und 3b in sein Risikomanagement-System aufzunehmen. [2]Die zuständige Bundesoberbehörde unterrichtet die Europäische Arzneimittel-Agentur über die Zulassungen, die unter den Auflagen nach den Absätzen 3, 3a und 3b erteilt wurden.

(3h) Die zuständige Bundesoberbehörde kann bei biologischen Arzneimitteln geeignete Maßnahmen zur besseren Identifizierbarkeit von Nebenwirkungsmeldungen anordnen.

(4) [1]Soll die Zulassung mit einer Auflage verbunden werden, so wird die in § 27 Abs. 1 vorgesehene Frist bis zum Ablauf einer dem Antragsteller gewährten Frist zur Stellungnahme gehemmt. [2]§ 27 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

Fußnoten

§ 28: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 28 Abs. 1 Satz 2 (bezeichnet als Abs. 1 Satz 1): IdF d. Art. 1 Nr. 33 Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 28 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. a: IdF d. Art. 3 Nr. 31 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 28 Abs. 2 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 22 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 28 Abs. 3 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 22 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 28 Abs. 3: Früherer Satz 3 aufgeh. durch Art. 3 Nr. 31 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 28 Abs. 3a: IdF d. Art. 1 Nr. 22 Buchst. c G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 28 Abs. 3a Eingangssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 31 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 28 Abs. 3a Nr. 2: IdF d. Art. 2 Nr. 8 Buchst. a DBuchst. aa iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 28 Abs. 3a Nr. 6: IdF d. Art. 2 Nr. 8 Buchst. a DBuchst. bb iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 28 Abs. 3b: IdF d. Art. 1 Nr. 22 Buchst. c G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 28 Abs. 3b Satz 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 31 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 28 Abs. 3b Satz 1 Nr. 2: IdF d. Art. 2 Nr. 8 Buchst. b DBuchst. aa aaa iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 28 Abs. 3b Satz 1 Nr. 3: IdF d. Art. 2 Nr. 8 Buchst. b DBuchst. aa bbb iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022

§ 28 Abs. 3b Satz 2: IdF d. Art. 2 Nr. 8 Buchst. b DBuchst. bb iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 28 Abs. 3d u. 3e: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 31 Buchst. e G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 28 Abs. 3f bis 3h: Eingef. durch Art. 1 Nr. 22 Buchst. d G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 28 Abs. 3f Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 31 Buchst. f G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 28 Abs. 3g Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 31 Buchst. g G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 28 Abs. 3h: IdF d. Art. 3 Nr. 31 Buchst. h G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 29 Anzeigepflicht, Neuzulassung

(1) [1]Der Antragsteller hat der zuständigen Bundesoberbehörde unter Beifügung entsprechender Unterlagen unverzüglich Anzeige zu erstatten, wenn sich Änderungen in den Angaben und Unterlagen nach den §§ 22 bis 24a und 25b ergeben. [2]Die Verpflichtung nach Satz 1 hat nach Erteilung der Zulassung der Inhaber der Zulassung zu erfüllen.

(1a) [1]Der Inhaber der Zulassung hat der zuständigen Bundesoberbehörde unverzüglich alle Verbote oder Beschränkungen durch die zuständigen Behörden jedes Landes, in dem das betreffende Arzneimittel in Verkehr gebracht wird, sowie alle anderen neuen Informationen mitzuteilen, die die Beurteilung des Nutzens und der Risiken des betreffenden Arzneimittels beeinflussen könnten. [2]Zu diesen Informationen gehören sowohl positive als auch negative Ergebnisse von klinischen Prüfungen oder anderen Studien, die sich nicht nur auf die in der Zulassung genannten, sondern auf alle Indikationen und Bevölkerungsgruppen beziehen können, sowie Angaben über eine Anwendung des Arzneimittels, die über die Bestimmungen der Zulassung hinausgeht. [3]Er hat auf Verlangen der zuständigen Bundesoberbehörde auch alle Angaben und Unterlagen vorzulegen, die belegen, dass das Nutzen-Risiko-Verhältnis weiterhin günstig zu bewerten ist. [4]Die zuständige Bundesoberbehörde kann jederzeit die Vorlage einer Kopie der Pharmakovigilanz-Stammdokumentation verlangen. [5]Diese hat der Inhaber der Zulassung spätestens sieben Tage nach Zugang der Aufforderung vorzulegen. [6]Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht für den Parallelimporteur.

(1b) Der Inhaber der Zulassung hat der zuständigen Bundesoberbehörde den Zeitpunkt für das Inverkehrbringen des Arzneimittels unter Berücksichtigung der unterschiedlichen zugelassenen Darreichungsformen und Stärken unverzüglich mitzuteilen.

(1c) [1]Der Inhaber der Zulassung hat der zuständigen Bundesoberbehörde nach Maßgabe des Satzes 2 anzuzeigen, wenn das Inverkehrbringen des Arzneimittels vorübergehend oder endgültig eingestellt wird. [2]Die Anzeige hat spätestens zwei Monate vor der Einstellung des Inverkehrbringens zu erfolgen. [3]Dies gilt nicht, wenn Umstände vorliegen, die der Inhaber der Zulassung nicht zu vertreten hat.

(1d) Der Inhaber der Zulassung hat alle Daten im Zusammenhang mit der Absatzmenge des Arzneimittels sowie alle ihm vorliegenden Daten im Zusammenhang mit dem Verschreibungsvolumen mitzuteilen, sofern die zuständige Bundesoberbehörde dies insbesondere aus Gründen der Arzneimittelsicherheit fordert.

(1e) [1]Der Inhaber der Zulassung hat der zuständigen Bundesoberbehörde die in dem Verfahren nach Artikel 107c Absatz 4, 5 oder 6 der Richtlinie 2001/83/EG geänderten Stichtage oder Intervalle für die Vorlage von regelmäßigen aktualisierten Unbedenklichkeitsberichten anzuzeigen. [2]Etwaige Änderungen des in der Zulassung angegebenen Stichtags oder des Intervalls auf Grund von Satz 1 werden sechs Monate nach ihrer Veröffentlichung über das europäische Internetportal wirksam.

(1f) Der Inhaber der Zulassung ist verpflichtet, die zuständige Bundesoberbehörde und die Europäische Arzneimittel-Agentur zu informieren, falls neue oder veränderte Risiken bestehen oder sich das Nutzen-Risiko-Verhältnis von Arzneimitteln geändert hat.

(1g) [1]Der Inhaber der Zulassung hat der zuständigen Bundesoberbehörde unverzüglich die Gründe für das vorübergehende oder endgültige Einstellen des Inverkehrbringens, den Rückruf, den Verzicht auf die Zulassung oder die Nichtbeantragung der Verlängerung der Zulassung mitzuteilen. [2]Er hat insbesondere zu erklären, ob die Maßnahme nach Satz 1 auf einem der Gründe des § 25 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3, 4 oder Nummer 5, § 30 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 oder § 69 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 oder Nummer 5 beruht. [3]Die Mitteilung nach Satz 1 hat auch dann zu erfolgen, wenn die Maßnahme in einem

Drittland getroffen wird und auf einem der in Satz 2 genannten Gründe beruht. [4]Beruht eine Maßnahme nach Satz 1 oder Satz 3 auf einem der in Satz 2 genannten Gründe, hat der Inhaber der Zulassung dies darüber hinaus der Europäischen Arzneimittel-Agentur mitzuteilen.

(2) [1]Bei einer Änderung der Bezeichnung des Arzneimittels ist der Zulassungsbescheid entsprechend zu ändern. [2]Das Arzneimittel darf unter der alten Bezeichnung vom pharmazeutischen Unternehmer noch ein Jahr, von den Groß- und Einzelhändlern noch zwei Jahre, beginnend mit dem auf die Bekanntmachung der Änderung im Bundesanzeiger folgenden 1. Januar oder 1. Juli, in den Verkehr gebracht werden.

(2a) [1]Eine Änderung

1. der Angaben nach den §§ 10, 11 und 11a über die Dosierung, die Art oder die Dauer der Anwendung, die Anwendungsgebiete, soweit es sich nicht um die Zufügung einer oder Veränderung in eine Indikation handelt, die einem anderen Therapiegebiet zuzuordnen ist, eine Einschränkung der Gegenanzeigen, Nebenwirkungen oder Wechselwirkungen mit anderen Mitteln,
2. der wirksamen Bestandteile, ausgenommen der arzneilich wirksamen Bestandteile,
3. in eine mit der zugelassenen vergleichbaren Darreichungsform,

3a. in der Behandlung mit ionisierenden Strahlen,

4. im Zusammenhang mit erheblichen Änderungen des Herstellungsverfahrens, der Darreichungsform, der Spezifikation oder des Verunreinigungsprofils des Wirkstoffs oder des Arzneimittels, die sich deutlich auf die Qualität, Unbedenklichkeit oder Wirksamkeit des Arzneimittels auswirken können, sowie jede Änderung gentechnologischer Herstellungsverfahren; bei Sera, Impfstoffen, Blutzubereitungen und Allergenen jede Änderung des Herstellungs- oder Prüfverfahrens oder die Angabe einer längeren Haltbarkeitsdauer sowie
5. der Packungsgröße
6. (weggefallen)

darf erst vollzogen werden, wenn die zuständige Bundesoberbehörde zugestimmt hat. [2]Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn der Änderung nicht innerhalb einer Frist von 3 Monaten widersprochen worden ist.

(2b) Abweichend von Absatz 1 kann

1. der Wegfall eines Standortes für die Herstellung des Arzneimittels oder seines Wirkstoffs oder für die Verpackung oder die Chargenfreigabe,
2. eine geringfügige Änderung eines genehmigten physikalisch-chemischen Prüfverfahrens, wenn durch entsprechende Validierungsstudien nachgewiesen werden kann, dass das aktualisierte Prüfverfahren mindestens gleichwertig ist,
3. eine Änderung der Spezifikation eines Wirkstoffs oder anderen Stoffs zur Arzneimittelherstellung zwecks Anpassung an eine Monografie des Arzneibuchs, wenn die Änderung ausschließlich zur Übereinstimmung mit dem Arzneibuch vorgenommen wird und die Spezifikationen in Bezug auf produktspezifische Eigenschaften unverändert bleiben,
4. eine Änderung des Verpackungsmaterials, wenn dieses mit dem Arzneimittel nicht in Berührung kommt und die Abgabe, Verabreichung, Unbedenklichkeit oder Haltbarkeit des Arzneimittels nachweislich nicht beeinträchtigt wird, oder
5. eine Änderung im Zusammenhang mit der Verschärfung der Spezifikationsgrenzwerte, wenn die Änderung nicht Folge einer Verpflichtung auf Grund früherer Beurteilungen zur Überprüfung der Spezifikationsgrenzwerte ist und nicht auf unerwartete Ereignisse im Verlauf der Herstellung zurückgeht,

innerhalb von zwölf Monaten nach ihrer Einführung der zuständigen Bundesoberbehörde angezeigt werden.

(3) [1]Eine neue Zulassung ist in folgenden Fällen zu beantragen:

1. bei einer Änderung der Zusammensetzung der Wirkstoffe nach Art oder Menge,
2. bei einer Änderung der Darreichungsform, soweit es sich nicht um eine Änderung nach Absatz 2a Satz 1 Nummer 3 handelt,
3. bei einer Erweiterung der Anwendungsgebiete, soweit es sich nicht um eine Änderung nach Absatz 2a Satz 1 Nummer 1 handelt, und

3a. bei der Einführung gentechnologischer Herstellungsverfahren.

[2]Über die Zulassungspflicht nach Satz 1 entscheidet die zuständige Bundesoberbehörde.

(4) [1]Die Absätze 1, 1a Satz 4 und 5, die Absätze 1e bis 1g, 2, 2a bis 3 finden keine Anwendung auf Arzneimittel, für die von der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union eine Genehmigung für das Inverkehrbringen erteilt worden ist. [2]Für diese Arzneimittel gelten die Verpflichtungen des pharmazeutischen Unternehmers nach der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 mit der Maßgabe, dass im Geltungsbereich des Gesetzes die Verpflichtung zur Mitteilung an die Mitgliedstaaten oder zur Unterrichtung der Mitgliedstaaten gegenüber der jeweils zuständigen Bundesoberbehörde besteht.

(5) [1]Die Absätze 2a bis 3 finden keine Anwendung für Arzneimittel, die der Verordnung (EG) Nr. 1234/2008 der Kommission vom 24. November 2008 über die Prüfung von Änderungen der Zulassungen von Human- und Tierarzneimitteln (ABl. L 334 vom 12.12.2008, S. 7) in der jeweils geltenden Fassung unterliegen. [2]Die Absätze 2a bis 3 gelten

1. für zulassungspflichtige homöopathische Arzneimittel, die vor dem 1. Januar 1998 zugelassen worden sind oder als zugelassen galten,
2. für die in Artikel 3 Nummer 6 der Richtlinie 2001/83/EG genannten Blutzubereitungen und
3. für nach § 21 zugelassene Gewebezubereitungen, es sei denn, es kommt bei ihrer Herstellung ein industrielles Verfahren zur Anwendung.

Fußnoten

§ 29: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 29 Abs. 1a: IdF d. Art. 1 Nr. 23 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 29 Abs. 1a Satz 2 u. 4: IdF d. Art. 3 Nr. 32 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 29 Abs. 1d: IdF d. Art. 5 Nr. 2 G v. 4.5.2017 I 1050 mWv 13.5.2017
§ 29 Abs. 1e: Eingef. durch Art. 1 Nr. 23 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 29 Abs. 1f: Eingef. durch Art. 1 Nr. 23 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012; idF d. Art. 3 Nr. 32 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 29 Abs. 1g: Eingef. durch Art. 1 Nr. 6 Buchst. a G v. 7.8.2013 I 3108 mWv 28.10.2013 % § 29 Abs. 1g Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 32 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 29 Abs. 2a Satz 1 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 34 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 29 Abs. 2a Satz 1 Nr. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 23 Buchst. c DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 32 Buchst. d DBuchst. aa aaa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 29 Abs. 2a Satz 1 Nr. 5: IdF d. Art. 3 Nr. 32 Buchst. d DBuchst. aa bbb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 29 Abs. 2a Satz 1 Nr. 6: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 32 Buchst. d DBuchst. aa ccc G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 29 Abs. 2a Satz 2: Früherer Satz 2 aufgeh., früherer Satz 3 jetzt Satz 2 gem. Art. 3 Nr. 32 Buchst. d DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 29 Abs. 2b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 23 Buchst. d G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 29 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2: IdF d. Art. 3 Nr. 32 Buchst. e DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 29 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3: IdF d. Art. 3 Nr. 32 Buchst. e DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 29 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 23 Buchst. e DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 29 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3a: IdF d. Art. 1 Nr. 23 Buchst. e DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012

§ 29 Abs. 3 Satz 1: Frühere Nr. 5 aufgeh. durch Art. 1 Nr. 23 Buchst. e DBuchst. cc G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 29 Abs. 4 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 23 Buchst. f G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. b G v. 7.8.2013 I 3108 mWv 28.10.2013
§ 29 Abs. 5: IdF d. Art. 1 Nr. 23 Buchst. g G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 29 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1: IdF d. Art. 3 Nr. 32 Buchst. f G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 30 Rücknahme, Widerruf, Ruhen

(1) [1]Die Zulassung ist zurückzunehmen, wenn nachträglich bekannt wird, dass einer der Versagungsgründe des § 25 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2, 3, 5, 5a oder 7 bei der Erteilung vorgelegen hat; sie ist zu widerrufen, wenn einer der Versagungsgründe des § 25 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3, 5, 5a oder 7 nachträglich eingetreten ist. [2]Die Zulassung ist ferner zurückzunehmen oder zu widerrufen, wenn

1. sich herausstellt, dass dem Arzneimittel die therapeutische Wirksamkeit fehlt,
2. in den Fällen des § 28 Abs. 3 die therapeutische Wirksamkeit nach dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse unzureichend begründet ist.

[3]Die therapeutische Wirksamkeit fehlt, wenn feststeht, dass sich mit dem Arzneimittel keine therapeutischen Ergebnisse erzielen lassen. [4]In den Fällen des Satzes 1 kann auch das Ruhen der Zulassung befristet angeordnet werden.

(1a) [1]Die Zulassung ist ferner ganz oder teilweise zurückzunehmen oder zu widerrufen, soweit dies erforderlich ist, um einer Entscheidung oder einem Beschluss der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union nach Artikel 34 der Richtlinie 2001/83/EG zu entsprechen. [2]Ein Vorverfahren nach § 68 der Verwaltungsgerichtsordnung findet bei Rechtsmitteln gegen Entscheidungen der zuständigen Bundesoberbehörde nach Satz 1 nicht statt. [3]In den Fällen des Satzes 1 kann auch das Ruhen der Zulassung befristet angeordnet werden.

(2) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde kann die Zulassung

1. zurücknehmen, wenn in den Unterlagen nach § 22 oder § 24 unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht worden sind,
2. widerrufen, wenn der Versagungsgrund des § 25 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 nachträglich eingetreten ist oder wenn eine der nach § 28 angeordneten Auflagen nicht eingehalten und diesem Mangel nicht innerhalb einer von der zuständigen Bundesoberbehörde zu setzenden angemessenen Frist abgeholfen worden ist; dabei sind Auflagen nach § 28 Abs. 3 und 3a jährlich zu überprüfen,
3. im Benehmen mit der zuständigen Behörde widerrufen, wenn die für das Arzneimittel vorgeschriebenen Prüfungen der Qualität nicht oder nicht ausreichend durchgeführt worden sind,
4. im Benehmen mit der zuständigen Behörde widerrufen, wenn sich herausstellt, dass das Arzneimittel nicht nach den anerkannten pharmazeutischen Regeln hergestellt worden ist.

[2]In diesen Fällen kann auch das Ruhen der Zulassung befristet angeordnet werden.

(2a) [1]In den Fällen der Absätze 1 und 1a ist die Zulassung zu ändern, wenn dadurch der in Absatz 1 genannte betreffende Versagungsgrund entfällt oder der in Absatz 1a genannten Entscheidung entsprochen wird. [2]In den Fällen des Absatzes 2 kann die Zulassung durch Auflage geändert werden, wenn dies ausreichend ist, um den Belangen der Arzneimittelsicherheit zu entsprechen.

(3) [1]Vor einer Entscheidung nach den Absätzen 1 bis 2a muss der Inhaber der Zulassung gehört werden, es sei denn, dass Gefahr im Verzuge ist. [2]Das gilt auch, wenn eine Entscheidung der zuständigen Bundesoberbehörde über die Änderung der Zulassung, Auflagen zur Zulassung, den Widerruf, die Rücknahme oder das Ruhen der Zulassung auf einer Einigung der Koordinierungsgruppe nach Artikel 107g, 107k oder Artikel 107q der Richtlinie 2001/83/EG beruht. [3]Ein Vorverfahren nach § 68 der Verwaltungsgerichtsordnung findet in den Fällen des Satzes 2 nicht statt. [4]In den Fällen des § 25 Absatz 2 Satz 1

Nummer 5 ist die Entscheidung sofort vollziehbar. [5]Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung.

(4) [1]Ist die Zulassung für ein Arzneimittel zurückgenommen oder widerrufen oder ruht die Zulassung, so darf es

1. nicht in den Verkehr gebracht und
2. nicht in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht werden.

[2]Die Rückgabe des Arzneimittels an den pharmazeutischen Unternehmer ist unter entsprechender Kenntlichmachung zulässig. [3]Die Rückgabe kann von der zuständigen Behörde angeordnet werden.

Fußnoten

§ 30: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 30 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 33 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 30 Abs. 1a Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 24 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 33 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 30 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1: IdF d. Art. 3 Nr. 33 Buchst. c DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 30 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2: IdF d. Art. 3 Nr. 33 Buchst. c DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 30 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 24 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 30 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 24 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 30 Abs. 2a Satz 1 : IdF d. Art. 1 Nr. 24 Buchst. c G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 30 Abs. 3 Satz 2 und 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 24 Buchst. d G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 30 Abs. 3 Satz 4: Früher Satz 2 gem. Art. 1 Nr. 24 Buchst. d G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012; idF d. Art. 3 Nr. 33 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 30 Abs. 3 Satz 5: Früher Satz 3 gem. Art. 1 Nr. 24 Buchst. d G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012

§ 31 Erlöschen, Verlängerung

(1) [1]Die Zulassung erlischt

1. wenn das zugelassene Arzneimittel innerhalb von drei Jahren nach Erteilung der Zulassung nicht in den Verkehr gebracht wird oder wenn sich das zugelassene Arzneimittel, das nach der Zulassung in den Verkehr gebracht wurde, in drei aufeinander folgenden Jahren nicht mehr im Verkehr befindet,
2. durch schriftlichen Verzicht,
3. nach Ablauf von fünf Jahren seit ihrer Erteilung, es sei denn, dass spätestens neun Monate vor Ablauf der Frist bei der zuständigen Bundesoberbehörde ein Antrag auf Verlängerung der Zulassung gestellt wird,

3a. (weggefallen)

4. wenn die Verlängerung der Zulassung versagt wird.

[2]In den Fällen des Satzes 1 Nr. 1 kann die zuständige Bundesoberbehörde Ausnahmen gestatten, sofern dies aus Gründen des Gesundheitsschutzes erforderlich ist.

(1a) Eine Zulassung, die verlängert wird, gilt ohne zeitliche Begrenzung, es sei denn, dass die zuständige Bundesoberbehörde bei der Verlängerung nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 eine weitere Verlängerung um fünf Jahre nach Maßgabe der Vorschriften in Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 in Verbindung mit Absatz 2 auch unter Berücksichtigung einer zu geringen Anzahl von Patienten, bei denen das betreffende Arzneimittel angewendet wurde, als erforderlich beurteilt und angeordnet hat, um das sichere Inverkehrbringen des Arzneimittels weiterhin zu gewährleisten.

(2) [1]Der Antrag auf Verlängerung ist durch einen Bericht zu ergänzen, der Angaben darüber enthält, ob und in welchem Umfang sich die Beurteilungsmerkmale für das Arzneimittel innerhalb der letzten fünf Jahre geändert haben. [2]Der Inhaber der Zulassung hat der zuständigen Bundesoberbehörde dazu eine

überarbeitete Fassung der Unterlagen in Bezug auf die Qualität, Unbedenklichkeit und Wirksamkeit vorzulegen, in der alle seit der Erteilung der Zulassung vorgenommenen Änderungen berücksichtigt sind.

(3) [1]Die Zulassung ist in den Fällen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 3 oder des Absatzes 1a auf Antrag nach Absatz 2 Satz 1 innerhalb von sechs Monaten vor ihrem Erlöschen um fünf Jahre zu verlängern, wenn kein Versagungsgrund nach § 25 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3, 5, 5a oder 6 vorliegt oder die Zulassung nicht nach § 30 Abs. 1 Satz 2 zurückzunehmen oder zu widerrufen ist oder wenn von der Möglichkeit der Rücknahme nach § 30 Abs. 2 Nr. 1 oder des Widerrufs nach § 30 Abs. 2 Nr. 2 kein Gebrauch gemacht werden soll. [2]§ 25 Abs. 5 Satz 5 und Abs. 5a gilt entsprechend. [3]Bei der Entscheidung über die Verlängerung ist auch zu überprüfen, ob Erkenntnisse vorliegen, die Auswirkungen auf die Unterstellung unter die Verschreibungspflicht haben.

(4) [1]Erlischt die Zulassung nach Absatz 1 Nr. 2 oder 3, so darf das Arzneimittel noch zwei Jahre, beginnend mit dem auf die Bekanntmachung des Erlöschens nach § 34 folgenden 1. Januar oder 1. Juli, in den Verkehr gebracht werden. [2]Das gilt nicht, wenn die zuständige Bundesoberbehörde feststellt, dass eine Voraussetzung für die Rücknahme oder den Widerruf nach § 30 vorgelegen hat; § 30 Abs. 4 findet Anwendung.

Fußnoten

(+++ § 31 Abs. 1: Zur Anwendung vgl. § 141 Abs. 6 +++)
§ 31: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 30 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 25 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 34 Buchst. a DBuchst. aa aaa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 31 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3a: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 34 Buchst. a DBuchst. aa bbb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 30 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 3 Nr. 34 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 30 Abs. 1a: IdF d. Art. 1 Nr. 25 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 34 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 30 Abs. 2 Satz 2: IdF d. Art. 3 Nr. 34 Buchst. c DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 30 Abs. 2: Früherer Satz 3 aufgeh. durch Art. 3 Nr. 34 Buchst. c DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 30 Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 25 Buchst. c G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 34 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 32 Staatliche Chargenprüfung

(1) [1]Die Charge eines Serums, eines Impfstoffes oder eines Allergens darf unbeschadet der Zulassung nur in den Verkehr gebracht werden, wenn sie von der zuständigen Bundesoberbehörde freigegeben ist. [2]Die Charge ist freizugeben, wenn eine Prüfung (staatliche Chargenprüfung) ergeben hat, dass die Charge nach Herstellungs- und Kontrollmethoden, die dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse entsprechen, hergestellt und geprüft worden ist und dass sie die erforderliche Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit aufweist. [3]Die Charge ist auch dann freizugeben, soweit die zuständige Behörde eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union nach einer experimentellen Untersuchung festgestellt hat, dass die in Satz 2 genannten Voraussetzungen vorliegen.

(1a) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde hat eine Entscheidung nach Absatz 1 innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Eingang der zu prüfenden Chargenprobe zu treffen. [2]§ 27 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

(2) [1]Das Bundesministerium erlässt nach Anhörung von Sachverständigen aus der medizinischen und pharmazeutischen Wissenschaft und Praxis allgemeine Verwaltungsvorschriften über die von der Bundesoberbehörde an die Herstellungs- und Kontrollmethoden nach Absatz 1 zu stellenden Anforderungen und macht diese als Arzneimittelprüfrichtlinien im Bundesanzeiger bekannt. [2]Die Vorschriften müssen dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse entsprechen und sind laufend an diesen anzupassen.

(3) Auf die Durchführung der staatlichen Chargenprüfung finden § 25 Abs. 8 und § 22 Abs. 7 Satz 3 entsprechende Anwendung.

(4) Der Freigabe nach Absatz 1 Satz 1 bedarf es nicht, soweit die dort bezeichneten Arzneimittel durch Rechtsverordnung nach § 35 Abs. 1 Nr. 4 oder von der zuständigen Bundesoberbehörde freigestellt sind; die zuständige Bundesoberbehörde soll freistellen, wenn die Herstellungs- und Kontrollmethoden des Herstellers einen Entwicklungsstand erreicht haben, bei dem die erforderliche Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit gewährleistet sind.

(5) [1]Die Freigabe nach Absatz 1 oder die Freistellung durch die zuständige Bundesoberbehörde nach Absatz 4 ist zurückzunehmen, wenn eine ihrer Voraussetzungen nicht vorgelegen hat; sie ist zu widerrufen, wenn eine der Voraussetzungen nachträglich weggefallen ist. [2]Satz 1 gilt entsprechend, wenn bei einer freigegebenen Charge eines in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Arzneimittels oder bei einem freigestellten Arzneimittel der begründete Verdacht besteht, dass es sich um ein gefälschtes Arzneimittel handelt.

Fußnoten

§ 32: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 32 Abs. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 35 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 32 Abs. 5 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 7 G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019

§ 33 Aufwendungsersatz und Entgelte

(1) Abweichend von § 18 Absatz 1 Satz 1 des Bundesgebührengesetzes verjährt der Anspruch auf Zahlung von Gebühren und Auslagen, die nach § 33 Absatz 1 in der bis zum 14. August 2013 geltenden Fassung in Verbindung mit der Therapieallergene-Verordnung zu erheben sind, drei Jahre nach der Bekanntgabe der abschließenden Entscheidung über die Zulassung.

(2) Wenn ein Widerspruch gegen einen auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verwaltungsakt oder gegen die Festsetzung von Gebühren für eine individuell zurechenbare öffentliche Leistung nach diesem Gesetz erfolgreich ist, werden notwendige Aufwendungen im Sinne von § 80 Absatz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bis zur Höhe der für die Zurückweisung eines entsprechenden Widerspruchs vorgesehenen Gebühren, bei Rahmengebühren bis zu deren Mittelwert, erstattet.

(3) [1]Für die Nutzung von Monographien für Arzneimittel, die nach § 36 von der Pflicht zur Zulassung freigestellt sind, verlangt das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte Entgelte. [2]Dabei können pauschale Entgeltvereinbarungen mit den Verbänden, denen die Nutzer angehören, getroffen werden. [3]Für die Bemessung der Entgelte finden die für Gebühren geltenden Regelungen entsprechende Anwendung.

(4) Die zuständige Behörde des Landes hat der zuständigen Bundesoberbehörde die dieser im Rahmen der Mitwirkungshandlungen nach diesem Gesetz entstehenden Kosten zu erstatten, soweit diese Kosten vom Verursacher getragen werden.

Fußnoten

§ 33: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 33 Überschrift: IdF d. Art. 4 Abs. 11 Nr. 1 Buchst. a G v. 18.7.2016 I 1666 mWv 1.10.2021
§ 33 Abs. 1 (früher Abs. 3): IdF d. Art. 2 Abs. 24 Nr. 2 Buchst. d G v. 7.8.2013 I 3154 mWv 15.8.2013; früherer Abs. 1 u. 2 aufgeh., jetzt Abs. 1 gem. u. idF d. Art. 4 Abs. 11 Nr. 1 Buchst. b u. c G v. 18.7.2016 I 1666 mWv 1.10.2021
§ 33 Abs. 1: Gemäß Art. 2 Nr. 9 iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 werden mWv 27.1.2022 nach den Wörtern „auf Grund dieses Gesetzes“ die Wörter „oder nach der Verordnung (EG) Nr. 1234/2008 oder der Verordnung (EU) Nr. 536/2014“ eingefügt, wird nach den Wörtern „nach diesem Gesetz“ das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und werden nach der Angabe „Verordnung (EG) Nr. 1234/2008“ die Wörter „und nach der Verordnung (EU)Nr. 536/2014“ eingefügt. Die Änderung ist schwebend unwirksam, da sie derzeit aufgrund textlicher Unstimmigkeit zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens nicht ausführbar ist (vgl. Änderung durch Art. 4 Abs. 11 Nr. 1 Buchst. b G v. 18.7.2016 I 1666 mWv 1.10.2021)
§ 33 Abs. 2: Früher Abs. 4 gem. u. idF d. Art. 4 Abs. 11 Nr. 1 Buchst. d G v. 18.7.2016 I 1666 mWv 1.10.2021
§ 33 Abs. 3 (früher Abs. 5): Eingef. durch Art. 1 Nr. 36 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009; jetzt Abs. 3 gem. Art. 4 Abs. 11 Nr. 1 Buchst. e G v. 18.7.2016 I 1666 mWv 1.10.2021

§ 33 Abs. 3 Satz 3: IdF d. Art. 4 Abs. 11 Nr. 1 Buchst. e G v. 18.7.2016 I 1666 mWv 1.10.2021
§ 33 Abs. 4 (früher Abs. 6): Eingef. durch Art. 1 Nr. 26 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012; jetzt Abs. 4 gem. Art. 4 Abs. 11 Nr. 1 Buchst. f G v. 18.7.2016 I 1666 mWv 1.10.2021

§ 34 Information der Öffentlichkeit

(1) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde hat im Bundesanzeiger bekannt zu machen:

1. die Erteilung und Verlängerung einer Zulassung,
2. die Rücknahme einer Zulassung,
3. den Widerruf einer Zulassung,
4. das Ruhen einer Zulassung,
5. das Erlöschen einer Zulassung,
6. die Feststellung nach § 31 Abs. 4 Satz 2,
7. die Änderung der Bezeichnung nach § 29 Abs. 2,
8. die Rücknahme oder den Widerruf der Freigabe einer Charge nach § 32 Abs. 5,
9. eine Entscheidung zur Verlängerung einer Schutzfrist nach § 24b Abs. 1 Satz 3 oder Abs. 7 oder zur Gewährung einer Schutzfrist nach § 24b Abs. 6 oder 8.

[2]Satz 1 Nr. 1 bis 5 und Nr. 7 gilt entsprechend für Entscheidungen oder Beschlüsse der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union.

(1a) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde stellt der Öffentlichkeit über ein Internetportal und erforderlichenfalls auch auf andere Weise folgende Informationen sowie alle Änderungen dieser Informationen unverzüglich zur Verfügung:

1. Informationen über die Erteilung der Zulassung zusammen mit der Packungsbeilage und der Fachinformation in der jeweils aktuell genehmigten Fassung,
2. den öffentlichen Beurteilungsbericht, der Informationen nach § 25 Absatz 5a für jedes beantragte Anwendungsgebiet sowie eine allgemeinverständlich formulierte Zusammenfassung mit einem Abschnitt über die Bedingungen der Anwendung des Arzneimittels enthält,
3. Zusammenfassungen von Risikomanagement-Plänen,
4. Informationen über Auflagen zusammen mit Fristen und Zeitpunkten für die Erfüllung,
5. Bedenken aus dem Pharmakovigilanz-Bereich.

[2]Bei den Informationen nach Satz 1 Nummer 2 und 5 sind Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und personenbezogene Daten zu streichen, es sei denn, ihre Offenlegung ist für den Schutz der öffentlichen Gesundheit erforderlich. [3]Betreffen die Pharmakovigilanz-Bedenken nach Satz 1 Nummer 5 Arzneimittel, die in mehreren Mitgliedstaaten zugelassen wurden, so erfolgt die Veröffentlichung in Abstimmung mit der Europäischen Arzneimittel-Agentur.

(1b) [1]Die Rücknahme eines Zulassungsantrags sowie die Versagung der Zulassung und die Gründe hierfür sind öffentlich zugänglich zu machen. [2]Ferner sind Entscheidungen über den Widerruf, die Rücknahme oder das Ruhen einer Zulassung öffentlich zugänglich zu machen. [3]Die Bundesoberbehörde ist befugt, Auskunft über den Eingang eines ordnungsgemäßen Zulassungsantrags, den Eingang eines ordnungsgemäßen Antrags auf Genehmigung einer konfirmatorischen klinischen Prüfung sowie über die Genehmigung oder die Versagung einer konfirmatorischen klinischen Prüfung zu geben.

(1c) Die Absätze 1a und 1b Satz 1 und 2 finden keine Anwendung auf Arzneimittel, die nach der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 genehmigt sind.

(1d) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde stellt die Informationen nach den Absätzen 1a, 1b und 1f elektronisch zur Verfügung. [2]Die zuständige Bundesoberbehörde stellt die Informationen nach den Absätzen 1 und 1b mit Erlass der Entscheidung unter Hinweis auf die fehlende Bestandskraft zur Verfügung.

(1e) Die zuständige Bundesoberbehörde hat über das Internetportal für Arzneimittel nach § 67a Absatz 2 zusätzlich zu den Informationen in Absatz 1a Satz 1 Nummer 1 bis 4 und Absatz 1a Satz 2 mindestens folgende weitere Informationen zu veröffentlichen:

1. die Liste der Arzneimittel nach Artikel 23 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004,
2. Informationen über die Meldewege für Verdachtsfälle von Nebenwirkungen von Arzneimitteln an die zuständige Bundesoberbehörde durch Angehörige der Gesundheitsberufe und Patienten, einschließlich der von der zuständigen Bundesoberbehörde bereitgestellten Internet-Formulare,
3. Name und Anschrift des Wirkstoffherstellers oder der Wirkstoffhersteller, der oder die vom Arzneimittelhersteller oder einer von ihm vertraglich beauftragten Person nach § 22 Absatz 2 Satz 1 Nummer 8 vor Ort überprüft wurde oder wurden.

(1f) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde kann der Öffentlichkeit genehmigtes Schulungsmaterial zu Arzneimitteln über ein Internetportal und erforderlichenfalls auch auf andere Weise zur Verfügung stellen, soweit dies im Interesse der sicheren Anwendung der Arzneimittel erforderlich ist. [2]Sie stellt eine Fassung des Schulungsmaterials zur Verfügung, die zur Abbildung in elektronischen Programmen nach § 73 Absatz 9 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch geeignet ist.

(1g) [1]Für Arzneimittel, die der staatlichen Chargenprüfung nach § 32 unterliegen, kann die zuständige Bundesoberbehörde Informationen über die Anzahl der freigegebenen Chargen bekannt geben. [2]Angaben zur Größe der freigegebenen Chargen können bekannt gegeben werden, soweit dies zum Schutz der öffentlichen Gesundheit erforderlich ist.

(1h) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde stellt der Öffentlichkeit die für die sichere Anwendung eines Arzneimittels erforderlichen Informationen über Arzneimittelrisiken vom Zulassungsinhaber für Angehörige der Gesundheitsberufe über ein Internetportal und erforderlichenfalls auch auf andere Weise zur Verfügung. [2]Falls erforderlich, stellt die zuständige Bundesoberbehörde der Öffentlichkeit eigene für die sichere Anwendung eines Arzneimittels erforderliche Informationen über Arzneimittelrisiken für Angehörige der Gesundheitsberufe zur Verfügung. [3]Sie stellt eine Fassung der Informationen nach den Sätzen 1 und 2 zur Verfügung, die zur Abbildung in elektronischen Programmen nach § 73 Absatz 9 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch geeignet ist.

(2) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde kann einen Verwaltungsakt, der auf Grund dieses Gesetzes ergeht, im Bundesanzeiger öffentlich bekannt machen, wenn von dem Verwaltungsakt mehr als 50 Adressaten betroffen sind. [2]Dieser Verwaltungsakt gilt zwei Wochen nach dem Erscheinen des Bundesanzeigers als bekannt gegeben. [3]Sonstige Mitteilungen der zuständigen Bundesoberbehörde einschließlich der Schreiben, mit denen den Beteiligten Gelegenheit zur Äußerung nach § 28 Abs. 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes gegeben wird, können gleichfalls im Bundesanzeiger bekannt gemacht werden, wenn mehr als 50 Adressaten davon betroffen sind. [4]Satz 2 gilt entsprechend.

Fußnoten

(+++ § 34 Abs. 1a: Zur Anwendung vgl. § 141 Abs. 9 +++)
§ 34: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 34 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 27 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 34 Abs. 1a: IdF d. Art. 1 Nr. 27 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 34 Abs. 1a Satz 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 35 Buchst. a Dbuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 34 Abs. 1a: Frühere Sätze 4 u. 5 aufgeh. durch Art. 3 Nr. 35 Buchst. a Dbuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 34 Abs. 1b Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 35 Buchst. b Dbuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 34 Abs. 1b Satz 2: Früher Satz 1 gem. Art. 1 Nr. 27 Buchst. c DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012

§ 34 Abs. 1b Satz 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 27 Buchst. c DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012; idF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. a G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016 u. d. Art. 3 Nr. 35 Buchst. b DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 34 Abs. 1c: IdF d. Art. 1 Nr. 27 Buchst. d G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 34 Abs. 1d Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. b G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 34 Abs. 1d Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 27 Buchst. e G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 34 Abs. 1e: Eingef. durch Art. 1 Nr. 27 Buchst. f G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 34 Abs. 1e Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. a G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 34 Abs. 1e Nr. 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 8 Buchst. b G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 34 Abs. 1f Satz 1 (früher einziger Text): Eingef. durch Art. 1 Nr. 7 Buchst. c G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016, jetzt Satz 1 gem. Art. 9 Nr. Buchst. a G v. 3.6.2021 I 1309 mWv 9.6.2021; idF d. Art. 3 Nr. 35 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 34 Abs. 1f Satz 2: Eingef. durch Art. 9 Nr. 1 Buchst. a G v. 3.6.2021 I 1309 mWv 9.6.2021
§ 34 Abs. 1g: Eingef. durch Art. 1 Nr. 7 Buchst. c G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016; idF d. Art. 3 Nr. 35 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 34 Abs. 1h: Eingef. durch Art. 9 Nr. 1 Buchst. b G v. 3.6.2021 I 1309 mWv 9.6.2021

§ 35 Ermächtigungen zur Zulassung und Freistellung

(1) Das Bundesministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

1. (weggefallen)
2. die Vorschriften über die Zulassung auf Arzneimittel, die nicht der Zulassungspflicht nach § 21 Absatz 1 unterliegen, sowie auf Arzneimittel, die nach § 21 Absatz 2 Nummer 1g von der Zulassung freigestellt sind, auszudehnen, soweit es geboten ist, um eine unmittelbare oder mittelbare Gefährdung der menschlichen Gesundheit zu verhüten,
3. die Vorschriften über die Freigabe einer Charge und die staatliche Chargenprüfung auf andere Arzneimittel, die in ihrer Zusammensetzung oder in ihrem Wirkstoffgehalt Schwankungen unterworfen sind, auszudehnen, soweit es geboten ist, um eine unmittelbare oder mittelbare Gefährdung der menschlichen Gesundheit zu verhüten,
4. bestimmte Arzneimittel von der staatlichen Chargenprüfung freizustellen, wenn das Herstellungsverfahren und das Prüfungsverfahren des Herstellers einen Entwicklungsstand erreicht haben, bei dem die Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit gewährleistet sind.

(2) Die Rechtsverordnungen nach Absatz 1 Nr. 2 bis 4 ergehen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und, soweit es sich um radioaktive Arzneimittel und um Arzneimittel handelt, bei deren Herstellung ionisierende Strahlen verwendet werden, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

Fußnoten

§ 35: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 35 Abs. 1 Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 28 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 36 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 35 Abs. 1 Nr. 3: IdF d. Art. 3 Nr. 36 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 35 Abs. 2: IdF d. Art. 52 Nr. 7 V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015, d. Art. 94 Nr. 1 V v. 19.6.2020 I 1328 mWv 27.6.2020 u. d. Art. 3 Nr. 36 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 36 Ermächtigung für Standardzulassungen

(1) [1]Das Bundesministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates bestimmte Arzneimittel oder Arzneimittelgruppen oder Arzneimittel in bestimmten Abgabeformen von der Pflicht zur Zulassung freizustellen, soweit eine unmittelbare oder mittelbare Gefährdung der menschlichen Gesundheit nicht zu befürchten ist, weil die Anforderungen an die erforderliche Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit erwiesen sind. [2]Das Bundesministerium kann diese Ermächtigung durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates auf die zuständige Bundesoberbehörde übertragen. [3]Die Freistellung kann zum Schutz der menschlichen Gesundheit von einer bestimmten Herstellung, Zusammensetzung, Kennzeichnung, Packungsbeilage, Fachinformation oder Darreichungsform abhängig gemacht sowie auf bestimmte Anwendungsarten, Anwendungsgebiete oder Anwendungsbe-

reiche beschränkt werden. [4]Die Angabe weiterer Gegenanzeigen, Nebenwirkungen und Wechselwirkungen durch den pharmazeutischen Unternehmer ist zulässig.

(2) [1]Bei der Auswahl der Arzneimittel, die von der Pflicht zur Zulassung freigestellt werden, muss den berechtigten Interessen der Arzneimittelverbraucher, der Heilberufe und der pharmazeutischen Industrie Rechnung getragen werden. [2]In der Wahl der Bezeichnung des Arzneimittels ist der pharmazeutische Unternehmer frei.

(3) Die Rechtsverordnung nach Absatz 1 ergeht im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und, soweit es sich um radioaktive Arzneimittel und um Arzneimittel handelt, bei deren Herstellung ionisierende Strahlen verwendet werden, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

(4) (weggefallen)

(5) [1]Die der Rechtsverordnung nach Absatz 1 zugrunde liegenden Monographien sind von der zuständigen Bundesoberbehörde regelmäßig zu überprüfen und soweit erforderlich, an den jeweils gesicherten Stand der Wissenschaft und Technik anzupassen. [2]Dabei sind die Monographien daraufhin zu prüfen, ob die Anforderungen an die erforderliche Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit einschließlich eines positiven Nutzen-Risiko-Verhältnisses, für die von der Pflicht zur Zulassung freigestellten Arzneimittel, weiterhin als erwiesen gelten können.

Fußnoten

§ 36: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 36 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 9 Buchst. a DBuchst. aa G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019 u. d. Art. 3 Nr. 37 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 36 Abs. 1 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 9 Buchst. a DBuchst. bb G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 36 Abs. 1 Satz 3: Früher Satz 2 gem. Art. 1 Nr. 9 Buchst. a DBuchst. bb G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019 u. d. Art. 3 Nr. 37 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 36 Abs. 1 Satz 4: Früher Satz 3 gem. Art. 1 Nr. 9 Buchst. a DBuchst. bb G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 36 Abs. 3: IdF d. Art. 52 Nr. 7 V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015 u. d. Art. 94 Nr. 1 V v. 19.6.2020 I 1328 mWv 27.6.2020 u. d. Art. 3 Nr. 37 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 36 Abs. 4: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 9 Buchst. b G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 36 Abs. 5: Eingef. durch Art. 1 Nr. 37 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 37 Genehmigung der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union für das Inverkehrbringen, Zulassungen von Arzneimitteln aus anderen Staaten

(1) [1]Die von der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union gemäß der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 auch in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 1901/2006 oder der Verordnung (EG) Nr. 1394/2007 erteilte Genehmigung für das Inverkehrbringen steht, soweit in den §§ 11a, 13 Absatz 2a, § 21 Absatz 2, §§ 40, 67, 69, 73, 84 oder 94 auf eine Zulassung abgestellt wird, einer nach § 25 erteilten Zulassung gleich. [2]Als Zulassung im Sinne des § 21 gilt auch die von einem anderen Staat für ein Arzneimittel erteilte Zulassung, soweit dies durch Rechtsverordnung des Bundesministeriums bestimmt wird.

(2) Das Bundesministerium wird ermächtigt, eine Rechtsverordnung nach Absatz 1, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, zu erlassen, um eine Richtlinie des Rates durchzuführen oder soweit in internationalen Verträgen die Zulassung von Arzneimitteln gegenseitig als gleichwertig anerkannt wird.

Fußnoten

§ 37: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 37 Überschrift: IdF d. Art. 1 Nr. 30 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 37 Abs. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 38 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 37 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 30 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 38 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022 (in der Änderungsanweisung als Abs. 1 beichnet)
§ 37 Abs. 2 (früher Satz 1): IdF d. Art. 1 Nr. 30 Buchst. c G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012, früherer Satz 2 aufgeh., früherer Satz 1 jetzt einziger Text gem. Art. 3 Nr. 38 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

Fünfter Abschnitt Registrierung von Arzneimitteln

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 38 Registrierung homöopathischer Arzneimittel

(1) [1]Fertigarzneimittel dürfen als homöopathische Arzneimittel im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur in den Verkehr gebracht werden, wenn sie in ein bei der zuständigen Bundesoberbehörde zu führendes Register für homöopathische Arzneimittel eingetragen sind (Registrierung). [2]Einer Zulassung bedarf es nicht; § 21 Absatz 3 findet entsprechende Anwendung. [3]Einer Registrierung bedarf es nicht für Arzneimittel, die von einem pharmazeutischen Unternehmer in Mengen bis zu 1 000 Packungen in einem Jahr in den Verkehr gebracht werden, es sei denn, es handelt sich um Arzneimittel,

1. die Zubereitungen aus Stoffen gemäß § 3 Nr. 3 oder 4 enthalten,
2. die mehr als den hundertsten Teil der in nicht homöopathischen, der Verschreibungspflicht nach § 48 unterliegenden Arzneimitteln verwendeten kleinsten Dosis enthalten oder
3. bei denen die Tatbestände des § 39 Abs. 2 Nr. 3, 4, 6, 7 oder 9 vorliegen.

(2) [1]Dem Antrag auf Registrierung sind die in § 22 und § 24 bezeichneten Angaben, Unterlagen und Gutachten beizufügen. [2]Das gilt nicht für die Angaben über die Wirkungen und Anwendungsgebiete, für die Unterlagen und Gutachten über die klinische Prüfung sowie für Angaben nach § 22 Absatz 2 Satz 1 Nummer 5 und 5a und Absatz 7 Satz 2. [3]Die Unterlagen über die pharmakologisch-toxikologische Prüfung sind vorzulegen, soweit sich die Unbedenklichkeit des Arzneimittels nicht anderweitig, insbesondere durch einen angemessen hohen Verdünnungsgrad ergibt. [4]§ 22 Absatz 1a gilt entsprechend.

Fußnoten

§ 38: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 38 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 39 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 38 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 3 Nr. 39 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 38 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3: IdF d. Art. 3 Nr. 39 Buchst. a DBuchst. cc G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 38 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 39 Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 3 Nr. 39 Buchst. b DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 38 Abs. 2 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 39 Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009, d. Art. 1 Nr. 31 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 39 Buchst. b DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 38 Abs. 2 Satz 4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 39 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 39 Entscheidung über die Registrierung homöopathischer Arzneimittel, Verfahrensvorschriften

(1) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde hat das homöopathische Arzneimittel zu registrieren und dem Antragsteller die Registrierungsnummer schriftlich zuzuteilen. [2]§ 25 Abs. 4 und 5 Satz 5 findet entsprechende Anwendung. [3]Die Registrierung gilt nur für das im Bescheid aufgeführte homöopathische Arzneimittel und seine Verdünnungsgrade. [4]Die zuständige Bundesoberbehörde kann den Bescheid über die Registrierung mit Auflagen verbinden. [5]Auflagen können auch nachträglich angeordnet werden. [6]§ 28 Abs. 2 und 4 findet Anwendung.

(2) Die zuständige Bundesoberbehörde hat die Registrierung zu versagen, wenn

1. die vorgelegten Unterlagen unvollständig sind,
2. das Arzneimittel nicht nach dem jeweils gesicherten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse ausreichend analytisch geprüft worden ist,
3. das Arzneimittel nicht die nach den anerkannten pharmazeutischen Regeln angemessene Qualität aufweist,
4. bei dem Arzneimittel der begründete Verdacht besteht, dass es bei bestimmungsgemäßem Gebrauch schädliche Wirkungen hat, die über ein nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft vertretbares Maß hinausgehen,

4a. (weggefallen)

5. (weggefallen)

5a. das Arzneimittel nicht zur Einnahme und nicht zur äußerlichen Anwendung bestimmt ist,

5b. das Arzneimittel mehr als einen Teil pro Zehntausend der Ursubstanz oder mehr als den hundertsten Teil der in allopathischen der Verschreibungspflicht nach § 48 unterliegenden Arzneimitteln verwendeten kleinsten Dosis enthält,

6. das Arzneimittel der Verschreibungspflicht nach § 48 unterliegt,
7. das Arzneimittel nicht nach einer im Homöopathischen Teil des Arzneibuches beschriebenen Verfahrenstechnik hergestellt ist,

7a. wenn die Anwendung der einzelnen Wirkstoffe als homöopathisches oder anthroposophisches Arzneimittel nicht allgemein bekannt ist,

8. für das Arzneimittel eine Zulassung erteilt ist,
9. das Inverkehrbringen des Arzneimittels gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen würde.

(2a) [1]Ist das Arzneimittel bereits in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum registriert worden, ist die Registrierung auf der Grundlage dieser Entscheidung zu erteilen, es sei denn, dass ein Versagungsgrund nach Absatz 2 vorliegt. [2]Für die Anerkennung der Registrierung eines anderen Mitgliedstaates findet Kapitel 4 der Richtlinie 2001/83/EG entsprechende Anwendung; Artikel 29 Abs. 4, 5 und 6 und die Artikel 30 bis 34 der Richtlinie 2001/83/EG finden keine Anwendung.

(2b) [1]Der Antragsteller hat der zuständigen Bundesoberbehörde unter Beifügung entsprechender Unterlagen unverzüglich Anzeige zu erstatten, wenn sich Änderungen in den Angaben und Unterlagen nach § 38 Absatz 2 Satz 1 ergeben. [2]§ 29 Absatz 1a, 1e, 1f und 2 bis 2b gilt entsprechend. [3]Die Verpflichtung nach Satz 1 hat nach Erteilung der Registrierung der Inhaber der Registrierung zu erfüllen. [4]Eine neue Registrierung ist in folgenden Fällen zu beantragen:

1. bei einer Änderung der Zusammensetzung der Wirkstoffe nach Art oder Menge, einschließlich einer Änderung der Potenzstufe,
2. bei einer Änderung der Darreichungsform, soweit es sich nicht um eine Änderung nach § 29 Absatz 2a Satz 1 Nummer 3 handelt.

(2c) [1]Die Registrierung erlischt nach Ablauf von fünf Jahren seit ihrer Erteilung, es sei denn, dass spätestens neun Monate vor Ablauf der Frist ein Antrag auf Verlängerung gestellt wird. [2]Für das Erlöschen und die Verlängerung der Registrierung gilt § 31 entsprechend mit der Maßgabe, dass die Versagungsgründe nach Absatz 2 Nr. 3 bis 9 Anwendung finden.

(2d) Für Rücknahme, Widerruf und Ruhen der Registrierung gilt § 30 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2, 2a, 3 und 4 entsprechend mit der Maßgabe, dass die Versagungsgründe nach Absatz 2 Nummer 2 bis 9 Anwendung finden.

(2e) § 34 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 7, Absatz 1a Satz 1 Nummer 1, 4 und 5, Absatz 1b, 1d und 1h gilt entsprechend.

(3) Das Bundesministerium wird ermächtigt, für homöopathische Arzneimittel entsprechend den Vorschriften über die Zulassung durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates Vorschriften über die Freistellung von der Registrierung zu erlassen.

Fußnoten

(+++ § 39 Abs. 2: Zur Anwendung vgl. § 109 Abs. 10 +++)
§ 39: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 39 Überschrift: IdF d. Art. 1 Nr. 40 Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 39 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 40 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 39 Abs. 2 Nr. 4a u. 5: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 40 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 39 Abs. 2 Nr. 5a: IdF d. Art. 3 Nr. 40 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 39 Abs. 2 Nr. 5b: IdF d. Art. 3 Nr. 40 Buchst. a DBuchst. cc G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 39 Abs. 2 Nr. 6: IdF d. Art. 3 Nr. 40 Buchst. a DBuchst. dd G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 39 Abs. 2 Nr. 9: IdF d. Art. 3 Nr. 40 Buchst. a DBuchst. ee G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 39 Abs. 2a Satz 2: IdF d. Art. 3 Nr. 40 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 39 Abs. 2b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 40 Buchst. c G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 39 Abs. 2b Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 32 Buchst. a DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 39 Abs. 2b Satz 4 Nr. 2 : IdF d. Art. 1 Nr. 32 Buchst. a DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 39 Abs. 2b Satz 4: Frühere Nr. 3 aufgeh. durch Art. 1 Nr. 32 Buchst. a DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 39 Abs. 2c: Früher Abs. 2b gem. Art. 1 Nr. 40 Buchst. d G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 39 Abs. 2c Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 32 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 39 Abs. 2d: Eingef. durch Art. 1 Nr. 40 Buchst. e G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 39 Abs. 2e: Eingef. durch Art. 1 Nr. 40 Buchst. e G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009; idF d. Art. 1 Nr. 32 Buchst. c G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012, d. Art. 9 Nr. 2 G v. 3.6.2021 I 1309 mWv 9.6.2021 u. d. Art. 3 Nr. 40 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 39 Abs. 3 Satz 1: Frühere Nr. 1 aufgeh., frühere Nr. 2 jetzt einziger Text gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 40 Buchst. f G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009, d. Art. 2 Abs. 24 Nr. 3 G v. 7.8.2013 I 3154 mWv 15.8.2013, u. d. Art. 4 Abs. 11 Nr. 2 G v. 18.7.2016 I 1666 mWv 1.10.2021
§ 39 Abs. 3 (früher Satz 1): IdF d. Art. 52 Nr. 8 V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015;, früherer Satz 2 aufgeh., früherer Satz 1 jetzt einziger Text gem. Art. 3 Nr. 40 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 39a Registrierung traditioneller pflanzlicher Arzneimittel

[1]Fertigarzneimittel, die pflanzliche Arzneimittel und Arzneimittel im Sinne des § 2 Abs. 1 sind, dürfen als traditionelle pflanzliche Arzneimittel nur in den Verkehr gebracht werden, wenn sie durch die zuständige Bundesoberbehörde registriert sind. [2]Dies gilt auch für pflanzliche Arzneimittel, die Vitamine oder Mineralstoffe enthalten, sofern die Vitamine oder Mineralstoffe die Wirkung der traditionellen pflanzlichen Arzneimittel im Hinblick auf das Anwendungsgebiet oder die Anwendungsgebiete ergänzen.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 39b Registrierungsunterlagen für traditionelle pflanzliche Arzneimittel

(1) [1]Dem Antrag auf Registrierung müssen vom Antragsteller folgende Angaben und Unterlagen beigefügt werden:

1. die in § 22 Abs. 1, 3c, 4, 5 und 7 und § 24 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 genannten Angaben und Unterlagen,
2. die in § 22 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 genannten Ergebnisse der analytischen Prüfung,

3. die Zusammenfassung der Merkmale des Arzneimittels mit den in § 11a Abs. 1 genannten Angaben unter Berücksichtigung, dass es sich um ein traditionelles pflanzliches Arzneimittel handelt,

4. bibliographische Angaben über die traditionelle Anwendung oder Berichte von Sachverständigen, aus denen hervorgeht, dass das betreffende oder ein entsprechendes Arzneimittel zum Zeitpunkt der Antragstellung seit mindestens 30 Jahren, davon mindestens 15 Jahre in der Europäischen Union, medizinisch verwendet wird, das Arzneimittel unter den angegebenen Anwendungsbedingungen unschädlich ist und dass die pharmakologischen Wirkungen oder die Wirksamkeit des Arzneimittels auf Grund langjähriger Anwendung und Erfahrung plausibel sind,

5. bibliographischer Überblick betreffend die Angaben zur Unbedenklichkeit zusammen mit einem Sachverständigengutachten gemäß § 24 und, soweit zur Beurteilung der Unbedenklichkeit des Arzneimittels erforderlich, die dazu notwendigen weiteren Angaben und Unterlagen,

6. Registrierungen oder Zulassungen, die der Antragsteller in einem anderen Mitgliedstaat oder in einem Drittland für das Inverkehrbringen des Arzneimittels erhalten hat, sowie Einzelheiten etwaiger ablehnender Entscheidungen über eine Registrierung oder Zulassung und die Gründe für diese Entscheidungen.

[2]Der Nachweis der Verwendung über einen Zeitraum von 30 Jahren gemäß Satz 1 Nr. 4 kann auch dann erbracht werden, wenn für das Inverkehrbringen keine spezielle Genehmigung für ein Arzneimittel erteilt wurde. [3]Er ist auch dann erbracht, wenn die Anzahl oder Menge der Wirkstoffe des Arzneimittels während dieses Zeitraums herabgesetzt wurde. [4]Ein Arzneimittel ist ein entsprechendes Arzneimittel im Sinne des Satzes 1 Nr. 4, wenn es ungeachtet der verwendeten Hilfsstoffe dieselben oder vergleichbare Wirkstoffe, denselben oder einen ähnlichen Verwendungszweck, eine äquivalente Stärke und Dosierung und denselben oder einen ähnlichen Verabreichungsweg wie das Arzneimittel hat, für das der Antrag auf Registrierung gestellt wird.

(1a) Die Angaben nach § 22 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 10 müssen in deutscher, die übrigen Angaben in deutscher oder englischer Sprache beigefügt werden; andere Angaben oder Unterlagen können im Registrierungsverfahren statt in deutscher auch in englischer Sprache gemacht oder vorgelegt werden, soweit es sich nicht um Angaben handelt, die für die Kennzeichnung, die Packungsbeilage oder die Fachinformation verwendet werden.

(2) Anstelle der Vorlage der Angaben und Unterlagen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 und 5 kann auch auf eine gemeinschaftliche oder unionsrechtliche Pflanzenmonographie nach Artikel 16h Absatz 3 der Richtlinie 2001/83/EG oder eine Listenposition nach Artikel 16f der Richtlinie 2001/83/EG Bezug genommen werden.

(3) [1]Enthält das Arzneimittel mehr als einen pflanzlichen Wirkstoff oder Stoff nach § 39a Satz 2, sind die in Absatz 1 Satz 1 Nr. 4 genannten Angaben für die Kombination vorzulegen. [2]Sind die einzelnen Wirkstoffe nicht hinreichend bekannt, so sind auch Angaben zu den einzelnen Wirkstoffen zu machen.

Fußnoten

§ 39b: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 39b Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 41 Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 39b Abs. 1 Satz 1 Nr. 4: IdF d. Art. 3 Nr. 41 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 39b Abs. 1 Satz 1 Nr. 1: IdF d. Art. 3 Nr. 41 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 39b Abs. 1a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 41 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 39b Abs. 2: IdF d. Art. 3 Nr. 41 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 39c Entscheidung über die Registrierung traditioneller pflanzlicher Arzneimittel

(1) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde hat das traditionelle pflanzliche Arzneimittel zu registrieren und dem Antragsteller die Registrierungsnummer schriftlich mitzuteilen. [2]§ 25 Abs. 4 sowie 5 Satz 5 findet entsprechende Anwendung. [3]Die Registrierung gilt nur für das im Bescheid aufgeführte traditionelle pflanzliche Arzneimittel. [4]Die zuständige Bundesoberbehörde kann den Bescheid über die Registrierung

mit Auflagen verbinden. [5]Auflagen können auch nachträglich angeordnet werden. [6]§ 28 Abs. 2 und 4 findet entsprechende Anwendung.

(2) Die zuständige Bundesoberbehörde hat die Registrierung zu versagen, wenn der Antrag nicht die in § 39b vorgeschriebenen Angaben und Unterlagen enthält oder

1. die qualitative oder quantitative Zusammensetzung nicht den Angaben nach § 39b Abs. 1 entspricht oder sonst die pharmazeutische Qualität nicht angemessen ist,
2. die Anwendungsgebiete nicht ausschließlich denen traditioneller pflanzlicher Arzneimittel entsprechen, die nach ihrer Zusammensetzung und dem Zweck ihrer Anwendung dazu bestimmt sind, angewendet zu werden, ohne dass es der ärztlichen Aufsicht im Hinblick auf die Stellung einer Diagnose, die Verschreibung oder die Überwachung der Behandlung bedarf,
3. das Arzneimittel bei bestimmungsgemäßem Gebrauch schädlich sein kann,
4. die Unbedenklichkeit von Vitaminen oder Mineralstoffen, die in dem Arzneimittel enthalten sind, nicht nachgewiesen ist,
5. die Angaben über die traditionelle Anwendung unzureichend sind, insbesondere die pharmakologischen Wirkungen oder die Wirksamkeit auf der Grundlage der langjährigen Anwendung und Erfahrung nicht plausibel sind,
6. das Arzneimittel nicht ausschließlich in einer bestimmten Stärke und Dosierung zu verabreichen ist,
7. das Arzneimittel nicht ausschließlich zur oralen oder äußerlichen Anwendung oder zur Inhalation bestimmt ist,
8. die nach § 39b Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 erforderliche zeitliche Vorgabe nicht erfüllt ist,
9. für das traditionelle pflanzliche Arzneimittel oder ein entsprechendes Arzneimittel eine Zulassung gemäß § 25 oder eine Registrierung nach § 39 erteilt wurde,
10. das Inverkehrbringen des Arzneimittels gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen würde.

(3) [1]Die Registrierung erlischt nach Ablauf von fünf Jahren seit ihrer Erteilung, es sei denn, dass spätestens neun Monate vor Ablauf der Frist ein Antrag auf Verlängerung gestellt wird. [2]Für das Erlöschen und die Verlängerung der Registrierung gilt § 31 entsprechend mit der Maßgabe, dass die Versagungsgründe nach Absatz 2 Anwendung finden.

Fußnoten

§ 39c: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 39c Abs. 2: Satz 2 aufgeh., früherer Satz 1 jetzt einziger Text gem. Art. 3 Nr. 42 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 39c Abs. 2 Nr. 1 (früher Satz 1 Nr. 1): IdF d. Art. 3 Nr. 42 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 39c Abs. 2 Nr. 9 (früher Satz 1 Nr. 9): IdF d. Art. 1 Nr. 34 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 39c Abs. 2 Nr. 10 (früher Satz 1 Nr. 1): Eingef. durch Art. 1 Nr. 34 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012; idF d. Art. 3 Nr. 42 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 39c Abs. 2: IdF d. Art. 3 Nr. 42 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 39c Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 34 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012

§ 39d Sonstige Verfahrensvorschriften für traditionelle pflanzliche Arzneimittel

(1) Die zuständige Bundesoberbehörde teilt dem Antragsteller, der Europäischen Kommission und der zuständigen Behörde eines Mitgliedstaates der Europäischen Union auf Anforderung eine von ihr getroffene ablehnende Entscheidung über die Registrierung als traditionelles Arzneimittel und die Gründe hierfür mit.

(2) [1]Für Arzneimittel, die Artikel 16d Abs. 1 der Richtlinie 2001/83/EG entsprechen, gilt § 25b entsprechend. [2]Für die in Artikel 16d Abs. 2 der Richtlinie 2001/83/EG genannten Arzneimittel ist eine Registrierung eines anderen Mitgliedstaates gebührend zu berücksichtigen.

(3) Die zuständige Bundesoberbehörde kann den nach Artikel 16h der Richtlinie 2001/83/EG eingesetzten Ausschuss für pflanzliche Arzneimittel auf Antrag um eine Stellungnahme zum Nachweis der traditionellen Anwendung ersuchen, wenn Zweifel über das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 39b Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 bestehen.

(4) Wenn ein Arzneimittel seit weniger als 15 Jahren innerhalb der Europäischen Union angewendet worden ist, aber im Übrigen die Voraussetzungen einer Registrierung nach den §§ 39a bis 39c vorliegen, hat die zuständige Bundesoberbehörde das nach Artikel 16c Abs. 4 der Richtlinie 2001/83/EG vorgesehene Verfahren unter Beteiligung des Ausschusses für pflanzliche Arzneimittel einzuleiten.

(5) Wird ein pflanzlicher Stoff, eine pflanzliche Zubereitung oder eine Kombination davon in der Liste nach Artikel 16f der Richtlinie 2001/83/EG gestrichen, so sind Registrierungen, die diesen Stoff enthaltende traditionelle pflanzliche Arzneimittel betreffen und die unter Bezugnahme auf § 39b Abs. 2 vorgenommen wurden, zu widerrufen, sofern nicht innerhalb von drei Monaten die in § 39b Abs. 1 genannten Angaben und Unterlagen vorgelegt werden.

(6) § 34 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 7, Absatz 1a Satz 1 Nummer 1, 4 und 5, Absatz 1b, 1d und 1h gilt entsprechend.

(7) [1]Der Antragsteller hat der zuständigen Bundesoberbehörde unter Beifügung entsprechender Unterlagen unverzüglich Anzeige zu erstatten, wenn sich Änderungen in den Angaben und Unterlagen nach § 39b Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 2 ergeben. [2]§ 29 Absatz 1a, 1e, 1f und 2 bis 2b gilt entsprechend. [3]Die Verpflichtung nach Satz 1 hat nach Erteilung der Registrierung der Inhaber der Registrierung zu erfüllen. [4]Eine neue Registrierung ist in folgenden Fällen zu beantragen:

1. bei einer Änderung der Anwendungsgebiete, soweit es sich nicht um eine Änderung nach § 29 Absatz 2a Satz 1 Nummer 1 handelt,
2. bei einer Änderung der Zusammensetzung der Wirkstoffe nach Art oder Menge,
3. bei einer Änderung der Darreichungsform, soweit es sich nicht um eine Änderung nach § 29 Absatz 2a Satz 1 Nummer 3 handelt.

(8) Für Rücknahme, Widerruf und Ruhen der Registrierung gilt § 30 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2, 2a, 3 und 4 entsprechend mit der Maßgabe, dass die Versagungsgründe nach § 39c Absatz 2 Anwendung finden.

(9) (weggefallen)

Fußnoten

§ 39d: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 39d Abs. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 35 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 43 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 39d Abs. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 35 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 43 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 39d Abs. 5: IdF d. Art. 3 Nr. 43 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 39d Abs. 6: Eingef. durch Art. 1 Nr. 42 Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009; idF d. Art. 1 Nr. 35 Buchst. c G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012, d. Art. 9 Nr. 2 G v. 3.6.2021 I 1309 mWv 9.6.2021 u. d. Art. 3 Nr. 43 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 39d Abs. 7: Eingef. durch Art. 1 Nr. 42 Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 39d Abs. 7 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 35 Buchst. d DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 39d Abs. 7 Satz 4 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 35 Buchst. d DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 39d Abs. 7 Satz 4: Frühere Nr. 4 aufgeh. durch Art. 1 Nr. 35 Buchst. d DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 39d Abs. 8: Eingef. durch Art. 1 Nr. 42 Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 39d Abs. 9: Aufgeh. durch Art. 4 Abs. 11 Nr. 3 G v. 18.7.2016 I 1666 mWv 1.10.2021

Sechster Abschnitt Schutz des Menschen bei der klinischen Prüfung

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 40 Verfahren zur Genehmigung einer klinischen Prüfung

(1) Mit der klinischen Prüfung von Arzneimitteln darf nur begonnen werden, wenn die zuständige Bundesoberbehörde die klinische Prüfung nach Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 genehmigt hat.

(2) [1]Der nach Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 zu stellende Antrag auf Genehmigung einer klinischen Prüfung ist über das EU-Portal in deutscher oder englischer Sprache einzureichen. [2]Die Unterlagen, die für die betroffene Person oder deren gesetzlichen Vertreter bestimmt sind, sind in deutscher Sprache einzureichen.

(3) [1]Der Antrag wird nach Artikel 5 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 durch die zuständige Bundesoberbehörde validiert. [2]Die nach dem Geschäftsverteilungsplan nach § 41b Absatz 2 zuständige Ethik-Kommission nimmt zu den Antragsunterlagen hinsichtlich der Voraussetzungen nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a, b und e der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 sowie nach § 40a Satz 1 Nummer 4 und § 40b Absatz 4 Satz 3 Stellung. [3]Für die Stellungnahme gilt die in der Verfahrensordnung nach § 41b Absatz 1 festgelegte Frist. [4]§ 41 Absatz 3 Satz 1 gilt entsprechend. [5]Bei der Validierung des Antrags hinsichtlich der Voraussetzungen nach Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014, auch in Verbindung mit Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014, sowie nach § 40a Satz 1 Nummer 2, 3 und 5, Satz 2 und 3 und § 40b Absatz 2, 3 Satz 1, Absatz 4 Satz 1 und 9, Absatz 5 und 6 ist die Bundesoberbehörde an die Bewertung der nach dem Geschäftsverteilungsplan nach § 41b Absatz 2 zuständigen Ethik-Kommission gebunden.

(4) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde nimmt die Aufgaben nach Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014, auch in Verbindung mit Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014, wahr und prüft die Voraussetzungen des § 40a Satz 1 Nummer 1 und 4 und des § 40b Absatz 4 Satz 3 hinsichtlich der Nutzen-Risiko-Bewertung nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 536/2014. [2]Die nach dem Geschäftsverteilungsplan nach § 41b Absatz 2 zuständige Ethik-Kommission nimmt zu den Voraussetzungen nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a, b und e der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 sowie nach § 40a Satz 1 Nummer 4 und § 40b Absatz 4 Satz 3 hinsichtlich der Nutzen-Risiko-Bewertung nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 Stellung. [3]Für die Stellungnahme gilt die in der Verfahrensordnung nach § 41b Absatz 1 festgelegte Frist.

(5) [1]Die nach dem Geschäftsverteilungsplan nach § 41b Absatz 2 zuständige Ethik-Kommission nimmt die Aufgaben nach Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014, auch in Verbindung mit Artikel 11 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014, wahr und prüft die Voraussetzungen des § 40a Satz 1 Nummer 2, 3 und 5, Satz 2 und 3 und des § 40b Absatz 2, 3 Satz 1, Absatz 4 Satz 1, Satz 3 hinsichtlich der Festlegung der Einwilligung, Satz 4 bis 9, Absatz 5 und 6. [2]§ 41 Absatz 2 gilt entsprechend.

(6) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde erhebt eine Gesamtgebühr im Sinne der Artikel 86 und 87 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014. [2]Die zuständige Ethik-Kommission erhebt eine Gebühr für die Bearbeitung eines Antrags nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach § 41b Absatz 1 und teilt diese der zuständigen Bundesoberbehörde mit. [3]Diese Gebühr ist in den Gebührenbescheid über die Gesamtgebühr nach Satz 1 aufzunehmen.

(7) [1]Bei Prüfpräparaten, die aus einem gentechnisch veränderten Organismus oder einer Kombination von gentechnisch veränderten Organismen bestehen oder solche enthalten, sind zusätzlich zu dem nach Absatz 2 einzureichenden Antrag bei der zuständigen Bundesoberbehörde folgende Unterlagen gemäß den Anhängen II und III zur Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. März 2001 über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt

und zur Aufhebung der Richtlinie 90/220/EWG des Rates (ABl. L 106 vom 17.4.2001, S. 1), die zuletzt durch die Richtlinie (EU) 2015/412 (ABl. L 68 vom 13.3.2015, S. 1) geändert worden ist, einzureichen:

1. eine Darlegung und Bewertung der Risiken für die Gesundheit nicht betroffener Personen und die Umwelt sowie eine Darlegung der vorgesehenen Vorkehrungen,

2. Informationen über den gentechnisch veränderten Organismus, über die Bedingungen der klinischen Prüfung und über die den gentechnisch veränderten Organismus möglicherweise aufnehmende Umwelt sowie Informationen über die Wechselwirkungen zwischen dem gentechnisch veränderten Organismus und der Umwelt,

3. einen Beobachtungsplan zur Ermittlung der Auswirkungen auf die Gesundheit nicht betroffener Personen und die Umwelt sowie eine Beschreibung der geplanten Überwachungsmaßnahmen und Angaben über entstehende Reststoffe und ihre Behandlung sowie über Notfallpläne.

[2]Der Sponsor kann insoweit auch auf Unterlagen Bezug nehmen, die ein Dritter in einem vorangegangenen Verfahren vorgelegt hat, sofern es sich nicht um vertrauliche Angaben handelt. [3]Die zuständige Bundesoberbehörde stellt das Benehmen mit dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit her. [4]Die Genehmigung der klinischen Prüfung durch die zuständige Bundesoberbehörde umfasst die Genehmigung der Freisetzung dieser gentechnisch veränderten Organismen im Rahmen der klinischen Prüfung.

(8) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde übermittelt die Entscheidung nach Artikel 8 Absatz 1 Unterabsatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 über das EU-Portal an den Sponsor. [2]Sie ist dabei an den Bewertungsbericht der Ethik-Kommission nach Absatz 5 gebunden. [3]Weicht die Bundesoberbehörde von der Stellungnahme der Ethik-Kommission nach Absatz 4 Satz 2 ab, so bezeichnet sie die zuständige Ethik-Kommission, gibt das Ergebnis der Stellungnahme der Ethik-Kommission wieder und begründet ihr Abweichen von dieser Stellungnahme. [4]In der Begründung kann auf in englischer Sprache abgefasste Bewertungsberichte Bezug genommen werden. [5]Die zuständige Bundesoberbehörde übermittelt die Entscheidung nach Artikel 8 Absatz 2 Unterabsatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014.

Fußnoten

§ 40: IdF d. Art. 2 Nr. 10 iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 40 Abs. 1: IdF d. Art. 3 Nr. 44 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 40a Allgemeine Voraussetzungen für die klinische Prüfung

[1]Über die Voraussetzungen nach der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 hinaus darf eine klinische Prüfung nur durchgeführt werden, solange

1. ein Sponsor oder ein Vertreter des Sponsors bei rein nationalen sowie bei national und in Drittstaaten durchgeführten klinischen Prüfungen vorhanden ist, der seinen Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum hat,

2. die Person, bei der die klinische Prüfung durchgeführt werden soll (betroffene Person) nicht auf gerichtliche oder behördliche Anordnung in einer Anstalt untergebracht ist,

3. für den Fall, dass bei der Durchführung der klinischen Prüfung ein Mensch getötet oder der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt wird, eine Versicherung, die auch Leistungen gewährt, wenn kein anderer für den Schaden haftet, nach folgenden Maßgaben besteht:

   a) die Versicherung muss zugunsten der von der klinischen Prüfung betroffenen Person bei einem in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Versicherer genommen werden,

   b) der Umfang der Versicherung muss in einem angemessenen Verhältnis zu den mit einer klinischen Prüfung verbundenen Risiken stehen und auf der Grundlage der Risikoabschätzung so festgelegt werden, dass für jeden Fall des Todes oder der fortdauern-

den Erwerbsunfähigkeit einer von der klinischen Prüfung betroffenen Person mindestens 500 000 Euro zur Verfügung stehen,

4. nach dem Stand der Wissenschaft im Verhältnis zum Zweck der klinischen Prüfung eines Arzneimittels, das aus einem gentechnisch veränderten Organismus oder einer Kombination von gentechnisch veränderten Organismen besteht oder solche enthält, unvertretbare schädliche Auswirkungen nicht zu erwarten sind auf

   a) die Gesundheit Dritter und

   b) die Umwelt,

5. sie in einer nach Artikel 50 in Verbindung mit Anhang I Nummer 67 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 geeigneten Einrichtung stattfindet.

[2]Bei xenogenen Arzneimitteln müssen die Anforderungen nach Satz 1 Nummer 3 im Hinblick auf eine Versicherung von Drittrisiken erfüllt sein. [3]Einer Versicherung nach Satz 1 Nummer 3 bedarf es nicht bei einer minimalinterventionellen klinischen Prüfung nach Artikel 2 Absatz 2 Nummer 3 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014, soweit eine anderweitige Versicherung für Prüfer und Sponsor besteht. [4]Soweit aus der Versicherung nach Satz 1 Nummer 3 geleistet wird, erlischt ein Anspruch auf Schadensersatz.

Fußnoten

§§ 40a bis 40d: Eingef. durch Art. 2 Nr 11 iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 40a Satz 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 45 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 40b Besondere Voraussetzungen für die klinische Prüfung

(1) Ergänzend zu Artikel 29 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 gelten für die Einwilligung der betroffenen Person oder, falls diese nicht in der Lage ist, eine Einwilligung nach Aufklärung zu erteilen, ihres gesetzlichen Vertreters die Vorgaben nach den Absätzen 2 bis 5.

(2) Die betroffene Person oder, falls diese nicht in der Lage ist, eine Einwilligung nach Aufklärung zu erteilen, ihr gesetzlicher Vertreter ist durch einen Prüfer, der Arzt oder, bei einer zahnmedizinischen Prüfung, Zahnarzt ist, oder durch ein Mitglied des Prüfungsteams, das Arzt oder, bei einer zahnmedizinischen Prüfung, Zahnarzt ist, im Rahmen des Gesprächs nach Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 aufzuklären.

(3) [1]Eine klinische Prüfung darf bei einem Minderjährigen, der in der Lage ist, das Wesen, die Bedeutung und die Tragweite der klinischen Prüfung zu erkennen und seinen Willen hiernach auszurichten, nur durchgeführt werden, wenn auch seine schriftliche Einwilligung nach Aufklärung gemäß Artikel 29 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 zusätzlich zu der schriftlichen Einwilligung, die sein gesetzlicher Vertreter nach Aufklärung erteilt hat, vorliegt. [2]Erklärt ein Minderjähriger, der nicht in der Lage ist, Wesen, Bedeutung und Tragweite der klinischen Prüfung zu erkennen und seinen Willen hiernach auszurichten, nicht an der klinischen Prüfung teilnehmen zu wollen, oder bringt er dies in sonstiger Weise zum Ausdruck, so gilt dies als ausdrücklicher Wunsch im Sinne des Artikels 31 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 536/2014.

(4) Eine klinische Prüfung mit einer Person, die nicht in der Lage ist, Wesen, Bedeutung und Tragweite der klinischen Prüfung zu erkennen und ihren Willen hiernach auszurichten, darf nur durchgeführt werden, wenn

1. die Voraussetzungen des Artikels 31 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 und

2. die Voraussetzungen des Artikels 31 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014

vorliegen.

[1]Erklärt eine Person, die nicht in der Lage ist, Wesen, Bedeutung und Tragweite der klinischen Prüfung zu erkennen und ihren Willen hiernach auszurichten, nicht an der klinischen Prüfung teilnehmen zu wollen, oder bringt sie dies in sonstiger Weise zum Ausdruck, so gilt dies als ausdrücklicher Wunsch im Sin-

ne des Artikels 31 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 536/2014. [2]Bei einer volljährigen Person, die nicht in der Lage ist, Wesen, Bedeutung und Tragweite der klinischen Prüfung zu erkennen und ihren Willen hiernach auszurichten, darf eine klinische Prüfung im Sinne des Artikels 31 Absatz 1 Buchstabe g Ziffer ii der Verordnung (EU) Nr. 536/2014, die ausschließlich einen Nutzen für die repräsentierte Bevölkerungsgruppe, zu der die betroffene Person gehört, zur Folge haben wird (gruppennützige klinische Prüfung), nur durchgeführt werden, soweit die betroffene Person als einwilligungsfähige volljährige Person für den Fall ihrer Einwilligungsunfähigkeit schriftlich nach ärztlicher Aufklärung festgelegt hat, dass sie in bestimmte, zum Zeitpunkt der Festlegung noch nicht unmittelbar bevorstehende gruppennützige klinische Prüfungen einwilligt. [3]Der Betreuer prüft, ob diese Festlegungen auf die aktuelle Situation zutreffen. [4]Die Erklärung kann jederzeit formlos widerrufen werden. [5]§ 1827 Absatz 1, 4 und 5 des Bürgerlichen Gesetzbuches gilt im Übrigen entsprechend. [6]Die betroffene Person ist über sämtliche für die Einwilligung wesentlichen Umstände aufzuklären. [7]Dazu gehören insbesondere die Aufklärung über das Wesen, die Ziele, den Nutzen, die Folgen, die Risiken und die Nachteile klinischer Prüfungen, die unter den Bedingungen des Artikels 31 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 stattfinden, sowie die in Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe a Ziffer ii und iv der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 angeführten Inhalte. [8]Bei Minderjährigen, für die nach Erreichen der Volljährigkeit Satz 1 gelten würde, darf eine solche gruppennützige klinische Prüfung nicht durchgeführt werden.

(5) Eine klinische Prüfung darf in Notfällen nur durchgeführt werden, wenn die Voraussetzungen des Artikels 35 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 vorliegen.

(6) [1]Die betroffene Person oder, falls diese nicht in der Lage ist, eine Einwilligung nach Aufklärung zu erteilen, ihr gesetzlicher Vertreter muss ausdrücklich und entweder schriftlich oder elektronisch in die Verarbeitung von personenbezogenen Daten, insbesondere von Gesundheitsdaten, einwilligen. [2]Sie ist über Zweck und Umfang der Verarbeitung dieser Daten aufzuklären. [3]Sie ist insbesondere darüber zu informieren, dass

1. die erhobenen Daten, soweit erforderlich,

    a) zur Einsichtnahme durch die Überwachungsbehörde oder Beauftragte des Sponsors zur Überprüfung der ordnungsgemäßen Durchführung der klinischen Prüfung bereitgehalten werden,

    b) pseudonymisiert an den Sponsor oder eine von diesem beauftragte Stelle zum Zwecke der wissenschaftlichen Auswertung weitergegeben werden,

    c) im Fall eines Antrags auf Zulassung pseudonymisiert an den Antragsteller und die für die Zulassung zuständige Behörde weitergegeben werden,

    d) im Fall unerwünschter Ereignisse und schwerwiegender unerwünschter Ereignisse nach Artikel 41 Absatz 1, 2 und 4 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 pseudonymisiert vom Prüfer an den Sponsor weitergegeben werden,

    e) im Fall mutmaßlicher unerwarteter schwerwiegender Nebenwirkungen nach Artikel 42 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 pseudonymisiert vom Sponsor an die Datenbank nach Artikel 40 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 weitergegeben werden,

    f) im Fall unerwarteter Ereignisse nach Artikel 53 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 pseudonymisiert vom Sponsor an das EU-Portal weitergegeben werden,

2. im Fall eines Widerrufs der nach Satz 1 und Absatz 1 erklärten Einwilligungen die gespeicherten Daten weiterhin verarbeitet werden dürfen, soweit dies erforderlich ist, um

    a) Wirkungen des zu prüfenden Arzneimittels festzustellen,

    b) sicherzustellen, dass schutzwürdige Interessen der betroffenen Person nicht beeinträchtigt werden,

    c) der Pflicht zur Vorlage vollständiger Zulassungsunterlagen zu genügen,

3. die Daten bei Prüfer und Sponsor für die aufgrund des Artikels 58 Unterabsatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 bestimmte Frist gespeichert werden.

(7) Die Kontaktstelle im Sinne des Artikels 28 Absatz 1 Buchstabe g der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 ist bei der nach § 77 zuständigen Bundesoberbehörde einzurichten.

Fußnoten

§§ 40a bis 40d: Eingef. durch Art. 2 Nr 11 iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 40b Abs. 4 Satz 6: IdF. d. Art. 14 G v. 24.6.2022 I 959 mWv 1.1.2023
Art. 2 Nr. 11 bzgl. des § 40b Abs. 6 Satz 1 idF d. Art. 19 Nr. 1 G v. 20.11.2019 I 1626 (vgl. hierzu Fußnote unten),
Art. 2 Nr. 11 bzgl. des § 40b Abs. 6 Satz 2 idF d. Art. 19 Nr. 2 G v. 20.11.2019 I 1626 (vgl. hierzu Fußnote unten),
Art. 2 Nr. 11 bzgl. des § 40b Abs. 6 Satz 3 Eingangssatz idF d. Art. 19 Nr. 3 G v. 20.11.2019 I 1626 (vgl. hierzu Fußnote unten);
§ 40b Abs. 6 Satz 1: IdF d. Art. 2 Nr 11 G v. 20.12.2016 I 3048, dieser idF d. Art. 19 Nr. 1 G v. 20.11.2019 I 1626 iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 40b Abs. 6 Satz 2: IdF d. Art. 2 Nr 11 G v. 20.12.2016 I 3048, dieser idF d. Art. 19 Nr. 2 G v. 20.11.2019 I 1626 iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 40b Abs. 6 Satz 3 Nr. 2 Eingangssatz: IdF d. Art. 2 Nr 11 G v. 20.12.2016 I 3048, dieser idF d. Art. 2 Nr. 11 idF d. Art. 19 Nr. 3 G v. 20.11.2019 I 1626 iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022

§ 40c Verfahren bei Hinzufügung eines Mitgliedstaates, bei Änderungen sowie bei Bewertungsverfahren

(1) Für die Verfahren zur späteren Hinzufügung eines zusätzlichen betroffenen Mitgliedstaates der Europäischen Union nach Artikel 14 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 und zur Genehmigung einer wesentlichen Änderung einer klinischen Prüfung nach den Artikeln 15 bis 24 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 gelten die §§ 40 bis 40b entsprechend.

(2) Im Rahmen des Bewertungsverfahrens nach Artikel 44 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 wird die Bewertung der zuständigen Ethik-Kommission einbezogen.

(3) [1]Änderungen einer von der zuständigen Bundesoberbehörde genehmigten klinischen Prüfung mit Arzneimitteln, die aus gentechnisch veränderten Organismen bestehen oder diese enthalten und die geeignet sind, die Risikobewertung für die Gesundheit nicht betroffener Personen und die Umwelt zu verändern, darf der Sponsor nur vornehmen, wenn diese Änderungen von der zuständigen Bundesoberbehörde genehmigt wurden. [2]Die Genehmigung ist bei der zuständigen Bundesoberbehörde zu beantragen. [3]Der Antrag ist zu begründen.

Fußnoten

§§ 40a bis 40d: Eingef. durch Art. 2 Nr 11 iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022

§ 40d Besondere Pflichten des Prüfers, des Sponsors und der zuständigen Bundesoberbehörde

Bei klinischen Prüfungen mit Arzneimitteln, die aus einem gentechnisch veränderten Organismus oder einer Kombination von gentechnisch veränderten Organismen bestehen oder die solche Organismen enthalten,

1. treffen der Sponsor und der Prüfer unabhängig vom Vorliegen einer Genehmigung nach § 40c Absatz 3 alle Maßnahmen, die zum Schutz der Gesundheit nicht betroffener Personen und der Umwelt vor unmittelbarer Gefahr geboten sind;

2. unterrichtet der Prüfer den Sponsor unverzüglich über Beobachtungen von in der Risikobewertung nicht vorgesehenen etwaigen schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit nicht betroffener Personen und die Umwelt;

3. teilt der Sponsor der zuständigen Bundesoberbehörde unverzüglich alle ihm bekannt gewordenen neuen Informationen über Gefahren für die Gesundheit nicht betroffener Personen und für die Umwelt mit;

4. informiert der Sponsor die zuständige Bundesoberbehörde unmittelbar nach Abschluss der klinischen Prüfung über die Ergebnisse in Bezug auf die Gefahren für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt;

5. unterrichtet die zuständige Bundesoberbehörde die Öffentlichkeit über den hinreichenden Verdacht einer Gefahr für die Gesundheit Dritter oder für die Umwelt in ihrem Wirkungsgefüge einschließlich der zu treffenden Vorsichtsmaßnahmen; wird die Genehmigung zurückgenommen oder widerrufen, das befristete Ruhen der Genehmigung oder eine Änderung der Bedingungen für die klinische Prüfung angeordnet und ist diese Maßnahme unanfechtbar geworden oder sofort vollziehbar, so soll die Öffentlichkeit von der zuständigen Bundesoberbehörde auch hierüber unterrichtet werden; die §§ 17a und 28a Absatz 2 Satz 2 und 3, Absatz 3 und 4 des Gentechnikgesetzes gelten entsprechend.

Fußnoten

§§ 40a bis 40d: Eingef. durch Art. 2 Nr 11 iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022

§ 41 Stellungnahme der Ethik-Kommission

(1) Die Stellungnahme der Ethik-Kommission nach § 40 Absatz 4 Satz 2 muss ein klares Votum im Sinne einer Zustimmung, einer Zustimmung mit Auflagen im Sinne des Artikels 8 Absatz 1 Unterabsatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 oder einer Ablehnung der Vertretbarkeit der Durchführung der klinischen Prüfung sowie eine entsprechende Begründung enthalten.

(2) [1]Die Ethik-Kommission kann eigene wissenschaftliche Erkenntnisse verwerten, Sachverständige hinzuziehen oder Gutachten von Sachverständigen anfordern. [2]Sie hat Sachverständige beizuziehen oder Gutachten anzufordern, wenn es sich um eine klinische Prüfung von xenogenen Arzneimitteln oder Gentherapeutika handelt.

(2a) Soweit es zur ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben nach der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 und nach dem Arzneimittelgesetz erforderlich ist, können sich die registrierten Ethik-Kommissionen untereinander und mit den für den Vollzug des Arzneimittelgesetzes zuständigen Behörden und Stellen die für diese Aufgaben erforderlichen personenbezogenen Daten der Prüfer und anderer an der Durchführung der klinischen Prüfung mitwirkender Personen im Sinne des Artikels 49 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 übermitteln.

(3) [1]Die Stellungnahme ist von den zuständigen Bundesoberbehörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 40 Absatz 4 Satz 1 maßgeblich zu berücksichtigen. [2]Weicht die zuständige Bundesoberbehörde von dem Votum der Ethik-Kommission ab, so hat sie dies gegenüber der Ethik-Kommission schriftlich zu begründen.

Fußnoten

§ 41: IdF d. Art. 2 Nr. 12 iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022

§ 41a Registrierungsverfahren für Ethik-Kommissionen

(1) An dem Verfahren zur Bewertung eines Antrags auf Genehmigung einer klinischen Prüfung nach der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 dürfen nur öffentlich-rechtliche Ethik-Kommissionen der Länder teilnehmen, die nach Landesrecht für die Prüfung und Bewertung klinischer Prüfungen zuständig sind und nach den Absätzen 2 bis 5 registriert sind.

(2) Der Antrag auf Registrierung ist vom jeweiligen Träger der öffentlich-rechtlichen Ethik-Kommissionen der Länder bei dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte zu stellen.

(3) Im Einvernehmen mit dem Paul-Ehrlich-Institut genehmigt das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte den Antrag auf Registrierung, wenn folgende Voraussetzungen durch geeignete Unterlagen nachgewiesen werden:

1. die erforderliche aktuelle wissenschaftliche Expertise der Mitglieder sowie der externen Sachverständigen,
2. die interdisziplinäre Zusammensetzung der Ethik-Kommission unter Beteiligung von je mindestens einem Juristen, einer Person mit wissenschaftlicher oder beruflicher Erfahrung auf dem Gebiet der Ethik in der Medizin, einer Person mit Erfahrung auf dem Gebiet der Versuchsplanung und Statistik, drei Ärzten, die über Erfahrungen in der klinischen Medizin verfügen, davon ein Facharzt für klinische Pharmakologie oder für Pharmakologie und Toxikologie, sowie einem Laien,
3. der Ethik-Kommission gehören weibliche und männliche Mitglieder an und bei der Auswahl der Mitglieder und externen Sachverständigen werden Frauen und Männer mit dem Ziel der gleichberechtigten Teilhabe gleichermaßen berücksichtigt,
4. eine Geschäftsordnung, die insbesondere verpflichtende Regelungen zur Arbeitsweise der Ethik-Kommission trifft; dazu gehören insbesondere Regelungen zur Geschäftsführung, zum Vorsitz, zur Vorbereitung von Beschlüssen, zur Beschlussfassung sowie zur Ehrenamtlichkeit und Verschwiegenheitspflicht der Mitglieder und externen Sachverständigen,
5. eine Geschäftsstelle mit dem für die Organisation der Aufgaben der Ethik-Kommission erforderlichen qualifizierten Personal,
6. eine sachliche Ausstattung, die es ermöglicht, kurzfristig Abstimmungsverfahren durchzuführen und fristgerecht Stellungnahmen und Bewertungsberichte zu erstellen,
7. die Ethik-Kommission holt zu jedem Antrag Unabhängigkeitserklärungen der beteiligten Mitglieder und externen Sachverständigen ein, die beinhalten, dass diese keine finanziellen oder persönlichen Interessen, die Auswirkungen auf ihre Unparteilichkeit haben könnten, haben.

(4) Registrierte Ethik-Kommissionen teilen dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte Änderungen, die die Voraussetzungen der Registrierung betreffen, unverzüglich mit.

(5) Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte kann im Einvernehmen mit dem Paul-Ehrlich-Institut das Ruhen der Registrierung anordnen oder die Registrierung aufheben, wenn bekannt wird, dass die Voraussetzungen zur Registrierung nicht oder nicht mehr vorliegen oder wenn ein Verstoß gegen die nach § 41b Absatz 1 festgelegte Verfahrensordnung vorliegt.

(6) [1]Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte veröffentlicht eine Liste der registrierten Ethik-Kommissionen im Bundesanzeiger. [2]Personenbezogene Daten dürfen nur mit Einwilligung der jeweiligen Person veröffentlicht werden. [3]Die Liste ist regelmäßig zu aktualisieren.

Fußnoten

§§ 41a bis 41c: Eingef. durch Art. 1 Nr. 8 G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 41a Abs. 1: IdF d. Art. 2 Nr. 13 iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022 u. d. Art. 3 Nr. 46 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 41b Verfahrensordnung und Geschäftsverteilungsplan

(1) [1]Das Bundesministerium erstellt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates eine Verfahrensordnung über die Zusammenarbeit der Bundesoberbehörden und der registrierten Ethik-Kommissionen bei der Bearbeitung von Anträgen auf die Genehmigung von klinischen Prüfungen nach der Verordnung (EU) Nr. 536/2014. [2]In der Verfahrensordnung werden insbesondere die Einzelheiten des Registrierungsverfahrens, die Fristen für die Stellungnahmen der registrierten Ethik-Kommissionen, die festen Gebührensätze oder Rahmensätze jeweils nach dem Personal- und Sachaufwand für die Stel-

lungnahmen und Bewertungsberichte der registrierten Ethik-Kommissionen, die Kriterien für einen Geschäftsverteilungsplan einschließlich der für die Verteilung der zu bearbeitenden Anträge maßgeblichen Faktoren sowie die Zuständigkeiten bestimmt, vom Sponsor zusätzliche Informationen nach der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 zu ersuchen.

(2) [1]Die bis zum 30. September 2017 registrierten Ethik-Kommissionen oder eine von ihnen benannte Stelle erlassen bis zum 1. Januar 2018 einen gemeinsamen Geschäftsverteilungsplan für alle registrierten Ethik-Kommissionen. [2]Dieser ist jährlich zum 1. Januar zu aktualisieren. [3]Der Geschäftsverteilungsplan kann in besonderen Fällen abweichend von Satz 2 aktualisiert und geändert werden. [4]Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte veröffentlicht den jeweils aktuellen Geschäftsverteilungsplan. [5]Personenbezogene Daten dürfen nur mit Einwilligung der jeweiligen Person veröffentlicht werden.

Fußnoten

§§ 41a bis 41c: Eingef. durch Art. 1 Nr. 8 G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016

§ 41c Verordnungsermächtigung

[1]Das Bundesministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, eine Bundes-Ethik-Kommission bei dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte und dem Paul-Ehrlich-Institut einzurichten, wenn dies erforderlich ist, um die Bearbeitung der in der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 geregelten Verfahren sicherzustellen. [2]Für die Bundes-Ethik-Kommission gelten die Vorgaben dieses Abschnitts mit der Maßgabe, dass die Bundes-Ethik-Kommission als registriert gilt, entsprechend.

Fußnoten

§§ 41a bis 41c: Eingef. durch Art. 1 Nr. 8 G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016

§ 42 Korrekturmaßnahmen

(1) Die zuständige Bundesoberbehörde ergreift die in Artikel 77 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 genannten Korrekturmaßnahmen nach Maßgabe der folgenden Absätze.

(2) [1]Die Genehmigung einer klinischen Prüfung ist zurückzunehmen, wenn bekannt wird, dass die Voraussetzungen der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 oder die Voraussetzungen des § 40a oder des § 40b Absatz 2 bis 6 bei der Erteilung der Genehmigung nicht vorlagen. [2]In diesem Fall kann auch das Ruhen der Genehmigung befristet angeordnet werden.

(3) [1]Die Genehmigung ist zu widerrufen, wenn bekannt wird, dass die in Absatz 2 genannten Voraussetzungen nicht mehr vorliegen. [2]Die Genehmigung kann widerrufen werden, wenn die Gegebenheiten der klinischen Prüfung nicht mit den Angaben im Genehmigungsantrag übereinstimmen oder wenn Tatsachen Anlass zu Zweifeln an der Unbedenklichkeit oder der wissenschaftlichen Grundlage der klinischen Prüfung geben. [3]In den Fällen der Sätze 1 und 2 kann auch das Ruhen der Genehmigung befristet angeordnet werden.

(4) [1]Wenn der zuständigen Bundesoberbehörde im Rahmen ihrer Tätigkeit Tatsachen bekannt werden, die die Annahme rechtfertigen, dass die Voraussetzungen der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 oder des § 40a oder des § 40b Absatz 2 bis 6 nicht mehr vorliegen, kann sie den Sponsor dazu auffordern, Aspekte der klinischen Prüfung zu ändern. [2]Maßnahmen der zuständigen Überwachungsbehörde gemäß § 69 bleiben davon unberührt.

(5) [1]In den Fällen der Absätze 2 bis 4 nimmt die zuständige Ethik-Kommission vor der Entscheidung der zuständigen Bundesoberbehörde Stellung, es sei denn, es ist Gefahr im Verzug. [2]Soll die Korrekturmaßnahme aufgrund des Fehlens von Voraussetzungen nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a, b und e der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 oder von Voraussetzungen nach § 40a Satz 1 Nummer 4 oder nach § 40b Absatz 4 Satz 3 ergehen, so gilt § 41 Absatz 3 Satz 1 entsprechend. [3]Soll die Korrekturmaßnahme aufgrund des Fehlens von Voraussetzungen nach Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 oder von Voraussetzungen nach § 40a Satz 1 Nummer 2, 3 und 5, Satz 2 und 3 oder nach § 40b Absatz 2, 3, 4 Satz

1, 2 und 9, Absatz 5 und 6 ergehen, so ist die Bundesoberbehörde an die Stellungnahme der Ethik-Kommission gebunden.

(6) Ist die Genehmigung einer klinischen Prüfung zurückgenommen oder widerrufen oder ruht sie, so darf die klinische Prüfung nicht fortgesetzt werden.

(7) Die zuständige Bundesoberbehörde kann die sofortige Unterbrechung der klinischen Prüfung anordnen; in diesem Fall übermittelt sie diese Anordnung unverzüglich dem Sponsor.

(8) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen den Widerruf, die Rücknahme, die Anordnung des Ruhens der Genehmigung, die Anordnung der sofortigen Unterbrechung der klinischen Prüfung sowie gegen Anordnungen nach Absatz 4 haben keine aufschiebende Wirkung.

Fußnoten

§§ 42 u. 42a: IdF d. Art. 2 Nr. 14 iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022

§ 42a Datenschutz

Personenbezogene Daten sind vor ihrer Übermittlung nach Artikel 41 Absatz 2 und 4 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 durch den Prüfer oder nach Artikel 42 oder Artikel 53 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 durch den Sponsor unter Verwendung des Identifizierungscodes der betroffenen Person zu pseudonymisieren.

Fußnoten

§§ 42 u. 42a: IdF d. Art. 2 Nr. 14 iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022

§ 42b Veröffentlichung der Ergebnisse klinischer Prüfungen

(1) [1]Pharmazeutische Unternehmer, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes ein Arzneimittel in den Verkehr bringen, das der Pflicht zur Zulassung oder Genehmigung für das Inverkehrbringen unterliegt, haben Berichte über alle Ergebnisse konfirmatorischer klinischer Prüfungen in Drittstaaten zum Nachweis der Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der zuständigen Bundesoberbehörde zur Eingabe in die Datenbank nach § 67a Absatz 2 zur Verfügung zu stellen. [2]Diese Berichte sind innerhalb von sechs Monaten nach Erteilung oder Änderung, soweit die Änderung auf konfirmatorischen klinischen Prüfungen beruht, der Zulassung oder der Genehmigung für das Inverkehrbringen zur Verfügung zu stellen.

(2) [1]Die Berichte nach Absatz 1 müssen alle Ergebnisse der klinischen Prüfungen unabhängig davon, ob sie günstig oder ungünstig sind, enthalten. [2]Es sind ferner Aussagen zu nachträglichen wesentlichen Prüfplanänderungen sowie Unterbrechungen und Abbrüchen der klinischen Prüfung in den Bericht aufzunehmen. [3]Im Übrigen ist der Ergebnisbericht gemäß den Anforderungen der Guten Klinischen Praxis abzufassen. [4]Mit Ausnahme des Namens und der Anschrift des pharmazeutischen Unternehmers oder des Sponsors sowie der Angabe des Namens und der Anschrift von Prüfärzten dürfen die Berichte nach Satz 1 keine personenbezogenen, insbesondere patientenbezogenen Daten enthalten. [5]Der Bericht kann in deutscher oder englischer Sprache verfasst sein. [6]§ 63b Absatz 3 Satz 1 ist nicht anzuwenden. [7]Die Vorschriften zum Schutz des geistigen Eigentums und zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen bleiben ebenso wie die §§ 24a und 24b unberührt.

Fußnoten

§ 42b: Eingef. durch Art. 7 Nr. 5 G v. 22.12.2010 I 2262 mWv 1.1.2011
§ 42b Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 2 Nr. 15 Buchst. a iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048, dieser idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022 u. d. Art. 3 Nr. 47 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 42b Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 39 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 1 Nr. 3 G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023
§ 42b Abs. 2: Früherer Abs. 2 aufgeh., früherer Abs. 3 jetzt Abs. 2 gem. Art. 2 Nr. 15 Buchst. b u. c iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048, dieser idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022

§ 42b Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 2 Nr. 15 Buchst. d iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048, dieser idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 42b Abs. 2 Satz 4: IdF d. Art. 1 Nr. 12 G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019; gem. Art. 18 Nr. 3 G v. 20.11.2019 I 1626 werden mWv 26.11.2019 die Wörter "nach § 4a des Bundesdatenschutzgesetzes einwilligender Prüfärzte" durch die Wörter "Prüfärzten, deren Einwilligung vorliegt," ersetzt. Wegen textlicher Unstimmigkeit ist die Änderungsanweisung nicht ausführbar!
§ 42b Abs. 2 (früher Abs. 3) Satz 6: IdF d. Art. 1 Nr. 39 Buchst. c G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012

§ 42c Inspektionen

[1]Die folgenden Inspektionen nach Artikel 78 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 werden durch die zuständige Bundesoberbehörde durchgeführt:

1. Inspektionen zur Überprüfung der Übereinstimmung der klinischen Prüfung mit
   a) den Angaben und Unterlagen der Genehmigung,
   b) den Angaben eines Zulassungsantrags nach der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 oder
   c) den Unterlagen nach § 22 Absatz 2 Nummer 3,
2. Inspektionen in Drittstaaten,
3. Inspektionen zur Überprüfung der Meldepflicht nach Artikel 52 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 sowie
4. Inspektionen zur Entscheidung über Maßnahmen nach Artikel 77 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014, die die Genehmigung einer klinischen Prüfung betreffen.

[2]Alle anderen Inspektionen nach Artikel 78 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 zur Überwachung der Einhaltung der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 werden durch die zuständige Behörde durchgeführt. [3]Soweit in Durchführungsrechtsakten nach Artikel 78 Absatz 7 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 nicht anders bestimmt, hat die Bundesoberbehörde zur Durchführung der Inspektion die Befugnisse nach § 64 Absatz 4 Nummer 1 bis 3 und Absatz 4a, die im Benehmen mit der zuständigen Behörde ausgeübt werden. [4]Die zuständige Behörde hat zur Durchführung der Inspektion die Befugnisse nach § 64 Absatz 4 und 4a. [5]Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Absatz 1 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

Fußnoten

§ 42c: IdF d. Art. 2 Nr. 15a iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022

Siebter Abschnitt Abgabe von Arzneimitteln

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 43 Apothekenpflicht

(1) [1]Arzneimittel, die nicht durch die Vorschriften des § 44 oder der nach § 45 Abs. 1 erlassenen Rechtsverordnung für den Verkehr außerhalb der Apotheken freigegeben sind, dürfen außer in den Fällen des § 47 berufs- oder gewerbsmäßig für den Endverbrauch nur in Apotheken und ohne behördliche Erlaubnis nicht im Wege des Versandes in den Verkehr gebracht werden; das Nähere regelt das Apothekengesetz. [2]Außerhalb der Apotheken darf außer in den Fällen des § 47 Abs. 1 mit den nach Satz 1 den Apotheken vorbehaltenen Arzneimitteln kein Handel getrieben werden. [3]Die Angaben über die Ausstellung oder Änderung einer Erlaubnis zum Versand von Arzneimitteln nach Satz 1 sind in die Datenbank nach § 67a einzugeben.

(2) Die nach Absatz 1 Satz 1 den Apotheken vorbehaltenen Arzneimittel dürfen von juristischen Personen, von Vereinen, die nicht durch Eintragung in das Vereinsregister Rechtspersönlichkeit erlangt haben, und von Personengesellschaften an ihre Mitglieder nicht abgegeben werden, es sei denn, dass es sich bei den Mitgliedern um Apotheken oder um die in § 47 Abs. 1 genannten Personen und Einrichtungen handelt und die Abgabe unter den dort bezeichneten Voraussetzungen erfolgt.

(3) Auf Verschreibung dürfen Arzneimittel nur von Apotheken abgegeben werden.

(3a) [1]Abweichend von den Absätzen 1 bis 3 dürfen ärztliche Einrichtungen, die auf die Behandlung von Gerinnungsstörungen bei Hämophilie spezialisiert sind, in ihren Räumlichkeiten einen Vorrat an Arzneimitteln zur spezifischen Therapie von Gerinnungsstörungen bei Hämophilie für den unvorhersehbaren und dringenden Bedarf (Notfallvorrat) bereithalten. [2]Im Rahmen der Notfallversorgung darf ein hämostaseologisch qualifizierter Arzt Arzneimittel aus dem Notfallvorrat nach Satz 1 an Patienten oder Einrichtungen der Krankenversorgung abgeben.

(4) (weggefallen)

(5) (weggefallen)

(6) (weggefallen)

Fußnoten

§ 43: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 43 Überschrift: IdF d. Art. 3 Nr. 48 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 43 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 48 Buchst. b DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 43 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 3 Nr. 48 Buchst. b DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 43 Abs. 1 Satz 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 46 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 43 Abs. 2: IdF d. Art. 10 Nr. 2 G v. 10.8.2021 I 3436 mWv 1.1.2024
§ 43 Abs. 3: Früherer Satz 2 aufgeh., früherer Satz 1 jetzt einziger Text gem. u. idF d. Art. 3 Nr. 48 Buchst. c DBuchst. aa u. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 43 Abs. 3a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 13 G v. 9.8.2019 I 1202 iVm Art. 21 Abs. 3 G v. 9.8.2019 I 1202, dieser idF d. Art. 6 Nr. 2 Buchst. b G v. 12.12.2019 I 2494 u. d. Art. 12 Nr. 2 G v. 19.5.2020 I 1018 mWv 1.9.2020
§ 43 Abs. 5 Satz 3 bis 5: Eingef. durch Art. 1 Nr. 14 G v. 25.5.2011 I 946 mWv 31.5.2011
§ 43 Abs. 4 bis 6: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 48 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.202

§ 44 Ausnahme von der Apothekenpflicht

(1) Arzneimittel, die von dem pharmazeutischen Unternehmer ausschließlich zu anderen Zwecken als zur Beseitigung oder Linderung von Krankheiten, Leiden, Körperschäden oder krankhaften Beschwerden zu dienen bestimmt sind, sind für den Verkehr außerhalb der Apotheken freigegeben.

(2) Ferner sind für den Verkehr außerhalb der Apotheken freigegeben:

1.
   a) natürliche Heilwässer sowie deren Salze, auch als Tabletten oder Pastillen,
   b) künstliche Heilwässer sowie deren Salze, auch als Tabletten oder Pastillen, jedoch nur, wenn sie in ihrer Zusammensetzung natürlichen Heilwässern entsprechen,

2. Heilerde, Bademoore und andere Peloide, Zubereitungen zur Herstellung von Bädern, Seifen zum äußeren Gebrauch,

3. mit ihren verkehrsüblichen deutschen Namen bezeichnete
   a) Pflanzen und Pflanzenteile, auch zerkleinert,
   b) Mischungen aus ganzen oder geschnittenen Pflanzen oder Pflanzenteilen als Fertigarzneimittel,
   c) Destillate aus Pflanzen und Pflanzenteilen,

d) Presssäfte aus frischen Pflanzen und Pflanzenteilen, sofern sie ohne Lösungsmittel mit Ausnahme von Wasser hergestellt sind,

4. Pflaster,

5. ausschließlich oder überwiegend zum äußeren Gebrauch bestimmte Desinfektionsmittel sowie Mund- und Rachendesinfektionsmittel.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Arzneimittel, die

1. der Verschreibungspflicht nach § 48 unterliegen oder

2. durch Rechtsverordnung nach § 46 vom Verkehr außerhalb der Apotheken ausgeschlossen sind.

Fußnoten

§ 44: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 44 Abs. 3 Nr. 1: IdF d. Art. 3 Nr. 49 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 45 Ermächtigung zu weiteren Ausnahmen von der Apothekenpflicht

(1) Das Bundesministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie nach Anhörung von Sachverständigen durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Stoffe, Zubereitungen aus Stoffen oder Gegenstände, die dazu bestimmt sind, teilweise oder ausschließlich zur Beseitigung oder Linderung von Krankheiten, Leiden, Körperschäden oder krankhaften Beschwerden zu dienen, für den Verkehr außerhalb der Apotheken freizugeben,

1. soweit sie nicht der Verschreibungspflicht nach § 48 unterliegen,

2. soweit sie nicht wegen ihrer Zusammensetzung oder Wirkung die Prüfung, Aufbewahrung und Abgabe durch eine Apotheke erfordern,

3. soweit nicht durch ihre Freigabe eine unmittelbare oder mittelbare Gefährdung der menschlichen Gesundheit, insbesondere durch unsachgemäße Behandlung, zu befürchten ist oder

4. soweit nicht durch ihre Freigabe die ordnungsgemäße Arzneimittelversorgung gefährdet wird.

(2) Die Freigabe kann auf Fertigarzneimittel, auf bestimmte Dosierungen, Anwendungsgebiete oder Darreichungsformen beschränkt werden.

(3) Die Rechtsverordnung ergeht im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, soweit es sich um radioaktive Arzneimittel und um Arzneimittel handelt, bei deren Herstellung ionisierende Strahlen verwendet werden.

Fußnoten

§ 45: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 45 Abs. 1 (früher Satz 1): IdF d. Art. 52 Nr. 9 Buchst. a DBuchst. aa V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015; früherer Satz 2 aufgeh., früherer Satz 1 jetzt einziger Text gem. Art. 3 Nr. 50 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 45 Abs. 1 Nr. 1 (früher Satz 1 Nr. 1): IdF d. d. Art. 3 Nr. 50 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022 % § 45 Abs. 1 Nr. 3 (früherSatz 1 Nr. 3): IdF d. d. Art. 3 Nr. 50 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 45 Abs. 3: IdF d. Art. 52 Nr. 9 Buchst. b V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015 u. d. Art. 94 Nr. 1 V v. 19.6.2020 I 1328 mWv 27.6.2020

§ 46 Ermächtigung zur Ausweitung der Apothekenpflicht

(1) Das Bundesministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie nach Anhörung von Sachverständigen durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Arzneimittel im Sinne des § 44 vom Verkehr außerhalb der Apotheken auszuschließen, soweit auch bei bestimmungsgemäßem oder bei gewohnheitsmäßigem Gebrauch eine unmittelbare oder mittelbare Gefährdung der menschlichen Gesundheit zu befürchten ist.

(2) Die Rechtsverordnung nach Absatz 1 kann auf bestimmte Dosierungen, Anwendungsgebiete oder Darreichungsformen beschränkt werden.

(3) Die Rechtsverordnung ergeht im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, soweit es sich um radioaktive Arzneimittel und um Arzneimittel handelt, bei deren Herstellung ionisierende Strahlen verwendet werden.

Fußnoten

§ 46: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 46 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 52 Nr. 10 Buchst. a DBuchst. aa V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015; früherer Satz 2 aufgeh., früherer Satz 1 jetzt einziger Text gem. u. idF d. Art. 3 Nr. 51 Buchst. a u. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 46 Abs. 3: IdF d. Art. 52 Nr. 10 Buchst. b V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015 u. d. Art. 94 Nr. 1 V v. 19.6.2020 I 1328 mWv 27.6.2020

§ 47 Vertriebsweg

(1) Pharmazeutische Unternehmer und Großhändler dürfen Arzneimittel, deren Abgabe den Apotheken vorbehalten ist, außer an Apotheken nur abgeben an

1. andere pharmazeutische Unternehmer und Großhändler,
2. Krankenhäuser und Ärzte, soweit es sich handelt um
   a) aus menschlichem Blut gewonnene Blutzubereitungen mit Ausnahme von Gerinnungsfaktorenzubereitungen,
   b) Gewebezubereitungen oder tierisches Gewebe,
   c) Infusionslösungen in Behältnissen mit mindestens 500 ml, die zum Ersatz oder zur Korrektur von Körperflüssigkeit bestimmt sind, sowie Lösungen zur Hämodialyse und Peritonealdialyse, die, soweit es sich um Lösungen zur Peritonealdialyse handelt, auf Verschreibung des nephrologisch qualifizierten Arztes im Rahmen der ärztlich kontrollierten Selbstbehandlung seiner Dialysepatienten an diese abgegeben werden dürfen,
   d) Zubereitungen, die ausschließlich dazu bestimmt sind, die Beschaffenheit, den Zustand oder die Funktion des Körpers oder seelische Zustände erkennen zu lassen,
   e) medizinische Gase, bei denen auch die Abgabe an Heilpraktiker zulässig ist,
   f) radioaktive Arzneimittel,
   g) Arzneimittel, die mit dem Hinweis "Zur klinischen Prüfung bestimmt" versehen sind, sofern sie kostenlos zur Verfügung gestellt werden,
   h) Blutegel und Fliegenlarven, bei denen auch die Abgabe an Heilpraktiker zulässig ist, oder
   i) Arzneimittel, die im Falle des § 21 Absatz 2 Nummer 3 zur Verfügung gestellt werden,
3. Krankenhäuser, Gesundheitsämter und Ärzte, soweit es sich um Impfstoffe handelt, die dazu bestimmt sind, bei einer unentgeltlichen auf Grund des § 20 Abs. 5, 6 oder 7 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045) durchgeführten Schutzimpfung angewendet zu werden oder soweit eine Abgabe von Impfstoffen zur Abwendung einer Seuchen- oder Lebensgefahr erforderlich ist,

3a. spezielle Gelbfieber-Impfstellen gemäß § 7 des Gesetzes zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005), soweit es sich um Gelbfieberimpfstoff handelt,

3b. Krankenhäuser und Gesundheitsämter, soweit es sich um Arzneimittel mit antibakterieller oder antiviraler Wirkung handelt, die dazu bestimmt sind, auf Grund des § 20 Abs. 5, 6 oder 7 des Infektionsschutzgesetzes zur spezifischen Prophylaxe gegen übertragbare Krankheiten angewendet zu werden,

3c. Gesundheitsbehörden des Bundes oder der Länder oder von diesen im Einzelfall benannte Stellen, soweit es sich um Arzneimittel handelt, die für den Fall einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit, deren Ausbreitung eine sofortige und das übliche Maß erheblich überschreitende Bereitstellung von spezifischen Arzneimitteln erforderlich macht, bevorratet werden,

4. Veterinärbehörden, soweit es sich um Arzneimittel handelt, die zur Durchführung öffentlich-rechtlicher Maßnahmen bestimmt sind,

5. auf gesetzlicher Grundlage eingerichtete oder im Benehmen mit dem Bundesministerium von der zuständigen Behörde anerkannte zentrale Beschaffungsstellen für Arzneimittel,

5a. durch Landesrecht bestimmte Betreiber der Luftrettung, soweit es sich um aus menschlichem Blut gewonnene Erythrozytenkonzentrate handelt,

6. Tierärzte im Rahmen des Betriebes einer tierärztlichen Hausapotheke, soweit es sich um Fertigarzneimittel handelt, zur Anwendung an den von ihnen behandelten Tieren und zur Abgabe an deren Halter,

7. zur Ausübung der Zahnheilkunde berechtigte Personen, soweit es sich um Fertigarzneimittel, die ausschließlich in der Zahnheilkunde verwendet und bei der Behandlung am Patienten angewendet werden, oder um medizinische Gase handelt,

8. Einrichtungen von Forschung und Wissenschaft, denen eine Erlaubnis nach § 3 des Betäubungsmittelgesetzes erteilt worden ist, die zum Erwerb des betreffenden Arzneimittels berechtigt,

9. Hochschulen, soweit es sich um Arzneimittel handelt, die für die Ausbildung der Studierenden der Pharmazie und der Veterinärmedizin benötigt werden,

10. staatlich anerkannte Lehranstalten für pharmazeutisch-technische Assistentinnen und Assistenten, sofern es sich um Arzneimittel handelt, die für die Ausbildung benötigt werden.

(2) [1]Die in Absatz 1 Nr. 5 bis 9 bezeichneten Empfänger dürfen die Arzneimittel nur für den eigenen Bedarf im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben beziehen. [2]Die in Absatz 1 Nr. 5 bezeichneten zentralen Beschaffungsstellen dürfen nur anerkannt werden, wenn nachgewiesen wird, dass sie unter fachlicher Leitung eines Apothekers stehen und geeignete Räume und Einrichtungen zur Prüfung, Kontrolle und Lagerung der Arzneimittel vorhanden sind.

(3) [1]Pharmazeutische Unternehmer dürfen Muster eines Fertigarzneimittels abgeben oder abgeben lassen an

1. Ärzte oder Zahnärzte,

2. andere Personen, die die Heilkunde oder Zahnheilkunde beim Menschen berufsmäßig ausüben, soweit es sich nicht um verschreibungspflichtige Arzneimittel handelt,

3. Ausbildungsstätten für die humanmedizinischen Heilberufe.

[2]Pharmazeutische Unternehmer dürfen Muster eines Fertigarzneimittels an Ausbildungsstätten für die humanmedizinischen Heilberufe nur in einem dem Zweck der Ausbildung angemessenen Umfang abgeben oder abgeben lassen. [3]Muster dürfen keine Stoffe oder Zubereitungen

1. im Sinne des § 2 des Betäubungsmittelgesetzes, die als solche in Anlage II oder III des Betäubungsmittelgesetzes aufgeführt sind, oder

2. die nach § 48 Absatz 2 Satz 3 nur auf Sonderrezept verschrieben werden dürfen,

enthalten.

(4) [1]Pharmazeutische Unternehmer dürfen Muster eines Fertigarzneimittels an Personen nach Absatz 3 Satz 1 nur auf jeweilige schriftliche oder elektronische Anforderung, in der kleinsten Packungsgröße und in einem Jahr von einem Fertigarzneimittel nicht mehr als zwei Muster abgeben oder abgeben lassen. [2]Mit den Mustern ist die Fachinformation, soweit diese nach § 11a vorgeschrieben ist, zu übersenden. [3]Das Muster dient insbesondere der Information des Arztes über den Gegenstand des Arzneimittels. [4]Über die Empfänger von Mustern sowie über Art, Umfang und Zeitpunkt der Abgabe von Mustern

sind gesondert für jeden Empfänger Nachweise zu führen und auf Verlangen der zuständigen Behörde vorzulegen.

Fußnoten

§ 47: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 47 Abs. 1: Früherer Satz 2 aufgeh., früherer Satz 1 jetzt einziger Text gem. Art. 3 Nr. 52 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 47 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a (früher Satz 1 Nr. 2 Buchst. a): IdF d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. a G v. 9.8.2019 I 1202 iVm Art. 21 Abs. 3 G v. 9.8.2019 I 1202, dieser idF d. Art. 6 Nr. 2 Buchst. b G v. 12.12.2019 I 2494 u. d. Art. 12 Nr. 2 G v. 19.5.2020 I 1018 mWv 1.9.2020
§ 47 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b (früher Satz 1 Nr. 2 Buchst. b): IdF d. Art. 1 Nr. 47 Buchst. a DBuchst. aa G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 47 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. c (früher Satz 1 Nr. 2 Buchst. c): IdF d. Art. 1 Nr. 47 Buchst. a DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 47 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. f (früher Satz 1 Nr. 2 Buchst. f): IdF d. Art. 1 Nr. 47 Buchst. a DBuchst. cc G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 47 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. h (früher Satz 1 Nr. 2 Buchst. h): Eingef. durch Art. 1 Nr. 47 Buchst. a DBuchst. dd G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 47 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. i (früher Satz 1 Nr. 2 Buchst. i): Eingef. durch Art. 1 Nr. 47 Buchst. a DBuchst. dd G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 3 Nr. 52 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 47 Abs. 1 Nr. 3a (früher Satz 1 Nr. 3a): IdF d. Art. 4 Nr. 1 G v. 21.3.2013 I 566 mWv 29.3.2013
§ 47 Abs. 1 Nr. 5a: Eingef. durch Art. 8c G v. 20.12.2022 I 2793 mWv 29.12.2022; idF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. a G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023
§ 47 Abs. 1 Nr. 7: IdF d. Art. 1 Nr. 4 Buchst. b G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023
§ 47 Abs. 1 Nr. 9 (früher Satz 1 Nr. 9): IdF d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. b G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 47 Abs. 1 Nr. 10 (früher Satz 1 Nr. 10): Eingef. durch Art. 1 Nr. 14 Buchst. c G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 47: Abs. 1a bis 1c aufgeh. durch Art. 3 Nr. 52 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 47 Abs. 3 Satz 1 Nrn. 1 bis 3: IdF d. Art. 3 Nr. 52 Buchst. d DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 47 Abs. 3 Satz 2: IdF d. Art. 3 Nr. 52 Buchst. d DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 47 Abs. 3 Satz 3: IdF d. Art. 1 Nr. 47 Buchst. c G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 1 Nr. 2 G v. 10.10.2013 I 3813 mWv 17.10.2014
§ 47 Abs. 4 Satz 1: IdF d. Art. 45 Nr. 1 G v. 29.3.2017 I 626 mWv 5.4.2017

§ 47a Sondervertriebsweg, Nachweispflichten

(1) [1]Pharmazeutische Unternehmer dürfen ein Arzneimittel, das zur Vornahme eines Schwangerschaftsabbruchs zugelassen ist, nur an Einrichtungen im Sinne des § 13 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes vom 27. Juli 1992 (BGBl. I S. 1398), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. August 1995 (BGBl. I S. 1050), und nur auf Verschreibung eines dort behandelnden Arztes abgeben. [2]Andere Personen dürfen die in Satz 1 genannten Arzneimittel nicht in den Verkehr bringen.

(2) [1]Pharmazeutische Unternehmer haben die zur Abgabe bestimmten Packungen der in Absatz 1 Satz 1 genannten Arzneimittel fortlaufend zu nummerieren; ohne diese Kennzeichnung darf das Arzneimittel nicht abgegeben werden. [2]Über die Abgabe haben pharmazeutische Unternehmer, über den Erhalt und die Anwendung haben die Einrichtung und der behandelnde Arzt Nachweise zu führen und diese Nachweise auf Verlangen der zuständigen Behörde zur Einsichtnahme vorzulegen.

(2a) Pharmazeutische Unternehmer sowie die Einrichtung haben die in Absatz 1 Satz 1 genannten Arzneimittel, die sich in ihrem Besitz befinden, gesondert aufzubewahren und gegen unbefugte Entnahme zu sichern.

(3) Die §§ 43 und 47 finden auf die in Absatz 1 Satz 1 genannten Arzneimittel keine Anwendung.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 47b Sondervertriebsweg Diamorphin

(1) [1]Pharmazeutische Unternehmer dürfen ein diamorphinhaltiges Fertigarzneimittel, das zur substitutionsgestützten Behandlung zugelassen ist, nur an anerkannte Einrichtungen im Sinne des § 13 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2a des Betäubungsmittelgesetzes und nur auf Verschreibung eines dort behandelnden Arztes abgeben. [2]Andere Personen dürfen die in Satz 1 genannten Arzneimittel nicht in Verkehr bringen.

(2) Die §§ 43 und 47 finden auf die in Absatz 1 Satz 1 genannten Arzneimittel keine Anwendung.

Fußnoten

§ 47b: Eingef. durch Art. 2 Nr. 2 G v. 15.7.2009 I 1801 mWv 21.7.2009

§ 48 Verschreibungspflicht

(1) [1]Die folgenden Arzneimittel dürfen nur bei Vorliegen einer ärztlichen oder zahnärztlichen Verschreibung oder einer tierärztlichen Verschreibung an Verbraucher abgegeben werden:

1. Arzneimittel, die durch Rechtsverordnung nach Absatz 2, auch in Verbindung mit Absatz 5, bestimmte Stoffe, Zubereitungen aus Stoffen oder Gegenstände sind oder denen solche Stoffe oder Zubereitungen aus Stoffen zugesetzt sind, sowie
2. Arzneimittel, die
   a) Stoffe enthalten, deren Wirkungen in der medizinischen Wissenschaft nicht allgemein bekannt sind,
   b) Zubereitungen von Stoffen im Sinne des Buchstaben a enthalten oder
   c) Zubereitungen aus in ihren Wirkungen allgemein bekannten Stoffen sind, wenn
      aa) die Wirkungen dieser Zubereitungen weder in der medizinischen Wissenschaft allgemein bekannt noch nach Zusammensetzung, Dosierung, Darreichungsform oder Anwendungsgebiet der Zubereitung bestimmbar sind und
      bb) diese Zubereitungen nicht außerhalb der Apotheken abgegeben werden dürfen.

[2]Satz 1 Nummer 1 gilt nicht für die Abgabe durch Apotheken zur Ausstattung der Kauffahrteischiffe im Hinblick auf die Arzneimittel, die auf Grund seearbeitsrechtlicher Vorschriften für den Schutz der Gesundheit der Personen an Bord und deren unverzügliche angemessene medizinische Betreuung an Bord erforderlich sind. [3]An die Stelle der Verschreibungspflicht nach Satz 1 Nummer 2 tritt mit der Aufnahme des betreffenden Stoffes oder der betreffenden Zubereitung in die Rechtsverordnung nach Absatz 2 Nummer 1 die Verschreibungspflicht nach der Rechtsverordnung.

(2) [1]Das Bundesministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

1. Stoffe oder Zubereitungen aus Stoffen zu bestimmen, bei denen die Voraussetzungen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 vorliegen,
2. Stoffe, Zubereitungen aus Stoffen oder Gegenstände zu bestimmen,
   a) die die Gesundheit des Menschen auch bei bestimmungsgemäßem Gebrauch unmittelbar oder mittelbar gefährden können, wenn sie ohne ärztliche oder zahnärztliche Überwachung angewendet werden, oder
   b) die häufig in erheblichem Umfang nicht bestimmungsgemäß gebraucht werden, wenn dadurch die menschliche Gesundheit unmittelbar oder mittelbar gefährdet werden kann,
3. die Verschreibungspflicht für Arzneimittel aufzuheben, wenn auf Grund der bei der Anwendung des Arzneimittels gemachten Erfahrungen die Voraussetzungen nach Nummer 2 nicht oder nicht

mehr vorliegen, bei Arzneimitteln nach Nummer 1 kann frühestens drei Jahre nach Inkrafttreten der zugrunde liegenden Rechtsverordnung die Verschreibungspflicht aufgehoben werden,

4. für Stoffe oder Zubereitungen aus Stoffen vorzuschreiben, dass sie nur abgegeben werden dürfen, wenn in der Verschreibung bestimmte Höchstmengen für den Einzel- und Tagesgebrauch nicht überschritten werden oder wenn die Überschreitung vom Verschreibenden ausdrücklich kenntlich gemacht worden ist,

5. zu bestimmen, ob und wie oft ein Arzneimittel auf dieselbe Verschreibung wiederholt abgegeben werden darf,

6. vorzuschreiben, dass ein Arzneimittel nur auf eine Verschreibung von Ärzten eines bestimmten Fachgebietes oder zur Anwendung in für die Behandlung mit dem Arzneimittel zugelassenen Einrichtungen abgegeben werden darf oder über die Verschreibung, Abgabe und Anwendung Nachweise geführt werden müssen,

7. Vorschriften über die Form und den Inhalt der Verschreibung, einschließlich der Verschreibung in elektronischer Form, zu erlassen.

[2]Die Rechtsverordnungen nach Satz 1 Nummer 2 bis 7 werden nach Anhörungen von Sachverständigen erlassen, es sei denn, es handelt sich um Arzneimittel, die nach Artikel 3 Absatz 1 oder 2 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 zugelassen sind oder die solchen Arzneimitteln im Hinblick auf Wirkstoff, Indikation, Wirkstärke und Darreichungsform entsprechen. [3]In der Rechtsverordnung nach Satz 1 Nummer 7 kann für Arzneimittel, deren Verschreibung die Beachtung besonderer Sicherheitsanforderungen erfordert, vorgeschrieben werden, dass

1. die Verschreibung nur auf einem amtlichen Formblatt, das von der zuständigen Bundesoberbehörde auf Anforderung eines Arztes entweder ausgegeben oder in elektronischer Form zur Verfügung gestellt wird, erfolgen darf,

2. das Formblatt Angaben zur Anwendung sowie Bestätigungen enthalten muss, insbesondere zu Aufklärungspflichten über Anwendung und Risiken des Arzneimittels, und

3. eine Durchschrift der Verschreibung durch die Apotheke an die zuständige Bundesoberbehörde zurückzugeben ist oder die in elektronischer Form erfolgte Verschreibung der Bundesoberbehörde als elektronische Kopie automatisiert übermittelt wird.

(3) [1]Die Rechtsverordnung nach Absatz 2, auch in Verbindung mit Absatz 5, kann auf bestimmte Dosierungen, Potenzierungen, Darreichungsformen, Fertigarzneimittel oder Anwendungsbereiche beschränkt werden. [2]Ebenso kann eine Ausnahme von der Verschreibungspflicht für die Abgabe an Hebammen und Entbindungspfleger vorgesehen werden, soweit dies für eine ordnungsgemäße Berufsausübung erforderlich ist. [3]Die Beschränkung auf bestimmte Fertigarzneimittel nach Satz 1 erfolgt, wenn gemäß Artikel 74a der Richtlinie 2001/83/EG die Aufhebung der Verschreibungspflicht auf Grund signifikanter vorklinischer oder klinischer Versuche erfolgt ist; dabei ist der nach Artikel 74a vorgesehene Zeitraum von einem Jahr zu beachten.

(4) (weggefallen)

(5) Die Rechtsverordnung ergeht im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, soweit es sich um radioaktive Arzneimittel und um Arzneimittel handelt, bei deren Herstellung ionisierende Strahlen verwendet werden.

(6) (weggefallen)

Fußnoten

(+++ § 48 Abs. 1: Zur Anwendung vgl. § 109 Abs. 11 +++)
§ 48: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 48 Abs. 1: IdF d. Art. 3 Nr. 53 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 48 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 48 Buchst. b DBuchst. aa G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 48 Abs. 2 Satz 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 52 Nr. 12 Buchst. a V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015
§ 48 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 48 Buchst. b DBuchst. aa G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009, d. Art. 1 Nr. 9 Buchst. b DBuchst. aa G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016, d. Art. 1 Nr.

15 Buchst. b DBuchst. aa G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019 u. d. Art. 3 Nr. 53 Buchst. b DBuchst. aa aaa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 48 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a u. b: Früher Buchst. a bis c gem. u. idF d. Art. 3 Nr. 53 Buchst. b DBuchst. aa bbb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 48 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5: IdF d. Art. 3c G v. 10.2.2020 I 148 mWv 1.3.2020
§ 48 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7: IdF d. Art. 1 Nr. 9 Buchst. b DBuchst. bb G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016 u. d. Art. 1 Nr. 15 Buchst. b DBuchst. bb G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 48 Abs. 2 Satz 1: Frühere Nr. 8 aufgeh. durch Art. 1 Nr. 15 Buchst. b DBuchst. cc G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 48 Abs. 2 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 48 Buchst. b DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009; idF d. Art. 1 Nr. 40 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 48 Abs. 2 Satz 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 48 Buchst. b DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 48 Abs. 2 Satz 3 Nr 1: IdF d. Art. 9 Nr. 3 Buchst. a G v. 3.6.2021 I 1309 mWv 9.6.2021
§ 48 Abs. 2 Satz 3 Nr 3: IdF d. Art. 9 Nr. 3 Buchst. b G v. 3.6.2021 I 1309 mWv 9.6.2021
§ 48 Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 53 Buchst. c DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 48 Abs. 3 Satz 3: IdF d. Art. 3 Nr. 53 Buchst. c DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 48 Abs. 4 u. 6: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 53 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 49

(weggefallen)

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 50 Einzelhandel mit freiverkäuflichen Arzneimitteln

(1) [1]Einzelhandel außerhalb von Apotheken mit Arzneimitteln, die zum Verkehr außerhalb der Apotheken freigegeben sind, darf nur betrieben werden, wenn der Unternehmer, eine zur Vertretung des Unternehmens gesetzlich berufene oder eine von dem Unternehmer mit der Leitung des Unternehmens oder mit dem Verkauf beauftragte Person die erforderliche Sachkenntnis besitzt. [2]Bei Unternehmen mit mehreren Betriebsstellen muss für jede Betriebsstelle eine Person vorhanden sein, die die erforderliche Sachkenntnis besitzt.

(2) [1]Die erforderliche Sachkenntnis besitzt, wer Kenntnisse und Fertigkeiten über das ordnungsgemäße Abfüllen, Abpacken, Kennzeichnen, Lagern und Inverkehrbringen von Arzneimitteln, die zum Verkehr außerhalb der Apotheken freigegeben sind, sowie Kenntnisse über die für diese Arzneimittel geltenden Vorschriften nachweist. [2]Das Bundesministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vorschriften darüber zu erlassen, wie der Nachweis der erforderlichen Sachkenntnis zu erbringen ist, um einen ordnungsgemäßen Verkehr mit Arzneimitteln zu gewährleisten. [3]Es kann dabei Prüfungszeugnisse über eine abgeleistete berufliche Aus- oder Fortbildung als Nachweis anerkennen. [4]Es kann ferner bestimmen, dass die Sachkenntnis durch eine Prüfung vor der zuständigen Behörde oder einer von ihr bestimmten Stelle nachgewiesen wird und das Nähere über die Prüfungsanforderungen und das Prüfungsverfahren regeln.

(3) Einer Sachkenntnis nach Absatz 1 bedarf nicht, wer Fertigarzneimittel im Einzelhandel in den Verkehr bringt, die

1. im Reisegewerbe abgegeben werden dürfen,
2. zur Verhütung der Schwangerschaft oder von Geschlechtskrankheiten bestimmt sind,
3. (weggefallen)
4. ausschließlich zum äußeren Gebrauch bestimmte Desinfektionsmittel oder
5. Sauerstoff sind.

Fußnoten

§ 50: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 50 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 54 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 50 Abs. 2 Satz 2: IdF d. Art. 52 Nr. 13 Buchst. a V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015
§ 50 Abs. 2: Früherer Satz 5 aufgeh. durch Art. 3 Nr. 54 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 50 Abs. 3 Nr. 2: IdF d. Art. 3 Nr. 54 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 51 Abgabe im Reisegewerbe

(1) Das Feilbieten von Arzneimitteln und das Aufsuchen von Bestellungen auf Arzneimittel im Reisegewerbe sind verboten; ausgenommen von dem Verbot sind für den Verkehr außerhalb der Apotheken freigegebene Fertigarzneimittel, die

1. mit ihren verkehrsüblichen deutschen Namen bezeichnete, in ihren Wirkungen allgemein bekannte Pflanzen oder Pflanzenteile oder Presssäfte aus frischen Pflanzen oder Pflanzenteilen sind, sofern diese mit keinem anderen Lösungsmittel als Wasser hergestellt wurden, oder
2. Heilwässer und deren Salze in ihrem natürlichen Mischungsverhältnis oder ihre Nachbildungen sind.

(2) [1]Das Verbot des Absatzes 1 erster Halbsatz findet keine Anwendung, soweit der Gewerbetreibende andere Personen im Rahmen ihres Geschäftsbetriebes aufsucht. [2]Dies gilt auch für Handlungsreisende und andere Personen, die im Auftrag und im Namen eines Gewerbetreibenden tätig werden.

Fußnoten

§ 51: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 51 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 55 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 52 Verbot der Selbstbedienung

(1) Arzneimittel dürfen nicht durch Automaten oder andere Formen der Selbstbedienung in den Verkehr gebracht werden.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Fertigarzneimittel, die

1. im Reisegewerbe abgegeben werden dürfen,
2. zur Verhütung der Schwangerschaft oder von Geschlechtskrankheiten bestimmt und zum Verkehr außerhalb der Apotheken freigegeben sind,
3. (weggefallen)
4. ausschließlich zum äußeren Gebrauch bestimmte Desinfektionsmittel oder
5. Sauerstoff sind.

(3) Abweichend von Absatz 1 dürfen Arzneimittel, die für den Verkehr außerhalb der Apotheken freigegeben sind, durch andere Formen der Selbstbedienung als Automaten in den Verkehr gebracht werden, wenn eine Person, die die Sachkenntnis nach § 50 besitzt, zur Verfügung steht.

Fußnoten

§ 52: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 52 Abs. 1: IdF d. Art. 3 Nr. 56 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 52 Abs. 2 Nr. 2: IdF d. Art. 3 Nr. 56 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 52 Abs. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 5 G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023

§ 52a Großhandel mit Arzneimitteln

(1) [1]Wer Großhandel mit Arzneimitteln betreibt, bedarf einer Erlaubnis. [2]Ausgenommen von dieser Erlaubnispflicht sind die in § 51 Absatz 1 Nummer 2 genannten und für den Verkehr außerhalb von Apotheken freigegebenen Fertigarzneimittel.

(2) Mit dem Antrag hat der Antragsteller

1. die bestimmte Betriebsstätte sowie die Tätigkeiten und die Arzneimittel zu benennen, für die die Erlaubnis erteilt werden soll,
2. Nachweise darüber vorzulegen, dass er über geeignete und ausreichende Räumlichkeiten, Anlagen und Einrichtungen verfügt, um eine ordnungsgemäße Lagerung und einen ordnungsgemäßen Vertrieb und, soweit vorgesehen, ein ordnungsgemäßes Umfüllen, Abpacken und Kennzeichnen von Arzneimitteln zu gewährleisten,
3. eine verantwortliche Person zu benennen, die die zur Ausübung der Tätigkeit erforderliche Sachkenntnis besitzt, und
4. eine Erklärung beizufügen, in der er sich schriftlich verpflichtet, die für den ordnungsgemäßen Betrieb eines Großhandels geltenden Regelungen einzuhalten.

(3) [1]Die Entscheidung über die Erteilung der Erlaubnis trifft die zuständige Behörde des Landes, in dem die Betriebsstätte liegt oder liegen soll. [2]Die zuständige Behörde hat eine Entscheidung über den Antrag auf Erteilung der Erlaubnis innerhalb einer Frist von drei Monaten zu treffen. [3]Verlangt die zuständige Behörde vom Antragsteller weitere Angaben zu den Voraussetzungen nach Absatz 2, so wird die in Satz 2 genannte Frist so lange ausgesetzt, bis die erforderlichen ergänzenden Angaben der zuständigen Behörde vorliegen.

(4) Die Erlaubnis darf nur versagt werden, wenn

1. die Voraussetzungen nach Absatz 2 nicht vorliegen,
2. Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Antragsteller oder die verantwortliche Person nach Absatz 2 Nr. 3 die zur Ausübung ihrer Tätigkeit erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt oder
3. der Großhändler nicht in der Lage ist, zu gewährleisten, dass die für den ordnungsgemäßen Betrieb geltenden Regelungen eingehalten werden.

(5) [1]Die Erlaubnis ist zurückzunehmen, wenn nachträglich bekannt wird, dass einer der Versagungsgründe nach Absatz 4 bei der Erteilung vorgelegen hat. [2]Die Erlaubnis ist zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen für die Erteilung der Erlaubnis nicht mehr vorliegen; anstelle des Widerrufs kann auch das Ruhen der Erlaubnis angeordnet werden.

(6) Eine Erlaubnis nach § 13 oder § 72 umfasst auch die Erlaubnis zum Großhandel mit den Arzneimitteln, auf die sich die Erlaubnis nach § 13 oder § 72 erstreckt.

(7) Die Absätze 1 bis 5 gelten nicht für die Tätigkeit der Apotheken im Rahmen des üblichen Apothekenbetriebes.

(8) [1]Der Inhaber der Erlaubnis hat jede Änderung der in Absatz 2 genannten Angaben sowie jede wesentliche Änderung der Großhandelstätigkeit unter Vorlage der Nachweise der zuständigen Behörde vorher anzuzeigen. [2]Bei einem unvorhergesehenen Wechsel der verantwortlichen Person nach Absatz 2 Nr. 3 hat die Anzeige unverzüglich zu erfolgen.

Fußnoten

§ 52a: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 52a Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 57 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 52a Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 41 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 52a Abs. 2 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 10 G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 52a Abs. 4 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 48a Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 52a Abs. 4 Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 48a Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 52a Abs. 4 Nr. 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 48a Buchst. c G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 52b Bereitstellung von Arzneimitteln

(1) Pharmazeutische Unternehmer und Betreiber von Arzneimittelgroßhandlungen, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes ein tatsächlich in Verkehr gebrachtes Arzneimittel vertreiben, das durch die zuständige Bundesoberbehörde zugelassen worden ist oder für das durch die Europäische Gemeinschaft oder durch die Europäische Union eine Genehmigung für das Inverkehrbringen gemäß Artikel 3 Absatz 1 oder 2 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 erteilt worden ist, stellen eine angemessene und kontinuierliche Bereitstellung des Arzneimittels sicher, damit der Bedarf von Patienten im Geltungsbereich dieses Gesetzes gedeckt ist.

(2) [1]Pharmazeutische Unternehmer müssen im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit eine bedarfsgerechte und kontinuierliche Belieferung vollversorgender Arzneimittelgroßhandlungen gewährleisten. [2]Vollversorgende Arzneimittelgroßhandlungen sind Großhandlungen, die ein vollständiges, herstellerneutral gestaltetes Sortiment an apothekenpflichtigen Arzneimitteln unterhalten, das nach Breite und Tiefe so beschaffen ist, dass damit der Bedarf von Patienten von den mit der Großhandlung in Geschäftsbeziehung stehenden Apotheken werktäglich innerhalb angemessener Zeit gedeckt werden kann; die vorzuhaltenden Arzneimittel müssen dabei mindestens dem durchschnittlichen Bedarf für zwei Wochen entsprechen; die vorzuhaltenden Arzneimittel, die in der nach § 35 Absatz 5a Satz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch erstellten Liste aufgeführt sind, müssen mindestens dem durchschnittlichen Bedarf für vier Wochen entsprechen. [3]Satz 1 gilt nicht für Arzneimittel, die dem Vertriebsweg des § 47 Absatz 1 Nummer 2 bis 10 oder des § 47a oder des § 47b unterliegen oder die aus anderen rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht über den Großhandel ausgeliefert werden können.

(3) [1]Vollversorgende Arzneimittelgroßhandlungen müssen im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit eine bedarfsgerechte und kontinuierliche Belieferung der mit ihnen in Geschäftsbeziehung stehenden Apotheken gewährleisten. [2]Satz 1 gilt entsprechend für andere Arzneimittelgroßhandlungen im Umfang der von ihnen jeweils vorgehaltenen Arzneimittel.

(3a) Pharmazeutische Unternehmer müssen im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit Krankenhäuser im Falle ihnen bekannt gewordener Lieferengpässe bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln zur stationären Versorgung umgehend informieren.

(3b) [1]Beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte wird ein Beirat eingerichtet, der die Versorgungslage mit Arzneimitteln kontinuierlich beobachtet und bewertet. [2]Im Beirat sollen ein Vertreter der Interessen der Patientinnen und Patienten sowie die folgenden Verbände, Organisationen und Behörden vertreten sein:

1. die Fachgesellschaften der Ärzte,
2. die Berufsvertretungen der Apotheker,
3. die Arzneimittelkommissionen der Kammern der Heilberufe,
4. die für die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen gebildeten maßgeblichen Spitzenverbände der pharmazeutischen Unternehmer,
5. der Verband der vollversorgenden Arzneimittelgroßhandlungen,
6. der Spitzenverband Bund der Krankenkassen,
7. die Kassenärztliche Bundesvereinigung,
8. die Deutsche Krankenhausgesellschaft,
9. die zuständigen Bundesoberbehörden und die zuständigen Behörden.

[3]Das Bundesministerium benennt die teilnehmenden Verbände und Organisationen des Beirats. [4]Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte macht die teilnehmenden Verbände und Organisationen auf seiner Internetseite bekannt. [5]Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen nimmt mit bis zu fünf Vertretern an den Sitzungen teil und sieht dabei eine Beteiligung seiner Mitglieder vor. [6]Die Vertreter im Beirat sind in Bezug auf ihre Tätigkeit im Beirat, die ihnen dort bekanntgewordenen Tatsachen und sonstigen Informationen zur Wahrung der Vertraulichkeit persönlich verpflichtet und dürfen die-

se nur zum Zwecke der Erfüllung der Aufgaben des Beirats verwenden. [7]Der Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung, die das Nähere zum Verfahren und zur Arbeitsweise des Beirats einschließlich der Dokumentation der tragenden Gründe der Mehrheits- und Minderheitsvoten regelt. [8]Die Geschäftsordnung bedarf der Zustimmung des Bundesministeriums.

(3c) [1]Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte erstellt nach Anhörung des Beirats eine aktuelle Liste versorgungsrelevanter und versorgungskritischer Wirkstoffe und macht diese auf seiner Internetseite bekannt. [2]Zudem macht das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte auf seiner Internetseite bekannt:

1. die ihm gemeldeten Lieferengpässe und
2. eine aktuelle Liste der Lieferengpässe bei Arzneimitteln mit versorgungrelevanten und versorgungskritischen Wirkstoffen.

[3]Sofern Wirkstoffe oder Arzneimittel im Zuständigkeitsbereich des Paul-Ehrlich-Instituts betroffen sind, erfolgt die Bekanntmachung nach den Sätzen 1 und 2 im Einvernehmen mit dem Paul-Ehrlich-Institut.

(3d) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde kann nach Anhörung des Beirats im Fall eines drohenden oder bestehenden versorgungsrelevanten Lieferengpasses eines Arzneimittels geeignete Maßnahmen zu dessen Abwendung oder Abmilderung ergreifen. [2]Die zuständige Bundesoberbehörde kann insbesondere anordnen, dass pharmazeutische Unternehmer und Arzneimittelgroßhandlungen bestimmte Maßnahmen zur Gewährleistung der angemessenen und kontinuierlichen Bereitstellung von Arzneimitteln nach Absatz 1 ergreifen; dies schließt Maßnahmen zur Kontingentierung von Arzneimitteln ein. [3]Bei Arzneimitteln mit versorgungskritischen Wirkstoffen kann die zuständige Bundesoberbehörde nach Anhörung des Beirats zur Abwendung oder Abmilderung eines drohenden oder bestehenden versorgungrelevanten Lieferengpasses Maßnahmen zur Lagerhaltung anordnen.

(3e) [1]Auf Anforderung des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte haben pharmazeutische Unternehmer, Hersteller und Arzneimittelgroßhandlungen zur Abwendung oder Abmilderung eines drohenden oder bestehenden versorgungsrelevanten Lieferengpasses eines Arzneimittels Daten zu verfügbaren Beständen, zur Produktion, einschließlich der Herstellungsstätte der bei der Herstellung des Arzneimittels tatsächlich verwendeten Wirkstoffe, und zur Absatzmenge sowie Informationen zu drohenden Lieferengpässen des jeweiligen Arzneimittels elektronisch mitzuteilen. [2]Krankenhausversorgende Apotheken und Krankenhausapotheken haben auf Anforderung des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte zur Abwendung oder Abmilderung eines drohenden oder bestehenden versorgungsrelevanten Lieferengpasses eines Arzneimittels Daten zu verfügbaren Beständen des jeweiligen Arzneimittels elektronisch mitzuteilen. [3]Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte legt das Verfahren und die Formatvorgaben für eine elektronische Übermittlung der Daten fest und gibt diese auf seiner Internetseite bekannt. [4]Sofern Wirkstoffe oder Arzneimittel im Zuständigkeitsbereich des Paul-Ehrlich-Instituts betroffen sind, erfolgt die Anforderung der Daten nach den Sätzen 1 und 2 und die Festlegung des Verfahrens und der Formatvorgaben für die elektronische Übermittlung der Daten im Einvernehmen mit dem Paul-Ehrlich-Institut. [5]Die Daten können dem Beirat auf seine Anforderung in anonymisierter Form zur Beobachtung und Bewertung übermittelt werden.

(3f) [1]Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte erstellt nach Anhörung des Beirats eine Liste von Fertigarzneimitteln, für die eine regelmäßige Datenübermittlung zur Beurteilung der Versorgungslage erforderlich ist, und macht diese auf seiner Internetseite bekannt. [2]Pharmazeutische Unternehmer übermitteln dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte regelmäßig, höchstens jedoch in einem Abstand von acht Wochen, Daten in elektronischer Form zu verfügbaren Beständen, zur Produktion, einschließlich der Herstellungsstätte der bei der Herstellung des Arzneimittels tatsächlich verwendeten Wirkstoffe, und zur Absatzmenge von Fertigarzneimitteln, die auf der Liste nach Satz 1 aufgeführt sind. [3]Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte kann, soweit es zur Beurteilung der Versorgungslage erforderlich ist, auch von Arzneimittelgroßhandlungen eine regelmäßige Datenübermittlung in elektronischer Form zu verfügbaren Beständen und zur Absatzmenge von Fertigarzneimitteln, die auf der Liste nach Satz 1 aufgeführt sind, fordern. [4]Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte legt das Verfahren und die Formatvorlagen für die elektronische Übermittlung der Daten fest und gibt diese auf seiner Internetseite bekannt. [5]Sofern Fertigarzneimittel im Zuständigkeitsbereich des Paul-Ehrlich-Instituts betroffen sind, erfolgt die Erstellung der Liste von Fertigarzneimitteln,

die Festlegung des Verfahrens und der Formatvorlagen sowie die Bekanntmachung im Einvernehmen mit dem Paul-Ehrlich-Institut. [6]Die Daten können dem Beirat auf dessen Anforderung in anonymisierter Form zur Beobachtung und Bewertung übermittelt werden.

(3g) [1]Beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte wird ein Frühwarnsystem zur Erkennung von drohenden versorgungsrelevanten Lieferengpässen bei Arzneimitteln eingerichtet. [2]Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte entwickelt Kriterien für die Erkennung von drohenden versorgungsrelevanten Lieferengpässen, die dem Frühwarnsystem zugrunde zu legen sind. [3]Das Bundesministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates das Nähere zur Ausgestaltung des Frühwarnsystems festzulegen.

(4) Die Vorschriften des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen bleiben unberührt.

Fußnoten

§ 52b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 49 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 52b Abs. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 42 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 58 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 52b Abs. 2 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. a0 G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023
§ 52b Abs. 2 Satz 3: IdF d. Art. 1 Nr. 16 G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019 u. d. Art. 3 Nr. 58 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 52b Abs. 3a: Eingef. durch Art. 5 Nr. 3 G v. 4.5.2017 I 1050 mWv 13.5.2017
§ 52b Abs. 3b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 G v. 22.3.2020 I 604 mWv 1.4.2020
§ 52b Abs. 3b Eingangssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 58 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 52b Abs. 3b Satz 5 u. 6: Eingef. durch Art. 1 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. aa G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023
§ 52b Abs. 3b Satz 7: Früher Satz 5 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. bb G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023
§ 52b Abs. 3b Satz 8: Früher Satz 6 gem. Art. 1 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. aa G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023
§ 52b Abs. 3c: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 G v. 22.3.2020 I 604 mWv 1.4.2020
§ 52b Abs. 3c Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. b G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023
§ 52b Abs. 3d: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 G v. 22.3.2020 I 604 mWv 1.4.2020
§ 52b Abs. 3e: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 G v. 22.3.2020 I 604 mWv 1.4.2020
§ 52b Abs. 3e Satz 1 bis 3: Früher Satz 1 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. c DBuchst. aa G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023
§ 52b Abs. 3e Satz 4: Früher Satz 2 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. c DBuchst. bb G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023
§ 52b Abs. 3f: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 G v. 22.3.2020 I 604 mWv 1.4.2020
§ 52b Abs. 3f Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. d G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023
§ 52b Abs. 3g: Eingef. durch Art. 1 Nr. 6 Buchst. e G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023

§ 52c Arzneimittelvermittlung

(1) Ein Arzneimittelvermittler darf im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur tätig werden, wenn er seinen Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes, in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum hat.

(2) [1]Der Arzneimittelvermittler darf seine Tätigkeit erst nach Anzeige gemäß § 67 Absatz 1 Satz 1 bei der zuständigen Behörde und Registrierung durch die Behörde in eine öffentliche Datenbank nach § 67a oder einer Datenbank eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum aufnehmen. [2]In der Anzeige sind vom Arzneimittelvermittler die Art der Tätigkeit, der Name und die Adresse anzugeben. [3]Zuständige Behörde nach Satz 1 ist die Behörde, in deren Zuständigkeitsbereich der Arzneimittelvermittler seinen Sitz hat.

(3) Erfüllt der Arzneimittelvermittler nicht die nach diesem Gesetz oder die nach einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnung vorgegebenen Anforderungen, kann die zuständige Behörde die Registrierung in der Datenbank versagen oder löschen.

Fußnoten

§ 52c: Eingef. durch Art. 1 Nr. 43 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 2.1.2013

§ 53 Anhörung von Sachverständigen

(1) [1]Soweit nach § 45 Abs. 1 und § 46 Abs. 1 vor Erlass von Rechtsverordnungen Sachverständige anzuhören sind, errichtet hierzu das Bundesministerium durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates einen Sachverständigen-Ausschuss. [2]Dem Ausschuss sollen Sachverständige aus der medizinischen und pharmazeutischen Wissenschaft, den Krankenhäusern, den Heilberufen, den beteiligten Wirtschaftskreisen und den Sozialversicherungsträgern angehören. [3]In der Rechtsverordnung kann das Nähere über die Zusammensetzung, die Berufung der Mitglieder und das Verfahren des Ausschusses bestimmt werden.

(2) [1]Soweit nach § 48 Abs. 2 vor Erlass der Rechtsverordnung Sachverständige anzuhören sind, gilt Absatz 1 entsprechend mit der Maßgabe, dass dem Ausschuss Sachverständige aus der medizinischen und pharmazeutischen Wissenschaft sowie Sachverständige der Arzneimittelkommissionen der Ärzte und Apotheker angehören sollen. [2]Die Vertreter der medizinischen und pharmazeutischen Praxis und der pharmazeutischen Industrie nehmen ohne Stimmrecht an den Sitzungen teil.

Fußnoten

§ 53: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 53 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 17 G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 53 Abs. 1: Früherer Satz 4 aufgeh. durch Art 3 Nr. 59 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 53 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 44 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art 3 Nr. 59 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 53 Abs. 2 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 44 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012

Achter Abschnitt Sicherung und Kontrolle der Qualität

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 54 Betriebsverordnungen

(1) [1]Das Bundesministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Betriebsverordnungen für Betriebe oder Einrichtungen zu erlassen, die Arzneimittel in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbringen oder in denen Arzneimittel entwickelt, hergestellt, geprüft, gelagert, verpackt oder in den Verkehr gebracht werden oder in denen sonst mit Arzneimitteln Handel getrieben wird, soweit es geboten ist, um einen ordnungsgemäßen Betrieb und die erforderliche Qualität der Arzneimittel sowie die Pharmakovigilanz sicherzustellen; dies gilt entsprechend für Wirkstoffe und andere zur Arzneimittelherstellung bestimmte Stoffe sowie für Gewebe. [2]Die Rechtsverordnung ergeht im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, soweit es sich um radioaktive Arzneimittel oder um Arzneimittel handelt, bei deren Herstellung ionisierende Strahlen verwendet werden.

(2) In der Rechtsverordnung nach Absatz 1 können insbesondere Regelungen getroffen werden über die

1. Entwicklung, Herstellung, Prüfung, Lagerung, Verpackung, Qualitätssicherung, den Erwerb, die Bereitstellung, die Bevorratung und das Inverkehrbringen,
2. Führung und Aufbewahrung von Nachweisen über die in der Nummer 1 genannten Betriebsvorgänge,
3. Haltung und Kontrolle der bei der Herstellung und Prüfung der Arzneimittel verwendeten Tiere und die Nachweise darüber,
4. Anforderungen an das Personal,

5. Beschaffenheit, Größe und Einrichtung der Räume,

6. Anforderungen an die Hygiene,

7. Beschaffenheit der Behältnisse,

8. Kennzeichnung der Behältnisse, in denen Arzneimittel und deren Ausgangsstoffe vorrätig gehalten werden,

9. Dienstbereitschaft für Arzneimittelgroßhandelsbetriebe,

10. Zurückstellung von Chargenproben sowie deren Umfang und Lagerungsdauer,

11. Kennzeichnung, Absonderung oder Vernichtung nicht verkehrsfähiger Arzneimittel.

(2a) (weggefallen)

(3) Die in den Absätzen 1 und 2 getroffenen Regelungen gelten auch für Personen, die die in Absatz 1 genannten Tätigkeiten berufsmäßig ausüben.

(4) Die Absätze 1 und 2 gelten für Apotheken im Sinne des Gesetzes über das Apothekenwesen, soweit diese einer Erlaubnis nach § 13, § 52a oder § 72 bedürfen.

Fußnoten

§ 54: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 54 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 2 Nr. 15 G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007, d. Art. 1 Nr. 45 Buchst. a u. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 52 Nr. 15 Buchst. a V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015
§ 54 Abs. 1 Satz 2 (früher Satz 3): IdF d. Art. 52 Nr. 15 Buchst. c V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015 u. d. Art. 94 Nr. 1 V v. 19.6.2020 I 1328 mWv 27.6.2020; früherer Satz 2 aufgeh., früherer satz 3 jetzt Satz 2 gem. u. idF d. Art 3 Nr. 60 Buchst. a DBuchst. aa u. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 54 Abs. 2 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 50 Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 54 Abs. 2 Nr. 11: IdF d. Art 3 Nr. 60 Buchst. b DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 54 Abs. 2: Frühere Nr. 12 aufgeh. durch Art 3 Nr. 60 Buchst. b DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 54 Abs. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 50 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 55 Arzneibuch

(1) [1]Das Arzneibuch ist eine vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte im Einvernehmen mit dem Paul-Ehrlich-Institut und dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit bekannt gemachte Sammlung anerkannter pharmazeutischer Regeln über die Qualität, Prüfung, Lagerung, Abgabe und Bezeichnung von Arzneimitteln und Tierarzneimitteln und den bei ihrer Herstellung verwendeten Stoffen. [2]Das Arzneibuch enthält auch Regeln für die Beschaffenheit von Behältnissen und Umhüllungen.

(2) [1]Die Regeln des Arzneibuches werden von der Deutschen Arzneibuch-Kommission oder der Europäischen Arzneibuch-Kommission beschlossen. [2]Die Bekanntmachung der Regeln kann aus rechtlichen oder fachlichen Gründen abgelehnt oder rückgängig gemacht werden.

(3) Die Deutsche Arzneibuch-Kommission hat die Aufgabe, über die Regeln des Arzneibuches zu beschließen und die nach § 77 zuständige Bundesoberbehörde oder, soweit es sich um Tierarzneimittel handelt, die nach § 65 des Tierarzneimittelgesetzes zuständige Bundesoberbehörde, bei den Arbeiten im Rahmen des Übereinkommens über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches zu unterstützen.

(4) [1]Die Deutsche Arzneibuch-Kommission wird beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte gebildet. [2]Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte beruft im Einvernehmen mit dem Paul-Ehrlich-Institut und dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit die Mitglieder der Deutschen Arzneibuch-Kommission aus Sachverständigen der medizinischen und pharmazeutischen Wissenschaft, der Heilberufe, der beteiligten Wirtschaftskreise und der Arzneimittelüber-

wachung im zahlenmäßig gleichen Verhältnis, stellt den Vorsitz und erlässt eine Geschäftsordnung. [3]Die Geschäftsordnung bedarf der Zustimmung des Bundesministeriums im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. [4]Die Mitglieder sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

(5) [1]Die Deutsche Arzneibuch-Kommission soll über die Regeln des Arzneibuches grundsätzlich einstimmig beschließen. [2]Beschlüsse, denen nicht mehr als drei Viertel der Mitglieder der Kommission zugestimmt haben, sind unwirksam. [3]Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

(6) Die Absätze 2 bis 5 finden auf die Tätigkeit der Deutschen Homöopathischen Arzneibuch-Kommission entsprechende Anwendung.

(7) [1]Die Bekanntmachung erfolgt im Bundesanzeiger. [2]Sie kann sich darauf beschränken, auf die Bezugsquelle der Fassung des Arzneibuches und den Beginn der Geltung der Neufassung hinzuweisen.

(8) [1]Bei der Herstellung von Arzneimitteln dürfen nur Stoffe und die Behältnisse und Umhüllungen, soweit sie mit den Arzneimitteln in Berührung kommen, verwendet werden und nur Darreichungsformen angefertigt werden, die den anerkannten pharmazeutischen Regeln entsprechen. [2]Satz 1 findet bei Arzneimitteln, die ausschließlich für den Export hergestellt werden, mit der Maßgabe Anwendung, dass die im Empfängerland geltenden Regelungen berücksichtigt werden können.

(9) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 erfolgt die Bekanntmachung durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit im Einvernehmen mit dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte und dem Paul-Ehrlich-Institut, soweit es sich um Tierarzneimittel handelt.

Fußnoten

§ 55: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 55 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 51 Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art 3 Nr. 61 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 55 Abs. 3: IdF d. Art 3 Nr. 61 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 55 Abs. 4 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 51 Buchst. c G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 55 Abs. 4 Satz 3: IdF d. Art. 1 Nr. 51 Buchst. c G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 52 Nr. 16 V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015
§ 53 Abs. 4 Satz 4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 46 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 55 Abs. 8: IdF d. Art. 1 Nr. 51 Buchst. d G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 55 Abs. 9: IdF d. Art. 1 Nr. 51 Buchst. e G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art 3 Nr. 61 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 55a Amtliche Sammlung von Untersuchungsverfahren

[1]Die zuständige Bundesoberbehörde veröffentlicht eine amtliche Sammlung von Verfahren zur Probenahme und Untersuchung von Arzneimitteln, Tierarzneimitteln und ihren Ausgangsstoffen. [2]Die Verfahren werden unter Mitwirkung von Sachkennern aus den Bereichen der Überwachung, der Wissenschaft und der pharmazeutischen Unternehmer festgelegt. [3]Die Sammlung ist laufend auf dem neuesten Stand zu halten.

Fußnoten

§ 55a: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 55a Satz 1: IdF d. Art 3 Nr. 62 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

Neunter Abschnitt (weggefallen)

Fußnoten

Neunter Abschnitt 4 (§§ 56 bis 61): Aufgeh. durch Art 3 Nr. 63 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§§ 56 bis 61 (weggefallen)

Fußnoten

Neunter Abschnitt 4 (§§ 56 bis 61): Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 63 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

Zehnter Abschnitt Beobachtung, Sammlung und Auswertung von Arzneimittelrisiken

Fußnoten

Überschrift vor § 62: IdF d. Art. 1 Nr. 18 G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019

§ 62 Organisation

(1) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde hat zur Verhütung einer unmittelbaren oder mittelbaren Gefährdung der menschlichen Gesundheit die bei der Anwendung von Arzneimitteln auftretenden Risiken, insbesondere Nebenwirkungen, Wechselwirkungen mit anderen Mitteln und Risiken durch gefälschte Arzneimittel oder gefälschte Wirkstoffe, zentral zu erfassen, auszuwerten und die nach diesem Gesetz zu ergreifenden Maßnahmen zu koordinieren. [2]Insbesondere koordiniert sie Maßnahmen bei Rückrufen von Arzneimitteln und im Zusammenhang mit Qualitätsmängeln bei Wirkstoffen. [3]Sie wirkt dabei mit den Dienststellen der Weltgesundheitsorganisation, der Europäischen Arzneimittel-Agentur, den Arzneimittelbehörden anderer Länder, den Gesundheitsbehörden der Bundesländer, den Arzneimittelkommissionen der Kammern der Heilberufe, nationalen Pharmakovigilanzzentren sowie mit anderen Stellen zusammen, die bei der Durchführung ihrer Aufgaben Arzneimittelrisiken erfassen. [4]Die zuständige Bundesoberbehörde kann die Öffentlichkeit über Arzneimittelrisiken und beabsichtigte Maßnahmen informieren. [5]Die Bundesoberbehörde betreibt ein Pharmakovigilanz-System. [6]Sie führt regelmäßig Audits ihres Pharmakovigilanz-Systems durch und erstattet der Europäischen Kommission alle zwei Jahre Bericht, erstmals zum 21. September 2013.

(2) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde erfasst alle Verdachtsfälle von Nebenwirkungen, von denen sie Kenntnis erlangt. [2]Meldungen von Patienten und Angehörigen der Gesundheitsberufe können in jeder Form, insbesondere auch elektronisch, erfolgen. [3]Meldungen von Inhabern der Zulassung nach § 63c erfolgen elektronisch. [4]Die zuständige Bundesoberbehörde stellt durch Sammeln von Informationen und erforderlichenfalls durch Nachverfolgung von Berichten über vermutete Nebenwirkungen sicher, dass alle geeigneten Maßnahmen getroffen werden, um sämtliche biologische Arzneimittel, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes verschrieben, abgegeben oder verkauft werden und über die Verdachtsfälle von Nebenwirkungen berichtet wurden, klar zu identifizieren, wobei der Name des Arzneimittels und die Nummer der Herstellungscharge genau angegeben werden sollen.

(3) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde hat jeden ihr gemeldeten und im Inland aufgetretenen Verdachtsfall einer schwerwiegenden Nebenwirkung innerhalb von 15 Tagen und jeden ihr gemeldeten und im Inland aufgetretenen Verdachtsfall einer nicht schwerwiegenden Nebenwirkung innerhalb von 90 Tagen elektronisch an die Datenbank nach Artikel 24 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 (EudraVigilance-Datenbank) zu übermitteln. [2]Die zuständige Bundesoberbehörde arbeitet mit der Europäischen Arzneimittel-Agentur und dem Inhaber der Zulassung zusammen, um insbesondere Doppelerfassungen von Verdachtsmeldungen festzustellen. [3]Die zuständige Bundesoberbehörde beteiligt, soweit erforderlich, auch Patienten, Angehörige der Gesundheitsberufe oder den Inhaber der Zulassung an der Nachverfolgung der erhaltenen Meldungen.

(4) Die zuständige Bundesoberbehörde kontrolliert die Verwaltung der Mittel für die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Pharmakovigilanz, dem Betrieb der Kommunikationsnetze und der Marktüberwachung, damit ihre Unabhängigkeit bei der Durchführung dieser Pharmakovigilanz-Tätigkeiten gewahrt bleibt.

(5) Die zuständige Bundesoberbehörde trifft in Zusammenarbeit mit der Europäischen Arzneimittel-Agentur insbesondere folgende Maßnahmen:

1. sie überwacht die Ergebnisse von Maßnahmen zur Risikominimierung, die Teil von Risikomanagement-Plänen sind, und die Auflagen nach § 28 Absatz 3, 3a und 3b,
2. sie beurteilt Aktualisierungen des Risikomanagement-Systems,
3. sie wertet Daten in der EudraVigilance-Datenbank aus, um zu ermitteln, ob es neue oder veränderte Risiken gibt und ob das Nutzen-Risiko-Verhältnis von Arzneimitteln davon beeinflusst wird.

(6) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde kann in Betrieben und Einrichtungen, die Arzneimittel herstellen oder in den Verkehr bringen oder klinisch prüfen, die Sammlung und Auswertung von Arzneimittelrisiken und die Koordinierung notwendiger Maßnahmen überprüfen. [2]Zu diesem Zweck können Beauftragte der zuständigen Bundesoberbehörde im Benehmen mit der zuständigen Behörde Betriebs- und Geschäftsräume zu den üblichen Geschäftszeiten betreten, Unterlagen einschließlich der Pharmakovigilanz-Stammdokumentation einsehen sowie Auskünfte verlangen. [3]Satz 1 gilt auch für von Betrieben und Einrichtungen nach Satz 1 beauftragte Unternehmen. [4]Über die Inspektion ist ein Bericht zu erstellen. [5]Der Bericht ist den Betrieben und Einrichtungen nach Satz 1 zur Stellungnahme zu geben. [6]Führt eine Inspektion zu dem Ergebnis, dass der Zulassungsinhaber die Anforderungen des Pharmakovigilanz-Systems, wie in der Pharmakovigilanz-Stammdokumentation beschrieben, und insbesondere die Anforderungen des Zehnten Abschnitts nicht erfüllt, so weist die zuständige Bundesoberbehörde den Zulassungsinhaber auf die festgestellten Mängel hin und gibt ihm Gelegenheit zur Stellungnahme. [7]Die zuständige Bundesoberbehörde informiert in solchen Fällen die zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten, die Europäische Arzneimittel-Agentur und die Europäische Kommission.

Fußnoten

(+++ Zehnter Abschnitt (§§ 62 bis 63j): Zur Anwendung vgl. § 63j Abs. 1 +++)
§ 62: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 62 Überschrift: IdF d. Art. 1 Nr. 19 Buchst. a G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 62 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 64 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 62 Abs. 1 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 19 Buchst. b G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 62 Abs. 1 Satz 3: Früher Satz 2 gem. Art. 1 Nr. 19 Buchst. b G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019; idF d. Art. 3 Nr. 64 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 62 Abs. 1 Satz 4: Früher Satz 3 gem. Art. 1 Nr. 19 Buchst. b G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 62 Abs. 1 Satz 5 (früher Satz 4): Eingef. durch Art. 1 Nr. 48 Buchst. c G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012; jetzt Satz 5 gem. Art. 1 Nr. 19 Buchst. b G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 62 Abs. 1 Satz 6: IdF d. Art. 3 Nr. 64 Buchst. a DBuchst. cc G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 62 Abs. 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 48 Buchst. d G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 62 Abs. 2 Satz 4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 12 Buchst. b G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 62 Abs. 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 48 Buchst. d nach Maßgabe d. Art. 14 Abs. 1 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 62 Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 2 Nr. 1 G v. 19.10.2012 I 2192 iVm Bek. v. 30.6.2917 I 2304 mWv 22.11.2017
§ 62 Abs. 3 Satz 2 u. 3: Früherer Satz 2 aufgeh., früherer Satz 3 u. 4 jetz Satz 2 u. 3 gem. Art. 3 Nr. 64 Buchst. b DBuchst. aa u. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 62 Abs. 4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 48 Buchst. d G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 62 Abs. 5: Eingef. durch Art. 1 Nr. 48 Buchst. d G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 62 Abs. 5 Eingangssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 64 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 62 Abs. 6: Eingef. durch Art. 1 Nr. 48 Buchst. d G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 62 Abs. 6 Satz 7: IdF d. Art. 3 Nr. 64 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 63 Stufenplan

[1]Die Bundesregierung erstellt durch allgemeine Verwaltungsvorschrift mit Zustimmung des Bundesrates zur Durchführung der Aufgaben nach § 62 einen Stufenplan. [2]In diesem werden die Zusammenarbeit der beteiligten Behörden und Stellen auf den verschiedenen Gefahrenstufen, die Einschaltung der pharmazeutischen Unternehmer sowie die Beteiligung der oder des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten näher geregelt und die jeweils nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu ergreifenden Maßnahmen bestimmt. [3]In dem Stufenplan können ferner Informationsmittel und -wege bestimmt werden.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 63a Stufenplanbeauftragter

(1) [1]Wer als pharmazeutischer Unternehmer Fertigarzneimittel in den Verkehr bringt, hat eine in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union ansässige qualifizierte Person mit der erforderlichen Sachkenntnis und der zur Ausübung ihrer Tätigkeit erforderlichen Zuverlässigkeit (Stufenplanbeauftragter) zu beauftragen, ein Pharmakovigilanzsystem einzurichten, zu führen und bekannt gewordene Meldungen über Arzneimittelrisiken zu sammeln, zu bewerten und die notwendigen Maßnahmen zu koordinieren. [2]Satz 1 gilt nicht für Personen, soweit sie nach § 13 Absatz 2 Nummer 1, 2, 5 oder Absatz 2b keiner Herstellungserlaubnis bedürfen. [3]Der Stufenplanbeauftragte ist für die Erfüllung von Anzeigepflichten verantwortlich, soweit sie Arzneimittelrisiken betreffen. [4]Er hat ferner sicherzustellen, dass auf Verlangen der zuständigen Bundesoberbehörde weitere Informationen für die Beurteilung des Nutzen-Risiko-Verhältnisses eines Arzneimittels, einschließlich eigener Bewertungen, unverzüglich und vollständig übermittelt werden. [5]Das Nähere regelt die Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung. [6]Andere Personen als in Satz 1 bezeichnet dürfen eine Tätigkeit als Stufenplanbeauftragter nicht ausüben.

(2) Der Stufenplanbeauftragte kann gleichzeitig sachkundige Person nach § 14 oder verantwortliche Person nach § 20c sein.

(3) [1]Der pharmazeutische Unternehmer hat der zuständigen Behörde und der zuständigen Bundesoberbehörde den Stufenplanbeauftragten und jeden Wechsel vorher mitzuteilen. [2]Bei einem unvorhergesehenen Wechsel des Stufenplanbeauftragten hat die Mitteilung unverzüglich zu erfolgen.

Fußnoten

§ 63a: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 63a Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 54 Buchst. a DBuchst. aa G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 3 Nr. 65 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 63a Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 54 Buchst. a DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 3 Nr. 65 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 63a Abs. 1 Satz 5: IdF d. Art. 1 Nr. 54 Buchst. a DBuchst. cc G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 63a Abs. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 54 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 63a Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 54 Buchst. c G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 63b Allgemeine Pharmakovigilanz-Pflichten des Inhabers der Zulassung

(1) Der Inhaber der Zulassung ist verpflichtet, ein Pharmakovigilanz-System einzurichten und zu betreiben.

(2) Der Inhaber der Zulassung ist verpflichtet,

1. anhand seines Pharmakovigilanz-Systems sämtliche Informationen wissenschaftlich auszuwerten, Möglichkeiten der Risikominimierung und -vermeidung zu prüfen und erforderlichenfalls unverzüglich Maßnahmen zur Risikominimierung und -vermeidung zu ergreifen,

2. sein Pharmakovigilanz-System regelmäßig in angemessenen Intervallen Audits zu unterziehen; dabei hat er die wichtigsten Ergebnisse in seiner Pharmakovigilanz-Stammdokumentation zu vermerken und sicherzustellen, dass Maßnahmen zur Mängelbeseitigung ergriffen werden; wenn die Maßnahmen zur Mängelbeseitigung vollständig durchgeführt sind, kann der Vermerk gelöscht werden,

3. eine Pharmakovigilanz-Stammdokumentation zu führen und diese auf Anfrage zur Verfügung zu stellen,

4. ein Risikomanagement-System für jedes einzelne Arzneimittel zu betreiben, das nach dem 26. Oktober 2012 zugelassen worden ist oder für das eine Auflage nach § 28 Absatz 3b Satz 1 Nummer 1 erteilt worden ist,

5. die Ergebnisse von Maßnahmen zur Risikominimierung zu überwachen, die Teil des Risikomanagement-Plans sind oder die als Auflagen nach § 28 Absatz 3 bis 3c genannt worden sind, und

6. das Risikomanagement-System zu aktualisieren und Pharmakovigilanz-Daten zu überwachen, um zu ermitteln, ob es neue Risiken gibt, sich bestehende Risiken verändert haben oder sich das Nutzen-Risiko-Verhältnis von Arzneimitteln geändert hat.

(3) [1]Der Inhaber der Zulassung darf im Zusammenhang mit dem zugelassenen Arzneimittel keine die Pharmakovigilanz betreffenden Informationen ohne vorherige oder gleichzeitige Mitteilung an die zuständige Bundesoberbehörde sowie an die Europäische Arzneimittel-Agentur und die Europäische Kommission öffentlich bekannt machen. [2]Er stellt sicher, dass solche Informationen in objektiver und nicht irreführender Weise dargelegt werden.

Fußnoten

(+++ Zehnter Abschnitt (§§ 62 bis 63j): Zur Anwendung vgl. § 63j Abs. 1 +++)
(+++ § 63b Abs. 2: Zur Anwendung vgl. § 63j Abs. 2 +++)
§§ 63b u. 63c: IdF d. Art. 1 Nr. 49 bzgl. § 63c Abs. 2 nach Maßgabe d. Art. 14 Abs. 2 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 63b Abs. 2 Eingangssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 66 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 63b Abs. 2 Nr. 5: IdF d. Art. 3 Nr. 66 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 63b Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 66 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 63c Dokumentations- und Meldepflichten des Inhabers der Zulassung bei Verdachtsfällen von Nebenwirkungen

(1) Der Inhaber der Zulassung hat Unterlagen über alle Verdachtsfälle von Nebenwirkungen sowie Angaben über abgegebene Mengen zu führen.

(2) [1]Der Inhaber der Zulassung übermittelt alle Informationen über sämtliche Verdachtsfälle von

1. schwerwiegenden Nebenwirkungen, die im In- oder Ausland auftreten, innerhalb von 15 Tagen,

2. nicht schwerwiegenden Nebenwirkungen, die im Inland oder einem Mitgliedstaat der Europäischen Union auftreten, innerhalb von 90 Tagen

nach Bekanntwerden elektronisch an die EudraVigilance-Datenbank nach Artikel 24 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004. [2]Bei Arzneimitteln mit Wirkstoffen, auf die sich die Liste von Veröffentlichungen bezieht, die die Europäische Arzneimittel-Agentur gemäß Artikel 27 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 auswertet, muss der Inhaber der Zulassung die in der angeführten medizinischen Fachliteratur verzeichneten Verdachtsfälle von Nebenwirkungen nicht an die EudraVigilance-Datenbank übermitteln; er muss aber die anderweitige medizinische Fachliteratur auswerten und alle Verdachtsfälle über Nebenwirkungen entsprechend Satz 1 melden. [3]Inhaber der Registrierung nach § 38 oder § 39a oder pharmazeutische Unternehmer, die nicht Inhaber der Registrierung nach § 38 oder nach § 39a sind und die ein von der Pflicht zur Registrierung freigestelltes homöopathisches Arzneimittel oder ein traditionell pflanzliches Arzneimittel in den Verkehr bringen, übermitteln Informationen nach Satz 1 an die zuständige Bundesoberbehörde.

(3) Der Inhaber der Zulassung muss gewährleisten, dass alle Verdachtsmeldungen von Nebenwirkungen bei einer zentralen Stelle im Unternehmen in der Europäischen Union verfügbar sind.

(4) [1]Die Absätze 1 bis 3, § 62 Absatz 6 und § 63b gelten entsprechend

1. für den Inhaber der Registrierung nach § 39a,

2. für einen pharmazeutischen Unternehmer, der nicht Inhaber der Zulassung oder Inhaber der Registrierung nach § 39a ist und der ein zulassungspflichtiges oder ein von der Pflicht zur Zulassung freigestelltes oder ein traditionelles pflanzliches Arzneimittel in den Verkehr bringt.

[2]Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend

1. für den Inhaber der Registrierung nach § 38,
2. für einen pharmazeutischen Unternehmer, der nicht Inhaber der Registrierung nach § 38 ist und ein registrierungspflichtiges oder von der Pflicht zur Registrierung freigestelltes homöopathisches Arzneimittel in den Verkehr bringt,
3. für den Antragsteller vor Erteilung der Zulassung.

[3]Die Absätze 1 bis 3 gelten unabhängig davon, ob sich das Arzneimittel noch im Verkehr befindet oder die Zulassung oder die Registrierung noch besteht. [4]Die Erfüllung der Verpflichtungen nach den Absätzen 1 bis 3 kann durch schriftliche Vereinbarung zwischen dem Inhaber der Zulassung und dem pharmazeutischen Unternehmer, der nicht Inhaber der Zulassung ist, ganz oder teilweise auf den Inhaber der Zulassung übertragen werden.

(5) [1]Die Absätze 1 bis 4 finden keine Anwendung auf Arzneimittel, für die von der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union eine Genehmigung für das Inverkehrbringen erteilt worden ist. [2]Für diese Arzneimittel gelten die Verpflichtungen des pharmazeutischen Unternehmers nach der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 in der jeweils geltenden Fassung. [3]Bei Arzneimitteln, bei denen eine Zulassung der zuständigen Bundesoberbehörde Grundlage der gegenseitigen Anerkennung ist oder bei denen eine Bundesoberbehörde Berichterstatter in einem Schiedsverfahren nach Artikel 32 der Richtlinie 2001/83/EG ist, übernimmt die zuständige Bundesoberbehörde die Verantwortung für die Analyse und Überwachung aller Verdachtsfälle schwerwiegender Nebenwirkungen, die in der Europäischen Union auftreten; dies gilt auch für Arzneimittel, die im dezentralisierten Verfahren zugelassen worden sind.

Fußnoten

(+++ Zehnter Abschnitt (§§ 62 bis 63j): Zur Anwendung vgl. § 63j Abs. 1 +++)
§§ 63b u. 63c: IdF d. Art. 1 Nr. 49 bzgl. § 63c Abs. 2 nach Maßgabe d. Art. 14 Abs. 2 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 63c Überschrift: IdF d. Art. 3 Nr. 67 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 63c Abs. 2: IdF d. Art. 2 Nr. 2 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 iVm Bek. v. 30.6.2917 I 2304 mWv 22.11.2017
§ 63c Abs. 3: IdF d. Art. 3 Nr. 67 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 63c Abs. 5 Satz 2: IdF d. Art. 2 Nr. 2 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 iVm Bek. v. 30.6.2917 I 2304 mWv 22.11.2017

§ 63d Regelmäßige aktualisierte Unbedenklichkeitsberichte

(1) Der Inhaber der Zulassung übermittelt regelmäßige aktualisierte Unbedenklichkeitsberichte, die Folgendes enthalten:

1. Zusammenfassungen von Daten, die für die Beurteilung des Nutzens und der Risiken eines Arzneimittels von Interesse sind, einschließlich der Ergebnisse aller Prüfungen, die Auswirkungen auf die Zulassung haben können,
2. eine wissenschaftliche Bewertung des Nutzen-Risiko-Verhältnisses des Arzneimittels, die auf sämtlichen verfügbaren Daten beruht, auch auf Daten aus klinischen Prüfungen für Indikationen und Bevölkerungsgruppen, die nicht der Zulassung entsprechen,
3. alle Daten im Zusammenhang mit der Absatzmenge des Arzneimittels sowie alle ihm vorliegenden Daten im Zusammenhang mit dem Verschreibungsvolumen, einschließlich einer Schätzung der Anzahl der Personen, die das Arzneimittel anwenden.

(2) Die Übermittlung der regelmäßigen aktualisierten Unbedenklichkeitsberichte hat elektronisch zu erfolgen

1. bei Arzneimitteln, bei denen Vorlageintervall und -termine in der Zulassung oder gemäß dem Verfahren nach Artikel 107c Absatz 4, 5 und 6 der Richtlinie 2001/83/EG festgelegt sind, an die Europäische Arzneimittel-Agentur,

2. bei Arzneimitteln, die vor dem 26. Oktober 2012 zugelassen wurden und bei denen Vorlageintervall und -termine nicht in der Zulassung festgelegt sind, an die zuständige Bundesoberbehörde,

3. bei Arzneimitteln, die nur im Inland zugelassen wurden und bei denen nicht nach Artikel 107c Absatz 4 der Richtlinie 2001/83/EG Vorlageintervall und -termine in der Zulassung festgelegt sind, an die zuständige Bundesoberbehörde.

(3) [1]Das Vorlageintervall für regelmäßige aktualisierte Unbedenklichkeitsberichte nach Absatz 1 wird in der Zulassung angegeben. [2]Der Termin für die Vorlage wird ab dem Datum der Erteilung der Zulassung berechnet. [3]Vorlageintervall und -termine können in der Europäischen Union nach dem Verfahren nach Artikel 107c Absatz 4 der Richtlinie 2001/83/EG festgelegt werden. [4]Der Inhaber der Zulassung kann beim Ausschuss für Humanarzneimittel oder bei der Koordinierungsgruppe nach Artikel 27 der Richtlinie 2001/83/EG beantragen, dass ein einheitlicher Stichtag nach Artikel 107c Absatz 6 der Richtlinie 2001/83/EG in der Europäischen Union festgelegt oder das Vorlageintervall regelmäßiger aktualisierter Unbedenklichkeitsberichte geändert wird. [5]Für Arzneimittel, die vor dem 26. Oktober 2012 oder die nur im Inland zugelassen sind und für die Vorlageintervall und -termine nicht in der Zulassung oder nach Artikel 107c Absatz 4, 5 oder 6 der Richtlinie 2001/83/EG festgelegt sind, übermittelt der Inhaber der Zulassung regelmäßige aktualisierte Unbedenklichkeitsberichte nach Absatz 1 unverzüglich nach Aufforderung oder in folgenden Fällen:

1. wenn ein Arzneimittel noch nicht in den Verkehr gebracht worden ist: mindestens alle sechs Monate nach der Zulassung und bis zum Inverkehrbringen,

2. wenn ein Arzneimittel in den Verkehr gebracht worden ist: mindestens alle sechs Monate während der ersten beiden Jahre nach dem ersten Inverkehrbringen, einmal jährlich in den folgenden zwei Jahren und danach im Abstand von drei Jahren.

(4) [1]Abweichend von Absatz 1 werden für Arzneimittel, die nach § 22 Absatz 3 oder nach § 24b Absatz 2 zugelassen sind, regelmäßige aktualisierte Unbedenklichkeitsberichte nur in folgenden Fällen übermittelt,

1. wenn eine Auflage nach § 28 Absatz 3 oder 3a erteilt worden ist,

2. wenn sie von der zuständigen Bundesoberbehörde für einen Wirkstoff nach Erteilung der Zulassung wegen Bedenken im Zusammenhang mit Pharmakovigilanz-Daten oder wegen Bedenken auf Grund nicht ausreichend vorliegender regelmäßiger aktualisierter Unbedenklichkeitsberichte angefordert werden oder

3. wenn Intervall und Termine für die Vorlage regelmäßiger aktualisierter Unbedenklichkeitsberichte gemäß Artikel 107c Absatz 4 der Richtlinie 2001/83/EG in der Zulassung bestimmt worden sind.

[2]Die zuständige Bundesoberbehörde übermittelt die Beurteilungsberichte zu den angeforderten regelmäßigen aktualisierten Unbedenklichkeitsberichten nach Satz 1 Nummer 2 dem Ausschuss für Risikobewertung im Bereich der Pharmakovigilanz, der prüft, ob die Einleitung des Verfahrens nach Artikel 107c Absatz 4 der Richtlinie 2001/83/EG notwendig ist. [3]Satz 1 Nummer 2 und 3 gilt entsprechend für den Inhaber von Registrierungen nach § 38 oder § 39a sowie für den pharmazeutischen Unternehmer, der nicht Inhaber der Zulassung oder Inhaber der Registrierung nach § 38 oder § 39a ist und der ein zulassungs- oder registrierungspflichtiges oder ein von der Pflicht zur Zulassung oder der Registrierung freigestelltes oder ein traditionelles pflanzliches Arzneimittel in den Verkehr bringt.

(5) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde beurteilt die regelmäßigen aktualisierten Unbedenklichkeitsberichte daraufhin, ob es neue oder veränderte Risiken gibt oder sich das Nutzen-Risiko-Verhältnis von Arzneimitteln geändert hat, und ergreift die erforderlichen Maßnahmen. [2]Für Arzneimittel, für die ein einheitlicher Stichtag oder ein einheitliches Vorlageintervall nach Artikel 107c Absatz 4 der Richtlinie 2001/83/EG festgelegt worden ist, sowie für Arzneimittel, die in mehreren Mitgliedstaaten zugelassen sind und für die regelmäßige aktualisierte Unbedenklichkeitsberichte in der Zulassung festgelegt sind, gilt für die Beurteilung das Verfahren nach den Artikeln 107e und 107g.

(6) [1]Die Erfüllung der Verpflichtungen nach den Absätzen 1 bis 4 kann durch schriftliche Vereinbarung zwischen dem Inhaber der Zulassung und dem pharmazeutischen Unternehmer, der nicht Inhaber der Zulassung ist, ganz oder teilweise auf den Inhaber der Zulassung übertragen werden. [2]Die Absätze 1 bis 5 gelten nicht für einen Parallelimporteur.

Fußnoten

(+++ Zehnter Abschnitt (§§ 62 bis 63j): Zur Anwendung vgl. § 63j Abs. 1 +++)
(+++ § 63d: Zur Anwendung vgl. § 63j Abs. 2 +++)
§§ 63d bis 63j: Eingef. durch Art. 1 Nr. 50 bzgl. § 63d Abs. 2 nach Maßgabe d. Art. 14 Abs. 3 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 63d Abs. 2: IdF d. Art. 2 Nr. 3 G v. 19.10.2012 I 2192 iVm Bek. v. 30.6.2917 I 2304 mWv 13.6.2016

§ 63e Europäisches Verfahren

[1]In den Fällen von Artikel 107i der Richtlinie 2001/83/EG ergreift die zuständige Bundesoberbehörde die dort vorgesehenen Maßnahmen. [2]Für das Verfahren gelten die Artikel 107i bis 107k der Richtlinie 2001/83/EG.

Fußnoten

(+++ Zehnter Abschnitt (§§ 62 bis 63j): Zur Anwendung vgl. § 63j Abs. 1 +++)
(+++ § 63e: Zur Anwendung vgl. § 63j Abs. 2 +++)
§§ 63d bis 63j: Eingef. durch Art. 1 Nr. 50 bzgl. § 63d Abs. 2 nach Maßgabe d. Art. 14 Abs. 3 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012

§ 63f Allgemeine Voraussetzungen für nicht-interventionelle Unbedenklichkeitsstudien

(1) [1]Nichtinterventionelle Unbedenklichkeitsstudien, die vom Inhaber der Zulassung auf eigene Veranlassung durchgeführt werden, sind der zuständigen Bundesoberbehörde anzuzeigen. [2]Die zuständige Bundesoberbehörde kann vom Inhaber der Zulassung das Protokoll und die Fortschrittsberichte anfordern. [3]Innerhalb eines Jahres nach Abschluss der Datenerfassung hat der Inhaber der Zulassung der zuständigen Bundesoberbehörde den Abschlussbericht zu übermitteln.

(2) Für nichtinterventionelle Unbedenklichkeitsstudien, die vom Inhaber der Zulassung auf Grund einer Auflage nach § 28 Absatz 3, 3a oder 3b durchgeführt werden, gilt das Verfahren nach § 63g.

(3) Die Durchführung von Unbedenklichkeitsstudien nach den Absätzen 1 und 2 ist nicht zulässig, wenn

1. durch sie die Anwendung eines Arzneimittels gefördert werden soll,
2. sich Vergütungen für die Beteiligung von Angehörigen der Gesundheitsberufe an solchen Studien nach ihrer Art und Höhe nicht auf den Zeitaufwand und die angefallenen Kosten beschränken oder
3. ein Anreiz für eine bevorzugte Verschreibung oder Empfehlung bestimmter Arzneimittel entsteht.

(4) [1]Der Inhaber der Zulassung hat Unbedenklichkeitsstudien nach den Absätzen 1 und 2 auch der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen und dem Verband der Privaten Krankenversicherung e. V. unverzüglich anzuzeigen. [2]Dabei sind Ort, Zeit, Ziel und Protokoll der Studie sowie Name und lebenslange Arztnummer der beteiligten Ärzte anzugeben. [3]Sofern beteiligte Ärzte Leistungen zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung erbringen, sind bei Anzeigen nach Satz 1 auch die Art und die Höhe der jeweils an sie tatsächlich geleisteten Entschädigungen anzugeben sowie jeweils eine Ausfertigung der mit ihnen geschlossenen Verträge und jeweils eine Darstellung des Aufwandes für die beteiligten Ärzte und eine Begründung für die Angemessenheit der Entschädigung zu übermitteln. [4]Sofern sich bei den in Satz 3 genannten Informationen Änderungen ergeben, sind die jeweiligen Informationen nach Satz 3 vollständig in der geänderten, aktualisierten Form innerhalb von

vier Wochen nach jedem Quartalsende zu übermitteln; die tatsächlich geleisteten Entschädigungen sind mit Zuordnung zu beteiligten Ärzten namentlich mit Angabe der lebenslangen Arztnummer zu übermitteln. [5]Innerhalb eines Jahres nach Abschluss der Datenerfassung sind unter Angabe der insgesamt beteiligten Ärzte die Anzahl der jeweils und insgesamt beteiligten Patienten und Art und Höhe der jeweils und insgesamt geleisteten Entschädigungen zu übermitteln. [6]Die Angaben nach diesem Absatz sind entsprechend den Formatvorgaben nach § 67 Absatz 6 Satz 13 elektronisch zu übermitteln.

Fußnoten

(+++ Zehnter Abschnitt (§§ 62 bis 63j): Zur Anwendung vgl. § 63j Abs. 1 +++)
(+++ § 63f: Zur Anwendung vgl. § 63j Abs. 2 +++)
§§ 63d bis 63j: Eingef. durch Art. 1 Nr. 50 bzgl. § 63d Abs. 2 nach Maßgabe d. Art. 14 Abs. 3 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 63f Überschrift: IdF d. Art. 2 Nr. 16 Buchst. a iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 63f Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 2 Nr. 16 Buchst. d iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 63f Abs. 2: IdF d. Art. 2 Nr. 16 Buchst. d iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 63f Abs. 3 Eingangssatz: IdF d. Art. 2 Nr. 16 Buchst. d iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 63f Abs. 3 Nr. 2: IdF d. Art. 2 Nr. 16 Buchst. b iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 63f Abs. 4 Satz 1: IdF d. Art. 2 Nr. 16 Buchst. d iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 63f Abs. 4 Satz 2: IdF d. Art. 2 Nr. 16 Buchst. c iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 63f Abs. 4 Satz 3 bis 6: Früher Satz 3 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 7a G v. 7.8.2013 I 3108 mWv 13.8.2013
§ 63f Abs. 4 Satz 4: IdF d. Art. 1 Nr. 12a Buchst. a G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 63f Abs. 4 Satz 6: IdF d. Art. 1 Nr. 12a Buchst. b G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016

§ 63g Besondere Voraussetzungen für angeordnete nichtinterventionelle Unbedenklichkeitsstudien

(1) Der Inhaber der Zulassung hat bei nichtinterventionellen Unbedenklichkeitsstudien, die nach § 28 Absatz 3, 3a oder 3b angeordnet wurden, den Entwurf des Studienprotokolls vor Durchführung

1. der zuständigen Bundesoberbehörde, wenn es sich um eine Studie handelt, die nur im Inland durchgeführt wird,
2. dem Ausschuss für Risikobewertung im Bereich der Pharmakovigilanz, wenn es sich um eine Studie handelt, die in mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführt wird,

vorzulegen.

(2) [1]Eine nichtinterventionelle Unbedenklichkeitsstudie nach Absatz 1 darf nur begonnen werden, wenn der Protokollentwurf bei Studien nach Absatz 1 Nummer 1 durch die zuständige Bundesoberbehörde genehmigt wurde oder bei Studien nach Absatz 1 Nummer 2 durch den Ausschuss für Risikobewertung im Bereich der Pharmakovigilanz genehmigt wurde und der Protokollentwurf der zuständigen Bundesoberbehörde vorliegt. [2]Die zuständige Bundesoberbehörde hat nach Vorlage des Protokollentwurfs innerhalb von 60 Tagen über die Genehmigung der Studie zu entscheiden. [3]Eine Genehmigung ist zu versagen, wenn die Anwendung des Arzneimittels gefördert werden soll, die Ziele mit dem Studiendesign nicht erreicht werden können oder es sich um eine klinische Prüfung nach § 4 Absatz 23 Satz 1 handelt.

(3) [1]Nach Beginn einer Studie nach Absatz 1 sind wesentliche Änderungen des Protokolls vor deren Umsetzung,

1. wenn es sich um eine Studie handelt, die nur im Inland durchgeführt wird, von der zuständigen Bundesoberbehörde,
2. wenn es sich um eine Studie handelt, die in mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführt wird, von dem Ausschuss für Risikobewertung im Bereich der Pharmakovigilanz

zu genehmigen. [2]Wird die Studie in den Fällen von Satz 1 Nummer 2 auch im Inland durchgeführt, unterrichtet der Inhaber der Zulassung die zuständige Bundesoberbehörde über die genehmigten Änderungen.

(4) [1]Nach Abschluss einer Studie nach Absatz 1 ist der abschließende Studienbericht

1. in den Fällen nach Absatz 1 Nummer 1 der zuständigen Bundesoberbehörde,
2. in den Fällen nach Absatz 1 Nummer 2 dem Ausschuss für Risikobewertung im Bereich der Pharmakovigilanz

innerhalb von zwölf Monaten nach Abschluss der Datenerfassung vorzulegen, wenn nicht durch die nach Satz 1 Nummer 1 oder 2 zuständige Stelle auf die Vorlage verzichtet worden ist. [2]Der Abschlussbericht ist zusammen mit einer Kurzdarstellung der Studienergebnisse elektronisch zu übermitteln.

Fußnoten

(+++ Zehnter Abschnitt (§§ 62 bis 63j): Zur Anwendung vgl. § 63j Abs. 1 +++)
(+++ § 63g: Zur Anwendung vgl. § 63j Abs. 2 +++)
§§ 63d bis 63j: Eingef. durch Art. 1 Nr. 50 bzgl. § 63d Abs. 2 nach Maßgabe d. Art. 14 Abs. 3 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 63g Überschrift: IdF d. Art. 2 Nr. 17 Buchst. an iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 63g Abs. 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 2 Nr. 17 Buchst. b DBuchst. aa iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 63g Abs. 1 Nr. 1 u. 2: IdF d. Art. 2 Nr. 17 Buchst. b DBuchst. bb iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 63g Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 2 Nr. 17 Buchst. c DBuchst. aa iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 63g Abs. 2 Satz 2: IdF d. Art. 2 Nr. 17 Buchst. c DBuchst. bb iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 63g Abs. 2 Satz 3: IdF d. Art. 2 Nr. 17 Buchst. c DBuchst. cc iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 63g Abs. 3: IdF d. Art. 2 Nr. 17 Buchst. d iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 63g Abs. 4 Satz 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 2 Nr. 17 Buchst. e DBuchst. aa iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 63g Abs. 4 Satz 2: IdF d. Art. 2 Nr. 17 Buchst. e DBuchst. bb iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022

§ 63h (weggefallen)

Fußnoten

§ 63h: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 68 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 63i Dokumentations- und Meldepflichten bei Blut- und Gewebezubereitungen und Gewebe

(1) Der Inhaber einer Zulassung für Blutzubereitungen im Sinne von Artikel 3 Nummer 6 der Richtlinie 2001/83/EG oder einer Zulassung oder Genehmigung für Gewebezubereitungen oder für hämatopoetische Stammzellzubereitungen im Sinne der Richtlinie 2004/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Spende, Beschaffung, Testung, Verarbeitung, Konservierung, Lagerung und Verteilung von menschlichen Geweben und Zellen (ABl. L 102 vom 7.4.2004, S. 48), die zuletzt durch die Verordnung (EG) Nr. 596/2009 (ABl. L 188 vom 18.7.2009, S. 14) geändert worden ist, oder einer Zulassung für Gewebezubereitungen im Sinne von § 21 hat Unterlagen zu führen über Verdachtsfälle von schwerwiegenden Zwischenfällen oder schwerwiegenden unerwünschten Reaktionen, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder in einem Drittstaat aufgetreten sind, und die Anzahl der Rückrufe.

(2) [1]Der Inhaber einer Zulassung oder Genehmigung für Blut- oder Gewebezubereitungen im Sinne von Absatz 1 hat ferner jeden Verdacht eines schwerwiegenden Zwischenfalls und jeden Verdacht einer schwerwiegenden unerwünschten Reaktion zu dokumentieren und unverzüglich, spätestens aber innerhalb von 15 Tagen nach Bekanntwerden, der zuständigen Bundesoberbehörde anzuzeigen. [2]Die Anzeige muss alle erforderlichen Angaben enthalten, insbesondere Name oder Firma und Anschrift des pharmazeutischen Unternehmers, Bezeichnung und Nummer oder Kennzeichnungscode der Blut- oder Gewebezubereitung, Tag und Dokumentation des Auftretens des Verdachts des schwerwiegenden Zwischenfalls oder der schwerwiegenden unerwünschten Reaktion, Tag und Ort der Blutbestandteile- oder Gewebeentnahme, belieferte Betriebe oder Einrichtungen sowie Angaben zu der spendenden Person. [3]Bei Gewebezubereitungen und hämatopoetischen Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut ist außerdem der EU-Gewebeeinrichtungs-Code, sofern vorhanden, und ist bei der Meldung eines Verdachts einer schwerwiegenden unerwünschten Reaktion ferner der Einheitliche Europäische Code, sofern vorhanden, anzugeben. [4]Die nach Satz 1 angezeigten Zwischenfälle oder Reaktionen sind auf ihre Ursache und Auswirkung zu untersuchen und zu bewerten und die Ergebnisse der zuständigen Bundesoberbehörde unverzüglich mitzuteilen, ebenso die Maßnahmen zur Rückverfolgung und zum Schutz der Spender und Empfänger.

(3) [1]Die Blut- und Plasmaspendeeinrichtungen oder die Gewebeeinrichtungen haben bei nicht zulassungs- oder genehmigungspflichtigen Blut- oder Gewebezubereitungen sowie bei Blut und Blutbestandteilen und bei Gewebe jeden Verdacht eines schwerwiegenden Zwischenfalls und jeden Verdacht einer schwerwiegenden unerwünschten Reaktion zu dokumentieren und unverzüglich der zuständigen Behörde zu melden. [2]Die Meldung muss alle notwendigen Angaben wie Name oder Firma und Anschrift der Spende- oder Gewebeeinrichtung, Bezeichnung und Nummer oder Kennzeichnungscode der Blut- oder Gewebezubereitung, Tag und Dokumentation des Auftretens des Verdachts des schwerwiegenden Zwischenfalls oder der schwerwiegenden unerwünschten Reaktion, Tag der Herstellung der Blut- oder Gewebezubereitung sowie Angaben zu der spendenden Person enthalten. [3]Bei Geweben und Gewebezubereitungen sowie bei hämatopoetischen Stammzellen und Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut ist außerdem der EU-Gewebeeinrichtungs-Code, sofern vorhanden, und ist bei der Meldung eines Verdachts einer schwerwiegenden unerwünschten Reaktion ferner der Einheitliche Europäische Code, sofern vorhanden, anzugeben. [4]Absatz 2 Satz 4 gilt entsprechend. [5]Die zuständige Behörde leitet die Meldungen nach den Sätzen 1 bis 3 sowie die Mitteilungen nach Satz 4 an die zuständige Bundesoberbehörde weiter.

(4) [1]Der Inhaber einer Zulassung oder Genehmigung für Blut- oder Gewebezubereitungen im Sinne von Absatz 1 hat auf der Grundlage der in Absatz 1 genannten Verpflichtungen der zuständigen Bundesoberbehörde einen aktualisierten Bericht über die Unbedenklichkeit der Arzneimittel unverzüglich nach Aufforderung oder, soweit Rückrufe oder Fälle oder Verdachtsfälle schwerwiegender Zwischenfälle oder schwerwiegender unerwünschter Reaktionen betroffen sind, mindestens einmal jährlich vorzulegen. [2]Satz 1 gilt nicht für den Parallelimporteur.

(5) [1]§ 62 Absatz 1, 2 Satz 1 und 2, Absatz 4 und 6 und § 63 gelten entsprechend. [2]Die §§ 63a und 63b Absatz 1 und 2 gelten für den Inhaber einer Zulassung für Blut- oder Gewebezubereitungen entsprechend. [3]Das Nähere regelt die Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung; die allgemeine Verwaltungsvorschrift nach § 63 Satz 1 findet Anwendung. [4]Im Übrigen finden die §§ 62 bis 63g keine Anwendung.

(6) [1]Schwerwiegender Zwischenfall im Sinne der vorstehenden Vorschriften ist jedes unerwünschte Ereignis im Zusammenhang mit der Gewinnung, Untersuchung, Aufbereitung, Be- oder Verarbeitung, Konservierung, Aufbewahrung oder Abgabe von Blut und Blutbestandteilen, Geweben, Gewebe- oder Blutzubereitungen, das die Übertragung einer ansteckenden Krankheit, den Tod oder einen lebensbedrohenden Zustand, eine Behinderung oder einen Fähigkeitsverlust von Patienten zur Folge haben könnte oder einen Krankenhausaufenthalt erforderlich machen oder verlängern könnte oder zu einer Erkrankung führen oder diese verlängern könnte. [2]Als schwerwiegender Zwischenfall gilt auch jede fehlerhafte Identifizierung oder Verwechslung von Keimzellen oder imprägnierten Eizellen im Rahmen von Maßnahmen einer medizinisch unterstützten Befruchtung.

(7) Schwerwiegende unerwünschte Reaktion im Sinne der vorstehenden Vorschriften ist eine unbeabsichtigte Reaktion, einschließlich einer übertragbaren Krankheit, beim Spender oder Empfänger im Zusammenhang mit der Gewinnung von Gewebe oder Blut oder der Übertragung von Gewebe- oder Blutzubereitungen, die tödlich oder lebensbedrohend verläuft, eine Behinderung oder einen Fähigkeitsverlust zur Folge hat oder einen Krankenhausaufenthalt erforderlich macht oder verlängert oder zu einer Erkrankung führt oder diese verlängert.

(8) [1]Der Inhaber einer Zulassung oder Genehmigung für Blut- oder Gewebezubereitungen im Sinne von Absatz 1 darf im Zusammenhang mit dem zugelassenen oder genehmigten Arzneimittel keine Informationen, die die Hämo- oder Gewebevigilanz betreffen, ohne vorherige oder gleichzeitige Mitteilung an die zuständige Bundesoberbehörde und an die Europäische Kommission öffentlich bekannt machen. [2]Er stellt sicher, dass solche Informationen in objektiver und nicht irreführender Weise öffentlich bekannt gemacht werden.

Fußnoten

(+++ Zehnter Abschnitt (§§ 62 bis 63j): Zur Anwendung vgl. § 63j Abs. 1 +++)
§§ 63d bis 63j: Eingef. durch Art. 1 Nr. 50 bzgl. § 63d Abs. 2 nach Maßgabe d. Art. 14 Abs. 3 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 63i Abs. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. a G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 63i Abs. 2 Satz 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 7 Buchst. a G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 63i Abs. 2 Satz 4 (früher Satz 3): Jetzt Satz 4 gem. Art. 1 Nr. 7 Buchst. a G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 63i Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. b DBuchst. aa G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 63i Abs. 3 Satz 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 7 Buchst. b DBuchst. bb G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 63i Abs. 3 Satz 4 (früher Satz 3): Jetzt Satz 4 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. b DBuchst. bb u. cc G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 63i Abs. 3 Satz 5 (früher Satz 4): Jetzt Satz 5 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. b DBuchst. bb u. dd G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 63i Abs. 5: IdF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. b G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 63i Abs. 5 Satz 4: IdF d. Art. 3 Nr. 69 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 63i Abs. 6 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. c G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 63i Abs. 8: Eingef. durch Art. 1 Nr. 7 Buchst. d G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017

§ 63j Dokumentations- und Meldepflichten der behandelnden Person für nicht zulassungs- oder genehmigungspflichtige Arzneimittel für neuartige Therapien

(1) [1]Die behandelnde Person, die nicht zulassungs- oder genehmigungspflichtige Arzneimittel für neuartige Therapien bei einem Patienten anwendet, hat Unterlagen über alle Verdachtsfälle von Nebenwirkungen zu führen und unverzüglich jeden Verdachtsfall einer schwerwiegenden Nebenwirkung der zuständigen Behörde elektronisch anzuzeigen. [2]Die Anzeige muss alle notwendigen Angaben enthalten, insbesondere

1. den Namen und die Anschrift der Einrichtung, in der der Patient behandelt wurde,
2. den Tag des Auftretens der schwerwiegenden Nebenwirkung,
3. die Art der schwerwiegenden Nebenwirkung,
4. den Tag der Herstellung des Arzneimittels,
5. Angaben zur Art des Arzneimittels sowie
6. Initialen, Geschlecht und Geburtsjahr des Patienten, der mit dem Arzneimittel behandelt wurde.

[3]Die zuständige Bundesoberbehörde gibt das für die Anzeige zu verwendende Formular auf ihrer Internetseite bekannt.

(2) Die behandelnde Person hat die nach Absatz 1 angezeigten Nebenwirkungen auf ihre Ursache und Auswirkung zu untersuchen und zu bewerten und die Ergebnisse der Bewertung der zuständigen Behörde unverzüglich mitzuteilen, ebenso die von ihr ergriffenen Maßnahmen zum Schutz des Patienten.

(3) Die zuständige Behörde leitet die Anzeigen und Meldungen nach den Absätzen 1 und 2 unverzüglich an die zuständige Bundesoberbehörde weiter.

(4) Auf Verlangen der zuständigen Behörden der Länder oder des Bundes muss die behandelnde Person weitere Informationen für die Beurteilung der Risiken des angewendeten Arzneimittels, einschließlich eigener Bewertungen, unverzüglich und vollständig übermitteln.

Fußnoten

§ 63j: Eingef. durch Art. 1 Nr. 20 G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 15.8.2020

§ 63k Ausnahmen

Die Regelungen des Zehnten Abschnitts finden keine Anwendung auf Arzneimittel, die im Rahmen einer klinischen Prüfung als Prüfpräparate eingesetzt werden.

Fußnoten

(+++ Zehnter Abschnitt (§§ 62 bis 63j (§ 63j jetzt 63k)): Zur Anwendung vgl. § 63k Abs. 1 +++)
§§ 63d bis 63j (§ 63j jetzt 63k): Eingef. durch Art. 1 Nr. 50 bzgl. § 63d Abs. 2 nach Maßgabe d. Art. 14 Abs. 3 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§63k: Früherer Abs. 2 aufgeh., früherer Abs. 1 jetzt einziger Text gem. Art. 3 Nr. 70 Buchst. a u. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

Elfter Abschnitt Überwachung

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 64 Durchführung der Überwachung

(1) [1]Der Überwachung durch die zuständige Behörde hinsichtlich der jeweils genannten Tätigkeiten unterliegen Betriebe und Einrichtungen,

1. in denen Arzneimittel hergestellt, geprüft, gelagert, verpackt oder in den Verkehr gebracht werden,
2. in denen sonst mit Arzneimitteln Handel getrieben wird,
3. die Arzneimittel einführen,
4. die Arzneimittel entwickeln oder klinisch prüfen,
5. die Arzneimittel nach § 47a Absatz 1 Satz 1 erwerben oder anwenden,
6. in denen Aufzeichnungen über die in den Nummern 1 bis 5 genannten Tätigkeiten aufbewahrt werden oder
7. die einen Datenspeicher einrichten oder verwalten, der zum Datenspeicher- und -abrufsystem nach Artikel 31 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/161 der Kommission vom 2. Oktober 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung genauer Bestimmungen über die Sicherheitsmerkmale auf der Verpackung von Humanarzneimitteln (ABl. L 32 vom 9.2.2016, S. 1) gehört.

[2]Die Entwicklung, Herstellung, Prüfung, Lagerung, Verpackung, Einfuhr und das Inverkehrbringen von Wirkstoffen und anderen zur Arzneimittelherstellung bestimmten Stoffen und von Gewebe, der sonstige Handel mit diesen Wirkstoffen und Stoffen sowie die mit den genannten Tätigkeiten im Zusammen-

hang stehende Aufbewahrung von Aufzeichnungen unterliegen der Überwachung, soweit sie durch eine Rechtsverordnung nach § 54, nach § 12 des Transfusionsgesetzes oder nach § 16a des Transplantationsgesetzes geregelt sind. [3]Im Fall des § 14 Absatz 4 Nummer 4 und des § 20b Absatz 2 unterliegen die Entnahmeeinrichtungen und Labore der Überwachung durch die für sie örtlich zuständige Behörde; im Fall des § 20c Absatz 2 Satz 2 unterliegen die beauftragten Betriebe der Überwachung durch die für sie örtlich zuständige Behörde. [4]Satz 1 gilt auch für Personen, die diese Tätigkeiten berufsmäßig ausüben oder Arzneimittel nicht ausschließlich für den Eigenbedarf mit sich führen, für den Sponsor einer klinischen Prüfung oder seinen Vertreter sowie für Personen oder Personenvereinigungen, die Arzneimittel für andere sammeln. [5]Satz 1 findet keine Anwendung auf die Rekonstitution, soweit es sich nicht um Arzneimittel handelt, die zur klinischen Prüfung bestimmt sind.

(2) [1]Die mit der Überwachung beauftragten Personen müssen diese Tätigkeit hauptberuflich ausüben. [2]Die zuständige Behörde kann Sachverständige beiziehen. [3]Sie soll Angehörige der zuständigen Bundesoberbehörde als Sachverständige beteiligen, soweit es sich um Blutzubereitungen, Gewebe und Gewebezubereitungen, radioaktive Arzneimittel, gentechnisch hergestellte Arzneimittel, Sera, Impfstoffe, Allergene, Arzneimittel für neuartige Therapien, xenogene Arzneimittel oder um Wirkstoffe oder andere Stoffe, die menschlicher, tierischer oder mikrobieller Herkunft sind oder die auf gentechnischem Wege hergestellt werden, handelt. [4]Bei Apotheken, die keine Krankenhausapotheken sind oder die einer Erlaubnis nach § 13 nicht bedürfen, kann die zuständige Behörde Sachverständige mit der Überwachung beauftragen.

(3) [1]Die zuständige Behörde hat sich davon zu überzeugen, dass die Vorschriften über Arzneimittel, Wirkstoffe und andere zur Arzneimittelherstellung bestimmte Stoffe sowie über Gewebe, über die Werbung auf dem Gebiete des Heilwesens, des Zweiten Abschnitts des Transfusionsgesetzes, der Abschnitte 2, 3 und 3a des Transplantationsgesetzes und über das Apothekenwesen beachtet werden. [2]Sie hat dafür auf der Grundlage eines Überwachungssystems unter besonderer Berücksichtigung möglicher Risiken in angemessenen Zeitabständen und in angemessenem Umfang sowie erforderlichenfalls auch unangemeldet Inspektionen vorzunehmen und wirksame Folgemaßnahmen festzulegen. [3]Sie hat auch Arzneimittelproben amtlich untersuchen zu lassen. [4]Unangemeldete Inspektionen sind insbesondere erforderlich

1. bei Verdacht von Arzneimittel- oder Wirkstofffälschungen,
2. bei Hinweis auf schwerwiegende Mängel von Arzneimitteln oder Wirkstoffen sowie
3. in angemessenen Zeitabständen im Rahmen der Überwachung der Arzneimittelherstellung nach § 35 der Apothekenbetriebsordnung und der Herstellung von Arzneimitteln zur parenteralen Anwendung für Apotheken.

(3a) [1]Betriebe und Einrichtungen, die einer Erlaubnis nach den §§ 13, 20c, 72, 72b Absatz 1 oder § 72c bedürfen, sowie Apotheken, die Arzneimittel nach § 35 der Apothekenbetriebsordnung herstellen, sind in der Regel alle zwei Jahre nach Absatz 3 zu überprüfen. [2]Die zuständige Behörde erteilt die Erlaubnis nach den §§ 13, 20c, 52a, 72, 72b Absatz 1 oder § 72c erst, wenn sie sich durch eine Inspektion davon überzeugt hat, dass die Voraussetzungen für die Erlaubniserteilung vorliegen.

(3b) [1]Die zuständige Behörde führt die Inspektionen zur Überwachung der Vorschriften über den Verkehr mit Arzneimitteln gemäß den Leitlinien der Europäischen Kommission nach Artikel 111a der Richtlinie 2001/83/EG durch, soweit es sich nicht um die Überwachung der Durchführung klinischer Prüfung handelt. [2]Sie arbeitet mit der Europäischen Arzneimittel-Agentur durch Austausch von Informationen über geplante und durchgeführte Inspektionen sowie bei der Koordinierung von Inspektionen von Betrieben und Einrichtungen in Ländern, die nicht Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder andere Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind, zusammen.

(3c) [1]Die Inspektionen können auch auf Ersuchen eines anderen Mitgliedstaates, der Europäischen Kommission oder der Europäischen Arzneimittel-Agentur durchgeführt werden. [2]Unbeschadet etwaiger Abkommen zwischen der Europäischen Union und Ländern, die nicht Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder andere Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind, kann die zuständige Behörde einen Hersteller in dem Land, das nicht Mitgliedstaat der Union oder Vertrags-

staat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, auffordern, sich einer Inspektion nach den Vorgaben der Europäischen Union zu unterziehen.

(3d) [1]Über die Inspektion ist ein Bericht zu erstellen. [2]Die zuständige Behörde, die die Inspektion durchgeführt hat, teilt den überprüften Betrieben, Einrichtungen oder Personen den Inhalt des Berichtsentwurfs mit und gibt ihnen vor dessen endgültiger Fertigstellung Gelegenheit zur Stellungnahme.

(3e) Führt die Inspektion nach Auswertung der Stellungnahme nach Absatz 3d Satz 2 zu dem Ergebnis, dass die Betriebe, Einrichtungen oder Personen den gesetzlichen Vorschriften nicht entsprechen, so wird diese Information, soweit die Grundsätze und Leitlinien der Guten Herstellungspraxis oder der Guten Vertriebspraxis des Rechts der Europäischen Union für Arzneimittel zur Anwendung beim Menschen betroffen sind, in die Datenbank nach § 67a eingegeben.

(3f) [1]Innerhalb von 90 Tagen nach einer Inspektion zur Überprüfung der Guten Herstellungspraxis oder der Guten Vertriebspraxis wird den überprüften Betrieben, Einrichtungen oder Personen ein Zertifikat ausgestellt, wenn die Inspektion zu dem Ergebnis geführt hat, dass die entsprechenden Grundsätze und Leitlinien eingehalten werden. [2]Die Gültigkeitsdauer des Zertifikates über die Einhaltung der Grundsätze und Leitlinien der Guten Herstellungspraxis soll drei Jahre, die des Zertifikates über die Einhaltung der Grundsätze und Leitlinien der Guten Vertriebspraxis fünf Jahre nicht überschreiten. [3]Das Zertifikat ist zurückzunehmen, wenn nachträglich bekannt wird, dass die Voraussetzungen nicht vorgelegen haben; es ist zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind.

(3g) [1]Die Angaben über die Ausstellung, die Versagung, die Rücknahme oder den Widerruf eines Zertifikates über die Einhaltung der Grundsätze und Leitlinien der Guten Herstellungspraxis sind in eine Datenbank nach § 67a einzugeben. [2]Das gilt auch für die Erteilung, die Rücknahme, den Widerruf oder das Ruhen einer Erlaubnis nach § 13 oder § 72 Absatz 1 und 2 sowie für die Registrierung und Löschung von Arzneimittelvermittlern oder von Betrieben und Einrichtungen, die Wirkstoffe herstellen, einführen oder sonst mit ihnen Handel treiben, ohne einer Erlaubnis zu bedürfen. [3]Die Angaben über die Ausstellung, die Versagung, die Rücknahme oder den Widerruf einer Erlaubnis nach § 52a sowie eines Zertifikates über die Einhaltung der Grundsätze und Leitlinien der Guten Vertriebspraxis sind in eine Datenbank der Europäischen Arzneimittel-Agentur nach Artikel 111 Absatz 6 der Richtlinie 2001/83/EG einzugeben.

(3h) Die Absätze 3b, 3c und 3e bis 3g finden keine Anwendung auf Betriebe und Einrichtungen, die einen Datenspeicher einrichten oder verwalten, der zum Datenspeicher- und -abrufsystem nach Artikel 31 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/161 gehört.

(3i) [1]Abweichend von Absatz 3c hat die zuständige Behörde über ein begründetes Ersuchen eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union zu entscheiden, in den Gewebe oder Gewebezubereitungen verbracht werden sollen, die zuvor in den Geltungsbereich dieses Gesetzes eingeführt wurden, eine einführende Gewebeeinrichtung, die der Erlaubnispflicht des § 72b Absatz 1 oder des § 72c Absatz 1 unterliegt, zu inspizieren oder sonstige Überwachungsmaßnahmen durchzuführen. [2]Der andere Mitgliedstaat erhält zuvor Gelegenheit zur Stellungnahme. [3]Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für ein begründetes Ersuchen eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union, in den hämatopoetische Stammzellen oder Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut verbracht werden sollen, die zuvor in den Geltungsbereich dieses Gesetzes eingeführt wurden, eine einführende Einrichtung, die der Erlaubnispflicht nach § 72 Absatz 4 oder § 72c Absatz 4 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 1 unterliegt, zu inspizieren oder sonstige Überwachungsmaßnahmen durchzuführen.

(3j) [1]Im Fall einer Inspektion nach Absatz 3i kann die zuständige Behörde auf ein Ersuchen der zuständigen Behörde des anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union gestatten, dass beauftragte Personen dieses Mitgliedstaates die Inspektion begleiten. [2]Eine Ablehnung des Ersuchens muss die zuständige Behörde gegenüber der zuständigen Behörde des anderen Mitgliedstaates begründen. [3]Die begleitenden Personen sind befugt, zusammen mit den mit der Überwachung beauftragten Personen Grundstücke, Geschäftsräume, Betriebsräume und Beförderungsmittel zu den üblichen Geschäftszeiten zu betreten und zu besichtigen.

(3k) [1]Die zuständige Behörde informiert die zuständige Bundesoberbehörde über geplante Inspektionen bei Herstellern von Arzneimitteln oder Wirkstoffen in Drittstaaten. [2]Angehörige der zuständigen Bundes-

oberbehörde können im Benehmen mit der zuständigen Behörde an solchen Inspektionen als Sachverständige teilnehmen. [3]Absatz 2 Satz 3 bleibt unberührt.

(4) Die mit der Überwachung beauftragten Personen sind befugt

1. Grundstücke, Geschäftsräume, Betriebsräume, Beförderungsmittel und zur Verhütung dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung auch Wohnräume zu den üblichen Geschäftszeiten zu betreten, zu besichtigen sowie in Geschäftsräumen, Betriebsräumen und Beförderungsmitteln zur Dokumentation Bildaufzeichnungen anzufertigen, in denen eine Tätigkeit nach Absatz 1 ausgeübt wird; das Grundrecht des Artikels 13 des Grundgesetzes auf Unverletzlichkeit der Wohnung wird insoweit eingeschränkt,

2. Unterlagen über Entwicklung, Herstellung, Prüfung, klinische Prüfung, Erwerb, Einfuhr, Lagerung, Verpackung, Abrechnung, Inverkehrbringen und sonstigen Verbleib der Arzneimittel, der Wirkstoffe und anderer zur Arzneimittelherstellung bestimmter Stoffe sowie über das im Verkehr befindliche Werbematerial und über die nach § 94 erforderliche Deckungsvorsorge einzusehen,

2a. Abschriften oder Ablichtungen von Unterlagen nach Nummer 2 oder Ausdrucke oder Kopien von Datenträgern, auf denen Unterlagen nach Nummer 2 gespeichert sind, anzufertigen oder zu verlangen, soweit es sich nicht um personenbezogene Daten von Patienten handelt,

3. von natürlichen und juristischen Personen und nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen alle erforderlichen Auskünfte, insbesondere über die in Nummer 2 genannten Betriebsvorgänge zu verlangen,

4. vorläufige Anordnungen, auch über die Schließung des Betriebes oder der Einrichtung zu treffen, soweit es zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung geboten ist.

(4a) Soweit es zur Durchführung dieses Gesetzes oder der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen oder der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 erforderlich ist, dürfen auch die Sachverständigen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, soweit sie die mit der Überwachung beauftragten Personen begleiten, Befugnisse nach Absatz 4 Nr. 1 wahrnehmen.

(5) Der zur Auskunft Verpflichtete kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen seiner in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

(6) [1]Das Bundesministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Regelungen über die Wahrnehmung von Überwachungsaufgaben in den Fällen festzulegen, in denen Arzneimittel von einem pharmazeutischen Unternehmer im Geltungsbereich des Gesetzes in den Verkehr gebracht werden, der keinen Sitz im Geltungsbereich des Gesetzes hat, soweit es zur Durchführung der Vorschriften über den Verkehr mit Arzneimitteln sowie über die Werbung auf dem Gebiete des Heilwesens erforderlich ist. [2]Dabei kann die federführende Zuständigkeit für Überwachungsaufgaben, die sich auf Grund des Verbringens eines Arzneimittels aus einem bestimmten Mitgliedstaat der Europäischen Union ergeben, jeweils einem bestimmten Land oder einer von den Ländern getragenen Einrichtung zugeordnet werden.

Fußnoten

§ 64: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 64 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 71 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 64 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 2 Nr. 18 Buchst. a DBuchst. aa G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007, d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. a DBuchst. bb G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016 u. d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. a DBuchst. bb G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 64 Abs. 1 Satz 3: IdF d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. a DBuchst. cc G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 64 Abs. 1 Satz 4: Früher Satz 3 gem. Art. 2 Nr. 18 Buchst. a DBuchst. bb G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007; idF d. Art. 2 Nr. 17a iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 64 Abs. 1 Satz 5: Eingef. durch Art. 1 Nr. 56 Buchst. a DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 64 Abs. 2 Satz 3: IdF d. Art. 2 Nr. 18 Buchst. b G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007 u. d. Art. 1 Nr. 56 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 64 Abs. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 51 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 64 Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. b G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 64 Abs. 3 Satz 4: Eingef. durch Art. 1 Nr. 22 Buchst. b G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 64 Abs. 3a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 51 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 64 Abs. 3a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 51 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 64 Abs. 3a Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. c G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016 (bez. als "Abs. 3a wird jeweils"), d. Art. 1 Nr. 22 Buchst. c G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019 u. d. Art. 3 Nr. 71 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 64 Abs. 3a Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. c G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016 (bez. als "Abs. 3a wird jeweils")
§ 64 Abs. 3b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 51 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 64 Abs. 3b Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 71 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 64 Abs. 3c u. 3d: Eingef. durch Art. 1 Nr. 51 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 64 Abs. 3e: Eingef. durch Art. 1 Nr. 51 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012; idF d. Art. 3 Nr. 71 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 64 Abs. 3f: Eingef. durch Art. 1 Nr. 51 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 64 Abs. 3f Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. c G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 64 Abs. 3g: Eingef. durch Art. 1 Nr. 51 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 64 Abs. 3g Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. b DBuchst. aa G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 64 Abs. 3g Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. b DBuchst. bb G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016 u. d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. b G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 64 Abs. 3g Satz 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 14 Buchst. b DBuchst. cc G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 64 Abs. 3h: IdF d. Art. 3 Nr. 71 Buchst. e G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 64 Abs. 3h Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 22 Buchst. d G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 64 Abs. 3i u. 3j: Eingef. durch Art. 1 Nr. 8 Buchst. e G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 29.4.2017
§ 64 Abs. 3k: Eingef. durch Art. 1 Nr. 22 Buchst. e G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 64 Abs. 4 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 56 Buchst. d G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 64 Abs. 4 Nr. 2: IdF d. Art. 2 Nr. 1 Buchst. a G v. 21.12.2006 I 3367 mWv 29.12.2006, d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. f G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016, d. Art. 1 Nr. 22 Buchst. f G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019 u. d. Art. 3 Nr. 71 Buchst. f G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 64 Abs. 4 Nr. 2a: Eingef. durch Art. 2 Nr. 1 Buchst. b G v. 21.12.2006 I 3367 mWv 29.12.2006
§ 64 Abs. 6: Früherer Satz 3 aufgeh. durch Art. 3 Nr. 71 Buchst. g G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 65 Probenahme

(1) [1]Soweit es zur Durchführung der Vorschriften über den Verkehr mit Arzneimitteln, über die Werbung auf dem Gebiete des Heilwesens, des Zweiten Abschnitts des Transfusionsgesetzes, der Abschnitte 2, 3 und 3a des Transplantationsgesetzes und über das Apothekenwesen erforderlich ist, sind die mit der Überwachung beauftragten Personen befugt, gegen Empfangsbescheinigung Proben nach ihrer Auswahl zum Zwecke der Untersuchung zu fordern oder zu entnehmen. [2]Soweit der pharmazeutische Unternehmer nicht ausdrücklich darauf verzichtet, ist ein Teil der Probe oder, sofern die Probe nicht oder ohne Gefährdung des Untersuchungszwecks nicht in Teile von gleicher Qualität teilbar ist, ein zweites Stück der gleichen Art, wie das als Probe entnommene, zurückzulassen.

(2) [1]Zurückzulassende Proben sind amtlich zu verschließen oder zu versiegeln. [2]Sie sind mit dem Datum der Probenahme und dem Datum des Tages zu versehen, nach dessen Ablauf der Verschluss oder die Versiegelung als aufgehoben gelten.

(3) Für Proben, die nicht bei dem pharmazeutischen Unternehmer entnommen werden, ist durch den pharmazeutischen Unternehmer eine angemessene Entschädigung zu leisten, soweit nicht ausdrücklich darauf verzichtet wird.

(4) Als privater Sachverständiger zur Untersuchung von Proben, die nach Absatz 1 Satz 2 zurückgelassen sind, kann nur bestellt werden, wer

1. die Sachkenntnis nach § 15 besitzt. [2]Anstelle der praktischen Tätigkeit nach § 15 Abs. 1 und 4 kann eine praktische Tätigkeit in der Untersuchung und Begutachtung von Arzneimitteln in Arzneimitteluntersuchungsstellen oder in anderen gleichartigen Arzneimittelinstituten treten,

2. die zur Ausübung der Tätigkeit als Sachverständiger zur Untersuchung von amtlichen Proben erforderliche Zuverlässigkeit besitzt und

3. über geeignete Räume und Einrichtungen für die beabsichtigte Untersuchung und Begutachtung von Arzneimitteln verfügt.

Fußnoten

§ 65: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 65 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 2 Nr. 19 G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007
§ 65 Abs. 1 Satz 2: Früherer Satz 2 aufgeh., früherer Satz 3 jetzt Satz 2 gem. Art. 3 Nr. 72 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 66 Duldungs- und Mitwirkungspflicht

(1) [1]Wer der Überwachung nach § 64 Abs. 1 unterliegt, ist verpflichtet, die Maßnahmen nach den §§ 64 und 65 zu dulden und die in der Überwachung tätigen Personen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen, insbesondere ihnen auf Verlangen die Räume und Beförderungsmittel zu bezeichnen, Räume, Behälter und Behältnisse zu öffnen, Auskünfte zu erteilen und die Entnahme der Proben zu ermöglichen. [2]Die gleiche Verpflichtung besteht für die sachkundige Person nach § 14, die verantwortliche Person nach § 20c, den Stufenplanbeauftragten, Informationsbeauftragten, die verantwortliche Person nach § 52a sowie deren Vertreter und den Hauptprüfer und den Prüfer, auch im Hinblick auf Anfragen der zuständigen Bundesoberbehörde.

(2) Die Duldungs- und Mitwirkungspflicht nach Absatz 1 findet entsprechende Anwendung auf Maßnahmen der Bundesoberbehörden nach § 25 Absatz 5 Satz 4 oder Absatz 8 Satz 2 und 3 oder nach § 62 Absatz 6.

Fußnoten

§ 66: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 66 Abs. 1: Früher einziger Text gem. Art. 1 Nr. 52 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 66 Abs. 1 Satz 2 (früher Satz 2): IdF d. Art. 1 Nr. 57 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 2 Nr. 18 iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 66 Abs. 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 52 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012

§ 67 Allgemeine Anzeigepflicht

(1) [1]Betriebe und Einrichtungen, die Arzneimittel entwickeln, herstellen, klinisch prüfen, prüfen, lagern, verpacken, einführen, in den Verkehr bringen oder sonst mit ihnen Handel treiben, haben dies vor der Aufnahme der Tätigkeiten der zuständigen Behörde anzuzeigen. [2]Satz 1 gilt entsprechend für Einrichtungen, die Gewebe gewinnen, die die für die Gewinnung erforderliche Laboruntersuchung durchführen, Gewebe be- oder verarbeiten, konservieren, prüfen, lagern, einführen oder in Verkehr bringen. [3]Die Entwicklung von Arzneimitteln ist anzuzeigen, soweit sie durch eine Rechtsverordnung nach § 54 geregelt ist. [4]Das Gleiche gilt für Personen, die diese Tätigkeiten selbständig und berufsmäßig ausüben, sowie für Personen oder Personenvereinigungen, die Arzneimittel für andere sammeln. [5]In der Anzeige sind die Art der Tätigkeit und die Betriebsstätte anzugeben; werden Arzneimittel gesammelt, so ist das Nähere über die Art der Sammlung und über die Lagerstätte anzugeben. [6]Die Sätze 1 und 3 bis 5 gelten entsprechend für Betriebe und Einrichtungen, die Wirkstoffe oder andere zur Arzneimittelherstellung bestimmte Stoffe herstellen, prüfen, lagern, verpacken, einführen, in den Verkehr bringen oder sonst mit ihnen Handel treiben, soweit diese Tätigkeiten durch eine Rechtsverordnung nach § 54 geregelt sind. [7]Satz 1 findet keine Anwendung auf die Rekonstitution, soweit es sich nicht um Arzneimittel handelt, die zur klinischen Prüfung bestimmt sind. [8]Die Sätze 1 bis 6 gelten auch für Betriebe und Einrichtungen, die mit den dort genannten Tätigkeiten im Zusammenhang stehende Aufzeichnungen aufbewahren. [9]Die Sätze 1 und 5 gelten auch für Betriebe und Einrichtungen, die einen Datenspeicher einrichten oder verwalten, der zum Datenspeicher- und -abrufsystem nach Artikel 31 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/161 gehört.

(2) Ist die Herstellung von Arzneimitteln beabsichtigt, für die es einer Erlaubnis nach § 13 nicht bedarf, so sind die Arzneimittel mit ihrer Bezeichnung und Zusammensetzung anzuzeigen.

(3) [1]Nachträgliche Änderungen sind ebenfalls anzuzeigen. [2]Bei Betrieben und Einrichtungen, die Wirkstoffe herstellen, einführen oder sonst mit ihnen Handel treiben, genügt jährlich eine Anzeige, sofern die Änderungen keine Auswirkungen auf die Qualität oder Sicherheit der Wirkstoffe haben können.

(3a) Betriebe und Einrichtungen, die mit den in Absatz 1 Satz 1 bis 4 und 6 genannten Tätigkeiten im Zusammenhang stehende Aufzeichnungen außerhalb der von der Erlaubnis nach den §§ 13, 20b, 20c, 52a, 72b oder 72c erfassten Räume aufbewahren lassen, haben dies vor Aufnahme der Tätigkeit der zuständigen Behörde anzuzeigen; dies gilt auch für nachträgliche Änderungen.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht für diejenigen, die eine Erlaubnis nach § 13, § 20b, § 20c, § 52a, § 72, § 72b oder § 72c haben, für Apotheken nach dem Gesetz über das Apothekenwesen und für klinische Prüfungen mit Arzneimitteln, die in den Anwendungsbereich der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 fallen.

(5) [1]Wer als pharmazeutischer Unternehmer ein Arzneimittel, das nach § 36 Absatz 1 von der Pflicht zur Zulassung freigestellt ist, in den Verkehr bringt, hat dies zuvor der zuständigen Bundesoberbehörde und der zuständigen Behörde anzuzeigen. [2]In der Anzeige sind der Hersteller, die verwendete Bezeichnung, die verwendeten nicht wirksamen Bestandteile, soweit sie nicht in der Verordnung nach § 36 Absatz 1 festgelegt sind, sowie die tatsächliche Zusammensetzung des Arzneimittels, soweit die Verordnung nach § 36 Absatz 1 diesbezügliche Unterschiede erlaubt, anzugeben. [3]Anzuzeigen sind auch jede Änderung der Angaben und die Beendigung des Inverkehrbringens.

(6) [1]Wer Untersuchungen durchführt, die dazu bestimmt sind, Erkenntnisse bei der Anwendung zugelassener oder registrierter Arzneimittel zu sammeln, hat dies der zuständigen Bundesoberbehörde, der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen und dem Verband der Privaten Krankenversicherung e. V. unverzüglich anzuzeigen. [2]Dabei sind Ort, Zeit, Ziel und Beobachtungsplan der Anwendungsbeobachtung anzugeben sowie gegenüber der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen die beteiligten Ärzte namentlich mit Angabe der lebenslangen Arztnummer, der Betriebsstättennummer und der Praxisadresse zu benennen. [3]Entschädigungen, die an Ärzte für ihre Beteiligung an Untersuchungen nach Satz 1 geleistet werden, sind nach ihrer Art und Höhe so zu bemessen, dass kein Anreiz für eine bevorzugte Verschreibung oder Empfehlung bestimmter Arzneimittel entsteht. [4]Sofern beteiligte Ärzte Leistungen zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung erbringen, sind bei Anzeigen nach Satz 1 auch die Art und die Höhe der jeweils an sie tatsächlich geleisteten Entschädigungen anzugeben sowie jeweils eine Ausfertigung der mit ihnen geschlossenen Verträge und jeweils eine Darstellung des Aufwandes für die beteiligten Ärzte und eine Begründung für die Angemessenheit der Entschädigung zu übermitteln. [5]Sofern sich bei den in Satz 4 genannten Informationen Änderungen ergeben, sind die jeweiligen Informationen nach Satz 4 vollständig in der geänderten, aktualisierten Form innerhalb von vier Wochen nach jedem Quartalsende zu übermitteln; die tatsächlich geleisteten Entschädigungen sind mit Zuordnung zu beteiligten Ärzten namentlich mit Angabe der lebenslangen Arztnummer, der Betriebsstättennummer und der Praxisadresse zu übermitteln. [6]Innerhalb eines Jahres nach Abschluss der Datenerfassung sind unter Angabe der insgesamt beteiligten Ärzte die Anzahl der jeweils und insgesamt beteiligten Patienten und Art und Höhe der jeweils und insgesamt geleisteten Entschädigungen zu übermitteln. [7]Der zuständigen Bundesoberbehörde ist innerhalb eines Jahres nach Abschluss der Datenerfassung ein Abschlussbericht zu übermitteln. [8]§ 42b Absatz 2 Satz 1 und 4 gilt entsprechend. [9]Die Angaben nach diesem Absatz sind elektronisch zu übermitteln. [10]Hierfür machen die zuständigen Bundesoberbehörden elektronische Formatvorgaben bekannt; die zuständige Bundesoberbehörde hat ihr übermittelte Anzeigen und Abschlussberichte der Öffentlichkeit über ein Internetportal zur Verfügung zu stellen. [11]Für die Veröffentlichung der Anzeigen gilt § 42b Absatz 2 Satz 4 entsprechend. [12]Die Sätze 4 bis 6 gelten nicht für Anzeigen gegenüber der zuständigen Bundesoberbehörde. [13]Die Kassenärztliche Bundesvereinigung, der Spitzenverband Bund der Krankenkassen und der Verband der Privaten Krankenversicherung e. V. legen einvernehmlich Formatvorgaben für die elektronische Übermittlung der an sie zu richtenden Angaben fest und geben diese bekannt. [14]Die Sätze 1 bis 12 gelten nicht für Unbedenklichkeitsstudien nach § 63f.

(7) [1]Wer beabsichtigt, gewerbs- oder berufsmäßig Arzneimittel, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union zum Inverkehrbringen durch einen anderen pharmazeutischen Unternehmer zugelassen sind, erstmalig aus diesem Mitgliedstaat in den Geltungsbereich des Gesetzes zum Zweck des Inverkehrbringens im Geltungsbereich des Gesetzes zu verbringen, hat dies dem Inhaber der Zulassung vor der Aufnahme der Tätigkeit anzuzeigen. [2]Für Arzneimittel, für die eine Genehmigung für das Inverkehrbringen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 erteilt worden ist, gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass die Anzeige dem Inhaber der Genehmigung und der Europäischen Arzneimittel-Agentur zu übermitteln ist. [3]An die Agentur ist eine Gebühr für die Überprüfung der Einhaltung der Bedingungen, die in den unionsrechtlichen Rechtsvorschriften über Arzneimittel und den Genehmigungen für das Inverkehrbringen festgelegt sind, zu entrichten; die Bemessung der Gebühr richtet sich nach den unionsrechtlichen Rechtsvorschriften.

(8) [1]Wer zum Zweck des Einzelhandels Arzneimittel im Wege des Versandhandels über das Internet anbieten will, hat dies vor Aufnahme der Tätigkeit der zuständigen Behörde unter Angabe des Namens oder der Firma und der Anschrift des Ortes, von dem aus die Arzneimittel geliefert werden sollen, und die Adresse jedes Internetportals einschließlich aller Angaben zu deren Identifizierung anzuzeigen. [2]Nachträgliche Änderungen sind ebenfalls anzuzeigen. [3]Die zuständige Behörde übermittelt diese Informationen an eine Datenbank nach § 67a. [4]Das Internetportal nach Satz 1 muss den Namen und die Adresse der zuständigen Behörde und ihre sonstigen Kontaktdaten, das gemeinsame Versandhandelslogo nach Artikel 85c der Richtlinie 2001/83/EG aufweisen und eine Verbindung zum Internetportal des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte haben.

(9) [1]Wer nicht zulassungs- oder genehmigungspflichtige Arzneimittel für neuartige Therapien bei einem Patienten anwendet, hat dies der zuständigen Bundesoberbehörde gemäß den Sätzen 2 und 3 anzuzeigen. [2]Die Anzeige ist unverzüglich nach Beginn der Anwendung einzureichen. [3]Die Anzeige muss die folgenden Angaben enthalten:

1. den Namen und die Anschrift der behandelnden Person,
2. den Namen und die Anschrift der Einrichtung, in der der Patient behandelt wurde,
3. die Bezeichnung des Arzneimittels,
4. die Wirkstoffe nach Art und Menge und die Art der sonstigen Bestandteile des Arzneimittels,
5. die Darreichungsform,
6. die Art der Anwendung,
7. den Nachweis, dass die behandelnde Person zur Herstellung des Arzneimittels berechtigt ist,
8. Initialen, Geschlecht und Geburtsjahr des Patienten, der mit dem Arzneimittel behandelt wurde,
9. den Tag der Behandlung oder den Zeitraum der Behandlung und
10. die Indikation, in der das Arzneimittel angewendet wird.

[4]Die zuständige Bundesoberbehörde gibt das für die Anzeige zu verwendende Formular auf ihrer Internetseite bekannt.

Fußnoten

§ 67: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 67 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 9 Buchst. a DBuchst. aa G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017, d. Art. 2 Nr. 3 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022 u. d. Art. 3 Nr. 73 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 67 Abs. 1 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 53 Buchst. a DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012; idF d. Art. 1 Nr. 9 Buchst. a DBuchst. bb G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 67 Abs. 1 Satz 3 bis 5: Früher Satz 2 bis 4 gem. Art. 1 Nr. 53 Buchst. a DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 67 Abs. 1 Satz 6 (früher Satz 7): IdF d. Art. 1 Nr. 9 Buchst. a DBuchst. cc G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017, früherer Satz 6 aufgeh., früherer Satz 7 jetzt Satz 6 gem. u. idF d. Art. 2 Nr. 3 Buchst. a DBuchst. bb u. cc G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022

§ 67 Abs. 1 Satz 7 (früher Satz 8): Eingef. durch Art. 1 Nr. 58 Buchst. a DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009, jetzt Satz 7 gem. Art. 2 Nr. 3 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 67 Abs. 1 Satz 8(früher Satz 9): Eingef. durch Art. 1 Nr. 9 Buchst. a DBuchst. dd G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017, jetzt Satz 8 gem. u. idF d. Art. 2 Nr. 3 Buchst. a DBuchst. bb u. dd G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 67 Abs. 1 Satz 9 (früher Satz 10): Eingef. durch Art. 1 Nr. 23 Buchst. a G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019, jetzt Satz 9 gem. Art. 2 Nr. 3 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 67 Abs. 3 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 53 Buchst. b DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 67 Abs. 3a (früher Abs. 3b): Eingef. durch Art. 1 Nr. 9 Buchst. b G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017; früherer Abs. 3a aufgeh., früherer Abs. 3b jetzt Abs. 3a gem. u. idF d. Art. 2 Nr. 3 Buchst. b u. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 67 Abs. 4 (früher Satz 1): IdF d. Art. 1 Nr. 53 Buchst. c G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012, d. Art. 1 Nr. 9 G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016, d. Art. 2 Nr. 3 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022; früherer Satz 2 aufgeh., früherer Satz 1 jetzt einziger Text gem. u. idF d. Art. 3 Nr. 73 Buchst. b DBuchst. aa u. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 67 Abs. 5: IdF d. Art. 1 Nr. 58 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 67 Abs. 6 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 53 Buchst. d DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 67 Abs. 6 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 58 Buchst. c DBuchst. aa G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009, d. Art. 1 Nr. 53 Buchst. d DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 1 Nr. 23 Buchst. b G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 67 Abs. 6 Satz 3 u. 4: Eingef. durch Art. 30 Nr. 4 Buchst. b G v. 26.3.2007 I 378 mWv 1.4.2007
§ 67 Abs. 6 Satz 4 bis 12: Früher Satz 4 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 7b Buchst. a G v. 7.8.2013 I 3108 mWv 13.8.2013
§ 67 Abs. 6 Satz 5: IdF d. Art. 1 Nr. 14a Buchst. a G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 67 Abs. 6 Satz 7: IdF d. Art. 3 Nr. 73 Buchst. c DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 67 Abs. 6 Satz 8: IdF d. Art. 2 Nr. 3 Buchst. e DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 67 Abs. 6 Satz 9: IdF Art. 3 Nr. 73 Buchst. c DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 67 Abs. 6 Satz 11: IdF d. Art. 2 Nr. 3 Buchst. e DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 67 Abs. 6 Satz 13: Eingef. durch Art. 1 Nr. 14a Buchst. b G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016 u. d. Art. 1 Nr. 23 Buchst. b G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 67 Abs. 6 Satz 14 (früher Satz 15): Eingef. durch Art. 1 Nr. 53 Buchst. d DBuchst. cc G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012; früherer Satz 6 wurde Satz 14 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 7b Buchst a u. b G v. 7.8.2013 I 3108 mWv 13.8.2013; früherer Satz 14 wurde Satz 15 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 14a Buchst. b u. c G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016 u. d. Art. 2 Nr. 3 Buchst. e DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022; früherer Satz 14 aufgeh., früherer Satz 15 jetzt Satz 14 gem. u. idF d. Art. 3 Nr. 73 Buchst. c DBuchst. cc u. dd G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 67 Abs. 7: Eingef. durch Art. 1 Nr. 53 Buchst. e G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 67 Abs. 8: Eingef. durch Art. 1 Nr. 53 Buchst. e G v. 19.10.2012 I 2192 iVm Bek. v. 30.1.2017 I 154 mWv 1.1.2016
§ 67 Abs. 8 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 73 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 67 Abs. 8 Satz 4: IdF d. Art. 16a Abs. 3 Nr. 1 G v. 28.4.2020 I 960 iVm Art. 17 Abs. Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 G v. 28.4.2020 I 960, dieser idF d. Art. 15 Abs. 2 Nr. 2 G v. 19.5.2020 I 1018 mWv 26.5.2020
§ 67 Abs. 9: Eingef. durch Art. 1 Nr. 23 Buchst. c G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 15.8.2020

§ 67a Datenbankgestütztes Informationssystem

(1) [1]Die für den Vollzug dieses Gesetzes zuständigen Behörden des Bundes und der Länder wirken mit dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte zusammen, um ein gemeinsam nutzbares zentrales Informationssystem über Arzneimittel und Wirkstoffe sowie deren Hersteller oder Einführer zu errichten. [2]Dieses Informationssystem fasst die für die Erfüllung der jeweiligen Aufgaben behördenübergreifend notwendigen Informationen zusammen. [3]Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte errichtet dieses Informationssystem auf der Grundlage der von den zuständigen Behörden oder Bundesoberbehörden nach der Rechtsverordnung nach Absatz 3 zur Verfügung gestellten Daten und stellt dessen laufenden Betrieb sicher. [4]Daten aus dem Informationssystem werden an die zuständigen Behörden und Bundesoberbehörden zur Erfüllung ihrer im Gesetz geregelten Aufgaben sowie an die Europäische Arzneimittel-Agentur übermittelt. [5]Die zuständigen Behörden und Bundesoberbehörden erhalten darüber hinaus für ihre im Gesetz geregelten Aufgaben Zugriff auf die aktuellen Daten aus dem Informationssystem. [6]Eine Übermittlung an andere Stellen ist zulässig, soweit dies die Rechtsverordnung

nach Absatz 3 vorsieht. [7]Für seine Leistungen kann das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte Entgelte verlangen. [8]Diese werden in einem Entgeltkatalog festgelegt, der der Zustimmung des Bundesministeriums bedarf.

(2) [1]Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte stellt allgemein verfügbare Datenbanken mit Informationen zu Arzneimitteln über ein Internetportal bereit. [2]Das Internetportal wird mit dem von der Europäischen Arzneimittel-Agentur eingerichteten europäischen Internetportal nach Artikel 26 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 für Arzneimittel verbunden. [3]Darüber hinaus stellt das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte Informationen zum Versandhandel mit Arzneimitteln über ein allgemein zugängliches Internetportal zur Verfügung. [4]Dieses Internetportal wird verbunden mit dem von der Europäischen Arzneimittel-Agentur betriebenen Internetportal, das Informationen zum Versandhandel und zum gemeinsamen Versandhandelslogo enthält. [5]Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte gibt die Adressen der Internetportale im Bundesanzeiger bekannt.

(3) [1]Das Bundesministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

1. Befugnisse zur Erhebung von Daten für die Zwecke des Absatzes 2 und Befugnisse zur sonstigen Verarbeitung von Daten für die Zwecke der Absätze 1 und 2 einzuräumen und
2. Regelungen zu treffen hinsichtlich der Übermittlung von Daten durch Behörden des Bundes und der Länder an das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, einschließlich der personenbezogenen und betriebsbezogenen Daten für die in diesem Gesetz geregelten Zwecke, und der Art, des Umfangs und der Anforderungen an die Daten.

[2]In dieser Rechtsverordnung kann auch vorgeschrieben werden, dass Anzeigen auf elektronischen oder optischen Speichermedien erfolgen dürfen oder müssen, soweit dies für eine ordnungsgemäße Durchführung der Vorschriften über den Verkehr mit Arzneimitteln erforderlich ist.

(3a) (weggefallen)

(4) Die Rechtsverordnung nach Absatz 3 ergeht im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, soweit es sich um radioaktive Arzneimittel oder um Arzneimittel handelt, bei deren Herstellung ionisierende Strahlen verwendet werden.

(5) Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte ergreift die notwendigen Maßnahmen, damit Daten nur den dazu befugten Personen übermittelt werden und nur diese Zugang zu diesen Daten erhalten.

Fußnoten

§ 67a: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 67a Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 59 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009, d. Art. 1 Nr. 10 G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016 u. d. Art. 16a Abs. 3 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. aa G v. 28.4.2020 I 960 iVm Art. 17 Abs. Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 G v. 28.4.2020 I 960, dieser idF d. Art. 15 Abs. 2 Nr. 2 G v. 19.5.2020 I 1018 mWv 26.5.2020
§ 67a Abs. 1 Satz 3: IdF d. Art. 2 Nr. 1 Buchst. a G v. 14.6.2007 I 1066 mWv 30.6.2007 u. d. Art. 16a Abs. 3 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. bb G v. 28.4.2020 I 960 iVm Art. 17 Abs. Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 G v. 28.4.2020 I 960, dieser idF d. Art. 15 Abs. 2 Nr. 2 G v. 19.5.2020 I 1018 mWv 26.5.2020
§ 67a Abs. 1 Satz 7 u. 8: Früher Satz 7 gem. u. idF d. Art. 2 Nr. 1 Buchst. b G v. 14.6.2007 I 1066 mWv 30.6.2007
§ 67a Abs. 1 Satz 7: IdF d. Art. 16a Abs. 3 Nr. 2 Buchst. a DBuchst. bb G v. 28.4.2020 I 960 iVm Art. 17 Abs. Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 G v. 28.4.2020 I 960, dieser idF d. Art. 15 Abs. 2 Nr. 2 G v. 19.5.2020 I 1018 mWv 26.5.2020
§ 67a Abs. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 54 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 67a Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 16a Abs. 3 Nr. 2 Buchst. b G v. 28.4.2020 I 960 iVm Art. 17 Abs. Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 G v. 28.4.2020 I 960, dieser idF d. Art. 15 Abs. 2 Nr. 2 G v. 19.5.2020 I 1018 mWv 26.5.2020
§ 67a Abs. 2 Satz 3: IdF d. Art. 16a Abs. 3 Nr. 2 Buchst. b G v. 28.4.2020 I 960 iVm Art. 17 Abs. Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 G v. 28.4.2020 I 960, dieser idF d. Art. 15 Abs. 2 Nr. 2 G v. 19.5.2020 I 1018 mWv 26.5.2020; idF d. Art. 3 Nr. 74 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 67a Abs. 2 Satz 5: IdF d. Art. 16a Abs. 3 Nr. 2 Buchst. b G v. 28.4.2020 I 960 iVm Art. 17 Abs. Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 G v. 28.4.2020 I 960, dieser idF d. Art. 15 Abs. 2 Nr. 2 G v. 19.5.2020 I 1018 mWv 26.5.2020
§ 67a Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 18 Nr. 7 G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019
§ 67a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2: IdF d. Art. 16a Abs. 3 Nr. 2 Buchst. b G v. 28.4.2020 I 960 mWv 23.5.2020
§ 67a Abs. 3: Früherer Satz 3 aufgeh. durch Art. 3 Nr. 74 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 67a Abs. 3a: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 74 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 67a Abs. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. c G v. 10.10.2013 I 3813 mWv 17.10.2013, d. Art. 52 Nr. 21 Buchst. c V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015, d. Art. 94 Nr. 2 Buchst. b G v. 19.6.2020 I 1328 mWv 27.6.2020 u. d. Art. 3 Nr. 74 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 67a Abs. 5: IdF d. Art. 2 Nr. 4 G v. 14.6.2007 I 1066 mWv 30.6.2007 d. Art. 16a Abs. 3 Nr. 2 Buchst. b G v. 28.4.2020 I 960 iVm Art. 17 Abs. Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 G v. 28.4.2020 I 960, dieser idF d. Art. 15 Abs. 2 Nr. 2 G v. 19.5.2020 I 1018 mWv 26.5.2020

§ 67b EU-Kompendium der Gewebeeinrichtungen, EU-Kompendium der Gewebe- und Zellprodukte, Unterrichtungspflichten

(1) [1]Die zuständigen Behörden der Länder geben die in Anhang VIII der Richtlinie 2006/86/EG in der jeweils geltenden Fassung genannten Angaben in das EU-Kompendium der Gewebeeinrichtungen ein. [2]Sie stellen sicher, dass jeder Einrichtung eine EU-Gewebeeinrichtungsnummer eindeutig zugeordnet wird.

(2) [1]Bei notwendigen Änderungen aktualisieren die zuständigen Behörden unverzüglich, spätestens nach zehn Werktagen, das EU-Kompendium der Gewebeeinrichtungen. [2]Als Änderungen nach Satz 1 gelten insbesondere

1. die erstmalige Erteilung einer Erlaubnis für Einrichtungen, die erlaubnispflichtige Tätigkeiten mit Geweben, Gewebezubereitungen, hämatopoetischen Stammzellen oder Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut durchführen,
2. Änderungen der Erlaubnis, einschließlich Änderungen im Hinblick auf
   a) eine neue Art von Geweben, Gewebezubereitungen, hämatopoetischen Stammzellen oder Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut,
   b) eine neue Tätigkeit mit Geweben, Gewebezubereitungen, hämatopoetischen Stammzellen oder Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut oder
   c) neue Nebenbestimmungen zur Erlaubnis,
3. jede Rücknahme oder jeder Widerruf der Erlaubnis,
4. eine freiwillige, auch teilweise Einstellung der Tätigkeit einer Einrichtung,
5. Änderungen der Angaben über eine Einrichtung im Sinne des Anhangs VIII der Richtlinie 2006/86/EG in der jeweils geltenden Fassung sowie
6. Änderungen wegen falscher Angaben im EU-Kompendium der Gewebeeinrichtungen.

(3) Die zuständigen Behörden unterrichten die zuständigen Behörden eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union, wenn sie

1. im EU-Kompendium der Gewebeeinrichtungen falsche Angaben feststellen, die diesen Mitgliedstaat betreffen, oder
2. einen erheblichen Verstoß gegen die Bestimmungen über den Einheitlichen Europäischen Code im Zusammenhang mit diesem Mitgliedstaat feststellen.

(4) Die zuständigen Behörden unterrichten die Europäische Kommission und die zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, wenn das EU-Kompendium der Gewebe- und Zellprodukte einer Aktualisierung bedarf.

Fußnoten

§ 67b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 11 G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016

§ 68 Mitteilungs- und Unterrichtungspflichten

(1) Die für die Durchführung dieses Gesetzes zuständigen Behörden und Stellen des Bundes und der Länder haben sich

1. die für den Vollzug des Gesetzes zuständigen Behörden, Stellen und Sachverständigen mitzuteilen,
2. bei Zuwiderhandlungen und bei Verdacht auf Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften des Arzneimittelrechts, Heilmittelwerberechts oder Apothekenrechts für den jeweiligen Zuständigkeitsbereich unverzüglich zu unterrichten und bei der Ermittlungstätigkeit gegenseitig zu unterstützen und
3. über Rückrufe von Arzneimitteln und Maßnahmen im Zusammenhang mit Qualitätsmängeln bei Wirkstoffen zu informieren, die zu einem Versorgungsmangel mit Arzneimitteln führen können.

(2) Die Behörden nach Absatz 1

1. erteilen der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder der Europäischen Arzneimittel-Agentur auf begründetes Ersuchen Auskünfte und übermitteln die erforderlichen Urkunden und Schriftstücke, soweit dies für die Überwachung der Einhaltung der arzneimittelrechtlichen, heilmittelwerberechtlichen und apothekenrechtlichen Vorschriften oder zur Verhütung oder zur Abwehr von Arzneimittelrisiken erforderlich ist,
2. überprüfen alle von der ersuchenden Behörde eines anderen Mitgliedstaates mitgeteilten Sachverhalte und teilen ihr das Ergebnis der Prüfung mit.

(3) [1]Die Behörden nach Absatz 1 teilen den zuständigen Behörden eines anderen Mitgliedstaates und der Europäischen Arzneimittel-Agentur oder der Europäischen Kommission alle Informationen mit, die für die Überwachung der Einhaltung der arzneimittelrechtlichen, heilmittelwerberechtlichen und apothekenrechtlichen Vorschriften in diesem Mitgliedstaat oder zur Verhütung oder zur Abwehr von Arzneimittelrisiken erforderlich sind. [2]In Fällen von Zuwiderhandlungen oder des Verdachts von Zuwiderhandlungen können auch die zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten, das Bundesministerium sowie die Europäische Arzneimittel-Agentur und die Europäische Kommission unterrichtet werden.

(4) [1]Die Behörden nach Absatz 1 können, soweit dies zur Einhaltung der arzneimittelrechtlichen, heilmittelwerberechtlichen und apothekenrechtlichen Anforderungen oder zur Verhütung oder zur Abwehr von Arzneimittelrisiken erforderlich ist, auch die zuständigen Behörden anderer Staaten und die zuständigen Stellen des Europarates unterrichten. [2]Absatz 2 Nummer 1 findet entsprechende Anwendung. [3]Bei der Unterrichtung von Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, die nicht Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind, erfolgt diese über die Europäische Kommission.

(5) [1]Der Verkehr mit den zuständigen Behörden anderer Staaten, Stellen des Europarates, der Europäischen Arzneimittel-Agentur und der Europäischen Kommission obliegt dem Bundesministerium. [2]Das Bundesministerium kann diese Befugnis auf die zuständigen Bundesoberbehörden oder durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates auf die zuständigen obersten Landesbehörden übertragen. [3]Ferner kann das Bundesministerium im Einzelfall der zuständigen obersten Landesbehörde die Befugnis übertragen, sofern diese ihr Einverständnis damit erklärt. [4]Die obersten Landesbehörden können die Befugnisse nach den Sätzen 2 und 3 auf andere Behörden übertragen.

(5a) (weggefallen)

(6) In den Fällen des Absatzes 4 unterbleibt die Übermittlung personenbezogener Daten, soweit schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen überwiegen.

Fußnoten

§ 68: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 68 Abs. 1 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 24 Buchst. a G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 68 Abs. 1 Nr. 2: IdF d. Art. 2 Nr. 2 Buchst. a G v. 21.12.2006 I 3367 mWv 29.12.2006, d. Art. 1 Nr. 55 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 d. Art. 1 Nr. 24 Buchst. b G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 68 Abs. 1 Nr. 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 24 Buchst. a G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 68 Abs. 2 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 55 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 75 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 68 Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 2 Nr. 2 Buchst. b G v. 21.12.2006 I 3367 mWv 29.12.2006, d. Art. 1 Nr. 60 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009, d. Art. 1 Nr. 55 Buchst. c DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 75 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 68 Abs. 3 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 55 Buchst. c DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 52 Nr. 22 V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015
§ 68 Abs. 4 Satz 1: IdF d. Art. 2 Nr. 2 Buchst. b G v. 21.12.2006 I 3367 mWv 29.12.2006, d. Art. 1 Nr. 60 Buchst. c DBuchst. aa G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 1 Nr. 55 Buchst. d DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 68 Abs. 4 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 60 Buchst. c DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 68 Abs. 4 Satz 3: Früher Satz 2 gem. Art. 1 Nr. 60 Buchst. c DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009; idF d. Art. 1 Nr. 55 Buchst. d DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 68 Abs. 5 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 55 Buchst. e G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 68 Abs. 5: Früherer Satz 5 u. 6 aufgeh. durch Art. 3 Nr. 75 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 68 Abs. 5a: Aufgeh. durch Art. 2 Abs. 1 G v. 25.6.2020 I 1474 mWv 30.6.2020
§ 68 Abs. 6: IdF d. Art. 18 Nr. 8 G v. 20.11.2019 I 1626 mWv 26.11.2019

§ 69 Maßnahmen der zuständigen Behörden

(1) [1]Die zuständigen Behörden treffen die zur Beseitigung festgestellter Verstöße und die zur Verhütung künftiger Verstöße notwendigen Anordnungen. [2]Sie können insbesondere das Inverkehrbringen von Arzneimitteln oder Wirkstoffen untersagen, deren Rückruf anordnen und diese sicherstellen, wenn

1. die erforderliche Zulassung oder Registrierung für das Arzneimittel nicht vorliegt oder deren Ruhen angeordnet ist,

2. das Arzneimittel oder der Wirkstoff nicht nach den anerkannten pharmazeutischen Regeln hergestellt ist oder nicht die nach den anerkannten pharmazeutischen Regeln angemessene Qualität aufweist,

2a. der begründete Verdacht besteht, dass es sich um ein gefälschtes Arzneimittel oder einen gefälschten Wirkstoff handelt,

3. dem Arzneimittel die therapeutische Wirksamkeit fehlt,

4. der begründete Verdacht besteht, dass das Arzneimittel schädliche Wirkungen hat, die über ein nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft vertretbares Maß hinausgehen,

5. die vorgeschriebenen Qualitätskontrollen nicht durchgeführt sind,

6. die erforderliche Erlaubnis für das Herstellen des Arzneimittels oder des Wirkstoffes oder das Verbringen in den Geltungsbereich des Gesetzes nicht vorliegt oder ein Grund zur Rücknahme oder zum Widerruf der Erlaubnis nach § 18 Abs. 1 gegeben ist oder

7. die erforderliche Erlaubnis zum Betreiben eines Großhandels nach § 52a nicht vorliegt oder ein Grund für die Rücknahme oder den Widerruf der Erlaubnis nach § 52a Abs. 5 gegeben ist.

(1a) [1]Bei Arzneimitteln, für die eine Genehmigung für das Inverkehrbringen oder Zulassung

1. gemäß der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 oder

2. im Verfahren der Anerkennung gemäß Kapitel 4 der Richtlinie 2001/83/EG oder

3. auf Grund eines Gutachtens des Ausschusses gemäß Artikel 4 der Richtlinie 87/22/EWG vom 22. Dezember 1986 vor dem 1. Januar 1995

erteilt worden ist, unterrichtet die zuständige Bundesoberbehörde den Ausschuss für Humanarzneimittel über festgestellte Verstöße gegen arzneimittelrechtliche Vorschriften nach Maßgabe der in den genannten Rechtsakten vorgesehenen Verfahren unter Angabe einer eingehenden Begründung und des vorgeschlagenen Vorgehens. [2]Bei diesen Arzneimitteln können die zuständigen Behörden vor der Unterrichtung des Ausschusses nach Satz 1 die zur Beseitigung festgestellter und zur Verhütung künftiger Verstöße notwendigen Anordnungen treffen, sofern diese zum Schutz der menschlichen Gesundheit oder zum Schutz der Umwelt dringend erforderlich sind. [3]In den Fällen des Satzes 1 Nr. 2 und 3 unterrichten die zuständigen Behörden die Europäische Kommission und die anderen Mitgliedstaaten, in den Fällen des Satzes 1 Nr. 1 die Europäische Kommission und die Europäische Arzneimittel-Agentur über die zuständige Bundesoberbehörde spätestens am folgenden Arbeitstag über die Gründe dieser Maßnahmen. [4]Im Fall des Absatzes 1 Satz 2 Nummer 2, 2a und 4 kann auch die zuständige Bundesoberbehörde das Ruhen der Zulassung anordnen oder den Rückruf eines Arzneimittels anordnen, sofern ihr Tätigwerden zum Schutz der in Satz 2 genannten Rechtsgüter dringend erforderlich ist; in diesem Fall gilt Satz 3 entsprechend.

(1b) [1]Bei anderen als den in Absatz 1a Satz 1 genannten Arzneimitteln kann die zuständige Bundesoberbehörde im Fall des Absatzes 1 Satz 2 Nummer 2, 2a und 4 den Rückruf eines Arzneimittels anordnen, sofern ihr Tätigwerden zum Schutz der menschlichen Gesundheit oder zum Schutz der Umwelt geboten ist. [2]Erfolgt der Rückruf nach Satz 1 im Zusammenhang mit Maßnahmen nach den §§ 28, 30, 31 Absatz 4 Satz 2 oder nach § 32 Absatz 5, ist die Entscheidung der zuständigen Bundesoberbehörde sofort vollziehbar.

(2) [1]Die zuständigen Behörden können das Sammeln von Arzneimitteln untersagen, wenn eine sachgerechte Lagerung der Arzneimittel nicht gewährleistet ist oder wenn der begründete Verdacht besteht, dass die gesammelten Arzneimittel mißbräuchlich verwendet werden. [2]Gesammelte Arzneimittel können sichergestellt werden, wenn durch unzureichende Lagerung oder durch ihre Abgabe die menschliche Gesundheit gefährdet wird.

(2a) (weggefallen)

(3) Die zuständigen Behörden können Werbematerial sicherstellen, das den Vorschriften über den Verkehr mit Arzneimitteln und über die Werbung auf dem Gebiete des Heilwesens nicht entspricht.

(4) Im Fall eines Rückrufs eines Arzneimittels nach Absatz 1a Satz 4 oder nach Absatz 1b Satz 1 kann auch eine öffentliche Warnung durch die zuständige Bundesoberbehörde erfolgen.

(5) Die zuständige Behörde kann im Benehmen mit der zuständigen Bundesoberbehörde bei einem Arzneimittel, dessen Abgabe untersagt wurde oder das aus dem Verkehr gezogen wurde, weil

1. die Voraussetzungen für das Inverkehrbringen nicht oder nicht mehr vorliegen,
2. das Arzneimittel nicht die angegebene Zusammensetzung nach Art und Menge aufweist oder
3. die Kontrollen der Arzneimittel oder der Bestandteile und der Zwischenprodukte nicht durchgeführt worden sind oder ein anderes Erfordernis oder eine andere Voraussetzung für die Erteilung der Herstellungserlaubnis nicht erfüllt worden ist,

in Ausnahmefällen seine Abgabe an Patienten, die bereits mit diesem Arzneimittel behandelt werden, während einer Übergangszeit gestatten, wenn dies medizinisch vertretbar und für die betroffene Person angezeigt ist.

Fußnoten

§ 69: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 69 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 61 Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 69 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 15 Buchst. a G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 69 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 56 Buchst. a DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012

§ 69 Abs. 1: Frühere Sätze 3, 4 u. 5 aufgeh. durch Art. 1 Nr. 25 Buchst. a G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 69 Abs. 1a Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 61 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 69 Abs. 1a Satz 1 Nr. 2: IdF d. Art. 3 Nr. 76 Buchst. a DBuchst. aa aaa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 69 Abs. 1a Satz 1 Schlusssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 76 Buchst. a DBuchst. aa bbb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 69 Abs. 1a Satz 2: IdF d. Art. 3 Nr. 76 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 69 Abs. 1a Satz 3: IdF d. Art. 1 Nr. 56 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 69 Abs. 1a Satz 4: IdF d. Art. 1 Nr. 15 Buchst. b G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016 u. d. Art. 1 Nr. 25 Buchst. b G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 69 Abs. 1b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 25 Buchst. c G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 69 Abs. 1b Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 76 Buchst. b DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 69 Abs. 1b: Früherer Satz 3 aufgeh. durch Art. 3 Nr. 76 Buchst. b DBuchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 69 Abs. 2 Satz 2: IdF d. Art. 3 Nr. 76 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 69 Abs. 2a: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 76 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 69 Abs. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 25 Buchst. d G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 69 Abs. 5: Eingef. durch Art. 1 Nr. 56 Buchst. c G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 69 Abs. 5 Eingangssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 76 Buchst. e G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§§ 69a und 69b (weggefallen)

Fußnoten

§§ 69a u. 69b: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 77 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

Zwölfter Abschnitt Sondervorschriften für Bundeswehr, Bundespolizei, Bereitschaftspolizei, Zivilschutz

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 70 Anwendung und Vollzug des Gesetzes

(1) Die Vorschriften dieses Gesetzes finden auf Einrichtungen, die der Arzneimittelversorgung der Bundeswehr, der Bundespolizei und der Bereitschaftspolizeien der Länder dienen, sowie auf die Arzneimittelbevorratung für den Zivilschutz entsprechende Anwendung.

(2) [1]Im Bereich der Bundeswehr obliegt der Vollzug dieses Gesetzes bei der Überwachung des Verkehrs mit Arzneimitteln den zuständigen Stellen und Sachverständigen der Bundeswehr. [2]Im Bereich der Bundespolizei obliegt er den zuständigen Stellen und Sachverständigen der Bundespolizei. [3]Im Bereich der Arzneimittelbevorratung für den Zivilschutz obliegt er den vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat bestimmten Stellen; soweit Landesstellen bestimmt werden, bedarf es hierzu der Zustimmung des Bundesrates.

Fußnoten

§ 70: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 70 Abs. 2 Satz 3: IdF d. Art. 94 Nr. 3 V v. 19.6.2020 I 1328 mWv 27.6.2020

§ 71 Ausnahmen

(1) [1]Die in § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 und Absatz 8 vorgeschriebene Angabe des Verfalldatums kann entfallen bei Arzneimitteln, die an die Bundeswehr, die Bundespolizei sowie für Zwecke des Zivil- und Katastrophenschutzes an Bund oder Länder abgegeben oder die nach § 79 Absatz 4a vom Bundesministerium beschafft und in den Verkehr gebracht werden. [2]Die zuständigen Bundesministerien oder,

soweit Arzneimittel an Länder abgegeben werden, die zuständigen Behörden der Länder stellen sicher, dass Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit auch bei solchen Arzneimitteln gewährleistet sind.

(2) Das Bundesministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Ausnahmen von den Vorschriften dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen für den Bereich der Bundeswehr, der Bundespolizei, der Bereitschaftspolizeien der Länder, des Zivilschutzes, des Katastrophenschutzes und für Aufgaben des Bundesministeriums nach § 79 Absatz 4a zuzulassen, soweit dies zur Durchführung der besonderen Aufgaben einschließlich der Teilnahme an internationalen Hilfsaktionen in diesen Bereichen gerechtfertigt ist und der Schutz der menschlichen Gesundheit gewahrt bleibt.

(3) Die Rechtsverordnung ergeht, soweit sie den Bereich der Bundeswehr berührt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Verteidigung, und, soweit sie den Bereich der Bundespolizei und des Zivilschutzes berührt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, jeweils ohne Zustimmung des Bundesrates; soweit die Rechtsverordnung den Bereich der Bereitschaftspolizeien der Länder oder des Katastrophenschutzes berührt, ergeht sie im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat mit Zustimmung des Bundesrates.

Fußnoten

§ 71: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 71 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 2b Nr. 1 Buchst. a G v. 18.11.2020 I 2397 mWv 19.11.2020
§ 71 Abs. 2 (früher Satz 1): IdF d. Art. 1 Nr. 16 G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016 u. d. Art. 2b Nr. 1 Buchst. b G v. 18.11.2020 I 2397 mWv 19.11.2020; früherer Satz 2 aufgeh., früherer Satz 1 jetzt einziger Text gem. u. idF d. Art. 3 Nr. 78 Buchst. a u. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 71 Abs. 3: IdF d. Art. 94 Nr. 3 V v. 19.6.2020 I 1328 mWv 27.6.2020

Dreizehnter Abschnitt Einfuhr und Ausfuhr

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 72 Einfuhrerlaubnis

(1) [1]Wer

1. Arzneimittel,
2. Wirkstoffe, die menschlicher, tierischer oder mikrobieller Herkunft sind oder die auf gentechnischem Wege hergestellt werden, oder
3. andere zur Arzneimittelherstellung bestimmte Stoffe menschlicher Herkunft

gewerbs- oder berufsmäßig aus Ländern, die nicht Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder andere Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind, in den Geltungsbereich dieses Gesetzes einführen will, bedarf einer Erlaubnis der zuständigen Behörde. [2]§ 13 Absatz 4 und die §§ 14 bis 20a sind entsprechend anzuwenden.

(2) Auf Personen und Einrichtungen, die berufs- oder gewerbsmäßig Arzneimittel menschlicher Herkunft zur unmittelbaren Anwendung bei Menschen einführen wollen, findet Absatz 1 mit der Maßgabe Anwendung, dass die Erlaubnis nur versagt werden darf, wenn der Antragsteller nicht nachweist, dass für die Beurteilung der Qualität und Sicherheit der Arzneimittel und für die gegebenenfalls erforderliche Überführung der Arzneimittel in ihre anwendungsfähige Form nach dem Stand von Wissenschaft und Technik qualifiziertes Personal und geeignete Räume vorhanden sind.

(2a) [1]Die zuständige Behörde erteilt die Erlaubnis zur Einfuhr von Prüf- oder Hilfspräparaten im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 Nummer 5 und 8 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 nach Artikel 61 Absatz 1 bis 3 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014. [2]§ 13 Absatz 5 Satz 2 und Absatz 6 gilt entsprechend.

(3) Die Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung auf

1. Gewebe im Sinne von § 1a Nummer 4 des Transplantationsgesetzes,
2. autologes Blut zur Herstellung von biotechnologisch bearbeiteten Gewebeprodukten,
3. Gewebezubereitungen im Sinne von § 20c und
4. Wirkstoffe, die für die Herstellung von nach einer im Homöopathischen Teil des Arzneibuches beschriebenen Verfahrenstechnik herzustellenden Arzneimitteln bestimmt sind.

(4) [1]Abweichend von Absatz 1 dürfen hämatopoetische Stammzellen oder Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut nur von einer einführenden Einrichtung im Sinne des § 72b Absatz 1 Satz 1 aus Staaten eingeführt werden, die weder Mitgliedstaaten der Europäischen Union noch andere Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind. [2]Die einführende Einrichtung bedarf einer Erlaubnis der zuständigen Behörde. [3]Die Entscheidung über die Erteilung der Erlaubnis trifft die zuständige Behörde des Landes, in dem die Betriebsstätte der einführenden Einrichtung liegt oder liegen soll, im Benehmen mit der zuständigen Bundesoberbehörde. [4]Für die Einfuhr zur unmittelbaren Anwendung gilt Absatz 2 entsprechend.

(5) [1]Dem Antrag auf Erlaubnis nach Absatz 4 Satz 2 sind die in den Anhängen I und III Teil A der Richtlinie (EU) 2015/566 der Kommission vom 8. April 2015 zur Durchführung der Richtlinie 2004/23/EG hinsichtlich der Verfahren zur Prüfung der Gleichwertigkeit von Qualitäts- und Sicherheitsstandards bei eingeführten Geweben und Zellen (ABl. L 93 vom 9.4.2015, S. 56) in der jeweils geltenden Fassung genannten Informationen und Unterlagen beizufügen. [2]Abweichend von Satz 1 sind einem Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis, hämatopoetische Stammzellen oder Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut zur unmittelbaren Anwendung beim Menschen einzuführen, nur die in Anhang I Teil A, B und C Nummer 1 bis 3 und in Anhang III Teil A Nummer 1 und 3 der Richtlinie (EU) 2015/566 genannten Informationen und Unterlagen beizufügen. [3]Die §§ 14 bis 19 und 72b Absatz 2c und 2d gelten entsprechend.

Fußnoten

§ 72: IdF d. Art. 1 Nr. 62 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 72 Abs. 1 Nr. 1: IdF d. Art. 3 Nr. 79 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 72 Abs. 2a: Eingef. durch Art. 2 Nr. 20 iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 72 Abs. 3 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 12 Buchst. a DBuchst. aa G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 72 Abs. 3 Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 12 Buchst. a DBuchst. bb G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 72 Abs. 3 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 12 Buchst. a DBuchst. cc G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 72 Abs. 4 u. 5: Eingef. durch Art. 1 Nr. 12 Buchst. b G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016

§ 72a Zertifikate

(1) [1]Der Einführer darf Arzneimittel oder Wirkstoffe nur einführen, wenn

1. die zuständige Behörde des Herstellungslandes durch ein Zertifikat bestätigt hat, dass die Arzneimittel oder Wirkstoffe entsprechend anerkannten Grundregeln für die Herstellung und die Sicherung ihrer Qualität der Europäischen Union oder nach Standards, die diesen gleichwertig sind, hergestellt werden, die Herstellungsstätte regelmäßig überwacht wird, die Überwachung durch ausreichende Maßnahmen, einschließlich wiederholter und unangekündigter Inspektionen, erfolgt und im Falle wesentlicher Abweichungen von den anerkannten Grundregeln die zuständige Behörde informiert wird, und solche Zertifikate für Arzneimittel und Wirkstoffe, die menschlicher, tierischer oder mikrobieller Herkunft sind, oder Wirkstoffe, die auf gentechnischem Wege hergestellt werden, gegenseitig anerkannt sind,
2. die zuständige Behörde bescheinigt hat, dass die genannten Grundregeln bei der Herstellung und der Sicherung der Qualität der Arzneimittel sowie der dafür eingesetzten Wirkstoffe, soweit sie menschlicher, tierischer oder mikrobieller Herkunft sind, oder Wirkstoffe, die auf gentechnischem Wege hergestellt werden, oder bei der Herstellung der Wirkstoffe eingehalten werden oder

3. die zuständige Behörde bescheinigt hat, dass die Einfuhr im öffentlichen Interesse liegt.

[2]Bei hämatopoetischen Stammzellen oder Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut mit Ausnahme solcher zur unmittelbaren Anwendung und solcher, die zur gerichteten, für eine bestimmte Person vorgesehenen Anwendung bestimmt sind, hat die einführende Einrichtung die in Anhang III Teil B der Richtlinie (EU) 2015/566 genannte Dokumentation bereitzuhalten und auf Verlangen der zuständigen Behörde zu übermitteln. [3]Die zuständige Behörde darf eine Bescheinigung nach

1. Satz 1 Nummer 2 nur ausstellen, wenn ein Zertifikat nach Satz 1 Nummer 1 nicht vorliegt und

   a) sie oder eine zuständige Behörde eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sich regelmäßig im Herstellungsland vergewissert hat, dass die genannten Grundregeln bei der Herstellung der Arzneimittel oder Wirkstoffe eingehalten werden, oder

   b) mit einem Staat ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung der Guten Herstellungspraxis im Arzneimittelbereich mit der Europäischen Union besteht und die zuständige Behörde dieses Staates sich regelmäßig vergewissert hat, dass die genannten Grundregeln bei der Herstellung der Arzneimittel oder Wirkstoffe in dem Hoheitsgebiet dieses Staates eingehalten werden,

2. Satz 1 Nummer 3 nur erteilen, wenn ein Zertifikat nach Satz 1 Nummer 1 nicht vorliegt und eine Bescheinigung nach Satz 1 Nummer 2 nicht vorgesehen oder nicht möglich ist.

(1a) Absatz 1 Satz 1 gilt nicht für

1. Arzneimittel, die zur klinischen Prüfung bestimmt sind, Hilfspräparate im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 Nummer 8 und 10 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 oder Arzneimittel, die zur Anwendung im Rahmen eines Härtefallprogramms bestimmt sind,
2. Arzneimittel menschlicher Herkunft zur unmittelbaren Anwendung oder hämatopoetische Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut, die zur gerichteten, für eine bestimmte Person vorgesehenen Anwendung bestimmt sind,
3. Wirkstoffe, die menschlicher, tierischer oder mikrobieller Herkunft sind und für die Herstellung von nach einer im Homöopathischen Teil des Arzneibuches beschriebenen Verfahrenstechnik herzustellenden Arzneimitteln bestimmt sind,
4. Wirkstoffe, die Stoffe nach § 3 Nummer 1 bis 3 sind, soweit sie den Anforderungen der Guten Herstellungspraxis gemäß den Grundsätzen und Leitlinien der Europäischen Kommission nicht unterliegen,
5. Gewebe im Sinne von § 1a Nummer 4 des Transplantationsgesetzes,
6. autologes Blut zur Herstellung von biotechnologisch bearbeiteten Gewebeprodukten,
7. Gewebezubereitungen im Sinne von § 20c und
8. Wirkstoffe, die in einem Staat hergestellt und aus diesem eingeführt werden, der nicht Mitgliedstaat der Europäischen Union oder ein anderer Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist und der in der von der Europäischen Kommission veröffentlichten Liste nach Artikel 111b der Richtlinie 2001/83/EG aufgeführt ist.

(1b) Die in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 für Wirkstoffe, die menschlicher, tierischer oder mikrobieller Herkunft sind, oder für Wirkstoffe, die auf gentechnischem Wege hergestellt werden, enthaltenen Regelungen gelten entsprechend für andere zur Arzneimittelherstellung bestimmte Stoffe menschlicher Herkunft.

(1c) Arzneimittel und Wirkstoffe, die menschlicher, tierischer oder mikrobieller Herkunft sind oder Wirkstoffe, die auf gentechnischem Wege hergestellt werden, sowie andere zur Arzneimittelherstellung bestimmte Stoffe menschlicher Herkunft, ausgenommen die in Absatz 1a Nr. 1 und 2 genannten Arzneimittel, dürfen nicht auf Grund einer Bescheinigung nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 eingeführt werden.

(1d) Absatz 1 Satz 1 findet auf die Einfuhr von Wirkstoffen sowie anderen zur Arzneimittelherstellung bestimmten Stoffen menschlicher Herkunft Anwendung, soweit ihre Überwachung durch eine Rechtsverordnung nach § 54 geregelt ist.

(1e) Die zuständige Behörde stellt dem Inhaber der Erlaubnis nach § 72 Absatz 4 Satz 2 eine Bescheinigung nach Maßgabe des Anhangs II der Richtlinie (EU) 2015/566 aus, wenn ein Zertifikat nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 vorliegt oder die Voraussetzungen für eine Bescheinigung nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 erfüllt sind.

(2) Das Bundesministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zu bestimmen, dass Stoffe und Zubereitungen aus Stoffen, die als Arzneimittel oder zur Herstellung von Arzneimitteln verwendet werden können, nicht eingeführt werden dürfen, sofern dies zur Abwehr von Gefahren für die Gesundheit des Menschen oder zur Risikovorsorge erforderlich ist.

(3) [1]Das Bundesministerium wird ferner ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die weiteren Voraussetzungen für die Einfuhr von den unter Absatz 1a Nr. 1 und 2 genannten Arzneimitteln, zu bestimmen, sofern dies erforderlich ist, um eine ordnungsgemäße Qualität der Arzneimittel zu gewährleisten. [2]Es kann dabei insbesondere Regelungen zu den von der sachkundigen Person nach § 14 durchzuführenden Prüfungen und der Möglichkeit einer Überwachung im Herstellungsland durch die zuständige Behörde treffen.

(4) (weggefallen)

Fußnoten

§ 72a: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 72a Abs. 1 Satz 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 1 Nr. 63 Buchst. a DBuchst. aa G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 3 Nr. 80 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 72a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 63 Buchst. a DBuchst. aa G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009, d. Art. 1 Nr. 57 Buchst. a DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 2.7.2013 u. d. Art. 3 Nr. 80 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 72a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 57 Buchst. a DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 2.7.2013
§ 72a Abs. 1 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 13 Buchst. a G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 72a Abs. 1 Satz 3 (früher Satz 2): IdF d. Art. 1 Nr. 63 Buchst. a DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990, 3578 mWv 23.7.2009; jetzt Satz 3 gem. Art. 1 Nr. 13 Buchst. a G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 72a Abs. 1 Satz 3 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 25a G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 72a Abs. 1a Nr. 1: IdF d. Art. 2 Nr. 20a iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022; idF d. Art. 3 Nr. 80 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 72a Abs. 1a Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 63 Buchst. b DBuchst. aa G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 1 Nr. 13 Buchst. b DBuchst. aa G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 72a Abs. 1a Nr. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 57 Buchst. b DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 2.7.2013
§ 72a Abs. 1a Nr. 5: Eingef. durch Art. 1 Nr. 63 Buchst. b DBuchst. cc G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009; idF d. Art. 1 Nr. 13 Buchst. b DBuchst. bb G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 72a Abs. 1a Nr. 6: Eingef. durch Art. 1 Nr. 63 Buchst. b DBuchst. cc G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009; idF d. Art. 1 Nr. 57 Buchst. b DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 2.7.2013 u. d. Art. 1 Nr. 13 Buchst. b DBuchst. cc G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 72a Abs. 1a Nr. 7: Eingef. durch Art. 1 Nr. 63 Buchst. b DBuchst. cc G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009; idF d. Art. 1 Nr. 57 Buchst. b DBuchst. cc G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 2.7.2013 u. d. Art. 1 Nr. 13 Buchst. b DBuchst. dd G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 72a Abs. 1a Nr. 8: Eingef. durch Art. 1 Nr. 57 Buchst. b DBuchst. cc G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 2.7.2013
§ 72a Abs. 1e: Eingef. durch Art. 1 Nr. 13 Buchst. c G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 72a Abs. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 63 Buchst. c G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 72a Abs. 3 Satz 1 (bezeichnet als Abs. 3): IdF d. Art. 1 Nr. 63 Buchst. d G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 72a Abs. 4: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 63 Buchst. e G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 72b Einfuhrerlaubnis und Zertifikate für Gewebe und bestimmte Gewebezubereitungen

(1) [1]Gewebe im Sinne von § 1a Nummer 4 des Transplantationsgesetzes oder Gewebezubereitungen im Sinne von § 20c Absatz 1 Satz 1 oder Satz 2 dürfen nur von einer einführenden Gewebeeinrichtung eingeführt werden, die diese Tätigkeit gewerbs- oder berufsmäßig ausübt und die über die Einfuhr einen Vertrag mit einem Drittstaatlieferanten geschlossen hat. [2]Drittstaatlieferant ist eine Gewebeeinrichtung oder eine andere Stelle in einem Staat, der weder Mitgliedstaat der Europäischen Union noch anderer Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, die für die Ausfuhr von Geweben oder Gewebezubereitungen, die sie an die einführende Gewebeeinrichtung liefert, verantwortlich ist. [3]Die einführende Gewebeeinrichtung bedarf einer Erlaubnis der zuständigen Behörde. [4]Die Entscheidung über die Erteilung der Erlaubnis trifft die zuständige Behörde des Landes, in dem die Betriebsstätte der einführenden Gewebeeinrichtung liegt oder liegen soll, im Benehmen mit der zuständigen Bundesoberbehörde. [5]Für die Einfuhr von Gewebezubereitungen zur unmittelbaren Anwendung gilt § 72 Absatz 2 entsprechend.

(1a) [1]Dem Antrag auf Erlaubnis nach Absatz 1 Satz 3 sind die in den Anhängen I und III Teil A der Richtlinie (EU) 2015/566 genannten Informationen und Unterlagen beizufügen. [2]Abweichend von Satz 1 sind einem Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis, Gewebezubereitungen zur unmittelbaren Anwendung bei Menschen einzuführen, nur die in Anhang I Teil A, B und C Nummer 1 bis 3 und in Anhang III Teil A Nummer 1 und 3 der Richtlinie (EU) 2015/566 genannten Informationen und Unterlagen beizufügen. [3]§ 20c Absatz 2 bis 5 und 7 gilt entsprechend.

(2) [1]Die einführende Gewebeeinrichtung nach Absatz 1 darf die Gewebe oder Gewebezubereitungen nur einführen, wenn

1. die Behörde des Herkunftslandes durch ein Zertifikat bestätigt hat, dass die Gewinnung, Laboruntersuchung, Be- oder Verarbeitung, Konservierung, Lagerung oder Prüfung nach Standards durchgeführt wurden, die den von der Europäischen Union festgelegten Standards der Guten fachlichen Praxis mindestens gleichwertig sind, und solche Zertifikate gegenseitig anerkannt sind, oder
2. die für die einführende Gewebeeinrichtung zuständige Behörde bescheinigt hat, dass die Standards der Guten fachlichen Praxis bei der Gewinnung, Laboruntersuchung, Be- oder Verarbeitung, Konservierung, Lagerung oder Prüfung eingehalten werden, nachdem sie oder eine zuständige Behörde eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sich darüber im Herstellungsland vergewissert hat, oder
3. die für die einführende Gewebeeinrichtung zuständige Behörde bescheinigt hat, dass die Einfuhr im öffentlichen Interesse ist, wenn ein Zertifikat nach Nummer 1 nicht vorliegt und eine Bescheinigung nach Nummer 2 nicht möglich ist.

[2]Die einführende Gewebeeinrichtung hat die in Anhang III Teil B der Richtlinie (EU) 2015/566 genannte Dokumentation bereitzuhalten und auf Verlangen der zuständigen Behörde vorzulegen. [3]Abweichend von Satz 1 Nr. 2 kann die zuständige Behörde von einer Besichtigung der Entnahmeeinrichtungen im Herkunftsland absehen, wenn die von der einführenden Gewebeeinrichtung eingereichten Unterlagen zu keinen Beanstandungen Anlass geben oder ihr Einrichtungen oder Betriebsstätten sowie das Qualitätssicherungssystem desjenigen, der im Herkunftsland das Gewebe gewinnt, bereits bekannt sind.

(2a) Die zuständige Behörde stellt dem Inhaber der Erlaubnis nach Absatz 1 eine Bescheinigung nach Maßgabe des Anhangs II der Richtlinie (EU) 2015/566 aus, wenn ein Zertifikat nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 vorliegt oder die Voraussetzungen für eine Bescheinigung nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 2, auch in Verbindung mit Absatz 2 Satz 3, erfüllt sind.

(2b) Die Absätze 2 und 2a gelten nicht für hämatopoetische Stammzellzubereitungen aus dem Knochenmark, die zur gerichteten, für eine bestimmte Person vorgesehenen Anwendung bestimmt sind.

(2c) [1]Der Inhaber der Erlaubnis nach Absatz 1 Satz 3 hat jede Veränderung der in § 20c Absatz 2 genannten Voraussetzungen und jede wesentliche Änderung seiner Einfuhrtätigkeiten unter Vorlage von Nachweisen der zuständigen Behörde im Voraus anzuzeigen. [2]Der Inhaber der Erlaubnis darf die Ände-

rung erst vornehmen, wenn die zuständige Behörde eine schriftliche Erlaubnis erteilt hat. [3]Als wesentliche Änderung der Einfuhrtätigkeiten gelten insbesondere Änderungen im Hinblick auf

1. die Art der eingeführten Gewebe oder Gewebezubereitungen,
2. die in einem Drittstaat, der weder Mitgliedstaat der Europäischen Union noch anderer Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, ausgeübten Tätigkeiten, die sich auf die Qualität und die Sicherheit der eingeführten Gewebe oder Gewebezubereitungen auswirken können, oder
3. die eingesetzten Drittstaatlieferanten.

[4]Nimmt der Inhaber der Erlaubnis eine einmalige Einfuhr im Sinne des § 72c Absatz 2 von Geweben oder Gewebezubereitungen vor, die von einem Drittstaatlieferanten stammen, der nicht Gegenstand dieser Erlaubnis ist, so gilt eine solche einmalige Einfuhr nicht als wesentliche Änderung, sofern die Erlaubnis der einführenden Gewebeeinrichtung die Einfuhr derselben Art von Geweben oder Gewebezubereitungen von einem anderen Drittstaatlieferanten umfasst.

(2d) Der Inhaber der Erlaubnis hat der zuständigen Behörde unverzüglich Folgendes mitzuteilen:

1. den Widerruf, die Rücknahme oder die Anordnung des Ruhens der Genehmigung, Erlaubnis oder Bescheinigung eines Drittstaatlieferanten für die Ausfuhr von Geweben oder Gewebezubereitungen durch die zuständige Behörde des Staates, in dem der Drittstaatlieferant ansässig ist,
2. jede sonstige Entscheidung, die
   a) wegen Nichteinhaltung der Bestimmungen von der zuständigen Behörde des Staates, in dem der Drittstaatlieferant ansässig ist, getroffen wurde und
   b) für die Qualität und die Sicherheit der eingeführten Gewebe oder Gewebezubereitungen relevant sein kann,
3. die vollständige oder teilweise Einstellung seiner Einfuhrtätigkeit und
4. einen unvorhergesehenen Wechsel der verantwortlichen Person nach § 20c.

(3) [1]Das Bundesministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die weiteren Voraussetzungen für die Einfuhr von Geweben oder Gewebezubereitungen nach Absatz 2 zu bestimmen, um eine ordnungsgemäße Qualität der Gewebe oder Gewebezubereitungen zu gewährleisten. [2]Es kann dabei insbesondere Regelungen zu den von der verantwortlichen Person nach § 20c durchzuführenden Prüfungen und der Durchführung der Überwachung im Herkunftsland durch die zuständige Behörde treffen.

(4) Absatz 2 Satz 1 findet auf die Einfuhr von Gewebe und Gewebezubereitungen im Sinne von Absatz 1 Anwendung, soweit ihre Überwachung durch eine Rechtsverordnung nach § 54, nach § 12 des Transfusionsgesetzes oder nach § 16a des Transplantationsgesetzes geregelt ist.

(5) (weggefallen)

Fußnoten

§ 72b: Eingef. durch Art. 2 Nr. 19c G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007
§ 72b Abs. 1 u. 1a (früher Abs. 1): Jetzt Abs. 1 u. 1a gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. a G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 72b Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 64 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 72b Abs. 2 Satz 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. b DBuchst. aa aaa G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 72b Abs. 2 Satz 1 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 58 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 72b Abs. 2 Satz 1 Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. b DBuchst. aa bbb G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 72b Abs. 2 Satz 1 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. b DBuchst. aa ccc G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016

§ 72b Abs. 2 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 14 Buchst. b DBuchst. bb G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 72b Abs. 2 Satz 3 (früher Satz 2): Jetzt Satz 3 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. b DBuchst. bb u. cc G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 72 Abs. 2a bis 2d: Eingef. durch Art. 1 Nr. 14 Buchst. c G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 72b Abs. 5: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 14 Buchst. d G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016

§ 72c Einmalige Einfuhr von Gewebe oder Gewebezubereitungen

(1) [1]Gewebe im Sinne von § 1a Nummer 4 des Transplantationsgesetzes oder Gewebezubereitungen im Sinne von § 20c Absatz 1 Satz 1 oder Satz 2, die Gegenstand einer einmaligen Einfuhr sind, dürfen nur von einer einführenden Gewebeeinrichtung im Sinne des § 72b Absatz 1 Satz 1 eingeführt werden. [2]Die einführende Gewebeeinrichtung bedarf für die einmalige Einfuhr einer Erlaubnis der zuständigen Behörde. [3]Die Entscheidung über die Erteilung der Erlaubnis trifft die zuständige Behörde des Landes, in dem die Betriebsstätte der einführenden Gewebeeinrichtung liegt oder liegen soll.

(2) [1]Eine einmalige Einfuhr ist die Einfuhr eines Gewebes oder einer Gewebezubereitung im Auftrag einer bestimmten Person, die dieses Gewebe oder diese Gewebezubereitung bei einem Drittstaatlieferanten für die zukünftige Verwendung für sich oder Verwandte ersten oder zweiten Grades gelagert hat. [2]Es ist erlaubt, das Gewebe oder die Gewebezubereitung an eine Person abzugeben, die Ärztin oder Arzt ist und die das Gewebe oder die Gewebezubereitung bei der bestimmten Person oder der nahe verwandten Person anwenden soll. [3]Die Abgabe des Gewebes oder der Gewebezubereitung an andere als die vorgenannten Personen ist ausgeschlossen.

(3) [1]Dem Antrag auf Erlaubnis nach Absatz 1 Satz 2 sind die in Anhang I mit Ausnahme des Teils F der Richtlinie (EU) 2015/566 genannten Informationen und Unterlagen beizufügen. [2]§ 20c Absatz 2 bis 5 und 7 ist entsprechend anzuwenden. [3]Die zuständige Behörde stellt dem Inhaber der Erlaubnis nach Absatz 1 Satz 2 eine Bescheinigung nach Maßgabe des Anhangs II der Richtlinie (EU) 2015/566 aus. [4]§ 72b Absatz 2c Satz 1 und 2 und Absatz 2d ist entsprechend anzuwenden.

(4) [1]Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für hämatopoetische Stammzellen und Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut. [2]Abweichend von Absatz 3 Satz 2 sind die Vorgaben der §§ 14 bis 19 entsprechend anzuwenden.

Fußnoten

§ 72c: Eingef. durch Art. 1 Nr. 15 G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016

§ 73 Verbringungsverbot

(1) [1]Arzneimittel, die der Pflicht zur Zulassung oder Genehmigung nach § 21a oder zur Registrierung unterliegen, dürfen in den Geltungsbereich dieses Gesetzes nur verbracht werden, wenn sie zum Verkehr im Geltungsbereich dieses Gesetzes zugelassen, nach § 21a genehmigt, registriert oder von der Zulassung oder der Registrierung freigestellt sind und

1. der Empfänger in dem Fall des Verbringens aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum pharmazeutischer Unternehmer, Großhändler oder Tierarzt ist, eine Apotheke betreibt oder als Träger eines Krankenhauses nach dem Apothekengesetz von einer Apotheke eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum mit Arzneimitteln versorgt wird,

1a. im Falle des Versandes an den Endverbraucher das Arzneimittel von einer Apotheke eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, welche für den Versandhandel nach ihrem nationalen Recht, soweit es dem deutschen Apothekenrecht im Hinblick auf die Vorschriften zum Versandhandel entspricht, oder nach dem deutschen Apothekengesetz befugt ist, entsprechend den deutschen Vorschriften zum Versandhandel oder zum elektronischen Handel versandt wird oder

2. der Empfänger in dem Fall des Verbringens aus einem Staat, der nicht Mitgliedstaat der Europäischen Union oder ein anderer Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, eine Erlaubnis nach § 72, § 72b oder § 72c besitzt.

[2]Die in § 47a Abs. 1 Satz 1 genannten Arzneimittel dürfen nur in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht werden, wenn der Empfänger eine der dort genannten Einrichtungen ist. [3]Das Bundesministerium veröffentlicht in regelmäßigen Abständen eine aktualisierte Übersicht über die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die anderen Vertragsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums, in denen für den Versandhandel und den elektronischen Handel mit Arzneimitteln dem deutschen Recht vergleichbare Sicherheitsstandards bestehen.

(1a) (weggefallen)

(1b) [1]Es ist verboten, gefälschte Arzneimittel oder gefälschte Wirkstoffe in den Geltungsbereich dieses Gesetzes zu verbringen. [2]Die zuständige Behörde kann in begründeten Fällen, insbesondere zum Zwecke der Untersuchung oder Strafverfolgung, Ausnahmen zulassen.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt nicht für Arzneimittel, die

1. (weggefallen)

2. für den Eigenbedarf der Einrichtungen von Forschung und Wissenschaft bestimmt sind und zu wissenschaftlichen Zwecken benötigt werden oder die vom Sponsor einer klinischen Prüfung oder einer von diesem beauftragten Person als Hilfspräparate gemäß Artikel 59 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 für eine klinische Prüfung gemäß den Angaben des Prüfplans verwendet werden sollen,

2a. in geringen Mengen von einem pharmazeutischen Unternehmer, einem Betrieb mit einer Erlaubnis nach § 13 oder von einem Prüflabor als Anschauungsmuster oder zu analytischen Zwecken benötigt werden,

2b. von einem Betrieb mit Erlaubnis nach § 13 entweder zum Zweck der Be- oder Verarbeitung und des anschließenden Weiter- oder Zurückverbringens oder zum Zweck der Herstellung eines zum Inverkehrbringen im Geltungsbereich zugelassenen oder genehmigten Arzneimittels aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum verbracht werden,

3. unter zollamtlicher Überwachung durch den Geltungsbereich des Gesetzes befördert oder in ein Zolllagerverfahren oder eine Freizone des Kontrolltyps II übergeführt oder in eine Freizone des Kontrolltyps I oder ein Freilager verbracht werden,

3a. in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen sind und auch nach Zwischenlagerung bei einem pharmazeutischen Unternehmer, Hersteller oder Großhändler wiederausgeführt oder weiterverbracht oder zurückverbracht werden,

4. für das Oberhaupt eines auswärtigen Staates oder seine Begleitung eingebracht werden und zum Gebrauch während seines Aufenthalts im Geltungsbereich dieses Gesetzes bestimmt sind,

5. zum persönlichen Gebrauch oder Verbrauch durch die Mitglieder einer diplomatischen Mission oder konsularischen Vertretung im Geltungsbereich dieses Gesetzes oder Beamte internationaler Organisationen, die dort ihren Sitz haben, sowie deren Familienangehörige bestimmt sind, soweit diese Personen weder Deutsche noch im Geltungsbereich dieses Gesetzes ständig ansässig sind,

6. bei der Einreise in den Geltungsbereich dieses Gesetzes in einer dem üblichen persönlichen Bedarf entsprechenden Menge eingebracht werden,

6a. im Herkunftsland in Verkehr gebracht werden dürfen und ohne gewerbs- oder berufsmäßige Vermittlung in einer dem üblichen persönlichen Bedarf entsprechenden Menge aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum bezogen werden,

7. in Verkehrsmitteln mitgeführt werden und ausschließlich zum Gebrauch oder Verbrauch der durch diese Verkehrsmittel beförderten Personen bestimmt sind,

8. zum Gebrauch oder Verbrauch auf Seeschiffen bestimmt sind und an Bord der Schiffe verbraucht werden,

9. als Proben der zuständigen Bundesoberbehörde zum Zwecke der Zulassung oder der staatlichen Chargenprüfung übersandt werden,

9a. als Proben zu analytischen Zwecken von der zuständigen Behörde im Rahmen der Arzneimittelüberwachung benötigt werden,

10. durch Bundes- oder Landesbehörden im zwischenstaatlichen Verkehr bezogen werden.

(3) [1]Abweichend von Absatz 1 Satz 1 dürfen Fertigarzneimittel, die nicht zum Verkehr im Geltungsbereich dieses Gesetzes zugelassen, registriert oder von der Zulassung oder Registrierung freigestellt sind, in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht werden, wenn

1. sie von Apotheken auf vorliegende Bestellung einzelner Personen in geringer Menge bestellt und von diesen Apotheken im Rahmen der bestehenden Apothekenbetriebserlaubnis abgegeben werden,

2. sie in dem Staat rechtmäßig in Verkehr gebracht werden dürfen, aus dem sie in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht werden, und

3. für sie hinsichtlich des Wirkstoffs identische und hinsichtlich der Wirkstärke vergleichbare Arzneimittel für das betreffende Anwendungsgebiet im Geltungsbereich des Gesetzes nicht zur Verfügung stehen

oder wenn sie in angemessenem Umfang, der zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Versorgung der Patienten des Krankenhauses notwendig ist, zum Zwecke der vorübergehenden Bevorratung von einer Krankenhausapotheke oder krankenhausversorgenden Apotheke unter den Voraussetzungen der Nummer 2 bestellt und von dieser Krankenhausapotheke oder krankenhausversorgenden Apotheke unter den Voraussetzungen der Nummer 3 im Rahmen der bestehenden Apothekenbetriebserlaubnis zum Zwecke der Verabreichung an einen Patienten des Krankenhauses unter der unmittelbaren persönlichen Verantwortung einer ärztlichen Person abgegeben werden oder sie nach den apothekenrechtlichen Vorschriften oder berufsgenossenschaftlichen Vorgaben oder im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung für Notfälle vorrätig zu halten sind oder kurzfristig beschafft werden müssen, wenn im Geltungsbereich dieses Gesetzes Arzneimittel für das betreffende Anwendungsgebiet nicht zur Verfügung stehen. [2]Die Bestellung nach Satz 1 Nummer 1 und die Abgabe der nach Satz 1 in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbrachten Arzneimittel bedürfen der ärztlichen oder zahnärztlichen Verschreibung für Arzneimittel, die nicht aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum bezogen worden sind. [3]Das Nähere regelt die Apothekenbetriebsordnung.

(3a) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 dürfen Gewebezubereitungen, die nicht zum Verkehr im Geltungsbereich dieses Gesetzes nach § 21a Absatz 1 genehmigt sind, und hämatopoetische Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut, die nicht zum Verkehr im Geltungsbereich dieses Gesetzes nach § 21 zugelassen oder nach § 21a Absatz 1 genehmigt sind, in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht werden, wenn

1. sie von einer Einrichtung, die Inhaber einer Erlaubnis nach den §§ 13, 20c, 72, 72b oder nach § 72c für Tätigkeiten mit diesen Gewebezubereitungen oder hämatopoetischen Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut ist, auf vorliegende Bestellung einer einzelnen Person in geringer Menge bestellt werden und von dieser Einrichtung an das anwendende Krankenhaus oder den anwendenden Arzt abgegeben werden,

2. sie in dem Staat, aus dem sie in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht werden, rechtmäßig in Verkehr gebracht werden dürfen,

3. für sie hinsichtlich der Funktionalität vergleichbare Arzneimittel für das betreffende Anwendungsgebiet im Geltungsbereich dieses Gesetzes nicht zur Verfügung stehen und

4. im Fall des Verbringens aus einem Staat, der weder Mitgliedstaat der Europäischen Union noch anderer Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, die Bestellung und Abgabe auf Grund einer ärztlichen Verschreibung erfolgt.

(3b) (weggefallen)

(4) [1]Auf Arzneimittel nach Absatz 2 Nummer 4 und 5 finden die Vorschriften dieses Gesetzes keine Anwendung. [2]Auf Arzneimittel nach Absatz 2 Nummer 2 und 3 und 6 bis 10 und den Absätzen 3 und 3a finden die Vorschriften dieses Gesetzes keine Anwendung mit Ausnahme der §§ 5, 8, 13 bis 20a, 52a, 64 bis 69 und 78, ferner in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 2 und der Absätze 3 und 3a auch mit Ausnahme der §§ 48, 95 Absatz 1 Nummer 1 und 3a, Absatz 2 bis 4, § 96 Nummer 3, 10 und 11 sowie § 97 Absatz 1, 2 Nummer 1 sowie Absatz 3, ferner in den Fällen des Absatzes 3a auch mit Ausnahme der §§ 20b bis 20d, 72, 72b, 72c, 96 Nummer 18b und 18d und des § 97 Absatz 2 Nummer 7a.

(5) [1]Ärzte und Tierärzte dürfen bei der Ausübung ihres Berufes im kleinen Grenzverkehr im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1931/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 zur Festlegung von Vorschriften über den kleinen Grenzverkehr an den Landaußengrenzen der Mitgliedstaaten sowie zur Änderung der Bestimmungen des Übereinkommens von Schengen (ABl. L 405 vom 30.12.2006, S. 1; L 29 vom 3.2.2007, S. 3), die durch die Verordnung (EU) Nr. 1342/2011 (ABl. L 347 vom 30.12.2011, S. 41) geändert worden ist, nur Arzneimittel mitführen, die zum Verkehr im Geltungsbereich dieses Gesetzes zugelassen oder registriert sind oder von der Zulassung oder Registrierung freigestellt sind. [2]Abweichend von Absatz 1 Satz 1 dürfen Ärzte, die eine Gesundheitsdienstleistung im Sinne der Richtlinie 2011/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2011 über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung (ABl. L 88 vom 4.4.2011, S. 45), die durch die Richtlinie 2013/64/EU (ABl. L 353 vom 28.12.2013, S. 8) geändert worden ist, erbringen, am Ort ihrer Niederlassung zugelassene Arzneimittel in kleinen Mengen in einem für das Erbringen der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung unerlässlichen Umfang in der Originalverpackung mit sich führen, wenn und soweit Arzneimittel gleicher Zusammensetzung und für gleiche Anwendungsgebiete auch im Geltungsbereich dieses Gesetzes zugelassen sind; der Arzt darf diese Arzneimittel nur selbst anwenden.

(6) [1]Für die zollamtliche Abfertigung zum freien Verkehr im Falle des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 2 ist die Vorlage einer Bescheinigung der für den Empfänger zuständigen Behörde erforderlich, in der die Arzneimittel bezeichnet sind und bestätigt wird, dass die Voraussetzungen nach Absatz 1 erfüllt sind. [2]Die Zolldienststelle übersendet auf Kosten des Zollbeteiligten die Bescheinigung der Behörde, die diese Bescheinigung ausgestellt hat.

(7) Im Falle des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 1 hat ein Empfänger, der Großhändler ist oder eine Apotheke betreibt, das Bestehen der Deckungsvorsorge nach § 94 nachzuweisen.

Fußnoten

§ 73: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 73 Abs. 1 Satz 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 1 Nr. 65 Buchst. a DBuchst. aa G v. 17.7.2009 I 1990, 3578 mWv 23.7.2009
§ 73 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 65 Buchst. a DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 73 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1a: IdF d. Art. 1 Nr. 22 Buchst. a G v. 25.5.2011 I 946 mWv 31.5.2011
§ 73 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 16 Buchst. a G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016 u. d. Art. 3 Nr. 81 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 73 Abs. 1a: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 81 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 73 Abs. 1b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 65 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 73 Abs. 2 Nr. 1: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 81 Buchst. c DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 73 Abs. 2 Nr. 2: IdF d. Art. 2 Nr. 21 Buchst. a iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022; idF d. Art. 3 Nr. 81 Buchst. c DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 73 Abs. 2 Nr. 2a: IdF d. Art. 1 Nr. 59 Buchst. a DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 73 Abs. 2 Nr. 2b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 59 Buchst. a DBuchst. bb G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012

§ 73 Abs. 2 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 65 Buchst. c G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 73 Abs. 2 Nr. 3a: IdF d. Art. 1 Nr. 59 Buchst. a DBuchst. cc G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 73 Abs. 2 Nr. 6: IdF d. Art. 1 Nr. 22 Buchst. b G v. 25.5.2011 I 946 mWv 31.5.2011 u. d. Art. 3 Nr. 81 Buchst. c DBuchst. cc G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 73 Abs. 2 Nr. 9a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 59 Buchst. a DBuchst. dd G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 73 Abs. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 65 Buchst. d G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 73 Abs. 3 Eingangssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 81 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 73 Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 16 Buchst. b G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 73 Abs. 3 Satz 1 Schlusssatz: IdF d. Art. 5 Nr. 4 Buchst. a G v. 4.5.2017 I 1050 mWv 13.5.2017
§ 73 Abs. 3 Satz 2: IdF d. Art. 5 Nr. 4 Buchst. b G v. 4.5.2017 I 1050 mWv 13.5.2017
§ 73 Abs. 3a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 16 Buchst. c G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 73 Abs. 3b: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 81 Buchst. e G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 73 Abs. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 65 Buchst. f G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 73 Abs. 4 Satz 2: IdF d. Art. 2 Nr. 5 Buchst. a G v. 10.12.2015 I 2210 mWv 18.12.2015, d. Art. 1 Nr. 16 Buchst. e DBuchst. aa G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016 u. d. Art. 2 Nr. 21 Buchst. b iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022; idF d. Art. 3 Nr. 81 Buchst. f DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 73 Abs. 4: Früherer Satz 3 aufgeh. durch Art. 3 Nr. 81 Buchst. f DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 73 Abs. 5: IdF d. Art. 1 Nr. 59 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 75 Abs. 5 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 81 Buchst. g DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 75 Abs. 5 Satz 2: IdF d. Art. 3 Nr. 81 Buchst. g DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 75 Abs. 5: Früherer Satz 3 u. 4 aufgeh. durch Art. 3 Nr. 81 Buchst. g DBuchst. cc G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 73 Abs. 6 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 16 Buchst. f G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016 u. d. Art. 3 Nr. 81 Buchst. h G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 73 Abs. 7: IdF d. Art. 3 Nr. 81 Buchst. i G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 73a Ausfuhr

(1) [1]Abweichend von den §§ 5 und 8 Absatz 1 und 2 dürfen die dort bezeichneten Arzneimittel ausgeführt oder aus dem Geltungsbereich des Gesetzes verbracht werden, wenn die zuständige Behörde des Bestimmungslandes die Einfuhr oder das Verbringen genehmigt hat. [2]Aus der Genehmigung nach Satz 1 muss hervorgehen, dass der zuständigen Behörde des Bestimmungslandes die Versagungsgründe bekannt sind, die dem Inverkehrbringen im Geltungsbereich dieses Gesetzes entgegenstehen.

(2) [1]Auf Antrag des pharmazeutischen Unternehmers, des Herstellers, des Ausführers oder der zuständigen Behörde des Bestimmungslandes stellt die zuständige Behörde oder die zuständige Bundesoberbehörde, soweit es sich um zulassungsbezogene Angaben handelt und der Zulassungsinhaber seinen Sitz außerhalb des Geltungsbereiches des Arzneimittelgesetzes hat, ein Zertifikat entsprechend dem Zertifikatsystem der Weltgesundheitsorganisation aus. [2]Wird der Antrag von der zuständigen Behörde des Bestimmungslandes gestellt, ist vor Erteilung des Zertifikats die Zustimmung des Herstellers einzuholen.

Fußnoten

§ 73a: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 73a Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 66 Buchst. a DBuchst. aa G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009, d. Art. 1 Nr. 60 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 1 Nr. 16a G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 73a Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 66 Buchst. a DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 73a Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 66 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 74 Mitwirkung von Zolldienststellen

(1) [1]Das Bundesministerium der Finanzen und die von ihm bestimmten Zolldienststellen wirken bei der Überwachung des Verbringens von Arzneimitteln und Wirkstoffen in den Geltungsbereich dieses Gesetzes und der Ausfuhr mit. [2]Die genannten Behörden können

1. Sendungen der in Satz 1 genannten Art sowie deren Beförderungsmittel, Behälter, Lade- und Verpackungsmittel zur Überwachung anhalten,
2. den Verdacht von Verstößen gegen Verbote und Beschränkungen dieses Gesetzes oder der nach diesem Gesetz erlassenen Rechtsverordnungen, der sich bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergibt, den zuständigen Verwaltungsbehörden mitteilen,
3. in den Fällen der Nummer 2 anordnen, dass die Sendungen der in Satz 1 genannten Art auf Kosten und Gefahr des Verfügungsberechtigten einer für die Arzneimittelüberwachung zuständigen Behörde vorgeführt werden.

[3]Das Brief- und Postgeheimnis nach Artikel 10 des Grundgesetzes wird nach Maßgabe der Sätze 1 und 2 eingeschränkt.

(2) [1]Das Bundesministerium der Finanzen regelt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, die Einzelheiten des Verfahrens nach Absatz 1. [2]Es kann dabei insbesondere Pflichten zu Anzeigen, Anmeldungen, Auskünften und zur Leistung von Hilfsdiensten sowie zur Duldung der Einsichtnahme in Geschäftspapiere und sonstige Unterlagen und zur Duldung von Besichtigungen und von Entnahmen unentgeltlicher Proben vorsehen. [3]Die Rechtsverordnung ergeht im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, soweit es sich um radioaktive Arzneimittel und Wirkstoffe oder um Arzneimittel und Wirkstoffe handelt, bei deren Herstellung ionisierende Strahlen verwendet werden.

Fußnoten

§ 74: IdF d. Art. 1 Nr. 67 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 74 Abs. 2 Satz 3: IdF d. Art. 52 Nr. 23 V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015, d. Art. 94 Nr. 4 V v. 19.6.2020 I 1328 mWv 27.6.2020 u. d. Art. 3 Nr. 82 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

Vierzehnter Abschnitt Informationsbeauftragter, Pharmaberater

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 74a Informationsbeauftragter

(1) [1]Wer als pharmazeutischer Unternehmer Fertigarzneimittel in den Verkehr bringt, hat eine Person mit der erforderlichen Sachkenntnis und der zur Ausübung ihrer Tätigkeit erforderlichen Zuverlässigkeit zu beauftragen, die Aufgabe der wissenschaftlichen Information über die Arzneimittel verantwortlich wahrzunehmen (Informationsbeauftragter). [2]Der Informationsbeauftragte ist insbesondere dafür verantwortlich, dass das Verbot des § 8 Abs. 1 Nr. 2 beachtet wird und die Kennzeichnung, die Packungsbeilage, die Fachinformation und die Werbung mit dem Inhalt der Zulassung oder der Registrierung oder, sofern das Arzneimittel von der Zulassung oder Registrierung freigestellt ist, mit den Inhalten der Verordnungen über die Freistellung von der Zulassung oder von der Registrierung nach § 36 oder § 39 Abs. 3 übereinstimmen. [3]Satz 1 gilt nicht für Personen, soweit sie nach § 13 Absatz 2 Nummer 1, 2 oder 5 keiner Herstellungserlaubnis bedürfen. [4]Andere Personen als in Satz 1 bezeichnet dürfen eine Tätigkeit als Informationsbeauftragter nicht ausüben.

(2) Der Informationsbeauftragte kann gleichzeitig Stufenplanbeauftragter sein.

(3) [1]Der pharmazeutische Unternehmer hat der zuständigen Behörde den Informationsbeauftragten und jeden Wechsel vorher mitzuteilen. [2]Bei einem unvorhergesehenen Wechsel des Informationsbeauftragten hat die Mitteilung unverzüglich zu erfolgen.

Fußnoten

§ 74a: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 74a Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 83 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 74a Abs. 1 Satz 3: IdF d. Art. 3 Nr. 83 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 74a Abs. 2: Früherer Satz 1 aufgeh., früherer Satz 2 jetzt einziger Text gem. Art. 1 Nr. 61 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 74a Abs. 3 Satz 1 (bezeichnet als Abs. 3): IdF d. Art. 1 Nr. 61 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012

§ 75 Sachkenntnis

(1) [1]Pharmazeutische Unternehmer dürfen nur Personen, die die in Absatz 2 bezeichnete Sachkenntnis besitzen, beauftragen, hauptberuflich Angehörige von Heilberufen aufzusuchen, um diese über Arzneimittel fachlich zu informieren (Pharmaberater). [2]Satz 1 gilt auch für eine fernmündliche Information. [3]Andere Personen als in Satz 1 bezeichnet dürfen eine Tätigkeit als Pharmaberater nicht ausüben.

(2) Die Sachkenntnis besitzen

1. Apotheker oder Personen mit einem Zeugnis über eine nach abgeschlossenem Hochschulstudium der Pharmazie, der Chemie, der Biologie, der Human- oder der Veterinärmedizin abgelegte Prüfung,
2. Apothekerassistenten sowie Personen mit einer abgeschlossenen Ausbildung als technische Assistenten in der Pharmazie, der Chemie, der Biologie, der Human- oder Veterinärmedizin,
3. Pharmareferenten.

(3) Die zuständige Behörde kann eine abgelegte Prüfung oder abgeschlossene Ausbildung als ausreichend anerkennen, die einer der Ausbildungen der in Absatz 2 genannten Personen mindestens gleichwertig ist.

Fußnoten

§ 75: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 75 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 84 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 76 Pflichten

(1) [1]Der Pharmaberater hat, soweit er Angehörige der Heilberufe über einzelne Arzneimittel fachlich informiert, die Fachinformation nach § 11a vorzulegen. [2]Er hat Mitteilungen von Angehörigen der Heilberufe über Nebenwirkungen und Gegenanzeigen oder sonstige Risiken bei Arzneimitteln schriftlich oder elektronisch aufzuzeichnen und dem Auftraggeber schriftlich oder elektronisch mitzuteilen.

(2) Soweit der Pharmaberater vom pharmazeutischen Unternehmer beauftragt wird, Muster von Fertigarzneimitteln an die nach § 47 Abs. 3 berechtigten Personen abzugeben, hat er über die Empfänger von Mustern sowie über Art, Umfang und Zeitpunkt der Abgabe von Mustern Nachweise zu führen und auf Verlangen der zuständigen Behörde vorzulegen.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 76 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 45 Nr. 2 G v. 29.3.2017 I 626 mWv 5.4.2017

Fünfzehnter Abschnitt Bestimmung der zuständigen Bundesoberbehörden und sonstige Bestimmungen

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 77 Zuständige Bundesoberbehörde

(1) Zuständige Bundesoberbehörde ist das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, es sei denn, dass das Paul-Ehrlich-Institut zuständig ist.

(2) Das Paul-Ehrlich-Institut ist zuständig für Sera, Impfstoffe, Blutzubereitungen, Gewebezubereitungen, Gewebe, Allergene, Arzneimittel für neuartige Therapien, xenogene Arzneimittel und gentechnisch hergestellte Blutbestandteile.

(3) (weggefallen)

(4) Das Bundesministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Zuständigkeit des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte und des Paul-Ehrlich-Instituts zu ändern, sofern dies erforderlich ist, um neueren wissenschaftlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen oder wenn Gründe der gleichmäßigen Arbeitsauslastung eine solche Änderung erfordern.

Fußnoten

§ 77: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 75 Abs. 1: IdF d. Art. 3 Nr. 85 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 77 Abs. 2: IdF d. Art. 12 Nr. 3 G v. 14.8.2006 I 1869 mWv 18.8.2006, d. Art. 1 Nr. 68 Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 1 Nr. 10 G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017
§ 77 Abs. 3: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 85 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 77a Unabhängigkeit und Transparenz

(1) [1]Die zuständigen Bundesoberbehörden und die zuständigen Behörden stellen im Hinblick auf die Gewährleistung von Unabhängigkeit und Transparenz sicher, dass mit der Zulassung und Überwachung befasste Bedienstete der Zulassungsbehörden oder anderer zuständiger Behörden oder von ihnen beauftragte Sachverständige keine finanziellen oder sonstigen Interessen in der pharmazeutischen Industrie haben, die ihre Neutralität beeinflussen könnten. [2]Diese Personen geben jährlich dazu eine Erklärung ab. [3]Die zuständigen Bundesoberbehörden und die zuständigen Behörden machen die Erklärungen nach Satz 2 öffentlich zugänglich.

(2) Im Rahmen der Durchführung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz machen die zuständigen Bundesoberbehörden und die zuständigen Behörden die Geschäftsordnungen ihrer Ausschüsse, die Tagesordnungen sowie die Ergebnisprotokolle ihrer Sitzungen öffentlich zugänglich; dabei sind Betriebs-, Dienst- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren.

Fußnoten

§ 77a: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 77a Abs. 1 Satz 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 26 G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019

§ 78 Preise

(1) [1]Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

1. Preisspannen für Arzneimittel, die im Großhandel oder in Apotheken im Wiederverkauf abgegeben werden,
2. Preise für Arzneimittel, die in Apotheken hergestellt und abgegeben werden, sowie für Abgabegefäße,
3. Preise für besondere Leistungen der Apotheken bei der Abgabe von Arzneimitteln

festzusetzen. [2]Abweichend von Satz 1 wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, den Anteil des Festzuschlags, der nicht der Förderung der Sicherstellung des Notdienstes dient, entsprechend der Kostenentwicklung der Apotheken bei wirtschaftlicher Betriebsführung anzupassen. [3]Die Preisvorschriften für den Großhandel aufgrund von Satz 1 Nummer 1 gelten auch für pharmazeutische Unternehmer oder andere natürliche oder juristische Personen, die eine Tätigkeit

nach § 4 Absatz 22 ausüben bei der Abgabe an Apotheken, die die Arzneimittel zur Abgabe an den Verbraucher beziehen.

(2) [1]Die Preise und Preisspannen müssen den berechtigten Interessen der Arzneimittelverbraucher, der Apotheken und des Großhandels Rechnung tragen; zu den berechtigten Interessen der Arzneimittelverbraucher gehört auch die Sicherstellung der Versorgung sowie die Bereitstellung von Arzneimitteln nach § 52b. [2]Ein einheitlicher Apothekenabgabepreis für Arzneimittel, die vom Verkehr außerhalb der Apotheken ausgeschlossen sind, ist zu gewährleisten. [3]Satz 2 gilt nicht für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel, die nicht zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung abgegeben werden.

(3) [1]Für Arzneimittel nach Absatz 2 Satz 2, für die durch die Verordnung nach Absatz 1 Preise und Preisspannen bestimmt sind, haben die pharmazeutischen Unternehmer einen einheitlichen Abgabepreis sicherzustellen; für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel, die zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung abgegeben werden, haben die pharmazeutischen Unternehmer zum Zwecke der Abrechnung der Apotheken mit den Krankenkassen ihren einheitlichen Abgabepreis anzugeben, von dem bei der Abgabe im Einzelfall abgewichen werden kann. [2]Sozialleistungsträger, private Krankenversicherungen sowie deren jeweilige Verbände können mit pharmazeutischen Unternehmern für die zu ihren Lasten abgegebenen verschreibungspflichtigen Arzneimittel Preisnachlässe auf den einheitlichen Abgabepreis des pharmazeutischen Unternehmers vereinbaren. [3]Bei der Abgabe von Arzneimitteln, bei der die Preise und Preispannen gemäß der Verordnung nach Absatz 1 von der Festsetzung ausgenommen sind, darf der einheitliche Abgabepreis nach Satz 1 nicht überschritten werden.

(3a) [1]Gilt für ein Arzneimittel ein Erstattungsbetrag nach § 130b des Fünften Buches Sozialgesetzbuch, gibt der pharmazeutische Unternehmer das Arzneimittel zum Erstattungsbetrag ab. [2]Abweichend von Satz 1 kann der pharmazeutische Unternehmer das Arzneimittel zu einem Betrag unterhalb des Erstattungsbetrages abgeben; die Verpflichtung in Absatz 3 Satz 1 erster Halbsatz bleibt unberührt. [3]Der Abgabepreis nach Satz 1 oder Satz 2 gilt auch für Personen, die das Arzneimittel nicht als Versicherte einer gesetzlichen Krankenkasse im Wege der Sachleistung erhalten. [4]In den Fällen, die nicht vom Ausgleich nach § 130b Absatz 3a Satz 9 oder Absatz 4 Satz 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch erfasst sind, kann die natürliche oder juristische Person, die das Arzneimittel vom pharmazeutischen Unternehmer erworben hat, von dem pharmazeutischen Unternehmer den Ausgleich der Differenz zwischen dem nach § 130b Absatz 3a oder Absatz 4 Satz 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch geltenden Erstattungsbetrag und dem bis zu dessen Vereinbarung oder Festsetzung tatsächlich gezahlten Abgabepreis einschließlich der zu viel entrichteten Zuschläge nach der Arzneimittelpreisverordnung und der zu viel entrichteten Umsatzsteuer verlangen.

(4) [1]Bei Arzneimitteln, die im Fall einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit, deren Ausbreitung eine sofortige und das übliche Maß erheblich überschreitende Bereitstellung von spezifischen Arzneimitteln erforderlich macht, durch Apotheken abgegeben werden und die zu diesem Zweck nach § 47 Absatz 1 Nummer 3c bevorratet wurden, gilt als Grundlage für die nach Absatz 2 festzusetzenden Preise und Preisspannen der Länderabgabepreis. [2]Entsprechendes gilt für Arzneimittel, die aus für diesen Zweck entsprechend bevorrateten Wirkstoffen in Apotheken hergestellt und in diesen Fällen abgegeben werden. [3]In diesen Fällen gilt Absatz 2 Satz 2 auf Länderebene.

Fußnoten

&§ 78 Abs. 3a Satz 4: Eingef. durch Art. 1a G v. 7.11.2022 I 1990 mWv 12.11.2022; idF d. Art. 1 Nr. 6a G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023
§ 78: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 78 Abs. 1 Satz 1 Eingangssatz: IdF d. Art. 52 Nr. 24 Buchst. a V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015 u. d. Art. 3 Nr. 86 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 78 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1: IdF d. Art. 3 Nr. 86 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 78 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2: IdF d. Art. 3 Nr. 86 Buchst. a DBuchst. cc G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 78 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 69 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009, d. Art. 2 G v. 15.7.2013 I 2420 mWv 1.8.2013 u. d. Art. 52 Nr. 24 Buchst. b V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015
§ 78 Abs. 1 Satz 3: Eingef. durch Art. 13 G v. 22.12.2011 I 2983 mWv 1.1.2012
§ 78 Abs. 1: Früherer Satz 4 aufgeh. durch Art. 5 G v. 9.12.2020 I 2870 mWv 15.12.2020

§ 78 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 5 Nr. 5 Buchst. a G v. 4.5.2017 I 1050 mWv 13.5.2017, d. Art. 11 Nr. 2 G v. 6.5.2019 I 646 mWv 11.5.2019 u. d. Art. 3 Nr. 86 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 78 Abs. 3: Eingef. durch Art. 30 Nr. 5 G v. 26.3.2007 I 378 mWv 1.4.2007
§ 78 Abs. 3 Satz 3: Eingef. durch Art. 5 Nr. 5 Buchst. b G v. 4.5.2017 I 1050 mWv 13.5.2017
& 78 Abs. 3a: Eingef. durch Art. 7 Nr. 6a G v. 22.12.2010 I 2262 mWv 1.1.2011; idF d. Art. 2a G v. 27.3.2014 I 261 mWv 1.4.2014§ 78 Abs. 4: Eingef. durch Art. 30 Nr. 5 G v. 26.3.2007 I 378 mWv 1.4.2007
§ 78 Abs. 4 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 86 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 79 Ausnahmeermächtigungen für Krisenzeiten

(1) Das Bundesministerium wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Ausnahmen von den Vorschriften dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen zuzulassen, wenn die notwendige Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln sonst ernstlich gefährdet wäre und eine unmittelbare oder mittelbare Gefährdung der Gesundheit von Menschen durch Arzneimittel nicht zu befürchten ist; insbesondere können Regelungen getroffen werden, um einer Verbreitung von Gefahren zu begegnen, die als Reaktion auf die vermutete oder bestätigte Verbreitung von krankheitserregenden Substanzen, Toxinen, Chemikalien oder eine Aussetzung ionisierender Strahlung auftreten können.

(2) (weggefallen)

(3) Die Rechtsverordnungen nach Absatz 1 ergehen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, soweit es sich um radioaktive Arzneimittel und um Arzneimittel, bei deren Herstellung ionisierende Strahlen verwendet werden, oder um Regelungen zur Abwehr von Gefahren durch ionisierende Strahlung handelt.

(4) Die Geltungsdauer der Rechtsverordnung nach Absatz 1 ist auf sechs Monate zu befristen.

(4a) [1]Wenn im Fall einer bestehenden oder drohenden bedrohlichen übertragbaren Krankheit die notwendige Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln sonst ernstlich gefährdet wäre, kann das Bundesministerium unbeschadet der Aufgaben anderer zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung Arzneimittel sowie Wirk-, Ausgangs- und Hilfsstoffe sowie Packmittel von Arzneimitteln selbst oder durch beauftragte Stellen herstellen, beschaffen, lagern und in Verkehr bringen. [2]Von den Abnehmern der Arzneimittel, Wirk-, Ausgangs- und Hilfsstoffe und Packmittel von Arzneimitteln soll ein angemessener Ersatz der Aufwendungen verlangt werden. [3]Durch die Regelung bleiben haushaltsrechtliche Vorgaben unberührt.

(4b) [1]Das Bundesministerium kann unbeschadet der Aufgaben anderer bis zum 31. Dezember 2027 COVID-19-Impfstoffe selbst oder durch beauftragte Stellen beschaffen, lagern und in Verkehr bringen. [2]§ 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung vom 25. Mai 2020 (BAnz AT 26.05.2020 V1), die zuletzt durch Artikel 8b des Gesetzes vom 16. September 2022 (BGBl. I S. 1454) geändert worden ist, findet entsprechende Anwendung. [3]Soweit gemäß § 3 Absatz 4 Satz 1 und 2 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung in Verbindung mit Satz 2 die Haftung ausgeschlossen oder eingeschränkt wird, gilt dies nicht für die Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz. [4]§ 15 Absatz 1 des Produkthaftungsgesetzes ist insoweit nicht anzuwenden.

(5) [1]Im Falle eines Versorgungsmangels der Bevölkerung mit Arzneimitteln, die zur Vorbeugung oder Behandlung lebensbedrohlicher Erkrankungen benötigt werden, oder im Fall einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit, deren Ausbreitung eine sofortige und das übliche Maß erheblich überschreitende Bereitstellung von spezifischen Arzneimitteln erforderlich macht, können die zuständigen Behörden im Einzelfall gestatten, dass Arzneimittel, die nicht zum Verkehr im Geltungsbereich dieses Gesetzes zugelassen oder registriert sind,

1. befristet in Verkehr gebracht werden sowie
2. abweichend von § 73 Absatz 1 in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht werden.

[2]Satz 1 gilt, wenn die Arzneimittel in dem Staat rechtmäßig in Verkehr gebracht werden dürfen, aus dem sie in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht werden oder wenn die zuständige Bundes-

oberbehörde festgestellt hat, dass die Qualität der Arzneimittel gewährleistet ist und ihre Anwendung nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft ein positives Nutzen-Risiko-Verhältnis zur Vorbeugung oder Behandlung der jeweiligen Erkrankung erwarten lässt. [3]Die Gestattung durch die zuständige Behörde gilt zugleich als Bescheinigung nach § 72a Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 oder nach § 72b Absatz 2 Satz 1 Nummer 3, dass die Einfuhr im öffentlichen Interesse liegt. [4]Im Falle eines Versorgungsmangels oder einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit im Sinne des Satzes 1 können die zuständigen Behörden im Einzelfall auch ein befristetes Abweichen von Erlaubnis- oder Genehmigungserfordernissen oder von anderen Verboten nach diesem Gesetz gestatten. [5]Vom Bundesministerium wird festgestellt, dass ein Versorgungsmangel oder eine bedrohliche übertragbare Krankheit im Sinne des Satzes 1 vorliegt oder nicht mehr vorliegt. [6]Die Feststellung erfolgt durch eine Bekanntmachung, die im Bundesanzeiger veröffentlicht wird. [7]Die Bekanntmachung ergeht im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, soweit es sich um radioaktive Arzneimittel und um Arzneimittel handelt, bei deren Herstellung ionisierende Strahlen verwendet werden.

(6) [1]Maßnahmen der zuständigen Behörden nach Absatz 5 sind auf das erforderliche Maß zu begrenzen und müssen angemessen sein, um den Gesundheitsgefahren zu begegnen, die durch den Versorgungsmangel oder die bedrohliche übertragbare Krankheit hervorgerufen werden. [2]Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Maßnahmen nach Absatz 5 haben keine aufschiebende Wirkung.

Fußnoten

§ 79: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 79 Abs. 1 Halbsatz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 8 G v. 7.8.2013 I 3108 mWv 13.8.2013 u. d. Art. 52 Nr. 25 Buchst. a V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015
§ 79 Abs. 2: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 87 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 79 Abs. 3: IdF d. Art. 52 Nr. 25 Buchst. c V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015 u. d. Art. 3 Nr. 87 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 79 Abs. 4: IdF d. Art. 3 Nr. 87 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 79 Abs. 4a: Eingef. durch Art. 2b Nr. 2 Buchst. a G v. 18.11.2020 I 2397 mWv 19.11.2020
§ 79 Abs. 4b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 6b G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023
§ 79 Abs. 5: IdF d. Art. 4 Nr. 2 Buchst. a G v. 21.3.2013 I 566 mWv 29.3.2013
§ 79 Abs. 5 Satz 2: IdF d. Art. 2b Nr. 2 Buchst. b G v. 18.11.2020 I 2397 mWv 19.11.2020
§ 79 Abs. 5 Satz 7: IdF d. Art. 52 Nr. 25 Buchst. d V v. 31.8.2015 I 1474 mWv 8.9.2015
§ 79 Abs. 6: Eingef. durch Art. 4 Nr. 2 Buchst. b G v. 21.3.2013 I 566 mWv 29.3.2013

§ 80 Ermächtigung für Verfahrens- und Härtefallregelungen

[1]Das Bundesministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, die weiteren Einzelheiten über das Verfahren bei

1. der Zulassung einschließlich der Verlängerung der Zulassung,

1a. der Genehmigung nach § 21a Absatz 1 oder der Bescheinigung nach § 21a Absatz 9,

1b. der Genehmigung nach § 4b Absatz 3,

2. der staatlichen Chargenprüfung und der Freigabe einer Charge,

3. den Anzeigen zur Änderung der Zulassungsunterlagen,

3a. den Anzeigen über Änderungen der Angaben und Unterlagen für die Genehmigung nach § 21a Absatz 1 oder über Änderungen in den Anforderungen für die Bescheinigung nach § 21a Absatz 9,

3b. den Anzeigen über Änderungen der Angaben und Unterlagen für die Genehmigung nach § 4b Absatz 3,

3c. der zuständigen Bundesoberbehörde und den beteiligten Personen im Falle des Inverkehrbringens in Härtefällen nach § 21 Absatz 2 Nummer 3 in Verbindung mit Artikel 83 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004,

4. der Registrierung einschließlich der Verlängerung der Registrierung,

4a. den Anzeigen zur Änderung der Registrierungsunterlagen,

4b. der Veröffentlichung der Ergebnisse klinischer Prüfungen nach § 42b,

5. den Meldungen von Arzneimittelrisiken und

6. der elektronischen Einreichung von Unterlagen nach den Nummern 1 bis 5 einschließlich der zu verwendenden Formate

zu regeln; es kann dabei die Weiterleitung von Ausfertigungen an die zuständigen Behörden bestimmen sowie vorschreiben, dass Unterlagen in mehrfacher Ausfertigung sowie auf elektronischen oder optischen Speichermedien eingereicht werden. [2]Das Bundesministerium kann diese Ermächtigung ohne Zustimmung des Bundesrates auf die zuständige Bundesoberbehörde übertragen. [3]In der Rechtsverordnung nach Satz 1 Nr. 3a können insbesondere die Aufgaben der zuständigen Bundesoberbehörde im Hinblick auf die Beteiligung der Europäischen Arzneimittel-Agentur und des Ausschusses für Humanarzneimittel entsprechend Artikel 83 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 sowie die Verantwortungsbereiche der behandelnden Ärzte und der pharmazeutischen Unternehmer oder Sponsoren geregelt werden, einschließlich von Anzeige-, Dokumentations- und Berichtspflichten insbesondere für Nebenwirkungen entsprechend Artikel 24 Abs. 1 und Artikel 25 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004. [4]Dabei können auch Regelungen für Arzneimittel getroffen werden, die unter den Artikel 83 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 entsprechenden Voraussetzungen Arzneimittel betreffen, die nicht zu den in Artikel 3 Abs. 1 oder 2 dieser Verordnung genannten gehören.

Fußnoten

§ 80: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 80 Satz 1 Nr. 1a u. 1b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 17 Buchst. a G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 80 Satz 1 Nr. 3a u. 3b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 17 Buchst. b G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 80 Satz 1 Nr. 3c: Früher Nr. 3a gem. Art. 1 Nr. 17 Buchst. c G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016; idF d. Art. 3 Nr. 88 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022 § 80 Satz 1 Nr. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 63 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 1 G v. 17.12.2014 I 2222 mWv 24.12.2014
§ 80 Satz 1 Nr. 4a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 17 Buchst. d G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 80 Satz 1 Nr. 4b (früher Nr. 4a): Eingef. durch Art. 3 Nr. 2 G v. 17.12.2014 I 2222 mWv 24.12.2014; jetzt Nr, 4b gem. Art. 1 Nr. 17 Buchst. e G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 80 Satz 1 Nr. 5: IdF d. Art. 1 Nr. 63 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 80 Satz 1 Nr. 6: Eingef. durch Art. 1 Nr. 63 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012; idF d. Art. 3 Nr. 3 G v. 17.12.2014 I 2222 mWv 24.12.2014 u. d. Art. 1 Nr. 17 Buchst. f G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016
§ 80: Früherer Satz 5 aufgeh. durch Art. 3 Nr. 88 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 81 Verhältnis zu anderen Gesetzen

Die Vorschriften des Betäubungsmittel- und Atomrechts, des Anti-Doping-Gesetzes und des Tierschutzgesetzes bleiben unberührt.

Fußnoten

§ 81: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394; idF Art. 2 Nr. 7 Buchst. a G v. 10.12.2015 I 2210 mWv 18.12.2015

§ 82 Allgemeine Verwaltungsvorschriften

[1]Die Bundesregierung erlässt mit Zustimmung des Bundesrates die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften. [2]Soweit sich diese an die zuständige Bundesoberbehörde richten, werden die allgemeinen Verwaltungsvorschriften von dem Bundesministerium erlassen.

Fußnoten

§ 82: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 82: Früherer Satz 3 aufgeh. durch Art. 3 Nr. 89 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 83 Angleichung an das Recht der Europäischen Union

(1) Rechtsverordnungen oder allgemeine Verwaltungsvorschriften nach diesem Gesetz können auch zum Zwecke der Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten der Europäischen Union erlassen werden, soweit dies zur Durchführung von Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen oder Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union, die Sachbereiche dieses Gesetzes betreffen, erforderlich ist.

(2) (weggefallen)

Fußnoten

§ 83: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 83 Überschrift: IdF d. Art. 1 Nr. 64 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 83 Abs. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 64 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 83 Abs. 2: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 70 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 83a Rechtsverordnungen in bestimmten Fällen

Das Bundesministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates Verweisungen auf Vorschriften in Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union in diesem Gesetz oder in aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen zu ändern, soweit es zur Anpassung an Änderungen dieser Vorschriften erforderlich ist.

Fußnoten

§ 83a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 23 G v. 25.5.2011 I 946 mWv 31.5.2011; früherer Satz 2 aufgeh.; früherer Satz 1 jetzt einziger Text gem Art. 3 Nr. 20 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

Sechzehnter Abschnitt Haftung für Arzneimittelschäden

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 84 Gefährdungshaftung

(1) [1]Wird infolge der Anwendung eines zum Gebrauch bei Menschen bestimmten Arzneimittels, das im Geltungsbereich dieses Gesetzes an den Verbraucher abgegeben wurde und der Pflicht zur Zulassung unterliegt oder durch Rechtsverordnung von der Zulassung befreit worden ist, ein Mensch getötet oder der Körper oder die Gesundheit eines Menschen nicht unerheblich verletzt, so ist der pharmazeutische Unternehmer, der das Arzneimittel im Geltungsbereich dieses Gesetzes in den Verkehr gebracht hat, verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstandenen Schaden zu ersetzen. [2]Die Ersatzpflicht besteht nur, wenn

1. das Arzneimittel bei bestimmungsgemäßem Gebrauch schädliche Wirkungen hat, die über ein nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft vertretbares Maß hinausgehen oder
2. der Schaden infolge einer nicht den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft entsprechenden Kennzeichnung, Fachinformation oder Gebrauchsinformation eingetreten ist.

(2) [1]Ist das angewendete Arzneimittel nach den Gegebenheiten des Einzelfalls geeignet, den Schaden zu verursachen, so wird vermutet, dass der Schaden durch dieses Arzneimittel verursacht ist. [2]Die Eignung im Einzelfall beurteilt sich nach der Zusammensetzung und der Dosierung des angewendeten Arzneimittels, nach der Art und Dauer seiner bestimmungsgemäßen Anwendung, nach dem zeitlichen Zusammenhang mit dem Schadenseintritt, nach dem Schadensbild und dem gesundheitlichen Zustand des Geschädigten im Zeitpunkt der Anwendung sowie allen sonstigen Gegebenheiten, die im Einzelfall für oder gegen die Schadensverursachung sprechen. [3]Die Vermutung gilt nicht, wenn ein anderer Um-

stand nach den Gegebenheiten des Einzelfalls geeignet ist, den Schaden zu verursachen. [4]Ein anderer Umstand liegt nicht in der Anwendung weiterer Arzneimittel, die nach den Gegebenheiten des Einzelfalls geeignet sind, den Schaden zu verursachen, es sei denn, dass wegen der Anwendung dieser Arzneimittel Ansprüche nach dieser Vorschrift aus anderen Gründen als der fehlenden Ursächlichkeit für den Schaden nicht gegeben sind.

(3) Die Ersatzpflicht des pharmazeutischen Unternehmers nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 ist ausgeschlossen, wenn nach den Umständen davon auszugehen ist, dass die schädlichen Wirkungen des Arzneimittels ihre Ursache nicht im Bereich der Entwicklung und Herstellung haben.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 84a Auskunftsanspruch

(1) [1]Liegen Tatsachen vor, die die Annahme begründen, dass ein Arzneimittel den Schaden verursacht hat, so kann der Geschädigte von dem pharmazeutischen Unternehmer Auskunft verlangen, es sei denn, dies ist zur Feststellung, ob ein Anspruch auf Schadensersatz nach § 84 besteht, nicht erforderlich. [2]Der Anspruch richtet sich auf dem pharmazeutischen Unternehmer bekannte Wirkungen, Nebenwirkungen und Wechselwirkungen sowie ihm bekannt gewordene Verdachtsfälle von Nebenwirkungen und Wechselwirkungen und sämtliche weiteren Erkenntnisse, die für die Bewertung der Vertretbarkeit schädlicher Wirkungen von Bedeutung sein können. [3]Die §§ 259 bis 261 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sind entsprechend anzuwenden. [4]Ein Auskunftsanspruch besteht insoweit nicht, als die Angaben auf Grund gesetzlicher Vorschriften geheim zu halten sind oder die Geheimhaltung einem überwiegenden Interesse des pharmazeutischen Unternehmers oder eines Dritten entspricht.

(2) [1]Ein Auskunftsanspruch besteht unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 auch gegenüber den Behörden, die für die Zulassung und Überwachung von Arzneimitteln zuständig sind. [2]Die Behörde ist zur Erteilung der Auskunft nicht verpflichtet, soweit Angaben auf Grund gesetzlicher Vorschriften geheim zu halten sind oder die Geheimhaltung einem überwiegenden Interesse des pharmazeutischen Unternehmers oder eines Dritten entspricht. [3]Ansprüche nach dem Informationsfreiheitsgesetz bleiben unberührt.

Fußnoten

§ 84a: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 84a Abs. 2 Satz 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 71 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 85 Mitverschulden

Hat bei der Entstehung des Schadens ein Verschulden des Geschädigten mitgewirkt, so gilt § 254 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 86 Umfang der Ersatzpflicht bei Tötung

(1) [1]Im Falle der Tötung ist der Schadensersatz durch Ersatz der Kosten einer versuchten Heilung sowie des Vermögensnachteils zu leisten, den der Getötete dadurch erlitten hat, dass während der Krankheit seine Erwerbsfähigkeit aufgehoben oder gemindert oder eine Vermehrung seiner Bedürfnisse eingetreten war. [2]Der Ersatzpflichtige hat außerdem die Kosten der Beerdigung demjenigen zu ersetzen, dem die Verpflichtung obliegt, diese Kosten zu tragen.

(2) [1]Stand der Getötete zur Zeit der Verletzung zu einem Dritten in einem Verhältnis, vermöge dessen er diesem gegenüber kraft Gesetzes unterhaltspflichtig war oder unterhaltspflichtig werden konnte, und ist dem Dritten infolge der Tötung das Recht auf Unterhalt entzogen, so hat der Ersatzpflichtige dem Dritten insoweit Schadensersatz zu leisten, als der Getötete während der mutmaßlichen Dauer sei-

nes Lebens zur Gewährung des Unterhalts verpflichtet gewesen sein würde. [2]Die Ersatzpflicht tritt auch dann ein, wenn der Dritte zur Zeit der Verletzung erzeugt, aber noch nicht geboren war.

(3) [1]Der Ersatzpflichtige hat dem Hinterbliebenen, der zur Zeit der Verletzung zu dem Getöteten in einem besonderen persönlichen Näheverhältnis stand, für das dem Hinterbliebenen zugefügte seelische Leid eine angemessene Entschädigung in Geld zu leisten. [2]Ein besonderes persönliches Näheverhältnis wird vermutet, wenn der Hinterbliebene der Ehegatte, der Lebenspartner, ein Elternteil oder ein Kind des Getöteten war.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 86 Abs. 3: Eingef. durch Art. 2 G v. 17.7.2017 I 2421 mWv 22.7.2017

§ 87 Umfang der Ersatzpflicht bei Körperverletzung

[1]Im Falle der Verletzung des Körpers oder der Gesundheit ist der Schadensersatz durch Ersatz der Kosten der Heilung sowie des Vermögensnachteils zu leisten, den der Verletzte dadurch erleidet, dass infolge der Verletzung zeitweise oder dauernd seine Erwerbsfähigkeit aufgehoben oder gemindert oder eine Vermehrung seiner Bedürfnisse eingetreten ist. [2]In diesem Fall kann auch wegen des Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, eine billige Entschädigung in Geld verlangt werden.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 88 Höchstbeträge

[1]Der Ersatzpflichtige haftet

1. im Falle der Tötung oder Verletzung eines Menschen nur bis zu einem Kapitalbetrag von 600.000 Euro oder bis zu einem Rentenbetrag von jährlich 36.000 Euro,
2. im Falle der Tötung oder Verletzung mehrerer Menschen durch das gleiche Arzneimittel unbeschadet der in Nummer 1 bestimmten Grenzen bis zu einem Kapitalbetrag von 120 Millionen Euro oder bis zu einem Rentenbetrag von jährlich 7,2 Millionen Euro.

[2]Übersteigen im Falle des Satzes 1 Nr. 2 die den mehreren Geschädigten zu leistenden Entschädigungen die dort vorgesehenen Höchstbeträge, so verringern sich die einzelnen Entschädigungen in dem Verhältnis, in welchem ihr Gesamtbetrag zu dem Höchstbetrag steht.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 89 Schadensersatz durch Geldrenten

(1) Der Schadensersatz wegen Aufhebung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit und wegen Vermehrung der Bedürfnisse des Verletzten sowie der nach § 86 Abs. 2 einem Dritten zu gewährende Schadensersatz ist für die Zukunft durch Entrichtung einer Geldrente zu leisten.

(2) Die Vorschriften des § 843 Abs. 2 bis 4 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des § 708 Nr. 8 der Zivilprozessordnung finden entsprechende Anwendung.

(3) Ist bei der Verurteilung des Verpflichteten zur Entrichtung einer Geldrente nicht auf Sicherheitsleistung erkannt worden, so kann der Berechtigte gleichwohl Sicherheitsleistung verlangen, wenn die Vermögensverhältnisse des Verpflichteten sich erheblich verschlechtert haben; unter der gleichen Voraussetzung kann er eine Erhöhung der in dem Urteil bestimmten Sicherheit verlangen.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 90

(weggefallen)

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 91 Weitergehende Haftung

Unberührt bleiben gesetzliche Vorschriften, nach denen ein nach § 84 Ersatzpflichtiger im weiteren Umfang als nach den Vorschriften dieses Abschnitts haftet oder nach denen ein anderer für den Schaden verantwortlich ist.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 92 Unabdingbarkeit

[1]Die Ersatzpflicht nach diesem Abschnitt darf im Voraus weder ausgeschlossen noch beschränkt werden. [2]Entgegenstehende Vereinbarungen sind nichtig.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 93 Mehrere Ersatzpflichtige

[1]Sind mehrere ersatzpflichtig, so haften sie als Gesamtschuldner. [2]Im Verhältnis der Ersatzpflichtigen zueinander hängt die Verpflichtung zum Ersatz sowie der Umfang des zu leistenden Ersatzes von den Umständen, insbesondere davon ab, inwieweit der Schaden vorwiegend von dem einen oder dem anderen Teil verursacht worden ist.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 94 Deckungsvorsorge

(1) [1]Der pharmazeutische Unternehmer hat dafür Vorsorge zu treffen, dass er seinen gesetzlichen Verpflichtungen zum Ersatz von Schäden nachkommen kann, die durch die Anwendung eines von ihm in den Verkehr gebrachten, zum Gebrauch bei Menschen bestimmten Arzneimittels entstehen, das der Pflicht zur Zulassung unterliegt oder durch Rechtsverordnung von der Zulassung befreit worden ist (Deckungsvorsorge). [2]Die Deckungsvorsorge muss in Höhe der in § 88 Satz 1 genannten Beträge erbracht werden. [3]Sie kann nur

1. durch eine Haftpflichtversicherung bei einem im Geltungsbereich dieses Gesetzes zum Geschäftsbetrieb befugten unabhängigen Versicherungsunternehmen, für das im Falle einer Rückversicherung ein Rückversicherungsvertrag nur mit einem Rückversicherungsunternehmen, das seinen Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes, in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder in einem von der Europäischen Kommission auf Grund von Artikel 172 der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) (ABl. L 335 vom 17.12.2009, S. 1) als gleichwertig anerkannten Staat hat, besteht, oder

2. durch eine Freistellungs- oder Gewährleistungsverpflichtung eines inländischen Kreditinstituts oder eines Kreditinstituts eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum

erbracht werden.

(2) Wird die Deckungsvorsorge durch eine Haftpflichtversicherung erbracht, so gelten die § 113 Abs. 3 und die §§ 114 bis 124 des Versicherungsvertragsgesetzes, sinngemäß.

(3) [1]Durch eine Freistellungs- oder Gewährleistungsverpflichtung eines Kreditinstituts kann die Deckungsvorsorge nur erbracht werden, wenn gewährleistet ist, dass das Kreditinstitut, solange mit seiner Inanspruchnahme gerechnet werden muss, in der Lage sein wird, seine Verpflichtungen im Rahmen der Deckungsvorsorge zu erfüllen. [2]Für die Freistellungs- oder Gewährleistungsverpflichtung gelten die § 113 Abs. 3 und die §§ 114 bis 124 des Versicherungsvertragsgesetzes sinngemäß.

(4) Zuständige Stelle im Sinne des § 117 Abs. 2 des Versicherungsvertragsgesetzes ist die für die Durchführung der Überwachung nach § 64 zuständige Behörde.

(5) Die Bundesrepublik Deutschland und die Länder sind zur Deckungsvorsorge gemäß Absatz 1 nicht verpflichtet.

Fußnoten

§ 94: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 94 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 65 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 94 Abs. 2: IdF d. Art. 9 Abs. 1 Nr. 1 G v. 23.11.2007 I 2631 mWv 1.1.2008
§ 94 Abs. 3 Satz 2: IdF d. Art. 9 Abs. 1 Nr. 2 G v. 23.11.2007 I 2631 mWv 1.1.2008
§ 94 Abs. 4: IdF d. Art. 9 Abs. 1 Nr. 3 G v. 23.11.2007 I 2631 mWv 1.1.2008

§ 94a Örtliche Zuständigkeit

(1) Für Klagen, die auf Grund des § 84 oder des § 84a Abs. 1 erhoben werden, ist auch das Gericht zuständig, in dessen Bezirk der Kläger zur Zeit der Klageerhebung seinen Wohnsitz, in Ermangelung eines solchen seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat.

(2) Absatz 1 bleibt bei der Ermittlung der internationalen Zuständigkeit der Gerichte eines ausländischen Staates nach § 328 Abs. 1 Nr. 1 der Zivilprozessordnung außer Betracht.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

Siebzehnter Abschnitt Straf- und Bußgeldvorschriften

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 95 Strafvorschriften

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. entgegen § 5 Absatz 1 ein Arzneimittel in den Verkehr bringt oder bei anderen anwendet,
2. entgegen § 6 Absatz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 6 Absatz 2, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 6 Absatz 3, ein Arzneimittel in den Verkehr bringt oder bei einem anderen Menschen anwendet,

2a. (weggefallen)

2b. (weggefallen)

3. entgegen § 7 Abs. 1 radioaktive Arzneimittel oder Arzneimittel, bei deren Herstellung ionisierende Strahlen verwendet worden sind, in den Verkehr bringt,

3a. entgegen § 8 Abs. 1 Nr. 1 oder Absatz 2, auch in Verbindung mit § 73 Abs. 4 oder § 73a, Arzneimittel oder Wirkstoffe herstellt, in den Verkehr bringt oder sonst mit ihnen Handel treibt,

4. entgegen § 43 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 oder 3 mit Arzneimitteln, die nur auf Verschreibung an Verbraucher abgegeben werden dürfen, Handel treibt oder diese Arzneimittel abgibt,

5. Arzneimittel, die nur auf Verschreibung an Verbraucher abgegeben werden dürfen, entgegen § 47 Abs. 1 an andere als dort bezeichnete Personen oder Stellen abgibt oder entgegen § 47 Abs. 2 Satz 1 bezieht oder

5a. entgegen § 47a Abs. 1 ein dort bezeichnetes Arzneimittel an andere als die dort bezeichneten Einrichtungen abgibt oder in den Verkehr bringt.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) [1]In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren. [2]Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter

1. durch eine der in Absatz 1 bezeichneten Handlungen

   a) die Gesundheit einer großen Zahl von Menschen gefährdet,

   b) einen anderen der Gefahr des Todes oder einer schweren Schädigung an Körper oder Gesundheit aussetzt oder

   c) aus grobem Eigennutz für sich oder einen anderen Vermögensvorteile großen Ausmaßes erlangt oder

2. in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 3a gefälschte Arzneimittel oder Wirkstoffe herstellt oder in den Verkehr bringt und dabei gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Taten verbunden hat.

(4) Handelt der Täter in den Fällen des Absatzes 1 fahrlässig, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe.

Fußnoten

95: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 95 Abs. 1 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 72 Buchst. a DBuchst. aa G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 95 Abs. 1 Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 27 G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019 u. d. Art. 3 Nr. 91 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 95 Abs. 1 Nr. 2a u. 2b: Aufgeh. durch Art. 2 Nr. 7 Buchst. a G v. 10.12.2015 I 2210 mWv 18.12.2015
§ 95 Abs. 1 Nr. 3a: IdF d. Art. 1 Nr. 72 Buchst. a DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009 u. d. Art. 1 Nr. 66 Buchst. a bis c G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 95 Abs. 1 Nr. 4: IdF d. Art. 3 Nr. 91 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 95 Abs. 1 Nr. 5: IdF d. Art. 3 Nr. 91 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 95 Abs. 1 Nr. 5a: IdF d. Art. 3 Nr. 91 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 95 Abs. 1 Nr. 6 bis 11: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 91 Buchst. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 95 Abs. 3: IdF d. Art. 2 Nr. 4 Buchst. b nach Maßgabe d. Art. 3 G v. 24.10.2007 I 2510 (DopingBekämpfG) mWv 1.11.2007
§ 95 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 (früher Nr. 3): IdF d. Art. 1 Nr. 72 Buchst. b G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009; frühere Nr. 2 aufgeh., frühere Nr. 3 jetzt Nr. 2 gem. Art. 2 Nr. 7 Buchst. b DBuchst. aa u. bb G v. 10.12.2015 I 2210 mWv 18.12.2015

§ 96 Strafvorschriften

Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. entgegen § 4b Absatz 3 Satz 1 ein Arzneimittel abgibt,

2. entgegen § 6 Absatz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 6 Absatz 2, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 6 Absatz 3, ein Arzneimittel herstellt,

3. entgegen § 8 Abs. 1 Nr. 2, auch in Verbindung mit § 73a, Arzneimittel oder Wirkstoffe herstellt oder in den Verkehr bringt,

4. ohne Erlaubnis nach § 13 Absatz 1 Satz 1 oder § 72 Absatz 1 Satz 1 ein Arzneimittel, einen Wirkstoff oder einen dort genannten Stoff herstellt oder einführt,

4a. ohne Erlaubnis nach § 20b Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 2 Satz 7 Gewebe gewinnt oder Laboruntersuchungen durchführt oder ohne Erlaubnis nach § 20c Abs. 1 Satz 1 Gewebe oder Gewebezubereitungen be- oder verarbeitet, konserviert, prüft, lagert oder in den Verkehr bringt,

5. entgegen § 21 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 35 Absatz 1 Nummer 2, ein Fertigarzneimittel oder ein Arzneimittel in den Verkehr bringt,

5a. ohne Genehmigung nach § 21a Abs. 1 Satz 1 Gewebezubereitungen in den Verkehr bringt,

5b. ohne Bescheinigung nach § 21a Absatz 9 Satz 1 eine Gewebezubereitung erstmalig verbringt,

6. eine nach § 22 Abs. 1 Nr. 3, 5 bis 9, 11, 12, 14 oder 15, Abs. 3b oder 3c Satz 1 erforderliche Angabe nicht vollständig oder nicht richtig macht oder eine nach § 22 Absatz 2 oder 3, jeweils auch in Verbindung mit § 38 Absatz 2 Satz 1, erforderliche Unterlage oder durch vollziehbare Anordnung nach § 28 Absatz 3, 3a, 3b oder Absatz 3c Satz 1 Nummer 2 geforderte Unterlage nicht vollständig oder mit nicht richtigem Inhalt vorlegt,

7. entgegen § 30 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 35 Abs. 1 Nr. 2, ein Arzneimittel in den Verkehr bringt,

8. entgegen § 32 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 35 Abs. 1 Nr. 3, eine Charge ohne Freigabe in den Verkehr bringt,

9. entgegen § 38 Abs. 1 Satz 1 oder § 39a Satz 1 Fertigarzneimittel als homöopathische oder als traditionelle pflanzliche Arzneimittel ohne Registrierung in den Verkehr bringt,

10. entgegen § 40 Absatz 1 die klinische Prüfung beginnt,

11. entgegen § 40a Satz 1 Nummer 2 oder Nummer 3, auch in Verbindung mit Satz 2, entgegen § 40a Satz 1 Nummer 4 Buchstabe a oder Nummer 5 oder § 40b Absatz 3, Absatz 4 Satz 1 Nummer 1, Satz 2, Satz 3 oder Satz 9 oder Absatz 5 eine klinische Prüfung durchführt,

12. entgegen § 47a Abs. 1 Satz 1 ein dort bezeichnetes Arzneimittel ohne Verschreibung abgibt, wenn die Tat nicht nach § 95 Abs. 1 Nr. 5a mit Strafe bedroht ist,

13. entgegen § 48 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 48 Abs. 2 Nr. 1, 2 oder Nummer 7 oder entgegen § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 48 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1, Arzneimittel abgibt,

14. ohne Erlaubnis nach § 52a Abs. 1 Satz 1 Großhandel betreibt,

14a. entgegen § 52c Absatz 2 Satz 1 eine Tätigkeit als Arzneimittelvermittler aufnimmt,

15. (weggefallen)

16. (weggefallen)

17. (weggefallen)

18. (weggefallen)

18a. (weggefallen)

18b. ohne Erlaubnis nach § 72 Absatz 4 Satz 2, § 72b Absatz 1 Satz 3 oder § 72c Absatz 1 Satz 2, auch in Verbindung mit § 72c Absatz 4 Satz 1, dort genannte hämatopoetische Stammzellen, Stammzellzubereitungen, Gewebe oder Gewebezubereitungen einführt,

18c. entgegen § 72a Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Absatz 1b oder Absatz 1d, oder entgegen § 72a Absatz 1c ein Arzneimittel, einen Wirkstoff oder einen in den genannten Absätzen anderen Stoff einführt,

18d. entgegen § 72b Abs. 2 Satz 1 Gewebe oder Gewebezubereitungen einführt,

18e. entgegen § 73 Absatz 1b Satz 1 ein gefälschtes Arzneimittel oder einen gefälschten Wirkstoff in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbringt,

19. ein Arzneimittel in den Verkehr bringt, obwohl die nach § 94 erforderliche Haftpflichtversicherung oder Freistellungs- oder Gewährleistungsverpflichtung nicht oder nicht mehr besteht,

20. entgegen Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Festlegung der Verfahren der Union für die Genehmigung und Überwachung von Humanarzneimitteln und zur Errichtung einer Europäischen Arzneimittel-Agentur (ABl. L 136 vom 30.4.2004, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 2019/5 (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 24) geändert worden ist, in Verbindung mit Artikel 8 Absatz 3 Unterabsatz 1 Buchstabe c, ca Satz 1, Buchstabe d, e, h bis iaa oder Buchstabe ib der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. November 2001 zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel (ABl. L 311 vom 28.11.2001, S. 67; L 239 vom 12.8.2014, S. 81), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2019/1243 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241) geändert worden ist, eine Angabe oder eine Unterlage nicht richtig oder nicht vollständig beifügt oder

21. gegen die Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/20/EG (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 1) verstößt, indem er

    a) entgegen Artikel 5 Absatz 1 Unterabsatz 1 in Verbindung mit Artikel 25 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe c oder Anhang I Nummer 41 Satz 1 ein Antragsdossier nicht richtig oder nicht vollständig übermittelt oder

    b) entgegen Artikel 28 Absatz 1 Buchstabe a, c oder Buchstabe e in Verbindung mit Artikel 29 Absatz 1 Satz 1 oder Satz 3, entgegen Artikel 32 Absatz 1 oder Artikel 33 eine klinische Prüfung durchführt.

Fußnoten

§ 96: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 96 Nr. 1: Eingef. durch Art. 1 Nr. 73 Buchst. a G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 96 Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 28 G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019
§ 96 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 73 Buchst. c G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 96 Nr. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 73 Buchst. d G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 96 Nr. 4a: Eingef. durch Art. 2 Nr. 19d Buchst. a G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007; idF d. Art. 1 Nr. 67 Buchst. a G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 96 Nr. 5: IdF d. IdF d. Art. 3 Nr. 92 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 96 Nr. 5a: Eingef. durch Art. 2 Nr. 19d Buchst. b G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007
§ 96 Nr. 5b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 67 Buchst. c G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 96 Nr. 6: IdF d. Art. 1 Nr. 67 Buchst. d G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012 u. d. Art. 3 Nr. 92 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 96 Nr. 10 u. 11: IdF d. Art. 2 Nr. 22 Buchst. a iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 96 Nr. 13: IdF d. Art. 1 Nr. 67 Buchst. e G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012, d. Art. 1 Nr. 18 G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.2016 u. d. Art. 3 Nr. 92 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 96 Nr. 14a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 67 Buchst. f G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 96 Nr. 15 bi 18a: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 92 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 96 Nr. 18b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 17 Buchst. a G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 96 Nr. 18c (früher Nr. 18b): Eingef. durch Art. 7 Nr. 8 Buchst. a G v. 22.12.2010 I 2262 mWv 1.1.2011; frühere Nr. 18a wurde Nr. 18b gem. Art. 1 Nr. 25 Buchst. b G v. 25.5.2011 I 946 mWv 31.5.2011; jetzt Nr. 18c gem. Art. 1 Nr. 17 Buchst. b G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 96 Nr. 18c (früher Nr. 18a): Eingef. durch Art. 2 Nr. 19d Buchst. c G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007; frühere Nr. 18a wurde Nr. 18b gem. Art. 7 Nr. 8 Buchst. b G v. 22.12.2010 I 2262 mWv 1.1.2011; jetzt Nr. 18c gem. Art. 1 Nr. 25 Buchst. b G v. 25.5.2011 I 946 mWv 31.5.2011, diese aufgeh. durch Art. 1 Nr. 17 Buchst. c G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 96 Nr. 18d (früher Nr. 18b): Eingef. durch Art. 2 Nr. 19d Buchst. c G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007; frühere Nr. 18b wurde Nr. 18c gem. Art. 7 Nr. 8 Buchst. b G v. 22.12.2010 I 2262 mWv 1.1.2011; jetzt Nr. 18d gem. Art. 1 Nr. 25 Buchst. b G v. 25.5.2011 I 946 mWv 31.5.2011

§ 96 Nr. 18e (früher Nr. 18c): Eingef. durch Art. 1 Nr. 73 Buchst. e G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009; frühere Nr. 18c wurde Nr. 18d gem. Art. 7 Nr. 8 Buchst. b G v. 22.12.2010 I 2262 mWv 1.1.2011; jetzt Nr. 18e gem. Art. 1 Nr. 25 Buchst. b G v. 25.5.2011 I 946 mWv 31.5.2011
§ 96 Nr. 19: IdF d. Art. 2 Nr. 22 Buchst. b iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022; idF d. Art. 3 Nr. 92 Buchst. e G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 96 Nr. 20: IdF d. Art. 3 Nr. 92 Buchst. f G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 96 Nr. 21: Eingef. durch Art. 2 Nr. 22 Buchst. d iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048 idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022

§ 97 Bußgeldvorschriften

(1) Ordnungswidrig handelt, wer eine in

1. § 96 Nummer 1 bis 5b, 7 bis 18e oder Nummer 19 oder
2. § 96 Nummer 6, 20 oder Nummer 21

bezeichnete Handlung fahrlässig begeht.

(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 8 Absatz 3 ein Arzneimittel in den Verkehr bringt,
2. entgegen § 9 Abs. 1 Arzneimittel, die nicht den Namen oder die Firma des pharmazeutischen Unternehmers tragen, in den Verkehr bringt,
3. entgegen § 9 Abs. 2 Satz 1 Arzneimittel in den Verkehr bringt, ohne seinen Sitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes oder in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zu haben,
4. entgegen § 10, auch in Verbindung mit § 109 Abs. 1 Satz 1 oder einer Rechtsverordnung nach § 12 Abs. 1 Nr. 1, Arzneimittel ohne die vorgeschriebene Kennzeichnung in den Verkehr bringt,
5. entgegen § 11 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Abs. 2a bis 3b oder 4, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 12 Abs. 1 Nr. 1, Arzneimittel ohne die vorgeschriebene Packungsbeilage in den Verkehr bringt,

5a. entgegen § 11 Abs. 7 Satz 1 eine Teilmenge abgibt,

6. einer vollziehbaren Anordnung nach
   a) § 18 Absatz 2,
   b) § 52b Absatz 3d Satz 2 oder Satz 3 oder
   c) § 52b Absatz 3f Satz 3

   zuwiderhandelt,
7. entgegen
   a) den §§ 20, 20b Absatz 5, § 20c Absatz 6, § 52a Absatz 8, § 67 Absatz 8 Satz 1 oder § 72b Absatz 2c Satz 1,
   b) § 21a Absatz 7 Satz 1, § 29 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, entgegen § 29 Absatz 1c Satz 1, § 63c Absatz 2, § 63i Absatz 2 Satz 1, § 67 Absatz 6 Satz 1 oder
   c) § 67 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, entgegen § 67 Absatz 5 Satz 1 oder § 67 Absatz 9 Satz 1

   eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet,

7a. entgegen § 29 Abs. 1a Satz 1, Abs. 1b oder 1d eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht,

8. entgegen § 30 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 oder § 73 Absatz 1 Arzneimittel in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbringt,

9. entgegen § 42b Absatz 1 die Berichte nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,

10. entgegen § 43 Abs. 1, 2 oder 3 Arzneimittel berufs- oder gewerbsmäßig in den Verkehr bringt oder mit Arzneimitteln, die ohne Verschreibung an Verbraucher abgegeben werden dürfen, Handel treibt oder diese Arzneimittel abgibt,

11. (weggefallen)

12. Arzneimittel, die ohne Verschreibung an Verbraucher abgegeben werden dürfen, entgegen § 47 Abs. 1 an andere als dort bezeichnete Personen oder Stellen abgibt oder entgegen § 47 Abs. 2 Satz 1 bezieht,

12a. entgegen § 47 Abs. 4 Satz 1 Muster ohne schriftliche Anforderung, in einer anderen als der kleinsten Packungsgröße oder über die zulässige Menge hinaus abgibt oder abgeben lässt,

13. die in § 47 Abs. 4 Satz 3 oder in § 47a Abs. 2 Satz 2 vorgeschriebenen Nachweise nicht oder nicht richtig führt, oder der zuständigen Behörde auf Verlangen nicht vorlegt,

13a. entgegen § 47a Abs. 2 Satz 1 ein dort bezeichnetes Arzneimittel ohne die vorgeschriebene Kennzeichnung abgibt,

14. entgegen § 50 Abs. 1 Einzelhandel mit Arzneimitteln betreibt,

15. entgegen § 51 Abs. 1 Arzneimittel im Reisegewerbe feilbietet oder Bestellungen darauf aufsucht,

16. entgegen § 52 Abs. 1 Arzneimittel im Wege der Selbstbedienung in den Verkehr bringt,

16a. entgegen § 52b Absatz 3e Satz 1 eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht,

16b. entgegen § 52b Absatz 3f Satz 2 Daten nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig übermittelt,

17. entgegen § 55 Absatz 8 Satz 1 auch in Verbindung mit Satz 2, einen Stoff, ein Behältnis oder eine Umhüllung verwendet oder eine Darreichungsform anfertigt,

17a. (weggefallen)

18. (weggefallen)

19. (weggefallen)

20. (weggefallen)

21. (weggefallen)

21a. (weggefallen)

22. (weggefallen)

22a. (weggefallen)

23. (weggefallen)

23a. (weggefallen)

23b. (weggefallen)

23c. (weggefallen)

23d. (weggefallen)

23e. (weggefallen)

24. (weggefallen)

24a. (weggefallen)

24b. (weggefallen)

24c. entgegen § 63a Abs. 1 Satz 1 einen Stufenplanbeauftragten nicht beauftragt oder entgegen § 63a Abs. 3 eine Mitteilung nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet,

24d. entgegen § 63a Abs. 1 Satz 6 eine Tätigkeit als Stufenplanbeauftragter ausübt,

24e. entgegen § 63b Absatz 1 ein Pharmakovigilanz-System nicht betreibt,

24f. entgegen § 63b Absatz 2 Nummer 1 eine dort genannte Maßnahme nicht oder nicht rechtzeitig ergreift,

24g. entgegen § 63b Absatz 2 Nummer 3 eine Pharmakovigilanz-Stammdokumentation nicht, nicht richtig oder nicht vollständig führt oder nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,

24h. entgegen § 63b Absatz 2 Nummer 4 ein Risikomanagement-System für jedes einzelne Arzneimittel nicht, nicht richtig oder nicht vollständig betreibt,

24i. entgegen § 63b Absatz 3 Satz 1 eine dort genannte Information ohne die dort genannte vorherige oder gleichzeitige Mitteilung veröffentlicht,

24j. entgegen § 63d Absatz 1, auch in Verbindung mit Absatz 3 Satz 1 oder Absatz 3 Satz 4, einen Unbedenklichkeitsbericht nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt,

24k. entgegen § 63f Absatz 1 Satz 3 einen Abschlussbericht nicht oder nicht rechtzeitig übermittelt,

24l. entgegen § 63g Absatz 1 einen Entwurf des Prüfungsprotokolls nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig vorlegt,

24m. entgegen § 63g Absatz 2 Satz 1 mit einer Unbedenklichkeitsstudie beginnt,

24n. entgegen § 63g Absatz 4 Satz 1 einen Prüfungsbericht nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt,

24o. (weggefallen)

24p. entgegen § 63i Absatz 3 Satz 1 eine Meldung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig macht,

24q. entgegen § 63i Absatz 4 Satz 1 einen Bericht nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig vorlegt,

25. einer vollziehbaren Anordnung nach § 64 Absatz 4 Nummer 4 zuwiderhandelt,

26. einer Duldungs- oder Mitwirkungspflicht nach § 66 zuwiderhandelt,

27. entgegen einer vollziehbaren Anordnung nach § 74 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 eine Sendung nicht vorführt,

27a. entgegen § 74a Abs. 1 Satz 1 einen Informationsbeauftragten nicht beauftragt oder entgegen § 74a Abs. 3 eine Mitteilung nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet,

27b. entgegen § 74a Abs. 1 Satz 4 eine Tätigkeit als Informationsbeauftragter ausübt,

28. entgegen § 75 Abs. 1 Satz 1 eine Person als Pharmaberater beauftragt,

29. entgegen § 75 Abs. 1 Satz 3 eine Tätigkeit als Pharmaberater ausübt,

30. einer Aufzeichnungs-, Mitteilungs- oder Nachweispflicht nach § 76 Abs. 1 Satz 2 oder Abs. 2 zuwiderhandelt,

30a. (weggefallen)

31. einer Rechtsverordnung nach § 7 Abs. 2 Satz 2, § 12 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe a, § 12 Abs. 1b, § 54 Abs. 1 oder § 74 Abs. 2 oder einer vollziehbaren Anordnung auf Grund einer solchen Rechtsverordnung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist,

32. (weggefallen)

33. (weggefallen)

34. (weggefallen)

35. (weggefallen)

36. (weggefallen)

(2a) (weggefallen)

(2b) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EG) Nr. 726/2004 verstößt, indem er vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen Artikel 16 Absatz 2 Satz 1 oder Satz 2 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 in Verbindung mit Artikel 8 Absatz 3 Unterabsatz 1 Buchstabe c bis e, h bis iaa oder Buchstabe ib der Richtlinie 2001/83/EG, jeweils in Verbindung mit § 29 Absatz 4 Satz 2, der Europäischen Arzneimittel-Agentur oder der zuständigen Bundesoberbehörde eine dort genannte Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht oder

2. entgegen Artikel 28 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 in Verbindung mit Artikel 107 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Richtlinie 2001/83/EG nicht dafür sorgt, dass eine Meldung an einer dort genannten Stelle verfügbar ist.

(2c) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EG) Nr. 1901/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Kinderarzneimittel und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1768/92, der Richtlinien 2001/20/EG und 2001/83/EG sowie der Verordnung (EG) Nr. 726/2004 (ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 1; L 339 vom 26.11.2014, S. 14), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2019/5 (ABl. L 4 vom 7.1.2019, S. 24) geändert worden ist, verstößt, indem er vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen Artikel 33 Satz 1 ein dort genanntes Arzneimittel nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig in den Verkehr bringt,

2. einer vollziehbaren Anordnung nach Artikel 34 Absatz 2 Satz 4 zuwiderhandelt,

3. entgegen Artikel 34 Absatz 4 Satz 1 den dort genannten Bericht nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt,

4. entgegen Artikel 35 Satz 1 die Genehmigung für das Inverkehrbringen nicht oder nicht rechtzeitig auf einen dort genannten Dritten überträgt und diesem einen Rückgriff auf die dort genannten Unterlagen nicht oder nicht rechtzeitig gestattet,

5. entgegen Artikel 35 Satz 2 eine Unterrichtung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig vornimmt, oder

6. entgegen Artikel 41 Absatz 2 Satz 2 ein Ergebnis der dort genannten Prüfung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig vorlegt.

(2d) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) Nr. 536/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über klinische Prüfungen mit Humanarzneimitteln und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/20/EG (ABl. L 158 vom 27.5.2014, S. 1; L 311 vom 17.11.2016, S. 25) verstößt, indem er vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen Artikel 36, Artikel 37 Absatz 1, 2, 3 oder 5 oder Artikel 54 Absatz 2 die zuständige Bundesoberbehörde nicht oder nicht rechtzeitig unterrichtet,

2. entgegen Artikel 37 Absatz 4 Unterabsatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Satz 2, Unterabsatz 2 oder Unterabsatz 3, entgegen Artikel 37 Absatz 4 Unterabsatz 4 oder Absatz 8 oder Artikel 43 Absatz 1 ein dort genanntes Dokument nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt,

3. entgegen Artikel 37 Absatz 6 die zuständige Bundesoberbehörde nicht oder nicht rechtzeitig in Kenntnis setzt,

4. entgegen Artikel 38 Absatz 1 eine Mitteilung nicht oder nicht rechtzeitig macht oder

5. entgegen

a) Artikel 41 Absatz 1 oder 2 Unterabsatz 1 Satz 2 in Verbindung mit Unterabsatz 2 Satz 1 oder entgegen Artikel 41 Absatz 4 oder

b) Artikel 42 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Satz 1, entgegen Artikel 52 Absatz 1 oder Artikel 53 Absatz 1

eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht.

(2e) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Delegierte Verordnung (EU) 2016/161 der Kommission vom 2. Oktober 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung genauer Bestimmungen über die Sicherheitsmerkmale auf der Verpackung von Humanarzneimitteln (ABl. L 32 vom 9.2.2016, S. 1) verstößt, indem er vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen Artikel 18 ein dort genanntes Produkt in den Verkehr bringt oder eine Information nicht oder nicht rechtzeitig gibt,

2. entgegen Artikel 24 Satz 1 ein dort genanntes Produkt abgibt oder ausführt,

3. entgegen Artikel 24 Satz 2 eine Information nicht oder nicht rechtzeitig gibt,

4. entgegen Artikel 30 ein Arzneimittel abgibt oder eine Information nicht oder nicht rechtzeitig gibt oder

5. entgegen Artikel 37 Buchstabe d nicht für die Warnung einer zuständigen Behörde, der Europäischen Arzneimittel-Agentur oder der Kommission sorgt.

(3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 25 000 Euro geahndet werden.

(4) [1]Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist in den Fällen

1. des Absatzes 1 Nummer 2, des Absatzes 2 Nummer 7 Buchstabe b, Nummer 7a, 9 und 24d bis 24q, der Absätze 2a bis 2c und des Absatzes 2d Nummer 1 bis 4 und 5 Buchstabe b und des Absatzes 2d Nummer 1 bis 5 Buchstabe b und

2. des Absatzes 2 Nummer 6 Buchstabe b, Nummer 7 Buchstabe c, Nummer 24c und 31 soweit die Tat gegenüber der zuständigen Bundesoberbehörde begangen wird,

die nach § 77 zuständige Bundesoberbehörde. [2]In den Fällen des Absatzes 2 Nummer 6 Buchstabe c, Nummer 16a und 16b ist das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten.

Fußnoten

§ 97: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 97 Abs. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 11 Buchst. a G v. 7.8.2013 I 3108 mWv 13.8.2013
§ 97 Abs. 1 Nr. 2: IdF d. Art. 2 Nr. 23 Buchst. a iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048, dieser idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 97 Abs. 2 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 68 Buchst. a DBuchst. aa G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 97 Abs. 2 Nr. 5a: Eingef. durch Art. 30 Nr. 6 G v. 26.3.2007 I 378 mWv 1.4.2007
§ 97 Abs. 2 Nr. 6: IdF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. a DBuchst. aa G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023
§ 97 Abs. 2 Nr. 7: IdF d. Art. 1 Nr. 11 Buchst. b G v. 7.8.2013 I 3108 mWv 13.8.2013
§ 97 Abs. 2 Nr. 7 Buchst. a: IdF d. Art. 1 Nr. 18 G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016 u. d. Art. 3 Nr. 93 Buchst. a DBuchst. aa aaa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 97 Abs. 2 Nr. 7 Buchst. b: IdF d. Art. 1 Nr. 29 Buchst. a aa G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019 u. d. Art. 3 Nr. 93 Buchst. a DBuchst. aa bbb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 97 Abs. 2 Nr. 7 Buchst. c: IdF d. Art. 1 Nr. 29 Buchst. a bb G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019 u. d. Art. 3 Nr. 93 Buchst. a DBuchst. aa ccc G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 97 Abs. 2 Nr. 8: IdF d. Art. 3 Nr. 93 Buchst. a DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 97 Abs. 2 Nr. 9 (früher Nr. 9b): Eingef. durch Art. 7 Nr. 9 Buchst. a G v. 22.12.2010 I 2262 mWv 1.1.2011; frühere Nr. 9 aufgeh., frühere Nr. 9b jetzt Nr. 9 gem. u. idF d. Art. 2 Nr. 23 Buchst. b DBuchst. aa, bb u. cc iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048, dieser idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022

§ 97 Abs. 2: Frühere Nr. 9a aufgeh. durch Art. 2 Nr. 23 Buchst. b DBuchst. aa iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048, dieser idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 97 Abs. 2 Nr. 10: IdF d. Art. 3 Nr. 93 Buchst. a DBuchst. cc G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 97 Abs. 2 Nr. 11: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 93 Buchst. a DBuchst. dd G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 97 Abs. 2 Nr. 12: IdF d. Art. 3 Nr. 93 Buchst. a DBuchst. ee G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 97 Abs. 2 Nr. 13: IdF d. Art. 3 Nr. 93 Buchst. a DBuchst. ff G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 97 Abs. 2 Nr. 16a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 4 Buchst. a G v. 22.3.2020 I 604 mWv 1.4.2020
§ 97 Abs. 2 Nr. 16b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 7 Buchst. a DBuchst. bb G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023
§ 97 Abs. 2 Nr. 17: IdF d. Art. 1 Nr. 74 Buchst. a DBuchst. bb G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 97 Abs. 2 Nr. 17a bis 24b: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 93 Buchst. a DBuchst. gg G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 97 Abs. 2 Nr. 24d: IdF d. Art. 1 Nr. 74 Buchst. a DBuchst. cc G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 97 Abs. 2 Nr. 24e bis 24q: Früher Nr. 24e u. 24f gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 68 Buchst. a DBuchst. ee G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 97 Abs. 2 Nr. 24m: IdF d. Art. 2 Nr. 23 Buchst. b DBuchst. dd iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048, dieser idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 97 Abs. 2 Nr. 24o: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 93 Buchst. a DBuchst. gg G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 97 Abs. 2 Nr. 25: IdF d. Art. 3 Nr. 93 Buchst. a DBuchst. hh G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 97 Abs. 2 Nr. 26: IdF d. Art. 3 Nr. 93 Buchst. a DBuchst. ii G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 97 Abs. 2 Nr. 30a: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 74 Buchst. a DBuchst. dd G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 97 Abs. 2 Nr. 31: IdF d. Art. 1 Nr. 11 Buchst. c G v. 10.10.2013 I 3813 mWv 1.4.2014, d. Art. 2 Nr. 23 Buchst. b DBuchst. ee iVm Art. 13 Abs. 2 G v. 20.12.2016 I 3048, dieser idF d. Art. 4 Nr. 3 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022; idF d. Art. 3 Nr. 93 Buchst. a DBuchst. jj G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 97 Abs. 2 Nr. 32 bis 36: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 68 Buchst. a DBuchst. ff G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 97 Abs. 2a: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 93 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 97 Abs. 2b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 68 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 97 Abs. 2b Nr. 1: IdF d. Art. 3 Nr. 93 Buchst. c DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 97 Abs. 2b Nr. 2: IdF d. Art. 3 Nr. 93 Buchst. c DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 97 Abs. 2b Nr. 3 u. 4: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 93 Buchst. c DBuchst. cc G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 97 Abs. 2c: Eingef. durch Art. 1 Nr. 68 Buchst. b G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 97 Abs. 2c Eingangssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 93 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 97 Abs. 2d: Eingef. durch Art. 2 Nr. 4 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 97 Abs. 2e (früher Abs. 2d): Eingef. durch Art. 1 Nr. 29 Buchst. b G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019, jetzt Abs. 2e gem. Art. 2 Nr. 4 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 97 Abs. 4 Satz 1 (früher einziger Text): IdF d. Art. 1 Nr. 11 Buchst. c G v. 7.8.2013 I 3108 mWv 13.8.2013; jetzt Satz 1 gem. Art. 1 Nr. 4 Buchst. b G v. 22.3.2020 I 604 mWv 1.4.2020
§ 97 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 (früher Nr. 1): IdF d. Art. 2 Nr. 23 Buchst. d G v. 20.12.2016 I 3048, dieser aufgeh. durch Art. 4 Nr. 1 G v. 27.9.2021 I 4530; idF d. Art. 1 Nr. 29 Buchst. c DBuchst. aa G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019; jetzt Satz 1 Nr. 1 gem. Art. 1 Nr. 4 Buchst. b G v. 22.3.2020 I 604 mWv 1.4.2020; idF d. Art. 2 Nr. 4 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 97 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 (früher Nr. 2): IdF d. Art. 1 Nr. 29 Buchst. c DBuchst. bb G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019; jetzt Satz 1 Nr. 2 gem. Art. 1 Nr. 4 Buchst. b G v. 22.3.2020 I 604 mWv 1.4.2020; idF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. b DBuchst. aa G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023
§ 97 Abs. 4 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 4 Buchst. b G v. 22.3.2020 I 604 mWv 1.4.2020; idF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. b DBuchst. bb G v. 19.7.2023 I Nr. 197 mWv 27.7.2023

§ 98 Einziehung

[1]Gegenstände, auf die sich eine Straftat nach § 95 oder § 96 oder eine Ordnungswidrigkeit nach § 97 bezieht, können eingezogen werden. [2]§ 74a des Strafgesetzbuches und § 23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind anzuwenden.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

Achtzehnter Abschnitt Überleitungs- und Übergangsvorschriften

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

Erster Unterabschnitt Überleitungsvorschriften aus Anlass des Gesetzes zur Neuordnung des Arzneimittelrechts

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 99 Arzneimittelgesetz 1961

Arzneimittelgesetz 1961 im Sinne dieses Gesetzes ist das Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln vom 16. Mai 1961 (BGBl. I S. 533), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 2. Juli 1975 (BGBl. I S. 1745).

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 100

(1) Eine Erlaubnis, die nach § 12 Abs. 1 oder § 19 Abs. 1 des Arzneimittelgesetzes 1961 erteilt worden ist und am 1. Januar 1978 rechtsgültig bestand, gilt im bisherigen Umfange als Erlaubnis im Sinne des § 13 Abs. 1 Satz 1 fort.

(2) Eine Erlaubnis, die nach § 53 Abs. 1 oder § 56 des Arzneimittelgesetzes 1961 als erteilt gilt und am 1. Januar 1978 rechtsgültig bestand, gilt im bisherigen Umfange als Erlaubnis nach § 13 Abs. 1 Satz 1 fort.

(3) War die Herstellung von Arzneimitteln nach dem Arzneimittelgesetz 1961 von einer Erlaubnis nicht abhängig, bedarf sie jedoch nach § 13 Abs. 1 Satz 1 einer Erlaubnis, so gilt diese demjenigen als erteilt, der die Tätigkeit der Herstellung von Arzneimitteln am 1. Januar 1978 seit mindestens drei Jahren befugt ausübt, jedoch nur, soweit die Herstellung auf bisher hergestellte oder nach der Zusammensetzung gleichartige Arzneimittel beschränkt bleibt.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 101

(weggefallen)

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 102

(1) Wer am 1. Januar 1978 die Tätigkeit des Herstellungsleiters befugt ausübt, darf diese Tätigkeit im bisherigen Umfang weiter ausüben.

(2) [1]Wer am 1. Januar 1978 die Sachkenntnis nach § 14 Abs. 1 des Arzneimittelgesetzes 1961 besitzt und die Tätigkeit als Herstellungsleiter nicht ausübt, darf die Tätigkeit als Herstellungsleiter ausüben, wenn er eine zweijährige Tätigkeit in der Arzneimittelherstellung nachweisen kann. [2]Liegt die praktische

Tätigkeit vor dem 10. Juni 1965, ist vor Aufnahme der Tätigkeit ein weiteres Jahr praktischer Tätigkeit nachzuweisen.

(3) [1]Wer vor dem 10. Juni 1975 ein Hochschulstudium nach § 15 Abs. 1 begonnen hat, erwirbt die Sachkenntnis als Herstellungsleiter, wenn er bis zum 10. Juni 1985 das Hochschulstudium beendet und mindestens zwei Jahre lang eine Tätigkeit nach § 15 Abs. 1 und 3 ausgeübt hat. [2]Absatz 2 bleibt unberührt.

(4) Die Absätze 2 und 3 gelten entsprechend für eine Person, die die Tätigkeit als Kontrollleiter ausüben will.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 102a

(weggefallen)

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 103

(1) [1]Für Arzneimittel, die nach § 19a oder nach § 19d in Verbindung mit § 19a des Arzneimittelgesetzes 1961 am 1. Januar 1978 zugelassen sind oder für die am 1. Januar 1978 eine Zulassung nach Artikel 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Errichtung eines Bundesamtes für Sera und Impfstoffe vom 7. Juli 1972 (BGBl. I S. 1163) als erteilt gilt, gilt eine Zulassung nach § 25 als erteilt. [2]Auf die Zulassung finden die §§ 28 bis 31 entsprechende Anwendung.

(2) (weggefallen)

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 104

(weggefallen)

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 105

(1) Fertigarzneimittel, die sich am 1. Januar 1978 im Verkehr befinden, gelten als zugelassen, wenn sie sich am 1. September 1976 im Verkehr befinden oder auf Grund eines Antrags, der bis zu diesem Zeitpunkt gestellt ist, in das Spezialitätenregister nach dem Arzneimittelgesetz 1961 eingetragen werden.

(2) [1]Fertigarzneimittel nach Absatz 1 müssen innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit dem 1. Januar 1978 der zuständigen Bundesoberbehörde unter Mitteilung der Bezeichnung der wirksamen Bestandteile nach Art und Menge und der Anwendungsgebiete angezeigt werden. [2]Bei der Anzeige homöopathischer Arzneimittel kann die Mitteilung der Anwendungsgebiete entfallen. [3]Eine Ausfertigung der Anzeige ist der zuständigen Behörde unter Mitteilung der vorgeschriebenen Angaben zu übersenden. [4]Die Fertigarzneimittel dürfen nur weiter in den Verkehr gebracht werden, wenn die Anzeige fristgerecht eingeht.

(3) [1]Die Zulassung eines nach Absatz 2 fristgerecht angezeigten Arzneimittels erlischt abweichend von § 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 am 30. April 1990, es sei denn, dass ein Antrag auf Verlängerung der Zulassung oder auf Registrierung vor dem Zeitpunkt des Erlöschens gestellt wird, oder das Arzneimittel

durch Rechtsverordnung von der Zulassung oder von der Registrierung freigestellt ist. [2]§ 31 Abs. 4 Satz 1 findet auf die Zulassung nach Satz 1 Anwendung, sofern die Erklärung nach § 31 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis zum 31. Januar 2001 abgegeben wird.

(3a) [1]Bei Fertigarzneimitteln nach Absatz 1 ist bis zur erstmaligen Verlängerung der Zulassung eine Änderung nach § 29 Abs. 2a Satz 1 Nr. 1, soweit sie die Anwendungsgebiete betrifft, und Nr. 3 nur dann zulässig, sofern sie zur Behebung der von der zuständigen Bundesoberbehörde dem Antragsteller mitgeteilten Mängel bei der Wirksamkeit oder Unbedenklichkeit erforderlich ist; im Übrigen findet auf Fertigarzneimitteln nach Absatz 1 bis zur erstmaligen Verlängerung der Zulassung § 29 Abs. 2a Satz 1 Nr. 1, 2 und 5 keine Anwendung. [2]Ein Fertigarzneimittel nach Absatz 1, das nach einer im Homöopathischen Teil des Arzneibuches beschriebenen Verfahrenstechnik hergestellt ist, darf bis zur erstmaligen Verlängerung der Zulassung abweichend von § 29 Abs. 3

1. in geänderter Zusammensetzung der arzneilich wirksamen Bestandteile nach Art und Menge, wenn die Änderung sich darauf beschränkt, dass ein oder mehrere bislang enthaltene arzneilich wirksame Bestandteile nach der Änderung nicht mehr oder in geringerer Menge enthalten sind,
2. mit geänderter Menge des arzneilich wirksamen Bestandteils und innerhalb des bisherigen Anwendungsbereiches mit geänderter Indikation, wenn das Arzneimittel insgesamt dem nach § 25 Abs. 7 Satz 1 in der vor dem 17. August 1994 geltenden Fassung bekannt gemachten Ergebnis angepasst wird,
3. (weggefallen)
4. mit geänderter Menge der arzneilich wirksamen Bestandteile, soweit es sich um ein Arzneimittel mit mehreren wirksamen Bestandteilen handelt, deren Anzahl verringert worden ist, oder
5. mit geänderter Art oder Menge der arzneilich wirksamen Bestandteile ohne Erhöhung ihrer Anzahl innerhalb des gleichen Anwendungsbereichs und der gleichen Therapierichtung, wenn das Arzneimittel insgesamt einem nach § 25 Abs. 7 Satz 1 in der vor dem 17. August 1994 geltenden Fassung bekannt gemachten Ergebnis oder einem vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte vorgelegten Muster für ein Arzneimittel angepasst und das Arzneimittel durch die Anpassung nicht verschreibungspflichtig wird,

in den Verkehr gebracht werden; eine Änderung ist nur dann zulässig, sofern sie zur Behebung der von der zuständigen Bundesoberbehörde dem Antragsteller mitgeteilten Mängel bei der Wirksamkeit oder Unbedenklichkeit erforderlich ist. [3]Der pharmazeutische Unternehmer hat die Änderung anzuzeigen und im Falle einer Änderung der Zusammensetzung die bisherige Bezeichnung des Arzneimittels mindestens für die Dauer von fünf Jahren mit einem deutlich unterscheidenden Zusatz, der Verwechslungen mit der bisherigen Bezeichnung ausschließt, zu versehen. [4]Nach einer Frist von sechs Monaten nach der Anzeige darf der pharmazeutische Unternehmer das Arzneimittel nur noch in der geänderten Form in den Verkehr bringen. [5]Hat die zuständige Bundesoberbehörde für bestimmte Arzneimittel durch Auflage nach § 28 Abs. 2 Nr. 3 die Verwendung einer Packungsbeilage mit einheitlichem Wortlaut vorgeschrieben, darf das Arzneimittel bei Änderungen nach Satz 2 Nr. 2 abweichend von § 109 Abs. 2 nur mit einer Packungsbeilage nach § 11 in den Verkehr gebracht werden.

(4) [1]Dem Antrag auf Verlängerung der Zulassung sind abweichend von § 31 Abs. 2 die Unterlagen nach § 22 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 beizufügen. [2]Den Zeitpunkt der Einreichung der Unterlagen nach § 22 Abs. 1 Nr. 7 bis 15, Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 3a sowie das analytische Gutachten nach § 24 Abs. 1 bestimmt die zuständige Bundesoberbehörde im Einzelnen. [3]Auf Anforderung der zuständigen Bundesoberbehörde sind ferner Unterlagen einzureichen, die die ausreichende biologische Verfügbarkeit der arzneilich wirksamen Bestandteile des Arzneimittels belegen, sofern das nach dem jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse erforderlich ist. [4]Ein bewertendes Sachverständigengutachten ist beizufügen. [5]§ 22 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 4 bis 7 und § 23 Abs. 3 finden entsprechende Anwendung. [6]Die Unterlagen nach den Sätzen 2 bis 5 sind innerhalb von vier Monaten nach Anforderung der zuständigen Bundesoberbehörde einzureichen.

(4a) [1]Zu dem Antrag auf Verlängerung der Zulassung nach Absatz 3 sind die Unterlagen nach § 22 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und 3 sowie die Gutachten nach § 24 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 und 3 bis zum 1. Februar 2001 nachzureichen, soweit diese Unterlagen nicht bereits vom Antragsteller vorgelegt worden sind; § 22 Abs. 3 findet entsprechende Anwendung. [2]Satz 1 findet keine Anwendung auf Arzneimittel,

die nach einer im Homöopathischen Teil des Arzneibuches beschriebenen Verfahrenstechnik hergestellt sind. [3]Für Vollblut, Plasma und Blutzellen menschlichen Ursprungs bedarf es abweichend von Satz 1 nicht der Unterlagen nach § 22 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 sowie des Gutachtens nach § 24 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2, es sei denn, dass darin Stoffe enthalten sind, die nicht im menschlichen Körper vorkommen. [4]Ausgenommen in den Fällen des § 109a erlischt die Zulassung, wenn die in den Sätzen 1 bis 3 genannten Unterlagen nicht fristgerecht eingereicht worden sind.

(4b) (weggefallen)

(4c) Ist das Arzneimittel nach Absatz 3 bereits in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum entsprechend der Richtlinie 2001/83/EG zugelassen, ist die Verlängerung der Zulassung zu erteilen, wenn

1. sich das Arzneimittel in dem anderen Mitgliedstaat im Verkehr befindet und
2. der Antragsteller
   a) alle in § 22 Abs. 6 vorgesehenen Angaben macht und die danach erforderlichen Kopien beifügt und
   b) schriftlich erklärt, dass die eingereichten Unterlagen nach den Absätzen 4 und 4a mit den Zulassungsunterlagen übereinstimmen, auf denen die Zulassung in dem anderen Mitgliedstaat beruht,

es sei denn, dass die Verlängerung der Zulassung des Arzneimittels eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit darstellen kann.

(4d) [1]Dem Antrag auf Registrierung sind abweichend von § 38 Abs. 2 die Unterlagen nach § 22 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 beizufügen. [2]Die Unterlagen nach § 22 Abs. 1 Nr. 7 bis 15 und Abs. 2 Nr. 1 sowie das analytische Gutachten nach § 24 Abs. 1 sind der zuständigen Bundesoberbehörde auf Anforderung einzureichen. [3]§ 22 Abs. 4 bis 7 mit Ausnahme des Entwurfs einer Fachinformation findet entsprechende Anwendung. [4]Die Unterlagen nach den Sätzen 2 und 3 sind innerhalb von zwei Monaten nach Anforderung der zuständigen Bundesoberbehörde einzureichen.

(4e) Für die Entscheidung über den Antrag auf Verlängerung der Zulassung oder Registrierung nach Absatz 3 Satz 1 finden § 25 Abs. 5 Satz 5 und § 39 Abs. 1 Satz 2 entsprechende Anwendung.

(4f) [1]Die Zulassung nach Absatz 1 ist auf Antrag nach Absatz 3 Satz 1 um fünf Jahre zu verlängern, wenn kein Versagungsgrund nach § 25 Abs. 2 vorliegt; für weitere Verlängerungen findet § 31 Anwendung. [2]Die Besonderheiten einer bestimmten Therapierichtung (Phytotherapie, Homöopathie, Anthroposophie) sind zu berücksichtigen.

(4g) Bei Arzneimitteln, die Blutzubereitungen sind, findet § 25 Abs. 8 entsprechende Anwendung.

(5) [1]Bei Beanstandungen hat der Antragsteller innerhalb einer angemessenen Frist, jedoch höchstens innerhalb von zwölf Monaten nach Mitteilung der Beanstandungen, den Mängeln abzuhelfen; die Mängelbeseitigung ist in einem Schriftsatz darzulegen. [2]Wird den Mängeln nicht innerhalb dieser Frist abgeholfen, so ist die Zulassung zu versagen. [3]Nach einer Entscheidung über die Versagung der Zulassung ist das Einreichen von Unterlagen zur Mängelbeseitigung ausgeschlossen. [4]Die zuständige Bundesbehörde hat in allen geeigneten Fällen keine Beanstandung nach Satz 1 erster Halbsatz auszusprechen, sondern die Verlängerung der Zulassung auf der Grundlage des Absatzes 5a Satz 1 und 2 mit einer Auflage zu verbinden, mit der dem Antragsteller aufgegeben wird, die Mängel innerhalb einer von ihr nach pflichtgemäßem Ermessen zu bestimmenden Frist zu beheben.

(5a) [1]Die zuständige Bundesoberbehörde kann die Verlängerung der Zulassung nach Absatz 3 Satz 1 mit Auflagen verbinden. [2]Auflagen können neben der Sicherstellung der in § 28 Abs. 2 genannten Anforderungen auch die Gewährleistung von Anforderungen an die Qualität, Unbedenklichkeit und Wirksamkeit zum Inhalt haben, es sei denn, dass wegen gravierender Mängel der pharmazeutischen Qualität, der Wirksamkeit oder der Unbedenklichkeit Beanstandungen nach Absatz 5 mitgeteilt oder die Verlängerung der Zulassung versagt werden muss. [3]Im Bescheid über die Verlängerung ist anzugeben, ob

der Auflage unverzüglich oder bis zu einem von der zuständigen Bundesoberbehörde festgelegten Zeitpunkt entsprochen werden muss. [4]Die Erfüllung der Auflagen ist der zuständigen Bundesoberbehörde unter Beifügung einer eidesstattlichen Erklärung eines unabhängigen Gegensachverständigen mitzuteilen, in der bestätigt wird, dass die Qualität des Arzneimittels dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse entspricht. [5]§ 25 Abs. 5 Satz 5, 6 und 8 sowie § 30 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 zweite Alternative gelten entsprechend. [6]Die Sätze 1 bis 5 gelten entsprechend für die Registrierung nach Absatz 3 Satz 1.

(5b) [1]Ein Vorverfahren nach § 68 der Verwaltungsgerichtsordnung findet bei Rechtsmitteln gegen die Entscheidung über die Verlängerung der Zulassung nach Absatz 3 Satz 1 nicht statt. [2]Die sofortige Vollziehung soll nach § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet werden, es sei denn, dass die Vollziehung für den pharmazeutischen Unternehmer eine unbillige, nicht durch überwiegende öffentliche Interessen gebotene Härte zur Folge hätte.

(5c) [1]Abweichend von Absatz 3 Satz 1 erlischt die Zulassung eines nach Absatz 2 fristgerecht angezeigten Arzneimittels, für das der pharmazeutische Unternehmer bis zum 31. Dezember 1999 erklärt hat, dass er den Antrag auf Verlängerung der Zulassung nach Absatz 3 Satz 1 zurücknimmt am 1. Februar 2001, es sei denn, das Verfahren zur Verlängerung der Zulassung ist nach Satz 2 wieder aufzugreifen. [2]Hatte der pharmazeutische Unternehmer nach einer vor dem 17. August 1994 ausgesprochenen Anforderung nach Absatz 4 Satz 2 die nach Absatz 4 erforderlichen Unterlagen fristgerecht eingereicht oder lag der Einreichungszeitpunkt für das betreffende Arzneimittel nach diesem Datum oder ist die Anforderung für das betreffende Arzneimittel erst nach diesem Datum ausgesprochen worden, so ist das Verfahren zur Verlängerung der Zulassung von der zuständigen Bundesoberbehörde auf seinen Antrag wieder aufzugreifen; der Antrag ist bis zum 31. Januar 2001 unter Vorlage der Unterlagen nach Absatz 4a Satz 1 zu stellen.

(5d) Die Absatz 3 Satz 2 und Absätze 3a bis 5c gelten entsprechend für Arzneimittel, für die gemäß § 4 Abs. 2 der EG-Rechts-Überleitungsverordnung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2915) Anlage 3 zu § 2 Nr. 2 Kapitel II Nr. 1 und 2 bis zum 30. Juni 1991 ein Verlängerungsantrag gestellt wurde.

(6) (weggefallen)

(7) (weggefallen)

Fußnoten

§ 105: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 105 Abs. 1: IdF d. Art. 3 Nr. 94 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 105 Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 94 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 105 Abs. 4 Satz 2: IdF d. Art. 3 Nr. 94 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 105 Abs. 4a Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 94 Buchst. d DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 105 Abs. 4a Satz 3: IdF d. Art. 3 Nr. 94 Buchst. d DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 105 Abs. 4b: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 94 Buchst. e G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 105 Abs. 4c Eingangssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 94 Buchst. f DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 105 Abs. 4c Schlusssatz: IdF d. Art. 3 Nr. 94 Buchst. f DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 105 Abs. 5a Satz 3 bis 5: Früherer Satz 3 aufgeh., früherer Satz 4 bis 6 jetzt Satz 3 bis 5 gem. Art. 3 Nr. 94 Buchst. g DBuchst. aa G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 105 Abs. 5a Satz 6: IdF d. Art. 3 Nr. 94 Buchst. g DBuchst. bb G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 105 Abs. 7: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 94 Buchst. h G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 105a

(1) (weggefallen)

(2) (weggefallen)

(3) Die zuständige Bundesoberbehörde kann bei Fertigarzneimitteln, die nicht der Verschreibungspflicht nach § 48 unterliegen, zunächst von einer Prüfung der vorgelegten Fachinformation absehen und den pharmazeutischen Unternehmer von den Pflichten nach § 11a und den Pharmaberater von der Pflicht

nach § 76 Abs. 1 Satz 1 freistellen, bis der einheitliche Wortlaut einer Fachinformation für entsprechende Arzneimittel durch Auflage nach § 28 Abs. 2 Nr. 3 angeordnet ist.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht für Arzneimittel, die in die Zuständigkeit des Paul-Ehrlich-Instituts fallen.

Fußnoten

§ 105a: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 105a Abs. 3: IdF d. Art. 3 Nr. 95 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 105a Abs. 4: IdF d. Art. 3 Nr. 95 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 105b

(weggefallen)

Fußnoten

§ 105b: Aufgeh. durch Art. 4 Abs. 11 Nr. 3 G v. 18.7.2016 I 1666 mWv 1.10.2021

§ 106

(weggefallen)

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 107

(weggefallen)

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 108

(weggefallen)

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 108a

[1]Die Charge eines Serums, eines Impfstoffes oder eines Testallergens, die bei Wirksamwerden des Beitritts nach § 16 der Zweiten Durchführungsbestimmung zum Arzneimittelgesetz vom 1. Dezember 1986 (GBl. I Nr. 36 S. 483) freigegeben ist, gilt in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet als freigegeben im Sinne des § 32 Abs. 1 Satz 1. [2]Auf die Freigabe findet § 32 Abs. 5 entsprechende Anwendung.

Fußnoten

§ 108a: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 108a Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 96 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 108b

(weggefallen)

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 109

(1) [1]Auf Fertigarzneimittel, die sich am 1. Januar 1978 im Verkehr befunden haben, findet § 10 mit der Maßgabe Anwendung, dass anstelle der in § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 genannten Zulassungsnummer, soweit vorhanden, die Registernummer des Spezialitätenregisters nach dem Arzneimittelgesetz 1961 mit der Abkürzung „Reg.-Nr.“ tritt. [2]Satz 1 gilt bis zur Verlängerung der Zulassung oder der Registrierung.

(2) [1]Die Texte für Kennzeichnung und Packungsbeilage sind spätestens bis zum 31. Juli 2001 vorzulegen. [2]Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen Arzneimittel nach Absatz 1 Satz 1 vom pharmazeutischen Unternehmer, nach diesem Zeitpunkt weiterhin von Groß- und Einzelhändlern, mit einer Kennzeichnung und Packungsbeilage in den Verkehr gebracht werden, die den bis zu dem in Satz 1 genannten Zeitpunkt geltenden Vorschriften entspricht.

(3) [1]Fertigarzneimittel, die Arzneimittel im Sinne des § 105 Abs. 1 und nach § 44 Abs. 1 oder Abs. 2 Nr. 1 bis 3 oder § 45 für den Verkehr außerhalb der Apotheken freigegeben sind und unter die Buchstaben a bis e fallen, dürfen unbeschadet der Regelungen der Absätze 1 und 2 ab 1. Januar 1992 vom pharmazeutischen Unternehmer nur in den Verkehr gebracht werden, wenn sie auf dem Behältnis und, soweit verwendet, der äußeren Umhüllung und einer Packungsbeilage einen oder mehrere der folgenden Hinweise tragen:
"Traditionell angewendet:

a) zur Stärkung oder Kräftigung,

b) zur Besserung des Befindens,

c) zur Unterstützung der Organfunktion,

d) zur Vorbeugung,

e) als mild wirkendes Arzneimittel.[2]"

Satz 1 findet keine Anwendung, soweit sich die Anwendungsgebiete im Rahmen einer Zulassung nach § 25 Abs. 1 oder eines nach § 25 Abs. 7 Satz 1 in der vor dem 17. August 1994 geltenden Fassung bekannt gemachten Ergebnisses halten.

Fußnoten

§ 109: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 109 Abs. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 70 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 109 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 97 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 109a

(1) Für die in § 109 Abs. 3 genannten Arzneimittel sowie für Arzneimittel, die nicht verschreibungspflichtig und nicht durch eine Rechtsverordnung auf Grund des § 45 oder des § 46 wegen ihrer Inhaltsstoffe, wegen ihrer Darreichungsform oder weil sie chemische Verbindungen mit bestimmten pharmakologischen Wirkungen sind oder ihnen solche zugesetzt sind, vom Verkehr außerhalb der Apotheken ausgeschlossen sind, kann die Verlängerung der Zulassung nach § 105 Abs. 3 und sodann nach § 31 nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 erteilt werden.

(2) [1]Die Anforderungen an die erforderliche Qualität sind erfüllt, wenn die Unterlagen nach § 22 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 sowie das analytische Gutachten nach § 24 Abs. 1 vorliegen und von Seiten des pharmazeutischen Unternehmers eidesstattlich versichert wird, dass das Arzneimittel nach Maßgabe der allgemeinen Verwaltungsvorschrift nach § 26 geprüft ist und die erforderliche pharmazeutische Qualität aufweist. [2]Form und Inhalt der eidesstattlichen Versicherung werden durch die zuständige Bundesoberbehörde festgelegt.

(3) [1]Die Anforderungen an die Wirksamkeit sind erfüllt, wenn das Arzneimittel Anwendungsgebiete beansprucht, die in einer von der zuständigen Bundesoberbehörde nach Anhörung von einer vom Bundesministerium berufenen Kommission, für die § 25 Abs. 6 Satz 4 bis 6 entsprechende Anwendung findet, erstellten Aufstellung der Anwendungsgebiete für Stoffe oder Stoffkombinationen anerkannt sind. [2]Diese Anwendungsgebiete werden unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Arzneimittel und der tradierten und dokumentierten Erfahrung festgelegt und erhalten den Zusatz: "Traditionell angewendet". [3]Solche Anwendungsgebiete sind: "Zur Stärkung oder Kräftigung des ...", "Zur Besserung des Befindens ...", "Zur Unterstützung der Organfunktion des ...", "Zur Vorbeugung gegen ...", "Als mild wirkendes Arzneimittel bei ...". [4]Anwendungsgebiete, die zur Folge haben, dass das Arzneimittel vom Verkehr außerhalb der Apotheken ausgeschlossen ist, dürfen nicht anerkannt werden.

(4) Die Absätze 1 bis 3 finden nur dann Anwendung, wenn Unterlagen nach § 105 Abs. 4a nicht eingereicht worden sind und der Antragsteller schriftlich erklärt, dass er eine Verlängerung der Zulassung nach § 105 Abs. 3 nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 anstrebt.

(4a) Abweichend von Absatz 4 finden die Absätze 2 und 3 auf Arzneimittel nach Absatz 1 Anwendung, wenn die Verlängerung der Zulassung zu versagen wäre, weil ein nach § 25 Abs. 7 Satz 1 in der vor dem 17. August 1994 geltenden Fassung bekannt gemachtes Ergebnis zum Nachweis der Wirksamkeit nicht mehr anerkannt werden kann.

Fußnoten

§ 109a: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 109a Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 98 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 110

Bei Arzneimitteln, die nach § 21 der Pflicht zur Zulassung oder nach § 38 der Pflicht zur Registrierung unterliegen und die sich am 1. Januar 1978 im Verkehr befinden, kann die zuständige Bundesoberbehörde durch Auflagen Warnhinweise anordnen, soweit es erforderlich ist, um bei der Anwendung des Arzneimittels eine unmittelbare oder mittelbare Gefährdung des Menschen zu verhüten.

Fußnoten

§ 110: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394; früherer Satz 2 aufgeh., früherer Satz 1 jetzt einziger Satz gem. Art. 12 Nr. 4 G v. 14.8.2006 I 1869 mWv 18.8.2006; idF d. Art. 3 Nr. 99 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 111

(weggefallen)

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 112

Wer am 1. Januar 1978 Arzneimittel, die zum Verkehr außerhalb der Apotheken freigegeben sind, im Einzelhandel außerhalb der Apotheken in den Verkehr bringt, kann diese Tätigkeit weiter ausüben, soweit er nach dem Gesetz über die Berufsausübung im Einzelhandel vom 5. August 1957 (BGBl. I S. 1121), geändert durch Artikel 150 Abs. 2 Nr. 15 des Gesetzes vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503), dazu berechtigt war.

Fußnoten

§ 112: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 112: IdF d. Art. 3 Nr. 100 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 113 (weggefallen)

Fußnoten

§ 113: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 101 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 114

(weggefallen)

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 115

Eine Person, die am 1. Januar 1978 die Tätigkeit eines Pharmaberaters nach § 75 ausübt, bedarf des dort vorgeschriebenen Ausbildungsnachweises nicht.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 116

[1]Ärzte, die am 1. Januar 1978 nach landesrechtlichen Vorschriften zur Herstellung sowie zur Abgabe von Arzneimitteln an die von ihnen behandelten Personen berechtigt sind, dürfen diese Tätigkeit im bisherigen Umfang weiter ausüben. [2]§ 78 findet Anwendung.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 117

(weggefallen)

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 118

§ 84 gilt nicht für Schäden, die durch Arzneimittel verursacht werden, die vor dem 1. Januar 1978 abgegeben worden sind.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 119

[1]Fertigarzneimittel, die sich bei Wirksamwerden des Beitritts in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet im Verkehr befinden, dürfen ohne die in § 11 vorgeschriebene Packungsbeilage noch von Groß- und Einzelhändlern in Verkehr gebracht werden, sofern sie den vor Wirksamwerden des Beitritts geltenden arzneimittelrechtlichen Vorschriften der Deutschen Demokratischen Republik entsprechen. [2]Die zuständige Bundesoberbehörde kann durch Auflagen Warnhinweise anordnen, soweit es erforderlich ist, um bei der Anwendung des Arzneimittels eine unmittelbare oder mittelbare Gefährdung des Menschen zu verhüten.

Fußnoten

§ 119: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 119 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 102 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 119 Satz 2: IdF d. Art. 3 Nr. 102 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 120

Bei einer klinischen Prüfung, die bei Wirksamwerden des Beitritts in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet durchgeführt wird, ist die Versicherung nach § 40 Abs. 1 Nr. 8 abzuschließen.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 121

(weggefallen)

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 122

Die Anzeigepflicht nach § 67 gilt nicht für Betriebe, Einrichtungen und für Personen in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet, die bereits bei Wirksamwerden des Beitritts eine Tätigkeit im Sinne jener Vorschrift ausüben.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 123

Die erforderliche Sachkenntnis als Pharmaberater nach § 75 Abs. 2 Nr. 2 besitzt auch, wer in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet eine Ausbildung als Pharmazieingenieur, Apothekenassistent oder Veterinäringenieur abgeschlossen hat.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 124

Die §§ 84 bis 94a sind nicht auf Arzneimittel anwendbar, die in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet vor Wirksamwerden des Beitritts an den Verbraucher abgegeben worden sind.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

Zweiter Unterabschnitt (weggefallen)

Fußnoten

Achtzehnter Abschnitt Zweiter Unterabschnitt (§§ 125 u. 126): Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 103 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§§ 125 und 126 (weggefallen)

Fußnoten

Achtzehnter Abschnitt Zweiter Unterabschnitt (§§ 125 u. 126): Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 103 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

Dritter Unterabschnitt Übergangsvorschriften aus Anlass des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 127

(1) [1]Arzneimittel, die sich am 1. Februar 1987 im Verkehr befinden und den Kennzeichnungsvorschriften des § 10 unterliegen, müssen ein Jahr nach der ersten auf den 1. Februar 1987 erfolgenden Verlängerung der Zulassung oder nach der Freistellung von der Zulassung, oder, soweit sie homöopathische Arzneimittel sind, fünf Jahre nach dem 1. Februar 1987 vom pharmazeutischen Unternehmer entsprechend der Vorschrift des § 10 Abs. 1 Nr. 9 in den Verkehr gebracht werden. [2]Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen Arzneimittel nach Satz 1 vom pharmazeutischen Unternehmer, nach diesem Zeitpunkt weiterhin von Groß- und Einzelhändlern ohne Angabe eines Verfalldatums in den Verkehr gebracht werden, wenn die Dauer der Haltbarkeit mehr als drei Jahre oder bei Arzneimitteln, für die die Regelung des § 109 gilt, mehr als zwei Jahre beträgt. [3]§ 109 bleibt unberührt.

(2) Arzneimittel, die sich am 1. Februar 1987 im Verkehr befinden und den Kennzeichnungsvorschriften des § 10 Abs. 1a unterliegen, dürfen vom pharmazeutischen Unternehmer noch bis zum 31. Dezember 1988, von Groß- und Einzelhändlern auch nach diesem Zeitpunkt ohne die Angaben nach § 10 Abs. 1a in den Verkehr gebracht werden.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 128

(1) [1]Der pharmazeutische Unternehmer hat für Fertigarzneimittel, die sich am 1. Februar 1987 im Verkehr befinden, mit dem ersten auf den 1. Februar 1987 gestellten Antrag auf Verlängerung der Zulassung oder Registrierung der zuständigen Bundesoberbehörde den Wortlaut der Fachinformation vorzulegen. [2]Satz 1 gilt nicht, soweit die zuständige Bundesoberbehörde bis auf weiteres Arzneimittel, die nicht der Verschreibungspflicht nach § 49 unterliegen, von den Pflichten nach § 11a freigestellt hat; in diesem Fall ist der Entwurf der Fachinformation nach Aufforderung der zuständigen Bundesoberbehörde vorzulegen.

(2) [1]In den Fällen des Absatzes 1 gelten die §§ 11a, 47 Abs. 3 Satz 2 und § 76 Abs. 1 ab dem Zeitpunkt der Verlängerung der Zulassung oder Registrierung oder der Festlegung einer Fachinformation durch § 36 Abs. 1 oder in den Fällen des Absatzes 1 Satz 2 sechs Monate nach der Entscheidung der zuständigen Bundesoberbehörde über den Inhalt der Fachinformation. [2]Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen Fertigarzneimittel in den Verkehr gebracht werden, bei denen die Packungsbeilage nicht den Vorschriften des § 11 Abs. 1 in der Fassung des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes entspricht.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 129

§ 11 Abs. 1a findet auf Arzneimittel, die sich am 1. Februar 1987 im Verkehr befinden, mit der Maßgabe Anwendung, dass ihre Packungsbeilage nach der nächsten Verlängerung der Zulassung oder Registrierung der zuständigen Behörde zu übersenden ist.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 130

Wer am 1. Februar 1987 als privater Sachverständiger zur Untersuchung von Proben nach § 65 Abs. 2 bestellt ist, darf diese Tätigkeit im bisherigen Umfang weiter ausüben.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 131

Für die Verpflichtung zur Vorlage oder Übersendung einer Fachinformation nach § 11a gilt § 128 für Arzneimittel, die sich bei Wirksamwerden des Beitritts in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet in Verkehr befinden, entsprechend.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

Vierter Unterabschnitt Übergangsvorschriften aus Anlass des Fünften Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 132

(1) [1]Arzneimittel, die sich am 17. August 1994 im Verkehr befinden und den Vorschriften der §§ 10 und 11 unterliegen, müssen ein Jahr nach der ersten auf den 17. August 1994 erfolgenden Verlängerung der Zulassung oder, soweit sie von der Zulassung freigestellt sind, zu dem in der Rechtsverordnung nach § 36 genannten Zeitpunkt oder, soweit sie homöopathische Arzneimittel sind, fünf Jahre nach dem 17. August 1994 vom pharmazeutischen Unternehmer entsprechend den Vorschriften der §§ 10 und 11 in den Verkehr gebracht werden. [2]Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen Arzneimittel nach Satz 1 vom pharmazeutischen Unternehmer, nach diesem Zeitpunkt weiterhin von Groß- und Einzelhändlern mit einer Kennzeichnung und Packungsbeilage in den Verkehr gebracht werden, die den bis zum 17. August 1994 geltenden Vorschriften entspricht. [3]§ 109 bleibt unberührt.

(2) [1]Der pharmazeutische Unternehmer hat für Fertigarzneimittel, die sich am 17. August 1994 in Verkehr befinden, mit dem ersten auf den 17. August 1994 gestellten Antrag auf Verlängerung der Zulassung der zuständigen Bundesoberbehörde den Wortlaut der Fachinformation vorzulegen, die § 11a in der Fassung dieses Gesetzes entspricht. [2]§ 128 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.

(2a) [1]Eine Herstellungserlaubnis, die nicht dem § 16 entspricht, ist bis zum 17. August 1996 an § 16 anzupassen. [2]Satz 1 gilt für § 72 entsprechend.

(2b) Wer am 17. August 1994 die Tätigkeit als Herstellungsleiter für die Herstellung oder als Kontrollleiter für die Prüfung von Blutzubereitungen ausübt und die Voraussetzungen des § 15 Abs. 3 in der bis zum 17. August 1994 geltenden Fassung erfüllt, darf diese Tätigkeit weiter ausüben.

(3) (weggefallen)

(4) [1]§ 39 Absatz 2 Nummer 5a findet keine Anwendung auf Arzneimittel, die bis zum 31. Dezember 1993 registriert worden sind, oder deren Registrierung bis zu diesem Zeitpunkt beantragt worden ist oder die nach § 105 Abs. 2 angezeigt worden sind und nach § 38 Abs. 1 Satz 3 in der vor dem 11. September

1998 geltenden Fassung in den Verkehr gebracht worden sind. [2]§ 39 Absatz 2 Nummer 5a findet ferner bei Entscheidungen über die Registrierung oder über ihre Verlängerung keine Anwendung auf Arzneimittel, die nach Art und Menge der Bestandteile und hinsichtlich der Darreichungsform mit den in Satz 1 genannten Arzneimitteln identisch sind.

Fußnoten

§ 132: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 132 Abs. 3: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 27 G v. 25.5.2011 I 946 mWv 31.5.2011
§ 132 Abs. 4 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 104 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 132 Abs. 4 Satz 2: Früherer Satz 2 aufgeh., früherer Satz 3 jetzt Satz 2 gem. u. idF d. Art. 3 Nr. 104 Buchst. b u. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 132 Abs. 4: Früherer Satz 4 aufgeh. durch Art. 3 Nr. 104 Buchst. d G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

Fünfter Unterabschnitt (weggefallen)

Fußnoten

Achtzehnter Abschnitt Fünfter Unterabschnitt (§ 133): Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 105 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 133 (weggefallen)

Fußnoten

Achtzehnter Abschnitt Fünfter Unterabschnitt (§ 133): Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 105 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

Sechster Unterabschnitt Übergangsvorschriften aus Anlass des Transfusionsgesetzes

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 134

[1]Wer bei Inkrafttreten des Transfusionsgesetzes vom 1. Juli 1998 (BGBl. I S. 1752) die Tätigkeit als Herstellungsleiter für die Herstellung oder als Kontrollleiter für die Prüfung von Blutzubereitungen oder Sera aus menschlichem Blut ausübt und die Voraussetzungen des § 15 Abs. 3 in der bis zu dem genannten Zeitpunkt geltenden Fassung erfüllt, darf diese Tätigkeit weiter ausüben. [2]Wer zu dem in Satz 1 genannten Zeitpunkt die Tätigkeit der Vorbehandlung von Personen zur Separation von hämatopoetischen Stammzellen aus dem peripheren Blut oder von anderen Blutbestandteilen nach dem Stand von Wissenschaft und Technik ausübt, darf diese Tätigkeit weiter ausüben.

Fußnoten

§ 134: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 134 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 19 G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016

Siebter Unterabschnitt Übergangsvorschriften aus Anlass des Achten Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 135

(1) [1]Arzneimittel, die sich am 11. September 1998 im Verkehr befinden und den Vorschriften der §§ 10 und 11 unterliegen, müssen ein Jahr nach der ersten auf den 11. September 1998 erfolgenden Verlängerung der Zulassung oder, soweit sie von der Zulassung freigestellt sind, zu dem in der Rechtsverordnung nach § 36 genannten Zeitpunkt oder, soweit sie homöopathische Arzneimittel sind, am 1. Oktober 2003 vom pharmazeutischen Unternehmer entsprechend den Vorschriften der §§ 10 und 11 in den Verkehr gebracht werden. [2]Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen Arzneimittel nach Satz 1 vom pharmazeutischen Unternehmer, nach diesem Zeitpunkt weiterhin von Groß- und Einzelhändlern mit einer Kennzeichnung und Packungsbeilage in den Verkehr gebracht werden, die den bis zum 11. September 1998 geltenden Vorschriften entspricht. [3]§ 109 bleibt unberührt.

(2) [1]Wer am 11. September 1998 die Tätigkeit als Herstellungs- oder Kontrollleiter für die in § 15 Abs. 3a genannten Arzneimittel oder Wirkstoffe befugt ausübt, darf diese Tätigkeit im bisherigen Umfang weiter ausüben. [2]§ 15 Abs. 4 findet bis zum 1. Oktober 2001 keine Anwendung auf die praktische Tätigkeit für die Herstellung von Arzneimitteln und Wirkstoffen nach § 15 Abs. 3a.

(3) Homöopathische Arzneimittel, die sich am 11. September 1998 im Verkehr befinden und für die bis zum 1. Oktober 1999 ein Antrag auf Registrierung gestellt worden ist, dürfen abweichend von § 38 Abs. 1 Satz 3 bis zur Entscheidung über die Registrierung in den Verkehr gebracht werden, sofern sie den bis zum 11. September 1998 geltenden Vorschriften entsprechen.

(4) § 41 Nr. 6 findet in der geänderten Fassung keine Anwendung auf Einwilligungserklärungen, die vor dem 11. September 1998 abgegeben worden sind.

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

Achter Unterabschnitt Übergangsvorschriften aus Anlass des Zehnten Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 136

(1) [1]Für Arzneimittel, bei denen die nach § 105 Abs. 3 Satz 1 beantragte Verlängerung bereits erteilt worden ist, sind die in § 105 Abs. 4a Satz 1 bezeichneten Unterlagen spätestens mit dem Antrag nach § 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 vorzulegen. [2]Bei diesen Arzneimitteln ist die Zulassung zu verlängern, wenn kein Versagungsgrund nach § 25 Abs. 2 vorliegt; für weitere Verlängerungen findet § 31 Anwendung.

(1a) Auf Arzneimittel nach § 105 Abs. 3 Satz 1, die nach einer nicht im Homöopathischen Teil des Arzneibuchs beschriebenen Verfahrenstechnik hergestellt sind, findet § 105 Abs. 3 Satz 2 in der bis zum 12. Juli 2000 geltenden Fassung bis zu einer Entscheidung der Kommission nach § 55 Abs. 6 über die Aufnahme dieser Verfahrenstechnik Anwendung, sofern bis zum 1. Oktober 2000 ein Antrag auf Aufnahme in den Homöopathischen Teil des Arzneibuchs gestellt wurde.

(2) Für Arzneimittel, bei denen dem Antragsteller vor dem 12. Juli 2000 Mängel bei der Wirksamkeit oder Unbedenklichkeit mitgeteilt worden sind, findet § 105 Abs. 3a in der bis zum 12. Juli 2000 geltenden Fassung Anwendung.

(2a) § 105 Abs. 3a Satz 2 findet in der bis zum 12. Juli 2000 geltenden Fassung bis zum 31. Januar 2001 mit der Maßgabe Anwendung, dass es eines Mängelbescheides nicht bedarf und eine Änderung nur

dann zulässig ist, sofern sie sich darauf beschränkt, dass ein oder mehrere bislang enthaltene arzneilich wirksame Bestandteile nach der Änderung nicht mehr enthalten sind.

(3) Für Arzneimittel, die nach einer im Homöopathischen Teil des Arzneibuches beschriebenen Verfahrenstechnik hergestellt worden sind, gilt § 105 Abs. 5c weiter in der vor dem 12. Juli 2000 geltenden Fassung.

Fußnoten

§ 136: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 136 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 106 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

Neunter Unterabschnitt (weggefallen)

Fußnoten

Achtzehnter Abschnitt Neunter Unterabschnitt (§ 137): Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 107 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 137 (weggefallen)

Fußnoten

Achtzehnter Abschnitt Neunter Unterabschnitt (§ 140): Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 107 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

Zehnter Unterabschnitt Übergangsvorschriften aus Anlass des Zwölften Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 138

(1) [1]Für die Herstellung und Einfuhr von Wirkstoffen, die mikrobieller Herkunft sind, sowie von anderen zur Arzneimittelherstellung bestimmten Stoffen menschlicher Herkunft, die gewerbs- oder berufsmäßig zum Zwecke der Abgabe an andere hergestellt oder in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht werden, finden die §§ 13, 72 und 72a in der bis zum 5. August 2004 geltenden Fassung bis zum 1. September 2006 Anwendung, es sei denn, es handelt sich um zur Arzneimittelherstellung bestimmtes Blut und Blutbestandteile menschlicher Herkunft. [2]Wird Blut zur Aufbereitung oder Vermehrung von autologen Körperzellen im Rahmen der Gewebezüchtung zur Geweberegeneration entnommen und ist dafür noch keine Herstellungserlaubnis beantragt worden, findet § 13 bis zum 1. September 2006 keine Anwendung.

(2) Wer am 5. August 2004 befugt ist, die Tätigkeit des Herstellungs- oder Kontrollleiters auszuüben, darf diese Tätigkeit abweichend von § 15 Abs. 1 weiter ausüben.

(3) Für klinische Prüfungen von Arzneimitteln, für die vor dem 6. August 2004 die nach § 40 Abs. 1 Satz 2 in der bis zum 6. August 2004 geltenden Fassung erforderlichen Unterlagen der für den Leiter der klinischen Prüfung zuständigen Ethik-Kommission vorgelegt worden sind, finden die §§ 40 bis 42, 96 Nr. 10 und § 97 Abs. 2 Nr. 9 in der bis zum 6. August 2004 geltenden Fassung Anwendung.

(4) Wer die Tätigkeit des Großhandels mit Arzneimitteln am 6. August 2004 befugt ausübt und bis zum 1. Dezember 2004 nach § 52a Abs. 1 einen Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zum Betrieb eines Großhandels mit Arzneimitteln gestellt hat, darf abweichend von § 52a Abs. 1 bis zur Entscheidung über den

gestellten Antrag die Tätigkeit des Großhandels mit Arzneimitteln ausüben; § 52a Abs. 3 Satz 2 bis 3 findet keine Anwendung.

(5) (weggefallen)

(6) Wer andere Stoffe als Wirkstoffe, die menschlicher oder tierischer Herkunft sind oder auf gentechnischem Wege hergestellt werden, am 6. August 2004 befugt ohne Einfuhrerlaubnis nach § 72 in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht hat, darf diese Tätigkeit bis zum 1. September 2005 weiter ausüben.

(7) [1]Arzneimittel, die vor dem 30. Oktober 2005 von der zuständigen Bundesoberbehörde zugelassen worden sind, dürfen abweichend von § 10 Abs. 1b von pharmazeutischen Unternehmern bis zur nächsten Verlängerung der Zulassung, jedoch nicht länger als bis zum 30. Oktober 2007, weiterhin in den Verkehr gebracht werden. [2]Arzneimittel, die von pharmazeutischen Unternehmern gemäß Satz 1 in den Verkehr gebracht worden sind, dürfen abweichend von § 10 Abs. 1b von Groß- und Einzelhändlern weiterhin in den Verkehr gebracht werden.

Fußnoten

§ 138: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 138 Abs. 3: IdF d. Art. 3 Nr. 108 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 138 Abs. 5: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 108 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

Elfter Unterabschnitt Übergangsvorschriften aus Anlass des Ersten Gesetzes zur Änderung des Transfusionsgesetzes und arzneimittelrechtlicher Vorschriften

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 139

Wer bei Inkrafttreten von Artikel 2 Nr. 3 des Ersten Gesetzes zur Änderung des Transfusionsgesetzes und arzneimittelrechtlicher Vorschriften vom 10. Februar 2005 (BGBl. I S. 234) die Tätigkeit als Herstellungsleiter oder als Kontrollleiter für die Prüfung von hämatopoetischen Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut ausübt und die Voraussetzungen des § 15 Abs. 3 in der bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung erfüllt, darf diese Tätigkeit weiter ausüben.

Fußnoten

§ 139: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394; idF d. Art. 1 Nr. 20 G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016

Zwölfter Unterabschnitt (weggefallen)

Fußnoten

Achtzehnter Abschnitt Zwölfter Unterabschnitt (§ 40): Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 109 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

§ 140 (weggefallen)

Fußnoten

Achtzehnter Abschnitt Zwölfter Unterabschnitt (§ 140): Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 109 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

Dreizehnter Unterabschnitt Übergangsvorschriften aus Anlass des Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes

Fußnoten

Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394

§ 141

(1) [1]Arzneimittel, die sich am 5. September 2005 im Verkehr befinden und den Vorschriften der §§ 10 und 11 unterliegen, müssen zwei Jahre nach der ersten auf den 6. September 2005 folgenden Verlängerung der Zulassung oder Registrierung oder, soweit sie von der Zulassung oder Registrierung freigestellt sind, zu dem in der Rechtsverordnung nach § 36 oder § 39 genannten Zeitpunkt oder, soweit sie keiner Verlängerung bedürfen, am 1. Januar 2009 vom pharmazeutischen Unternehmer entsprechend den Vorschriften der §§ 10 und 11 in den Verkehr gebracht werden. [2]Bis zu den jeweiligen Zeitpunkten nach Satz 1 dürfen Arzneimittel vom pharmazeutischen Unternehmer, nach diesen Zeitpunkten weiter von Groß- und Einzelhändlern mit einer Kennzeichnung und Packungsbeilage in den Verkehr gebracht werden, die den bis zum 5. September 2005 geltenden Vorschriften entsprechen. [3]§ 109 bleibt unberührt.

(2) Der pharmazeutische Unternehmer hat für Fertigarzneimittel, die sich am 5. September 2005 im Verkehr befinden, mit dem ersten nach dem 6. September 2005 gestellten Antrag auf Verlängerung der Zulassung der zuständigen Bundesoberbehörde den Wortlaut der Fachinformation vorzulegen, die § 11a entspricht; soweit diese Arzneimittel keiner Verlängerung bedürfen, gilt die Verpflichtung vom 1. Januar 2009 an.

(3) Eine Person, die die Sachkenntnis nach § 15 nicht hat, aber am 5. September 2005 befugt ist, die in § 19 beschriebenen Tätigkeiten einer sachkundigen Person auszuüben, gilt als sachkundige Person nach § 14.

(4) Fertigarzneimittel, die sich am 5. September 2005 im Verkehr befinden und nach dem 6. September 2005 nach § 4 Abs. 1 erstmalig der Zulassungspflicht nach § 21 unterliegen, dürfen weiter in den Verkehr gebracht werden, wenn für sie bis zum 1. September 2008 ein Antrag auf Zulassung gestellt worden ist.

(5) Die Zeiträume für den Unterlagenschutz nach § 24b Absatz 1 und 4 gelten nicht für Referenzarzneimittel, deren Zulassung vor dem 30. Oktober 2005 beantragt wurde; für diese Arzneimittel gelten die Schutzfristen nach § 24a in der bis zum Ablauf des 5. September 2005 geltenden Fassung und beträgt der Zeitraum in § 24b Abs. 4 zehn Jahre.

(6) [1]Für Arzneimittel, deren Zulassung vor dem 1. Januar 2001 verlängert wurde, findet § 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 in der bis zum 5. September 2005 geltenden Fassung Anwendung; § 31 Abs. 1a gilt für diese Arzneimittel erst dann, wenn sie nach dem 6. September 2005 verlängert worden sind. [2]Für Zulassungen, deren fünfjährige Geltungsdauer bis zum 1. Juli 2006 endet, gilt weiterhin die Frist des § 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 in der vor dem 6. September 2005 geltenden Fassung. [3]Die zuständige Bundesoberbehörde kann für Arzneimittel, deren Zulassung nach dem 1. Januar 2001 und vor dem 6. September 2005 verlängert wurde, das Erfordernis einer weiteren Verlängerung anordnen, sofern dies erforderlich ist, um das sichere Inverkehrbringen des Arzneimittels weiterhin zu gewährleisten. [4]Vor dem 6. September 2005 gestellte Anträge auf Verlängerung von Zulassungen, die nach diesem Absatz keiner Verlängerung mehr bedürfen, gelten als erledigt. [5]Die Sätze 1 und 4 gelten entsprechend für Registrierungen. [6]Zulassungsverlängerungen oder Registrierungen von Arzneimitteln, die nach § 105 Abs. 1 als zugelassen galten, gelten als Verlängerung im Sinne dieses Absatzes. [7]§ 136 Abs. 1 bleibt unberührt.

(7) Der Inhaber der Zulassung hat für ein Arzneimittel, das am 5. September 2005 zugelassen ist, sich aber zu diesem Zeitpunkt nicht im Verkehr befindet, der zuständigen Bundesoberbehörde unverzüglich anzuzeigen, dass das betreffende Arzneimittel nicht in den Verkehr gebracht wird.

(8) Für Widersprüche, die vor dem 5. September 2005 erhoben wurden, findet § 33 in der bis zum 5. September 2005 geltenden Fassung Anwendung.

(9) § 25 Abs. 9 und § 34 Abs. 1a sind nicht auf Arzneimittel anzuwenden, deren Zulassung vor dem 6. September 2005 beantragt wurde.

(10) [1]Auf Arzneimittel, die bis zum 6. September 2005 als homöopathische Arzneimittel registriert worden sind oder deren Registrierung vor dem 30. April 2005 beantragt wurde, sind die bis dahin geltenden Vorschriften weiter anzuwenden. [2]Das Gleiche gilt für Arzneimittel, die nach § 105 Abs. 2 angezeigt worden sind und nach § 38 Abs. 1 Satz 3 in der vor dem 11. September 1998 geltenden Fassung in den Verkehr gebracht worden sind. [3]§ 39 Abs. 2 Nr. 5b findet ferner bei Entscheidungen über die Registrierung oder über ihre Verlängerung keine Anwendung auf Arzneimittel, die nach Art und Menge der Bestandteile und hinsichtlich der Darreichungsform mit den in Satz 1 genannten Arzneimitteln identisch sind.

(11) (weggefallen)

(12) (weggefallen)

(13) Für Arzneimittel, die sich am 5. September 2005 im Verkehr befinden und für die zu diesem Zeitpunkt die Berichtspflicht nach § 63b Abs. 5 Satz 2 in der bis zum 5. September 2005 geltenden Fassung besteht, findet § 63b Abs. 5 Satz 3 nach dem nächsten auf den 6. September 2005 vorzulegenden Bericht Anwendung.

(14) [1]Die Zulassung eines traditionellen pflanzlichen Arzneimittels, die nach § 105 in Verbindung mit § 109a verlängert wurde, erlischt am 30. April 2011, es sei denn, dass vor dem 1. Januar 2009 ein Antrag auf Zulassung oder Registrierung nach § 39a gestellt wurde. [2]Die Zulassung nach § 105 in Verbindung mit § 109a erlischt ferner nach Entscheidung über den Antrag auf Zulassung oder Registrierung nach § 39a. [3]Nach der Entscheidung darf das Arzneimittel noch zwölf Monate in der bisherigen Form in den Verkehr gebracht werden.

Fußnoten

§ 141: Neugefasst durch Bek. v. 12.12.2005 I 3394
§ 141 Abs. 5: IdF d. Art. 3 Nr. 110 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 141 Abs. 6 Satz 1 u. 2: IdF d. Art. 3 Nr. 110 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 141 Abs. 11 u. 12: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 110 Buchst. c G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 141 Abs. 14 Satz 2 u. 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 76 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

Vierzehnter Unterabschnitt

Fußnoten

Vierzehnter Unterabschnitt (§ 142): Eingef. durch Art. 2 Nr. 21 G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007

§ 142 Übergangsvorschriften aus Anlass des Gewebegesetzes

(1) Eine Person, die am 1. August 2007 als sachkundige Person die Sachkenntnis nach § 15 Abs. 3a in der bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung besitzt, darf die Tätigkeit als sachkundige Person weiter ausüben.

(2) Wer für Gewebe oder Gewebezubereitungen bis zum 1. Oktober 2007 eine Erlaubnis nach § 20b Abs. 1 oder Abs. 2 oder § 20c Abs. 1 oder eine Herstellungserlaubnis nach § 13 Abs. 1 oder bis zum 1. Februar 2008 eine Genehmigung nach § 21a Abs. 1 oder bis zum 30. September 2008 eine Zulassung nach § 21 Abs. 1 beantragt hat, darf diese Gewebe oder Gewebezubereitungen weiter gewinnen, im Labor untersuchen, be- oder verarbeiten, konservieren, lagern oder in den Verkehr bringen, bis über den Antrag entschieden worden ist.

(3) Wer am 1. August 2007 für Gewebe oder Gewebezubereitungen im Sinne von § 20b Abs. 1 oder § 20c Abs. 1 eine Herstellungserlaubnis nach § 13 Abs. 1 oder für Gewebezubereitungen im Sinne von §

21a Abs. 1 eine Zulassung nach § 21 Abs. 1 besitzt, muss keinen neuen Antrag nach § 20b Abs. 1, § 20c Abs. 1 oder § 21a Abs. 1 stellen.

Fußnoten

Vierzehnter Unterabschnitt (§ 142): Eingef. durch Art. 2 Nr. 21 G v. 20.7.2007 I 1574 mWv 1.8.2007

§ 142a Übergangs- und Bestandsschutzvorschrift aus Anlass des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinien (EU) 2015/566 und (EU) 2015/565 zur Einfuhr und zur Kodierung menschlicher Gewebe und Gewebezubereitungen

(1) Für autologes Blut für die Herstellung von biotechnologisch bearbeiteten Gewebeprodukten ist § 72b in der bis einschließlich 25. November 2016 geltenden Fassung anzuwenden.

(2) Wer am 26. November 2016 eine Erlaubnis nach der bis einschließlich 25. November 2016 geltenden Fassung des § 72 Absatz 1 für die Einfuhr von hämatopoetischen Stammzellen und Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut oder eine Erlaubnis nach der bis einschließlich 25. November 2016 geltenden Fassung des § 72b Absatz 1 besitzt, muss ab dem 29. April 2017 die Anforderungen des § 72 Absatz 4 und 5, § 72a Absatz 1 Satz 2 und Absatz 1e, § 72b Absatz 1, 1a, 2 Satz 2, Absatz 2a, 2c, 2d und des § 72c erfüllen.

(3) Die Verpflichtung zur Kennzeichnung hämatopoetischer Stammzellzubereitungen aus dem peripheren Blut oder aus dem Nabelschnurblut mit dem Einheitlichen Europäischen Code mit der Abkürzung „SEC“ nach § 10 Absatz 8a Satz 3 und die Verpflichtung zur Kennzeichnung von Gewebezubereitungen mit dem Einheitlichen Europäischen Code mit der Abkürzung „SEC“ nach § 10 Absatz 8b Satz 1 sind ab dem 29. April 2017 zu erfüllen.

Fußnoten

§ 142a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 21 G v. 21.11.2016 I 2623 mWv 26.11.2016
§ 142a Abs. 3: Eingef. durch Art. 6b G v. 19.12.2016 I 2986 mWv 1.1.2017

§ 142b Übergangsvorschrift aus Anlass des Gesetzes zur Fortschreibung der Vorschriften für Blut- und Gewebezubereitungen und zur Änderung anderer Vorschriften

(1) Wer für Arzneimittel für neuartige Therapien am 29. Juli 2017 eine Genehmigung nach § 4b Absatz 3 in der bis zum 28. Juli 2017 geltenden Fassung besitzt, muss die Anforderungen des § 4b Absatz 3 Satz 3 und 4 und Absatz 4 ab dem 29. Juli 2019 erfüllen.

(2) Wer am 29. Juli 2017 eine Genehmigung nach § 21a Absatz 1 besitzt, muss die Anforderungen des § 21a Absatz 2 und 3 ab dem 29. Juli 2019 erfüllen.

Fußnoten

§ 142b: Eingef. durch Art. 1 Nr. 11 G v. 18.7.2017 I 2757 mWv 29.7.2017

Fünfzehnter Unterabschnitt

Fußnoten

Fünfzehnter Unterabschn. (§ 143): Eingef. durch Art. 2 Nr. 6 nach Maßgabe d. Art. 3 G v. 24.10.2007 I 2510 (DopingBekämpfG) mWv 1.11.2007

§ 143 (weggefallen)

Fußnoten

§ 143: Aufgeh. durch Art. 3 G v. 10.12.2015 I 2210 mWv 17.12.2016

Sechzehnter Unterabschnitt Übergangsvorschriften aus Anlass des Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften

Fußnoten

Sechzehnter Unterabschn. (§ 144): Eingef. durch Art. 1 Nr. 77 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009

§ 144

(1) Wer die in § 4b Absatz 1 genannten Arzneimittel für neuartige Therapien am 23. Juli 2009 befugt herstellt und bis zum 1. Januar 2010 eine Herstellungserlaubnis beantragt, darf diese Arzneimittel bis zur Entscheidung über den gestellten Antrag weiter herstellen.

(2) Wer die in § 4b Absatz 1 genannten Arzneimittel für neuartige Therapien mit Ausnahme von biotechnologisch bearbeiteten Gewebeprodukten am 23. Juli 2009 befugt in den Verkehr bringt und bis zum 1. August 2010 eine Genehmigung nach § 4b Absatz 3 Satz 1 beantragt, darf diese Arzneimittel bis zur Entscheidung über den gestellten Antrag weiter in den Verkehr bringen.

(3) Wer biotechnologisch bearbeitete Gewebeprodukte im Sinne von § 4b Absatz 1 am 23. Juli 2009 befugt in den Verkehr bringt und bis zum 1. Januar 2011 eine Genehmigung nach § 4b Absatz 3 Satz 1 beantragt, darf diese Arzneimittel bis zur Entscheidung über den gestellten Antrag weiter in den Verkehr bringen.

(4) Eine Person, die am 23. Juli 2009 als sachkundige Person die Sachkenntnis nach § 15 Absatz 3a in der bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung besitzt, darf die Tätigkeit als sachkundige Person weiter ausüben.

(4a) [1]Eine Person, die vor dem 23. Juli 2009 als sachkundige Person die Sachkenntnis nach § 15 Absatz 1 und 2 für Arzneimittel besaß, die durch die Neufassung von § 4 Absatz 3 in der ab dem 23. Juli 2009 geltenden Fassung Sera sind und einer Sachkenntnis nach § 15 Absatz 3 bedürfen, durfte die Tätigkeit als sachkundige Person vom 23. Juli 2009 bis zum 26. Oktober 2012 weiter ausüben. [2]Dies gilt auch für eine Person, die ab dem 23. Juli 2009 als sachkundige Person die Sachkenntnis nach § 15 Absatz 1 und 2 für diese Arzneimittel besaß.

(5) Wer am 23. Juli 2009 für die Gewinnung oder die Laboruntersuchung von autologem Blut zur Herstellung von biotechnologisch bearbeiteten Gewebeprodukten eine Herstellungserlaubnis nach § 13 Absatz 1 besitzt, bedarf keiner neuen Erlaubnis nach § 20b Absatz 1 oder 2.

(6) Die Anzeigepflicht nach § 67 Absatz 5 besteht ab dem 1. Januar 2010 für Arzneimittel, die am 23. Juli 2009 bereits in den Verkehr gebracht werden.

(7) (weggefallen)

Fußnoten

Sechzehnter Unterabschnitt (§ 144): Eingef. durch Art. 1 Nr. 77 G v. 17.7.2009 I 1990 mWv 23.7.2009
§ 144 Abs. 4a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 72 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 144 Abs. 7: Aufgeh. durch Art. 3 Nr. 111 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

Siebzehnter Unterabschnitt

Fußnoten

Siebzehnter Unterabschnitt (§ 145): Eingef. durch Art. 7 Nr. 10 G v. 22.12.2010 I 2262 mWv 1.1.2011

§ 145 Übergangsvorschriften aus Anlass des Gesetzes zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes

[1]Für Arzneimittel, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens bereits zugelassen sind, haben der pharmazeutische Unternehmer und der Sponsor die nach § 42b Absatz 1 und 2 geforderten Berichte erstmals spätestens 18 Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes der zuständigen Bundesoberbehörde zur Verfügung zu stellen. [2]Satz 1 findet Anwendung für klinische Prüfungen, für die die §§ 40 bis 42 in der ab dem 6. August 2004 geltenden Fassung Anwendung gefunden haben.

Fußnoten

Siebzehnter Unterabschnitt (§ 145): Eingef. durch Art. 7 Nr. 10 G v. 22.12.2010 I 2262 mWv 1.1.2011

Achtzehnter Unterabschnitt Übergangsvorschrift

Fußnoten

Achtzehnter Unterabschnitt (§ 146): Eingef. durch Art. 1 Nr. 73 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012

§ 146 Übergangsvorschriften aus Anlass des Zweiten Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften

(1) [1]Arzneimittel, die sich am 26. Oktober 2012 im Verkehr befinden und der Vorschrift des § 10 Absatz 1 Nummer 2 unterliegen, müssen zwei Jahre nach der ersten auf den 26. Oktober 2012 folgenden Verlängerung der Zulassung oder Registrierung oder soweit sie von der Zulassung oder Registrierung freigestellt sind oder soweit sie keiner Verlängerung bedürfen, am 26. Oktober 2014 vom pharmazeutischen Unternehmer entsprechend der Vorschrift des § 10 Absatz 1 Nummer 2 in den Verkehr gebracht werden. [2]Bis zu den jeweiligen Zeitpunkten nach Satz 1 dürfen Arzneimittel vom pharmazeutischen Unternehmer, nach diesen Zeitpunkten weiter von Groß- und Einzelhändlern mit einer Kennzeichnung in den Verkehr gebracht werden, die der bis zum 26. Oktober 2012 geltenden Vorschrift entspricht.

(2) [1]Arzneimittel, die sich am 26. Oktober 2012 im Verkehr befinden und der Vorschrift des § 11 unterliegen, müssen hinsichtlich der Aufnahme des Standardtextes nach § 11 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 zwei Jahre nach der ersten auf die Bekanntmachung nach § 11 Absatz 1b zu dem Standardtext nach § 11 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 folgenden Verlängerung der Zulassung oder Registrierung oder, soweit sie von der Zulassung freigestellt sind, oder, soweit sie keiner Verlängerung bedürfen, zwei Jahre, oder, soweit sie nach § 38 registrierte oder nach § 38 oder § 39 Absatz 3 von der Registrierung freigestellte Arzneimittel sind, fünf Jahre nach der Bekanntmachung nach § 11 Absatz 1b zu dem Standardtext nach § 11 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 vom pharmazeutischen Unternehmer entsprechend der Vorschrift des § 11 in den Verkehr gebracht werden. [2]Bis zu den jeweiligen Zeitpunkten nach Satz 1 dürfen Arzneimittel vom pharmazeutischen Unternehmer, nach diesen Zeitpunkten weiter von Groß- und Einzelhändlern mit einer Packungsbeilage in den Verkehr gebracht werden, die der bis zum 26. Oktober 2012 geltenden Vorschrift entspricht.

(2a) Wer am 26. Oktober 2012 Arzneimittel nach § 13 Absatz 2a Satz 2 Nummer 1 oder 3 herstellt, hat dies der zuständigen Behörde nach § 13 Absatz 2a Satz 3 bis zum 26. Februar 2013 anzuzeigen.

(3) Der pharmazeutische Unternehmer hat hinsichtlich der Aufnahme des Standardtextes nach § 11a Absatz 1 Satz 3 für Fertigarzneimittel, die sich am 26. Oktober 2012 im Verkehr befinden, mit dem ersten nach der Bekanntmachung nach § 11a Absatz 1 Satz 9 zu dem Standardtext nach § 11a Absatz 1 Satz 3 gestellten Antrag auf Verlängerung der Zulassung der zuständigen Bundesoberbehörde den Wortlaut der Fachinformation vorzulegen, die § 11a entspricht; soweit diese Arzneimittel keiner Verlängerung bedürfen, gilt die Verpflichtung zwei Jahre nach der Bekanntmachung.

(4) Für Zulassungen oder Registrierungen, deren fünfjährige Geltungsdauer bis zum 26. Oktober 2013 endet, gilt weiterhin die Frist des § 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3, des § 39 Absatz 2c und des § 39c Absatz 3 Satz 1 in der bis zum 26. Oktober 2012 geltenden Fassung.

(5) Die Verpflichtung nach § 22 Absatz 2 Satz 1 Nummer 5a gilt nicht für Arzneimittel, die vor dem 26. Oktober 2012 zugelassen worden sind oder für die ein ordnungsgemäßer Zulassungsantrag bereits vor dem 26. Oktober 2012 gestellt worden ist.

(6) Wer die Tätigkeit des Großhandels bis zum 26. Oktober 2012 befugt ausübt und bis zum 26. Februar 2013 einen Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zum Betrieb eines Großhandels mit Arzneimitteln gestellt hat, darf abweichend von § 52a Absatz 1 bis zur Entscheidung über den gestellten Antrag die Tätigkeit des Großhandels mit Arzneimitteln ausüben; § 52a Absatz 3 Satz 2 bis 3 findet keine Anwendung.

(7) [1]Die Verpflichtung nach § 63b Absatz 2 Nummer 3 gilt für Arzneimittel, die vor dem 26. Oktober 2012 zugelassen wurden, ab dem 21. Juli 2015 oder, falls dies früher eintritt, ab dem Datum, an dem die Zulassung verlängert wird. [2]Die Verpflichtung nach § 63b Absatz 2 Nummer 3 gilt für Arzneimittel, für die vor dem 26. Oktober 2012 ein ordnungsgemäßer Zulassungsantrag gestellt worden ist, ab dem 21. Juli 2015.

(8) Die §§ 63f und 63g finden Anwendung auf Prüfungen, die nach dem 26. Oktober 2012 begonnen wurden.

(9) Wer am 2. Januar 2013 eine Tätigkeit als Arzneimittelvermittler befugt ausübt und seine Tätigkeit bei der zuständigen Behörde bis zum 2. Mai 2013 anzeigt, darf diese Tätigkeit bis zur Entscheidung über die Registrierung nach § 52c weiter ausüben.

(10) Betriebe und Einrichtungen, die sonst mit Wirkstoffen Handel treiben, müssen ihre Tätigkeit bis zum 26. April 2013 bei der zuständigen Behörde anzeigen.

(11) Wer zum Zweck des Einzelhandels Arzneimittel im Wege des Versandhandels über das Internet anbietet, muss seine Tätigkeit unter Angabe der in § 67 Absatz 8 erforderlichen Angaben bis zum 24. März 2017 bei der zuständigen Behörde anzeigen.

(12) Die in § 94 Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 genannten Anforderungen finden für Rückversicherungsverträge ab dem 1. Januar 2014 Anwendung.

Fußnoten

Achtzehnter Unterabschnitt (§ 146): Eingef. durch Art. 1 Nr. 73 G v. 19.10.2012 I 2192 mWv 26.10.2012
§ 146 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 12 Buchst. a G v. 7.8.2013 I 3108 mWv 13.8.2013
§ 146 Abs. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 12 Buchst. b G v. 7.8.2013 I 3108 mWv 13.8.2013
§ 146 Abs. 11: IdF d. Art. 1 Nr. 19 G v. 20.12.2016 I 3048 mWv 24.12.201 u. d. Art. 3 Nr. 112 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

Neunzehnter Unterabschnitt Übergangsvorschrift

Fußnoten

Neunzehnter Unterabschnitt (§ 147): Eingef. durch Art. 1 Nr. 13 G v. 7.8.2013 I 3108 mWv 13.8.2013

§ 147 Übergangsvorschrift aus Anlass des Dritten Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften

Für nichtinterventionelle Unbedenklichkeitsprüfungen nach § 63f und Untersuchungen nach § 67 Absatz 6, die vor dem 13. August 2013 begonnen wurden, finden § 63f Absatz 4 und § 67 Absatz 6 bis zum 31. Dezember 2013 in der bis zum 12. August 2013 geltenden Fassung Anwendung.

Fußnoten

Neunzehnter Unterabschnitt (§ 147): Eingef. durch Art. 1 Nr. 13 G v. 7.8.2013 I 3108 mWv 13.8.2013

Zwanzigster Unterabschnitt Übergangsvorschrift

Fußnoten

Zwanzigster Unterabschnitt (§ 148): Eingef. durch Art. 2 Nr. 5 G v. 27.9.2021 I 4530; 2022 I 1385 mWv 27.1.2022

§ 148 Übergangsvorschrift aus Anlass des Vierten Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften sowie des Gesetzes zum Erlass eines Tierarzneimittelgesetzes und zur Anpassung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften

(1) Für klinische Prüfungen, für die der Antrag auf Genehmigung vor dem Ablauf des Tages des sechsten auf den Monat der Veröffentlichung der Mitteilung der Europäischen Kommission über die Funktionsfähigkeit des EU-Portals und der Datenbank nach Artikel 82 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 im Amtsblatt der Europäischen Union folgenden Kalendermonats, dessen Zahl mit der des Tages der Veröffentlichung übereinstimmt, oder, wenn es einen solchen Kalendertag nicht gibt, vor dem Ablauf des ersten Tages des darauffolgenden Kalendermonats gemäß dem Sechsten Abschnitt des Arzneimittelgesetzes eingereicht wurde, sind das Arzneimittelgesetz und die GCP-Verordnung vom 9. August 2004 (BGBl. I S. 2081), die durch Artikel 13 Absatz 3 des Vierten Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften vom 20. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3048) aufgehoben worden ist, in der jeweils bis zum 26. Januar 2022 geltenden Fassung bis zum Ablauf des Tages des zweiundvierzigsten auf den Monat der Veröffentlichung der Mitteilung der Europäischen Kommission über die Funktionsfähigkeit des EU-Portals und der Datenbank nach Artikel 82 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 im Amtsblatt der Europäischen Union folgenden Kalendermonats, dessen Zahl mit der des Tages der Veröffentlichung übereinstimmt, oder, wenn es einen solchen Kalendertag nicht gibt, bis zum Ablauf des ersten Tages des darauffolgenden Kalendermonats weiter anzuwenden.

(2) [1]Eine klinische Prüfung, für die der Antrag auf Genehmigung vor dem Ablauf des Tages des achtzehnten auf den Monat der Veröffentlichung der Mitteilung der Europäischen Kommission über die Funktionsfähigkeit des EU-Portals und der Datenbank nach Artikel 82 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 im Amtsblatt der Europäischen Union folgenden Kalendermonats, dessen Zahl mit der des Tages der Veröffentlichung übereinstimmt, oder, wenn es einen solchen Kalendertag nicht gibt, vor dem Ablauf des ersten Tages des drauffolgenden Kalendermonats eingereicht wurde, darf nach dem Arzneimittelgesetz und der GCP-Verordnung in der jeweils bis zum 26. Januar 2022 geltenden Fassung begonnen werden. [2]Für die betreffende klinische Prüfung sind das Arzneimittelgesetz und die GCP-Verordnung in der jeweils bis zum 26. Januar 2022 geltenden Fassung bis zum Ablauf des Tages des zweiundvierzigsten auf den Monat der Veröffentlichung der Mitteilung der Europäischen Kommission über die Funktionsfähigkeit des EU-Portals und der Datenbank nach Artikel 82 der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 im Amtsblatt der Europäischen Union folgenden Kalendermonats, dessen Zahl mit der des Tages der Veröffentlichung übereinstimmt, oder, wenn es einen solchen Kalendertag nicht gibt, bis zum Ablauf des ersten Tages des drauffolgenden Kalendermonats weiter anzuwenden.

(3) Für klinische Prüfungen mit Arzneimitteln, die nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung (EU) Nr. 536/2014 fallen, sind das Arzneimittelgesetz und die GCP-Verordnung in der jeweils am 26. Januar 2022 geltenden Fassung bis zum 23. Dezember 2029 weiter anzuwenden.

Fußnoten

Zwanzigster Unterabschnitt (§ 148): Eingef. durch Art. 2 Nr. 5 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 27.1.2022
§ 148 Abs. 1 u. 2 Satz 1: IdF d. Art. 3 Nr. 113 Buchst. a G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022
§ 148 Abs. 3: IdF d. Art. 3 Nr. 113 Buchst. b G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

Anlage (zu § 6)

Aflatoxine
Ethylenoxid
Farbstoffe
Frischzellen
Stoffe, Zubereitungen aus Stoffen oder Gegenstände tierischer Herkunft mit dem Risiko der Übertragung transmissibler spongiformer Enzephalopathien

Fußnoten

Anlage (früher Anlage 1): Eingef. durch Art. 1 Nr. 30 G v. 9.8.2019 I 1202 mWv 16.8.2019; jetzt Anlage gem. Art. 3 Nr. 115 G v. 27.9.2021 I 4530 mWv 28.1.2022

Anhang (weggefallen)

Fußnoten

Anhang: Aufgeh. durch Art. 2 Nr. 10 G v. 10.12.2015 I 2210 mWv 18.12.2015

Redaktionelle Hinweise

Diese Norm enthält mindestens eine nichtamtliche Überschrift.
Diese Norm enthält nichtamtliche Satznummern.

© juris GmbH